



universität
wien

MAGISTERARBEIT

Titel der Magisterarbeit

„Parteimedien in Krisenzeiten. Eine kritische
Diskursanalyse der „Arbeiter-Zeitung“, „Das kleine
Volksblatt“ und „Österreichische Volksstimme“ während
des Ungarischen Volksaufstandes 1956 und Prager
Frühling 1968.“

Verfasserin

Sabine Nebenführ, Bakk.

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im März 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt: Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Betreuer:

a.o. Univ.-Prof. Dr. Friedrich Hausjell

Diese Magisterarbeit widme ich

meiner Familie und insbesondere meinen Eltern, die mich besonders in schwierigen Zeiten immer unterstützt haben, sowie Marcel. Danke für alles.

Ein herzliches Dankeschön geht außerdem an Elisabeth Dokaupil, Susanne Gebhart und Marlene Rupp für das geduldige Korrekturlesen.

INHALTSVERZEICHNIS

1	<u>EINLEITUNG</u>	1
2	<u>KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFTLICHE GRUNDLAGEN</u>	5
2.1	DER RADIKALE KONSTRUKTIVISMUS.....	5
2.2	RELEVANZ FÜR DIESE ARBEIT.....	9
2.3	MASSEN MEDIEN	11
2.3.1	DEFINITION	11
2.3.2	BEDEUTUNG UND WIRKUNG DER MASSENKOMMUNIKATION.....	12
2.4	MEDIENINHALTSFORSCHUNG.....	14
2.5	JOURNALISTISCHE SELEKTIONSMECHANISMEN.....	16
2.6	POLITIK UND MEDIEN.....	20
2.6.1	POLITISCHE FUNKTIONEN	20
2.6.2	BEZIEHUNG POLITIK-MEDIEN	22
2.7	POLITISCHE KOMMUNIKATION IM WANDEL IN DER ZWEITEN REPUBLIK.....	25
2.8	PARTEI MEDIEN	28
2.8.1	DEFINITION	28
2.8.2	FUNKTION UND ROLLE DER PARTEIPRESSE	29
3	<u>GESCHICHTLICHER UND POLITISCHER RAHMEN</u>	31
3.1	POLITIK IN ÖSTERREICH	31
3.1.1	ALLGEMEINES.....	31
3.1.2	AUßENPOLITIK	32
3.1.3	DIE ENTWICKLUNG DER PARTEIEN	34
3.2	UNGARN	38
3.2.1	CHRONIK.....	39
3.2.2	ÖSTERREICH UND DER UNGARISCHE VOLKSAUFSTAND	41
3.3	ČSSR.....	45
3.3.1	CHRONIK.....	47
3.3.2	PRAGER FRÜHLING UND ÖSTERREICH.....	48
3.4	GESCHICHTE DER PARTEIPRESSE IN ÖSTERREICH	51
3.4.1	„ARBEITER-ZEITUNG“	53

3.4.2	„DAS KLEINE VOLKSBLATT“	56
3.4.3	„ÖSTERREICHISCHE VOLKSSTIMME“	58
4	<u>DISKURSANALYSE DER ZENTRALORGANE</u>	61
4.1	DISKURSTHEORIE	61
4.2	VORGEHENSWEISE BEI DIESER ARBEIT	65
4.3	UNTERSUCHUNGSMATERIAL	67
4.3.1	ENTWICKLUNG DER AUFLAGE	67
4.3.2	REDAKTIONEN	68
4.3.3	ARBEIT IN DEN REDAKTIONEN	71
4.3.4	JOURNALISTISCHE DARSTELLUNGSFORMEN.....	72
4.4	UNTERSUCHUNGSDESIGN	75
4.4.1	UNTERSUCHUNGSZEITRAUM	75
4.4.2	VORGEHENSWEISE	76
4.4.3	FORSCHUNGSLEITENDE FRAGEN	77
4.5	ERGEBNISSE	78
4.5.1	GESTALTERISCHE MERKMALE	78
4.5.2	ANALYSE DER DISKURSFRAGMENTE.....	81
4.5.3	DER RUSSLANDDISKURS	81
4.5.6	DER SICHERHEITSDISKURS.....	99
4.5.9	DER ÖSTERREICHDISKURS	105
4.5.10	DER POLITISCHE DISKURS.....	112
4.5.11	DER NEUTRALITÄTSDISKURS	119
4.5.12	DER WESTDISKURS	123
5	<u>INTERPRETATION</u>	128
6	<u>ZUSAMMENFASSUNG</u>	137
7	<u>LITERATURVERZEICHNIS</u>	139
8	<u>ANHANG</u>	I

1 Einleitung

Das Thema dieser Magisterarbeit wurde aus mehreren Gründen gewählt, aber vor allem aufgrund meiner persönlichen Erfahrungen. Für mich war in den ersten Jahren meines Lebens der Kalte Krieg und seine Auswirkungen mehr als präsent: Als Kind, das an der Grenze aufwächst und den Eisernen Vorhang vor der Haustür hat, versteht man nicht, warum man nicht einfach im Wald auf die andere Seite des Weges laufen darf. Was dahinter steckte, habe ich natürlich auch zum Zeitpunkt der Wende nicht ganz verstanden. Im Lauf der Jahre wurde mir durch Ausbildung, Erzählungen und persönliche Erlebnisse klar, was der Kalte Krieg für mich, meine Eltern, meine Region und natürlich auch für unser Nachbarland Tschechien bedeutet hatte. Aufgrund der großen persönlichen Motivation diesen Themenbereich zu erforschen, beschäftige ich mit Krisen in unseren Nachbarstaaten Ungarn und der damaligen Tschechoslowakei in meiner Magisterarbeit.

Besonders 1956, die Zeit des Ungarnaufstandes, war eine politisch äußerst brisante Zeit, nicht nur für Österreich. Die Krise im Nachbarland war eine Herausforderung für Politik und Bevölkerung. Daran hatte sich auch 1968 nicht viel geändert: Österreich zwischen den Blöcken. Aus dieser Situation ergibt sich auch das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit: Wie drücken sich die äußerst schwierigen politischen Verhältnisse in der Kommunikation der Parteien aus? Die Kommunikation der Parteien erfolgte 1956, wie auch noch großteils 1968 durch deren Parteimedien, speziell durch die Zentralorgane. Aus diesem Grund fiel die Wahl auf die Parteimedien als Untersuchungsobjekt, im Speziellen die Zentralorgane der SPÖ („Arbeiter-Zeitung), der ÖVP („Das kleine Volksblatt“) und der KPÖ („Österreichische Volksstimme“). SPÖ und ÖVP wurden aufgrund ihres Status als größte politische Kräfte des Landes ausgewählt, die KPÖ aufgrund ihrer langen publizistischen Tradition.¹ Die Annahme war, dass jedes Medium aufgrund seiner politischen Ausrichtung die Ereignisse auf eine andere Art darstellen wird. Das ist der Grund für die Verwendung des Konstruktivismus: Der Konstruktivismus bezieht sich auf das Subjektive, auf verschiedene Wirklichkeiten, die zweifelsohne von den Parteien aufgebaut werden. Dabei wird nicht nach dem Was sondern nach dem Wie gefragt – also wie bauen die Parteien ihre Wirklichkeiten auf? Im Rahmen dieser Magisterarbeit wird versucht, die Eckpfeiler einer Parteiwirklichkeit anhand folgender Parameter abzufragen: In welcher Rolle wird Russland

¹ Die KPÖ hatte vor der Zäsur von 1934 bereits ein erfolgreiches Kampfmedium mit der „Rote Fahne“ aufgebaut.

gesehen, in welcher Österreich? Wie sind die einzelnen Parteien zur Neutralität eingestellt? Wie werden die Auswirkungen des Ereignisses auf die Sicherheit Österreichs dargestellt? Wird der politische Gegner erwähnt? Wenn ja, positiv oder negativ? Wie wird der Westen und dessen Verhalten bei den Krisen beurteilt? Innerhalb der Diskurse werden die verschiedenen Strategien interessant sein, wie ein kommunikatives Ziel erreicht wird (gut/böse Schema usw.).

Zum Aufbau einer solchen Wirklichkeit gehört unter anderem Selektion und Bedeutungszuschreibung, die in diesem Fall ein Journalist, also ein Individuum, erledigt. Deshalb wird es im ersten Teil dieser Magisterarbeit darum gehen, die kommunikationswissenschaftlichen Grundlagen zu erarbeiten. Unter anderem der Konstruktivismus als Interpretationsmittel, die Verortung der Forschung in der Kommunikationswissenschaft, journalistische Selektions- und Konstruktionsmechanismen, aber auch die Beziehung von Medien und Politik soll aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht beleuchtet werden, um letztlich die Parteimedien als solche definieren und beschreiben zu können.

Um die Forschungsergebnisse interpretieren zu können, wird in Kapitel drei der politische und geschichtliche Rahmen erarbeitet.

In Kapitel vier dieser Arbeit wird schließlich die Analyse durchgeführt. Untersucht werden die Zentralorgane der drei politischen Parteien: „Arbeiter-Zeitung“, „Das kleine Volksblatt“ und die „Österreichische Volksstimme“.

Als Methode für diese Untersuchung wurde die Diskursanalyse gewählt. Die Diskursanalyse folgt keinem festgelegten, strengen Schema, deshalb eignet sie sich hervorragend für das vielschichtige Themenspektrum des Untersuchungsmaterials – die Methode kann immer wieder an geänderte Umstände und Erkenntnisse der Forschung angepasst werden. Außerdem ist die Recherche des geschichtlichen Hintergrunds ein Hauptbestandteil der Diskursanalyse, dieser Forschungsschritt ist wichtig für die Interpretation. Die Diskursanalyse wurde aufgrund der großen Menge an Daten aber nur verkürzt durchgeführt. In diesem letzten Teil der Arbeit werden die Ergebnisse zu einer Parteiwirklichkeit zusammengefügt, die dann zwischen den Analysezeitpunkten 1956 und 1968 verglichen wird.

Der Forschungsstand zu diesem Thema ist nicht sehr zufriedenstellend. Zu den Parteimedien selbst und deren Geschichte gibt es viel Literatur, vor allem über die Geschichte der „Arbeiter-Zeitung“ und ihrer Journalisten, diese Arbeiten hinterlassen allerdings größtenteils den Eindruck, parteipolitisch gefärbt zu sein. Es wurden bereits Forschungsarbeiten ähnlich der vorliegenden Magisterarbeit durchgeführt, allerdings ohne theoretischen Rahmen bzw. mit anderem, meist politikwissenschaftlichem Fokus. Die aktuellste und auch umfangreichste Arbeit die sich mit den Parteimedien beschäftigt stammt von Norbert P. Feldinger, der die Parteimedien in ihrer Gesamtheit mit Geschichte, Entwicklung und politischem und gesellschaftlichem Standort gut und vor allem wissenschaftlich objektiv erfasst. Bei der Erfassung der Arbeitssituation und den Arbeitstechniken von Parteijournalisten muss man allerdings auf persönliche Erzählungen und Biografien zurückgreifen.

Aufgrund der Lesbarkeit wurde in der vorliegenden Arbeit immer nur die männliche Form verwendet, natürlich sind aber beide Geschlechter angesprochen. Außerdem wurde in den zahlreichen Zitaten, besonders aus den Zeitungen, auf eine Kennzeichnung von nicht mehr zeitgemäßer Rechtschreibung zugunsten besserer Lesbarkeit verzichtet.

2 Kommunikationswissenschaftliche Grundlagen

Das Kapitel kommunikationswissenschaftliche Grundlagen soll einen Überblick über die relevanten Theorien und Interpretationsgrundlagen für diese Magisterarbeit geben.

2.1 Der radikale Konstruktivismus

Der Konstruktivismus als Solches tritt bereits sehr früh in Erscheinung, hat sich dann weiterentwickelt und ist heute ein großer, interdisziplinärer Erklärungsrahmen. Daraus hat sich der für diese Arbeit relevante radikale Konstruktivismus entwickelt, der die Existenz einer Wirklichkeit völlig ablehnt, und von nebeneinander existierenden Wirklichkeiten spricht. Zu beschreiben, was der radikale Konstruktivismus ist, ist eine schwierige Aufgabe. Der Konstruktivismus ist nichts Einheitliches, sondern vielmehr ein Diskurs, an dem aus der Sicht von unterschiedlichen Disziplinen immer noch gearbeitet und der kontinuierlich weiterentwickelt wird. Schmidt bezeichnet den Konstruktivismus gar als „Theoriegebäude“².

Etwas Ordnung in dieses „Theoriegebäude“ bringt die Einteilung in die drei wichtigsten Zugänge zum radikalen Konstruktivismus:

- Biologisch-neurowissenschaftlicher Konstruktivismus (Maturana, Varelas, Roth)
- Kybernetischer Konstruktivismus (Foerster)
- Philosophisch-soziologischer Ansatz (Luhmann bzw. von Glasersfeld)

Der neurobiologische Ansatz basiert auf Erkenntnissen der Neurobiologie, wonach die Welt ein Konstrukt des Gehirns ist, dies wurde auch empirisch mehrfach bewiesen. Der kybernetische Konstruktivismus versucht zu erklären, wie der Mensch Wissen ohne Zugang zur Realität erwerben kann. Der philosophisch-soziologische Ansatz verbindet das Individuum mit seiner Umwelt, beispielsweise mit der Kultur.³

² Schmidt, Siegfried J.: Die Wirklichkeit des Beobachters. In: Merten, Klaus, Schmidt, Siegfried J., Weischenberg, Siegfried (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Westdeutscher Verlag, Opladen, 1994. Seite 3

³ vgl. Schmidt in Merten, Schmidt, Weischenberg, 1994, Seite 3-5 und

Der radikale Konstruktivismus besagt, dass es zwar eine Realität gibt, sie kann aber nicht erfasst werden. Unsere „Realität“ besteht aus Konstrukten, die wir selbst aufbauen. Deshalb macht es auch keinen Sinn, nach einer Wirklichkeit zu suchen, sondern eher zu fragen, wie diese angebotene Wirklichkeit konstruiert wird: Es steht ein Prozess im Vordergrund, nämlich der Konstruktionsprozess. Mit Konstruktion ist hier nicht das Aufbauen nach einem Plan gemeint, sondern ein Prozess, in dem sich unsere Wirklichkeit herausbildet. Dies passiert nach bestimmten Gesichtspunkten, die für jeden Menschen individuell sind:

„ (...) Konstruktivisten (benutzen) (...) dieses Wort, um Prozesse zu bezeichnen, in deren Verlauf Wirklichkeitsentwürfe sich herausbilden, und zwar keineswegs willkürlich, sondern gemäß den biologischen, kognitiven und sozialen Bedingungen, denen sozialisierte Individuen in ihrer sozialen und natürlichen Welt unterworfen sind.“⁴

Unsere Wirklichkeits-Konstrukte hängen also von einigen Faktoren ab, die für jedes Individuum anders sind. Diese Bedingungen können wir aber nicht bewusst wählen, jeder Mensch wird vielmehr hineingeboren. Man bemerkt erst, dass die Welt ein individuell gewachsenes Konstrukt ist, wenn man sich in die Rolle des Beobachters hineinversetzt. Die Wirklichkeit ist also immer subjektiv – eine gemeinsame Wirklichkeit, auf die sich jeder Mensch als Referenzrahmen einigen könnte, gibt es also nicht. Die Realität sieht demnach für jedes beobachtende System gänzlich anders aus. Um aber beobachten zu können, muss sich jedes System von anderen und von der Umwelt abgrenzen. Damit sich der Mensch von den anderen unterscheiden kann, gibt es soziale Rollen und äußerliche Unterscheidungsmerkmale – damit wird die Komplexität der Welt reduziert. Die Komplexität wird durch das Erarbeiten gewisser Schemata wie gut/böse oder wahr/falsch für den Einzelnen leichter fassbar.

„Die Gesellschaft bestätigt diese Konstrukte durch andere Konstrukte (...), etwa durch die Konstruktion von Kriterien für die Akzeptanz, Bewertung und Fortsetzung dieser „Inszenierungen“. Die gesellschaftliche Konstruktion ist – so gesehen – ein selbstreferentieller, selbstorganisierender und sich selbst legitimierender Prozeß, an dem Individuen in ganz unterschiedlichem Maße beteiligt sind.“⁵

vgl. Weber, Stefan: Nachrichtenkonstruktion im Boulevardmedium: Die Wirklichkeit der Kronen-Zeitung. Passagen, Verlag, Wien, 1995. Seite 47-83

⁴ Schmidt in Weischenberg (Hrsg.), 1994, Seite 5

⁵ ebda, Seite 13f

Der Konstruktivismus lehnt auch das Konzept der „Objektivität“ ab. Dafür müsste es einen gültigen Referenzrahmen für alle geben, und diesen gibt es, wie eben ausgeführt, nicht. Dies hat auch Konsequenzen für einige Konzepte in der Medien- und Kommunikationsforschung, besonders im Hinblick auf journalistische Selektionsmechanismen, aber auch auf die Publikumsforschung. Die Medien sind heute ein großer Bestandteil bei der Erfahrung und Erfassung der „Realität“. Deshalb sind sie Instrumente zum Schaffen von Wirklichkeiten geworden.⁶

In der Kommunikationswissenschaft wurde der Konstruktivismus erst spät berücksichtigt – meist in Verbindung mit der Systemtheorie. Durch die Weiterentwicklung weg von den naturwissenschaftlichen Ansätzen hin zu einer philosophisch-sozial geleiteten Denkweise, konnte man den Konstruktivismus erst für die Kommunikationswissenschaft relevant machen.

Medien sind also heute ein wichtiger Bestandteil beim Herausbilden oben beschriebener Wirklichkeitskonstruktionen. Die Journalisten, welche die Medien gestalten, bestimmen also, was für den Rezipienten Realität ist. Sie werden zu Konstrukteuren eines Wirklichkeitsangebotes.

„Medienangebote lassen sich aus vielen Gründen nicht als Abbilder von Wirklichkeit bestimmen, sondern als Angebote an kognitive und kommunikative Systeme, unter ihren jeweiligen Systembedingungen Wirklichkeitskonstruktionen in Gang zu setzen. Werden diese Angebote nicht genutzt, „transportieren“ Medienangebote gar nichts. Werden sie genutzt, geschieht dies systemspezifisch. Die Redeweise vom „Massenpublikum“ wird damit revisionsbedürftig.“⁷

Medien sind außerdem als autopoietische Systeme zu betrachten. Der Journalismus ist ein System, das zur Selbstbeobachtung der Gesellschaft beiträgt. Die Beobachtung des Systems läuft nach eigenen Regeln ab – das System organisiert sich selbst und arbeitet auch eigenständig.⁸

Stefan Weber hat in mehreren Aufsätzen und Forschungsprojekten versucht, den Konstruktivismus so weiterzuentwickeln, dass er brauchbare Erklärungen für

⁶ vgl. Schmidt in Weischenberg, 1994, Seite 5-13 und vgl. Burkart, Roland: Alter Wein in neuen Schläuchen? Anmerkungen zur Konstruktivismus-Debatte in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. In: Rusch, Gebhard, Schmidt, Siegfried J.: Konstruktivismus in der Medien- und Kommunikationswissenschaft. Delfin, 1997, Seite 55-58

⁷ Schmidt in Weischenberg (Hrsg.), 1994, Seite 16

⁸ vgl. ebda, Seite 14-19

kommunikationswissenschaftliche Fragestellungen liefern kann. Weber sieht den Konstruktivismus in der Kommunikationswissenschaft als Diskussionsangebot, um bestimmte Themen aus einem neuen Blickwinkel diskutieren zu können.

Weber meint, dass es durch das Fehlen von Objektivität lediglich zu gleichberechtigten Wirklichkeitskonstruktionen kommen kann. Eine richtige Welt gibt es nicht, da diese für kognitive Individuen nicht zugänglich ist. Medien können daher die Realität nicht manipulieren oder verzerren, da es keine „echte“ Realität gibt. Die eigentliche Frage bei konstruktivistischen Forschungsansätzen ist: Wie wird Wirklichkeit konstruiert und welche ist die erfolgreichere? Weber versucht Leitsätze dafür aufzubauen, nach welchen Gesichtspunkten eine Wirklichkeit konstruiert wird – wer wird zitiert, welche sprachlichen Mittel gibt es, wie wird der Leser eingebunden und welche Arten der neuen journalistischen Darstellungsformen werden genutzt, beispielsweise Kampagnen, Kampfkommentare. Anhand dieser Punkte will Weber ein mediales Konstrukt beschreiben und erfassen. Für Weber ist dieser Ansatz neu, da von Was- auf Wie-Fragen umgestellt wird.⁹

Der Konstruktivismus lehnt folglich einige bisher anerkannte Konzepte der Kommunikationswissenschaft ab: Die Medien können die Realität nicht abbilden und/oder verzerren, sondern schaffen selbst eine Realität. Der Journalismus ist als eigenständiges, geschlossenes System ein Mittel zur Selbstbeobachtung der Gesellschaft. Die Medien konstruieren und liefern Wirklichkeitsangebote, die individuell angenommen werden. Das Bild der Medien wandelt sich also vom Abbilder zum Konstrukteur.

Es gibt auch Kritik an diesem Ansatz. Der Konstruktivismus konzentriert sich für viele zu sehr auf das Individuum und lässt dadurch Forschungsergebnisse auf höheren Ebenen völlig außer Acht. Dies kritisiert Saxer vor allem für die Kommunikationswissenschaft – es werden die sich wandelnden Erfahrungen und Positionen von Generationen ignoriert, die auf die Rezeption der Massenmedien Einfluss haben. Dem entgegen die Konstruktivisten, dass dieser Prozess der Konstruktion ohnehin auf soziale und kulturelle Gegebenheiten zurückgreift und so diese Erfahrungen sozusagen bereits integriert hat.¹⁰

Burkart kritisiert weiter, dass es einige Ansätze in der Kommunikationswissenschaft gibt, die bereits konstruktivistische Elemente in sich vereinen, beispielsweise der Symbolische

⁹ Weber, 1995, 23-73

¹⁰ vgl. Burkart in Rusch, 1997, Seite 68ff

Interaktionismus. „(...) der Symbolische Interaktionismus verweist uns darauf, daß es in der Kommunikation niemals um die Wiedergabe objektiver Wirklichkeiten geht, sondern stets um subjektive Interpretationen dieser Wirklichkeiten.“¹¹ Auch der Nutzenansatz nach Renckstorf billigt den Empfängern von medialen Botschaften eine eigene, subjektive Interpretationsleistung zu. Bei Wirkungen von medialen Botschaften geht es also weniger um das was kommuniziert wird, als darum, welche Wirklichkeit sich der Rezipient daraus selbst zusammenstellt. Dies hat klar auch einen Bezug zu konstruktivistischen Ansätzen. Burkart meint deshalb, dass der Konstruktivismus keine neuen Konzepte zu bieten hat und so auch keine gänzlich neuen Zugänge liefern kann.¹²

2.2 Relevanz für diese Arbeit

Als Rahmen für die Interpretation der Forschungsergebnisse in Kapitel vier wurde der Konstruktivismus gewählt. Der Konstruktivismus beschreibt die Botschaften der Medien als Angebote dafür, sich selbst eine Wirklichkeit zu konstruieren und diesen Prozess nach den sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen in denen sich das Individuum bewegt, in Gang zu setzen.

Die Parteimedien waren grundsätzlich an die ideologischen Vorgaben, wenn nicht sogar Dogmen, ihrer Partei gebunden. Aus diesen Rahmenbedingungen entstehen unterschiedliche Weltbilder und Wirklichkeiten. In groben Zügen ist klar, wie die einzelnen Parteien zu großen Themen stehen. Deshalb würde es wenig Sinn machen, diese untereinander zu vergleichen. Aus diesem Grund sollen hier die unterschiedlichen drei Wirklichkeiten nach Variablen untersucht und so ein Bild der Ereignisse und dessen Konstruktionsmechanismen gezeichnet werden. Auch die Frage der Objektivität stellt sich bei Parteimedien nicht: Ein Parteimedien kann im herkömmlichen Sinn nicht objektiv sein, denn es hat eine durch bestimmte Vorgaben eingeschränkte Sicht auf die Dinge, die den Blick auf das Ganze verdeckt.

Diese Annahmen haben auch Einfluss auf journalistische Selektionsprozesse bei der Nachrichtenproduktion. Man kann davon ausgehen, dass ein mediales Angebot für eine Wirklichkeit aus der Sicht einer politischen Partei konstruiert wird.

¹¹ Burkart in Rusch, 1997, Seite 64

¹² vgl. ebda, Seite 62 bis 66

Aus diesen Gründen wurde der Entschluss gefasst, die Ergebnisse der Forschungsarbeit als parallel existierende Wirklichkeiten zu werten, aus denen sich der jeweilige Rezipient seine eigene Wirklichkeit bilden kann. Hier soll lediglich erfasst sein, wie dieses Wirklichkeitsangebot an die Rezipienten aussieht und mit Hilfe welcher Mittel diese Wirklichkeit zu Stande kommt.

2.3 Massenmedien

Die medienvermittelte Massenkommunikation ist Teil des täglichen Lebens. Der Begriff hat sich seit seiner Prägung allerdings weiterentwickelt und gewandelt. Da auch die Parteimedien Massenmedien sind, folgt ein kurzer Überblick über die Massenmedienforschung und deren Bedeutung für die Gesellschaft.

2.3.1 Definition

Der Begriff „Masse“ wurde bei den ersten theoretischen Ansätzen geprägt und kommt aus der Zeit der Industrialisierung, in der alles immer mehr zu einer Masse wurde und die Individualität scheinbar gelitten hat.

Im kommunikationswissenschaftlichen Sinn bedeutet Masse lediglich eine Vielzahl von Menschen. Die Anzahl der Menschen ist so groß, dass es für den Kommunikator unmöglich wäre, mit allen zu interagieren oder sogar mit allen von Angesicht zu Angesicht kommunizieren zu können, deshalb ist die Masse auch anonym.

Maletzke hat den Begriff „*dispersed Publikum*“¹³ geprägt – dieses Publikum ist keine feste Masse, sondern unterliegt einer ständigen Veränderung. Innerhalb dieser Masse gibt es keine zwischenmenschlichen Beziehungen, disperse Publika unterscheiden sich von der Masse, indem sie als inhomogen charakterisiert werden, dh das Publikum setzt sich aus Menschen verschiedener Schichten und verschiedener Herkunft zusammen. Das Publikum ist unorganisiert und unstrukturiert. Die Kommunikation ist einseitig, da durch räumliche bzw. zeitliche Trennung keine Rückkopplung möglich ist. Die Massenkommunikation kann auch als öffentlich bezeichnet werden, da sie sich nicht explizit an eine Zielperson richtet.

Folglich definieren sich Massenmedien so:

*„Massenmedien oder auch Massenkommunikationsmittel sind all jene Medien, über die durch Techniken der Verbreitung und Vervielfältigung mittels Schrift, Bild und/oder Ton optisch bzw. akustisch Aussagen an eine unbestimmte Vielzahl von Menschen vermittelt werden.“*¹⁴

¹³ Burkart, Roland: Kommunikationswissenschaft. Böhlau Verlag, Wien, 2002, 4. Auflage, Seite 169

¹⁴ Burkart, 2002, Seite 171

Massenkommunikation ist auch kommunikatives Handeln – sie zielt darauf ab, anderen Menschen etwas mitzuteilen und will deshalb bestimmte Aussagen verständlich machen. So wird versucht, Verständigung, also Kommunikation, zwischen potentiellen Rezipienten aufzubauen. Anlass für kommunikatives Handeln kann die Attraktion der eigenen Publizität sein. Dies passiert aufgrund des Interesses in den Massenmedien zu erscheinen und so bekannt zu werden, oder um geistige und materielle Produkte einer großen Menschenmenge zugänglich zu machen. Das Publikum wiederum hat Interesse an den in den Massenmedien publizierten Inhalten.¹⁵

2.3.2 Bedeutung und Wirkung der Massenkommunikation

Die Bedeutung der Massenkommunikation für die Gesellschaft ist enorm. Die Beziehung zwischen Kommunikation und Gesellschaft ist eine wechselseitige: Einerseits gibt das gesellschaftliche System den Rahmen für die Kommunikation vor, andererseits trägt die Kommunikation wesentlich zur Qualität des gesellschaftlichen Raums bei. Man könnte sagen, Kommunikation und Gesellschaft bedingen einander. Die Massenmedien sind demnach ein breites Forschungsfeld, das hier in seinen Grundzügen beschrieben werden soll.

Für die Wirkung der Massenmedien gibt es keine allgemein gültige Theorie. Diese wird es vermutlich auch nicht geben, da sich die Medien, die Gesellschaft, die Rezipienten und schließlich die Kommunikatoren selbst ständig verändern. Ein Gegenstand, der sich selbst kontinuierlich verändert, kann schwer erfasst werden.

Wirkung wird wie folgt definiert:

„Unter Wirkungen im engeren Sinn sollen all jene Prozesse in der postkommunikativen Phase verstanden werden, die als Resultate der Massenkommunikation ablaufen, sowie in der kommunikativen Phase all jene Verhaltensweisen, die aus der Zuwendung des/der Menschen zu massenmedial vermittelten Inhalten resultieren.“¹⁶

¹⁵ vgl. Burkart, 2002, Seite 166-177

¹⁶ ebda, Seite 188

Am Beginn der Wirkungsforschung wurde angenommen, dass die Medien eine direkte, ungefilterte Wirkung haben und daher auch extreme Macht besitzen. Das „*Stimulus Response Modell*“ wurde aber wieder verworfen.

Konsistenztheoretische Ansätze gehen davon aus, dass jedes Individuum nach Gleichgewicht und Harmonie strebt, und deshalb auch in Bezug auf Medien nur Informationen sucht, die dieses Gleichgewicht erhalten. Ist dies nicht der Fall, entsteht ein Spannungszustand, der unbedingt gelöst werden möchte - es herrscht „*Kognitive Dissonanz*“.

Der „*Two Step Flow*“ geht davon aus, dass Massenkommunikation nicht direkt auf den Rezipienten auftrifft, sondern durch sogenannte „Opinion Leaders“, die ihre Meinungen vermitteln. Mittlerweile wird angenommen, dass die Opinion Leader Informationen tatsächlich in einem One Step Flow vermittelt bekommen, allerdings die Information durch interpersonelle Kommunikation weitergeben – „*Opinion Sharing*“.¹⁷

Durch diesen grundlegenden Wechsel in der Betrachtung der Wirkung der Medien wurde die These aufgestellt, dass die Medien gänzlich wirkungslos wären. Klapper beschreibt mit seiner „*Verstärkerhypothese*“ dass Medien nur Bestehendes verstärken können, allerdings keine direkte Wirkung haben. Langfristige Wirkungen ließ Klapper allerdings außer Acht. Ein weiteres Forschungsfeld ist das Nutzungsverhalten der Rezipienten. Verschiedene Ansätze sehen den Rezipienten allerdings nicht als passiven Nutzer von Medieninhalten, sondern in einer aktiveren Rolle. Der *Uses and Gratifications Approach* ist eine Grundthese für diese Annahme und besagt, dass sich der Rezipient Medieninhalte nach Belohnungen aussucht, er sucht sie nach dem individuellen Nutzen aus.¹⁸

Schließlich gibt es noch die Annahme, dass die Medien selbst bestimmen, worüber gesprochen wird. Die *Agenda Setting Hypothese* besagt, dass Medien Themen vorgeben, über die gesprochen wird. Mittlerweile weiß man, dass diese These keineswegs eine allgemeine Gültigkeit aufweist, sondern nur ein Faktor von vielen ist.¹⁹

¹⁷ vgl. Burkart 2002, Seite 191 bis 215

¹⁸ ebda, Seite 221ff

¹⁹ vgl. ebda, Seite 248-257

2.4 Medieninhaltsforschung

Neben der Wirkung und dem Nutzungsverhalten der Rezipienten gibt es allerdings noch die Ebene der Medieninhaltsforschung, mit der sich diese Arbeit beschäftigt.

Bonfadelli unterscheidet beim Inhalt zwischen

- Physischen Botschaften (zB Artikel, TV-Sendungen usw.)
- Symbolischen Bedeutungen (werden mittels Zeichen vermittelt)

Die Botschaft ist dabei immer zusätzlich von materiellen bzw. formal gestalterischen Aspekten beeinflusst. Welche Bedeutungen den Botschaften zugewiesen werden, ist eine komplexe Angelegenheit.

Warum beschäftigt sich die Kommunikationswissenschaft also mit Medieninhalten? Medieninhalte erreichen durch massenhafte Verbreitung eine große Menschenmenge, damit geht im besten Fall Popularität einher. Außerdem wird, wie weiter oben erwähnt, den Medien eine bestimmte Wirkung zugeschrieben. Medieninhalte sind außerdem direkt sichtbar und in der Regel leicht zugänglich. Ziel der Medieninhaltsforschung ist es, den Medieninhalt zu analysieren und so eine Medienrealität zu beschreiben und zu erklären, genauso wie in der vorliegenden Arbeit.

Auf der Seite der *Kommunikatoren* lässt die Medieninhaltsforschung Rückschlüsse auf den Urheber und auf Selektionsprozesse zu. Interessant sind weniger die Medieninhalte selbst, sondern eher die Rückschlüsse, die die Forschung auf den Urheber zulässt.

Der Kommunikator selbst wird von verschiedenen Variablen beeinflusst, die letztlich auch seine Arbeit beeinflussen, beispielsweise sein soziales Umfeld.

In Bezug auf *Medien* kann die Inhaltsforschung auch einige Faktoren beschreiben. Welche Bedeutungen und welche Beziehungen haben Zeichen, welche Angebote sind für ein Medium typisch – so kann mit der Zeit die Veränderung des Angebotes festgestellt werden.

Auf der Seite der *Rezipienten* wird untersucht, wie Medien genutzt werden und Effekte und Wirkungen auf den Rezipienten erklären. In den Cultural Studies wird versucht

herauszufinden, wie Rezipienten Medienbotschaften Sinn und Bedeutung zuschreiben und wie folglich aus diesen eine soziale Realität konstruiert wird.

Was kann also die Medieninhaltsforschung im Detail leisten? Es können Strukturen und Funktionen der Medieninhalte sowie die gestalterischen Elemente untersucht werden. Forschungsfelder wären hier Repräsentanz von Bevölkerungsgruppen, Männer und Frauen in den Medien, Medienkultur und Wertewandel, aber auch Themen wie Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Konflikte und Protestbewegungen.²⁰

²⁰ vgl. Bonfadelli, Heinz: Medieninhaltsforschung. UKV-Verlagsgesellschaft, Konstanz, 2002, Seite 11-17

2.5 Journalistische Selektionsmechanismen

Massenmedien können aufgrund der Komplexität ihrer Umwelt nie ein umfassendes Bild der Welt einfangen, deshalb müssen Nachrichten selektiert werden.

Diese Selektion wird folgendermaßen definiert:

„ (...) ein Prozeß, in dem Individuen aus den ihnen in ihrer Umwelt potentiell zur Verfügung stehenden Signalen mit Bedeutungsgehalt aufgrund von deren physischen oder inhaltlichen Merkmalen bestimmte Signale bewußt oder unbewußt auswählen oder vermeiden.“²¹

Journalisten entscheiden also, welche Auswahlmöglichkeiten dem Rezipienten überhaupt bleiben. Diese Entscheidungen lassen sich grob auf zwei Variablen zurückführen:²²

- berufsspezifische Nachrichtenfaktoren
- subjektive Werte und Ziele

Burkart fasst dieses Phänomen zusammen: *„Kurzum: nicht Abbildung, sondern Auswahl und Interpretation sind die elementaren Kennzeichen jedweder medialen Berichterstattung.“²³* Aufgrund dieser grundsätzlichen Erkenntnisse wurden im Lauf der Zeit einige Ansätze entwickelt.²⁴

Gatekeeper-Ansatz

Der erste Ansatz zum Journalisten als aktiven Konstrukteur war der *Gatekeeper-Ansatz*. In einer Forschungsarbeit wurde untersucht, welche Nachrichten via Fernschreiber zum Redakteur kommen, welcher er auswählt und weiterleitet. Es wurde nachgewiesen, dass der Journalist unter Einfluss seiner subjektiven Einstellungen steht. Aber auch der Einfluss von institutionellen Faktoren konnte bewiesen werden: Je nachdem wo der Journalist beschäftigt ist, fällt er andere Entscheidungen. Der Journalist ist durch Herausgeber, Chefredakteur usw. an bestimmte Einstellungen gebunden, dem Journalist fällt dadurch eine systemstabilisierende Aufgabe für sein Medium zu.

²¹ Donsbach, Wolfgang: Medienwirkung trotz Selektion. Einflussfaktoren auf die Zuwendung zu Zeitungsinhalten. Böhlau, Köln, 1991, Seite 28

²² Vgl. Donsbach 1991, Seite 18-29

²³ Burkart in Rusch, 1997, Seite 66

²⁴ vgl. Burkart, 2002, Seite 275-286

News Bias

Ziel dieses Ansatzes ist es, tendenziöse Berichterstattung zu entlarven. Mit Hilfe von Experimenten wurde eine Situation der Nachrichtenselektion hergestellt – es wurde herausgefunden, dass subjektive Einstellungen einen großen Einfluss haben, beispielsweise bei der Zuschreibung von Merkmalen von Personen.

Die Nachrichtenwerttheorie

Jede Nachricht enthält Faktoren, die sie berichtenswert machen. Die Journalisten entwickeln eine Vorstellung, was die Rezipienten interessieren könnte:

- Einfachheit
- Identifikation: bekannte Themen, Prominente, räumlich/zeitliche Nähe
- Sensationalismus

Dieser Ansatz wurde später von Schulz weiterentwickelt und zu einem Katalog von Nachrichtenfaktoren erweitert.

- *Zeit*
Dauer – kurze Ereignisse, die kurzfristig einen hohen Wert haben
Thematisierung – ein etabliertes Thema kann weitergezogen werden und erhält so einen hohen Wert.
- *Nähe*
Räumliche Nähe, politische Nähe, kulturelle Nähe (zB Sprache), Relevanz (Betroffenheit)
- *Status*
Regionale bzw. nationale Bedeutung, Prominenz usw.
- *Valenz*
zB Konflikte: Aggressivität politischer Ereignisse, Schaden, Erfolg usw.

- *Identifikation*

Persönlicher Bezug herstellbar, Ethnozentrismus

Diese Ansätze geben dem Konstruktivismus zumindest in einem Punkt recht: Journalisten konstruieren mit Hilfe von bestimmten Faktoren ein Wirklichkeitsangebot.²⁵

Diese Modelle gelten als Basis für die Erklärung des journalistischen Produktionsprozesses. Es gibt aber auch eine rein konstruktivistische Perspektive auf dieses Thema. Stefan Weber hat versucht, ein konstruktivistisches Nachrichtenmodell zu entwerfen. Er unterscheidet zwischen realistischen und konstruktivistischen Nachrichtenmodellen, vor dem Hintergrund der Veränderung des Journalismus durch neue Techniken und der zunehmenden Autopoietisierung.²⁶

Realistische Denkweisen setzen einen Informationsfluss von einer externen Quelle voraus, und medienexterne Ereignisse sind der Grund für Berichterstattung. Aus Agenturmeldungen gilt es, möglichst schnell relevante Informationen herauszufiltern. Weber bezeichnet diese Berichterstattung als „Augenblicks-Wahrheiten“ oder „Jetzt-Wahrheiten“²⁷, da diese bereits kurz nach Veröffentlichung schon veraltet sein können. Aktualität steht zunehmend an erster Stelle, das heißt aber auch, dass eine Aktualisierung erfolgen kann. Nachrichten werden an eine Vielzahl von Rezipienten weitergeleitet – es findet ein Informationsfluss vom Medium zum Rezipienten statt. Durch die zunehmende Spezialisierung der Medien wird diese Vorstellung laut Weber kaum mehr haltbar sein.²⁸

Die konstruktivistische Sichtweise der Nachrichtenproduktion orientiert sich an anderen Grundsätzen.

„Die realistische Logik der Nachrichtenselektion unterscheidet sich grundlegend von der konstruktivistischen Logik der Nachrichtenkonstruktion: während es konstruktivistisch operierenden Medien um die eigene Wirklichkeit, um die Unterscheidung zu anderen Medienangeboten, kurz: um die Differenz, um etwas anderes geht, beabsichtigen realistisch operierende Medien, dasselbe vor den anderen Medien zu berichten: es geht ihnen also um Identität, Aktualität und Informationsvorsprung.“²⁹

²⁵ vgl. Burkart 2002, Seite 275-286

²⁶ Völlige Selbstreferentialität und Geschlossenheit eines Systems, das Journalismus zusehends zur Fiktion werden lässt. Vgl. Weber in Rusch, 1997, Seite 212f

²⁷ Weber in Rusch, 1997, Seite 205

²⁸ vgl. ebda, 205f

²⁹ Weber in Rusch 1997, Seite 206

Das konstruktivistische Nachrichtenmodell setzt voraus, dass sich Rezipienten durch ihre Individualität aktiv Medienangebote aneignen und auch die Medien Ereignisse konstruieren. Weber sieht diese Tendenz vor allem bei Boulevardmedien, wo die Wirklichkeit des Mediums fast ausschließlich durch selbst recherchierte Informationen erzeugt wird und auch über vom Medium selbst provozierte Ereignisse berichtet wird – Weber hat diesen Mechanismus besonders bei einer Forschungsarbeit über die „Kronen Zeitung“ erlebt. Konstruktivistisch agierende Medien trachten danach, nicht schneller gleiche Medienangebote zu publizieren, sondern eigenständige Nachrichten und Themen zu produzieren.

Einerseits muss man Weber völlig Recht geben: Die Medien spezialisieren sich zunehmend und weder das Konzept der Massenkommunikation noch die Art und Weise, wie Nachrichten produziert werden, bleibt vom Fortschritt unberührt. Andererseits ist in Zeiten des Internet Aktualität sehr wohl auch ein entscheidender Faktor: Wer die Information zuerst publiziert, hat auf jeden Fall einen Vorsprung. Deshalb unterscheidet Weber noch das situative Modell, das der steigenden Kommerzialisierung, Boulevardisierung und auch dem technischen Fortschritt Rechnung trägt.³⁰

„Im situativen Modell etwa sind Rezipienten sowohl durchaus klassische „Empfänger“ von Medienangeboten – via Metamedien und Selektoren, etwa Suchmaschinen im World-Wide-Web – als auch (aus Anlaß ebendieser Medienangebote) individuelle Konstrukteure von Ereignissen und somit kognitiven Wirklichkeiten.“³¹

Welches System zur Anwendung kommt, hängt von vielen Faktoren ab. Erstens von zeitlichen, sachlichen und sozialen Faktoren, wo die Grundlage realistische Selektion ist, aber dann eine aktive Konstruktion folgt. Weiters hängt die Denkrichtung von Mediengenes,

-formaten und -darstellungsformen ab. Weber geht, wie schon erwähnt, davon aus, dass besonders Boulevardmedien konstruktivistisch vorgehen. Aber auch die Entscheidung zwischen meinungsbetonten Darstellungsformen, wo oft konstruiert wird und bei Nachrichten, wo eine realistische Denkweise gewählt wird, ist möglich.³²

³⁰ vgl. ebda, Seite 208-210

³¹ ebda, Seite 210

³² Weber in Rusch 1997, Seite 210ff

2.6 Politik und Medien

Die Beziehung Politik und Medien ist eine vielschichtige, die sich in der Zweiten Republik extrem verändert hat. Während des Krieges gab es so gut wie keine Informationen, die nicht Propaganda waren. Als nach dem Krieg die ersten Zeitungen erschienen, war das Interesse groß – die Parteizeitungen wurden unglaublich populär. In den späten 1950er Jahren begann der Abstieg der Parteizeitungen und der Aufstieg des Boulevardjournalismus. Die Prioritäten der Parteien verlagerten sich weg von eigenen Medien hin zu einer Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit. Mit der rasanten Entwicklung des Internet haben sich heute neue Kommunikationsmöglichkeiten aufgetan, die teilweise bereits von der Politik und auch von den Medien selbst genutzt werden. Die Medien haben sich verändert, die Politik hat sich verändert – die Medien erfüllen aber weiterhin wichtige politische Funktionen.

2.6.1 Politische Funktionen

Massenmedien erfüllen politische Funktionen³³ und leisten damit einen wesentlichen Beitrag für das Funktionieren der Demokratie.

- Herstellen von Öffentlichkeit
- Artikulationsfunktion
- Korrelationsleistung
- Politische Sozialisationsfunktion
- Politische Bildungsfunktion
- Kritik- und Kontrollfunktion

Herstellen von Öffentlichkeit

Die Publizistik kann einen Beitrag dazu leisten, Politik den Bürgern öffentlich und verständlich zu machen. Die Publizistik gibt der Politik eine Bühne, auf der sie diskutiert und kritisiert werden kann – eine entscheidende Funktion für die Legitimation von Politik. Diese Tatsache ruft natürlich auch Kritiker auf den Plan: Eine Maßnahme hat oft nur bei

³³ vgl. Burkart, 2002, Seite 390-397

ausreichender Öffentlichkeit eine Chance, positiv dargestellt zu werden. Es zählt immer weniger der Inhalt, sondern die Verpackung.

Artikulationsfunktion

Die Medien dienen als Plattform für alle politischen Parteien, Verbände und Interessensgruppen. Wenn ein breites Spektrum durch die Medien repräsentiert wird, bekommt man ein relativ umfassendes Bild der Gesellschaft – ein notwendiges Forum zur öffentlichen Konsensbildung.

Korrelationsleistung

Die Medien fungieren auch als eine Art Mittler, indem sie unterschiedliche Standpunkte sammeln und wieder auf einen Nenner bringen. Sie repräsentieren die Meinungsvielfalt, gleichzeitig verringern sie aber auch die Komplexität für den Rezipienten. Anliegen müssen in der den Medien vertrauten Sprache vorgebracht werden - diese Funktion übernimmt der Journalist.

Politische Sozialisationsfunktion

Das politische System ist mittlerweile sehr unübersichtlich geworden. Deshalb übernehmen die Medien die Aufgabe, Politik transparent zu machen. So wird politische Partizipation der Bürger erst ermöglicht.

Politische Bildungsfunktion

Ähnlich wie bei der Sozialisationsfunktion helfen die Medien dabei, am politischen Prozess beteiligten Staatsbürgern politische Bildung zu vermitteln – eine wichtige Voraussetzung dafür, sich letztlich eine eigene Meinung zu bilden und wählen gehen zu können.

Kritik- und Kontrollfunktion

Die Medien bieten in einer Demokratie die Möglichkeit, politische Machthaber zu kritisieren. Sie haben zwar keine Sanktionsmöglichkeiten, aber die Thematisierung und Kritisierung politischer Personen und deren Wirken kann zu einer politischen Kursänderung führen oder Gremien von Unstimmigkeiten in Kenntnis setzen.

Wolfgang Langenbacher hat in einem Aufsatz beschrieben, dass es besonders für Österreich wichtig wäre, wenn die Medien eine stärkere Kontrollfunktion wahrnehmen würden. Aufgrund einiger Faktoren, wie dem Konsensklima und dem Defizit an

parlamentarischer Kontrolle, müssen diese Aufgabe die Medien übernehmen. Besonders in seiner Anfangszeit war das Nachrichtenmagazin „profil“ als Kontrollinstanz aktiv: Zahlreiche Skandale wurden aufgedeckt, besonders in der Gemeinde Wien. Ohne Sanktionsmöglichkeiten bleibt aber einer nachhaltigen Veränderung der Weg versperrt.³⁴

Aus dieser „Macht“ der Medien entstand in den letzten Jahren ein viel zitiertes Problem: Der Politiker wird immer mehr zum Stichwortgeber: Ein flotter Spruch zählt mehr als der Inhalt. Immer die öffentliche Meinung und natürlich auch die potenziellen Wähler im Blickwinkel. Andererseits wird immer wieder die Macht der Medien kritisiert – was macht also die Beziehung Politik und Medien aus?

2.6.2 *Beziehung Politik-Medien*

Politik und Medien sind von einander abhängig: Die Politiker gewinnen aus den Medien einen Eindruck von wichtigen gesellschaftlichen Problemen und Anliegen der Bevölkerung, im Gegenzug erfahren Politiker, wie ihre Entscheidungen aufgenommen werden.

Oft wird von den Medien als vierter Macht gesprochen – Medien haben natürlich einen gewissen Einfluss auf die Politik, andererseits, wie beispielsweise Saxer³⁵ erwähnt, stehen noch andere, komplexere Mechanismen hinter der vermeintlichen Medienmacht. Medien repräsentieren außerdem, so Saxer, nicht die öffentliche Meinung, sondern sind „veröffentlichte“ Meinung.

Nachgewiesen werden konnte immer nur eine verstärkende Wirkung der Medien, dh niemand kann grundsätzlich von seiner politischen Überzeugung völlig abgebracht werden, es müssen schon erste Tendenzen und Sympathien für eine politische Partei vorhanden sein. Medien und Politik besitzen Macht, sind aber anders legitimiert: Die Politik ist gesetzlich verankert, die Macht der Medien basiert auf normativen, strukturellen und psychologischen Faktoren: liberale Prinzipien, Vermittlungsfunktion in einer modernen Gesellschaft und beispielsweise die jahrelange Glaubwürdigkeit eines Mediums legitimiert den Machtanspruch.

³⁴ vgl. Langenbucher, Wolfgang R., Staudacher, Irmgard: Journalismus als Komplementärinstitution politische Kontrolle. Studien zu makrosozialen Wirkungen der medienvermittelten Kommunikation in Österreich. In: Langenbucher, Wolfgang R.: Politische Kommunikation. 2. Auflage, Braumüller, Wien, 1993, Seite 174-185

³⁵ vgl. Saxer, Ulrich: Politische Funktionen der Publizistik aus der Sicht der Publizistikwissenschaft. In: Langenbucher, Wolfgang R.: Politische Kommunikation, 1. Auflage, Braumüller, Wien, 1986, Seite 140-155

Saxer betrachtet Politik und Medien von einer systemtheoretischen Ebene aus. Beide Systeme haben gewisse Parallelstrukturen entwickelt, aber auch Gegenstrukturen. Die Systeme destabilisieren sich. Medien und Politik sind aber auch voneinander abhängig:

„Politik und Publizistik stehen durch drei Produktivitätsaspekte zueinander in Parallele: Beide benötigen gewisse Inputs, transformieren diese, und zwar in gewisse Outputs, nämlich eben allgemeinverbindliche Entscheidungen oder Publikationen. Und in Input-, Transformations- und Outputphase sind Publizistik und Politik leistungsmäßig wiederum stärkstens aufeinander verwiesen, funktionsförderlich, aber auch – abträglich.“³⁶

Medien und Politik brauchen einander, Politiker und politische Ereignisse sind für Medien wichtig, da sie ein Hauptbestandteil der Medien sind. Umgekehrt hängen oft Karrieren von Politikern einzig und allein von Medien ab. Meinungsverschiedenheiten der beiden Systeme basieren meist auf der einfachen Tatsache der Selektion – was für das System „Medien“ wichtig ist, kann der Politik unwichtig oder gar vertuschenswert vorkommen.³⁷

Günter Bentele hat für das Verhältnis Medien und Öffentlichkeitsarbeit das „Intereffikationsmodell“ entwickelt: Beide Systeme ermöglichen einander. Dies könnte man auch so auf Medien und Politik umlegen, da die Politik mittlerweile in Bezug auf Medien mit PR gleichzusetzen ist.³⁸

Tatsächlich ist diese enge Beziehung aber auch zunehmend ein Problem: Solche Beziehungen können im exklusiven Austausch von Informationen und in „Hofberichterstattung“ gipfeln. Die enge Verbindung des Systems wird auch klar, wenn man sich Termine für politische Pressekonferenzen ansieht: Diese sind meist vor Redaktionsschluss angesetzt.³⁹

Medien und Politik sind also untrennbar miteinander verbunden – für die Parteien ist es sehr wichtig geworden, Wähler via Medien zu erreichen – die Bedeutung der Parteiorganisationen hat gleichzeitig abgenommen. Die Programme der politischen Parteien werden immer ähnlicher, deshalb ist es wichtig, dass sich die Politiker selbst positionieren und sich gut „verkaufen“ – dann ist die Chance auf Publizität höher. Die Personalisierung der Politik ist eine immer offensichtlicher werdende Tendenz, die auch verstärkt in Wahlkämpfen beobachtet werden kann.

³⁶ Saxer in Langenbucher, 1986, Seite 149

³⁷ vgl. ebda, Seite 149-155

³⁸ vgl. Burkart, 2004, Seite 291-302

³⁹ vgl. Müller, Wolfgang C.: Parteien zwischen Öffentlichkeit und Medienzweigen. In: Langenbucher, 1986, Seite 111ff

Diese enge Beziehung hat im Lauf der Zeit ein Problem hervorgebracht: Obwohl eher den Medien mehr Macht zugeschrieben wird, gibt es auch Einflüsse der Politik auf die Medien, die nicht geleugnet werden können. Dieses Phänomen heißt „*symbolische Politik*“. Medien können leicht instrumentalisiert werden, weil sie von den Informationen aus der Politik bis zu einem gewissen Grad abhängig sind. Die Politik bindet die Medien in ihr „Kommunikationsmarketing“ mit ein. Inhalt muss in Hinblick auf die Medien ausgerichtet werden – die Politik hat die Mechanismen der Medien verstehen gelernt. Politik wird außerdem zunehmend auf Kommunikation reduziert, dh der Druck auf die Medien wächst. Eine „Über“-Präsenz der Politik in den Medien hat nicht unbedingt mehr Vertrauen, sondern eher einen Vertrauensverlust gegenüber den Medien zur Folge.⁴⁰

⁴⁰ Weischenberg, Siegfried: Gladiatoren und Propagandisten? Die Akteure politischer Kommunikation in einer medialen Streitkultur. In: Langenbucher, 1993, Seite 132-149

2.7 Politische Kommunikation im Wandel in der Zweiten Republik

Der starke politische und gesellschaftliche Wandel seit dem Zweiten Weltkrieg hat natürlich auch Veränderungen in der politischen Kommunikation bedingt. *Blumler und Kavanagh*⁴¹ haben versucht, die Veränderung in der politischen Kommunikation zu erfassen und sind dabei auf drei Phasen der politischen Kommunikation gestoßen. Diese Phasen sind natürlich nicht als scharfe Trennlinien, sondern vielmehr als überlappende Perioden zu verstehen.

In der *ersten Phase* nach dem Krieg war das politische System der wichtigste Initiator für soziale Veränderung – viele Wähler waren eng und längerfristig an ihre Partei gebunden, Parteien hatten ihre eigenen Medien, die mit großem Interesse gelesen wurden. Großes Vertrauen in die Politik machte eine politische Überzeugung zu etwas Dauerhaftem. Die Aussagen der Politiker waren von Tragweite und die Trennlinien zwischen den Parteien waren fest gezogen: „*Political leaders tended to talk about the issues that mattered to them, especially the changes they wished to effect in government and the principles and policies that distinguished them from their opponents.*“⁴² Die aktive Kommunikation regte zwar die Diskussion an, aber durch das Herausbilden eines „Stammwählertums“ änderten sich die Meinungen aufgrund guter Kommunikation kaum.

In der *zweiten Phase* während den frühen 1960er Jahren veränderte sich die Kommunikation schlagartig mit der Popularisierung des Fernsehens – und die Bindung an die Parteien fing langsam an zu erodieren. Durch das Fernsehen wurden zwar mehr Menschen erreicht, allerdings musste die Politik auch geänderte Darstellungsformen akzeptieren, die sich immer mehr auf die Person und weniger auf den Inhalt konzentrierten. In dieser Phase begann auch der Abstieg der Parteipresse – die Rezipienten wollten lieber von parteiunabhängigen Tageszeitungen informiert werden. Die Politiker mussten nun um die Aufmerksamkeit kämpfen – parteiunabhängige Medien beurteilen Nachrichten nach ihrem Wert.

⁴¹ Vgl. Blumler, Jay G., Kavanagh, Dennis: The third age of political communication: influences and features. In: Political Communication, Taylor & Francis, 1999, Seite 209-226 und Plasser, Fritz, Ulram, Peter A.: Öffentliche Aufmerksamkeit in der Mediendemokratie. In: Plasser, Fritz (Hg): Politische Kommunikation in Österreich. Ein praxisnahes Handbuch. WUV-Verlag, Wien, 2004, Seite 37-54

⁴² Blumler, Kavanagh, 1999, Seite 212

Die *dritte Phase* der politischen Kommunikation dauert bis heute an. Es wächst das Kanalangebot, eine zunehmende Kommunikations-Professionalisierung der Parteien setzt ein – die Politik reagiert auf die geänderten Medien-Bedingungen. Bei den Parteien herrscht nun ein redaktionelles Politikverständnis vor, das Tendenzen wie Infotainment, Politainment und der generell sich Richtung Unterhaltung entwickelnden politischen Kommunikation Rechnung trägt.

Blumler und Kavanagh sprechen vorrangig für den anglo-amerikanischen Raum, der Politikwissenschaftler Fritz Plasser hat dieses Modell für Österreich adaptiert.

Für Österreich war diese erste Phase von 1945 bis Anfang der 1960er Jahre - die Parteizeitungen waren unter den meistgelesenen Zeitungen. In der zweiten Phase begann auch in Österreich die Popularisierung des Fernsehens, aber gleichzeitig auch der Aufstieg des Boulevardjournalismus, insbesondere der „Kronen Zeitung“. Diese beiden Faktoren sind der Grund für den langsam einsetzenden Abstieg der Parteipresse. Vom reformierten ORF und dem verschärften Wettbewerb am Markt gingen positive Impulse für den Journalismus aus – was allerdings den weiteren Abstieg für die Parteipresse bedeutete. In den 1980er Jahren wurde der Abstieg der Parteizeitungen noch weiter beschleunigt, bis zur weitgehenden Einstellung der Parteipresse. Plasser fasst dies so zusammen:

„In dieser Phase prägten insgesamt vier synchron verlaufende Entwicklungen die Dynamik des österreichischen Pressemarktes: 1. Ein weiteres Zeitungssterben, 2. Fehlgeschlagene Versuche, Parteizeitungen in marktfähige unabhängige Tageszeitungen umzuwandeln, 3. Der Marktzugang neugegründeter Tageszeitungen, (...) wie 4. Nennenswerte Kapitalbeteiligungen ausländischer (...) Medienunternehmen an österreichischen Tageszeitungen (...).“⁴³

Heute machen Pressereferenten, PR- und Kommunikationsfachleute zielgerechte, maßgeschneiderte Kommunikation möglich. Neue Medien, wie beispielsweise zur Zeit „Social Media“ Plattformen, werden auch von Politikern sofort genutzt. Um heute konkurrenzfähig zu bleiben, muss man als Politiker auch bei der Kommunikation mit der Zeit gehen.

Armin Wolf beschreibt moderne politische Kommunikation so:

„Regierungshandeln „vorrangig als medienzentriertes Aufmerksamkeits- und Akzeptanzmanagement“ unter dem Diktat journalistischer Selektionsdominanz.“

⁴³ Plasser, Ulram in: Plasser, 2004, Seite 47

*Und mit unter versuchen Medien auch ganz konkret Politik zu machen, siehe Kronenzeitung.*⁴⁴

Armin Wolf betrachtet als Journalist das heutige Verhältnis Medien-Politik als ausgewogen – Journalisten, Politiker und Publikum sind „Opfer und Täter zugleich“. Die Qualität politischer Kommunikation hängt vom Publikum ab. Wolf lehnt allerdings Inszenierungen in der Politik nicht gänzlich ab – Politik muss dargestellt werden, damit Demokratie funktioniert.

Hannes Haas wirft einen pessimistischeren Blick auf das heutige Verhältnis von Journalismus und (politischer) PR. Die Professionalisierung der politischen Kommunikation hat auch den Journalismus verändert. Dies hat vornehmlich negative Auswirkungen, da sich die Bedingungen für den Journalismus zur Zeit kontinuierlich verschlechtern. Die herrschende Strukturkrise des Journalismus (weniger Personal, mehr Arbeit für den Einzelnen) trägt zu einer laufenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und einem damit einhergehenden Qualitätsverlust bei. Genau diese Entwicklung fördert Entertainisierungstendenzen. Haas wirft einen düsteren Blick in die Zukunft: Journalisten werden zunehmend von der Politik durch Wissensmanagement und Experten überholt – der in seiner Entwicklung stagnierende Journalismus wird dem nicht gewachsen sein. Die Popularisierung des Journalismus sieht Haas dysfunktional, da essentielle Informationen für die Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung verloren gehen. Die Aufgabe für den Journalismus sieht Haas in der Unterscheidung von Inhalt und Inszenierung.⁴⁵

⁴⁴ Wolf, Armin: Opfer und Täter zugleich. JournalistInnen als Adressaten und Konstrukteure medialer Inszenierungen von Politik. In: Filzmaier, Karmasin, Klepp: Politik und Medien – Medien und Politik, WUV-Verlag, Wien, 2006 Seite 60f

⁴⁵ vgl. Haas, Hannes: Dynamik im Marketing, Stagnation im Journalismus? Zum Strukturwandel politischer Kommunikation. In: Filzmaier u.a. 2001, Seite 67-77

2.8 Parteimedien

Um potenzielle Wähler erreichen zu können, müssen die Ideen und Programme der politischen Parteien veröffentlicht und verbreitet werden. Daher lag es nahe, eigene Parteiorgane zu gründen und so die bestmögliche Darstellung politischer Inhalte zu garantieren.

2.8.1 Definition

Medien werden durch ihre Beziehung zu politischen Parteien klassifiziert. Diese Beziehungen können wirtschaftlicher bzw. rechtlicher Natur sein, oder sich in Form von Einfluss auf die redaktionellen Inhalte oder Beteiligung an der Recherche äußern.

Dagtoglou⁴⁶ unterscheidet folgende Arten der Parteipresse:

1. *Parteigebundene Presse*: Organ einer Partei, das sich oft auch offen als solches ausweist. *„Parteigebunden ist also ein Presseorgan, das von der Partei getragen wird oder effektiv und hauptsächlich als Parteiorgan fungiert und sich damit als Glied des Parteiorganismus erweist.“*⁴⁷
2. *Parteiverbundene Presse*: Rechtlich selbstständig, allerdings gibt es eine organisatorische oder finanzielle Abhängigkeit von einer Partei, offen oder verdeckt. *„Bloß parteiverbunden ist ein Presseorgan, wenn es nicht nur zu den Zwecken der Partei dient, sondern auch aus anderen Gründen herausgegeben wird und auch an anderen Zielen orientiert ist.“*⁴⁸
3. *Parteirichtungspresse*: Die Zeitung hat gute Kontakte zu einer Partei und bekommt Informationen exklusiv und aus erster Hand. *„Die Zeitung steht weder in einem organisatorischen noch in einem finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zu einer Partei – und zwar weder offen noch verdeckt. Sie teilt jedoch die politische Grundlinie der Partei (...).“*⁴⁹

⁴⁶ vgl. Dagtoglou, Prodromos: Die Parteipresse. Ihr verfassungsrechtlicher und politischer Standort. Duncker & Humboldt, Berlin, 1967, Seite 17-22

⁴⁷ Dagtoglou 1967, Seite 19

⁴⁸ ebda, Seite 19

⁴⁹ ebda, Seite 20

4. *Unparteiliche Presse*: Bei der unparteilichen Presse gibt es wiederum noch Unterscheidungen. Überparteilich heißt, dass die Zeitung ein eigenes Urteil fällt und den Grundsatz der Objektivität verfolgt, sie engagiert sich für keine bestimmte Partei. Allparteiliche Zeitungen sind ein freies Diskussionsforum für alle Parteien, parteifremde Zeitungen hingegen sind tendenziell apolitisch und bieten keinen Raum für parteipolitische Auseinandersetzungen.

2.8.2 Funktion und Rolle der Parteipresse

Die Hauptfunktion der Parteimedien war ohne Zweifel Sprachrohr und Forum für die Ideen der jeweiligen politischen Partei zu sein. Gerhard Ruscher⁵⁰ sah 1981 vor dem Hintergrund des Abstiegs der Partei- und des Aufstiegs der unabhängigen Presse, die Funktionen der Parteipresse in Anlehnung an die politischen Funktionen der Massenmedien noch sehr optimistisch und zukunftssträchtig:

- *Informationsfunktion*: unverfälschte Parlamentsberichterstattung und dadurch Stärkung der Demokratie
- *Kritik- und Kontrollfunktion*: durch Bezirks-Parteizeitungen die Kommunikation dezentralisieren und so mehrere Meinungen zulassen
- *Artikulationsfunktion*: Einbindung der Parteijournalisten in Kommissionen usw. Mitwirkung an der politischen Willensbildung

Ruscher stellt diese Überlegungen 1981 vor dem Hintergrund der immer weniger werdenden politischen Information in Tageszeitungen an. Aus heutiger Sicht sind diese Überlegungen aufgrund der in der Breitenwirkung mittlerweile bedeutungslosen Parteipresse obsolet, dennoch in Hinblick auf diese Magisterarbeit nicht außer Acht zu lassen.

Ziel eines politischen Organs ist es natürlich, politische Wirkung zu erzielen. Parteimitglieder sollten in ihren Positionen bestärkt werden, und „normale“ Leser in ihrer

⁵⁰ vgl. Ruscher, Gerhard: Die Rolle der Parteizeitungen in der Demokratie. Eine empirische Untersuchung über das Medienverhalten als Bedarfsverhalten. Dissertation, Wien, 1981, Seite 27-30

jeweiligen politischen Gesinnung stärken. In der Blütezeit der Parteipresse gab es neben den Zeitungen oftmals auch parteitheoretische Zeitschriften. Während die Zeitungen versuchten, neue Leser zu gewinnen und eher als Organ für die breite Masse angelegt waren, war die Aufgabe der Zeitschriften, die grundlegende innerparteiliche Richtung zu diskutieren. Besonders die SPÖ tat dies in „Die Zukunft“, ihrem parteitheoretischen Organ, phasenweise sehr intensiv.

3 Geschichtlicher und politischer Rahmen

Die Diskursanalyse als Methode verlangt die Beschäftigung mit den Rahmenbedingungen der untersuchten Ereignisse, außerdem ist dieses Wissen für die Interpretation der Texte essentiell. Das heute vorhandene Wissen wurde teilweise erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs bekannt bzw. wird heute anhand neuer Dokumente erforscht. 2006 und 2008 waren Gedenkjahre der beiden untersuchten Ereignisse, die auch in Österreich durch Ausstellungen, neue Bücher und Dokumentationen in Erinnerung gerufen wurden. Aber auch die Geschichte Österreichs ist wichtig, um die Reaktionen und Verhaltensweisen der Parteien verstehen und deuten zu können.

3.1 Politik in Österreich

3.1.1 Allgemeines

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann eine schwierige Zeit für Österreich: Die wirtschaftlichen und politischen Folgen für das Land waren enorm. In den ersten zehn Jahren nach dem Krieg war es das wichtigste, dass Österreich wieder zu einem souveränen Staat wurde. Durch geschicktes Verhandeln gelang dies, und 1955 wurde der Staatsvertrag unterzeichnet. Währenddessen machte die Sowjetarmee aus den meisten von ihr befreiten Staaten langsam aber sicher sogenannte Satellitenstaaten, dies geschah aber keineswegs widerstandslos. Gerade als Österreich seine Unabhängigkeit und immerwährende Neutralität deklariert hatte, begann es im Osten turbulent zu werden: In Deutschland, Polen und auch in Ungarn organisierte sich der Protest. Für Österreich war die gewaltsame Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes eine Bewährungsprobe als junge Republik und neutraler Staat. Gleichzeitig entspann sich eine Krise am Suez-Kanal, denn Großbritannien, Frankreich und Israel fürchteten um ihren Einfluss in der Region und marschierten ein. Eine gefährliche „Doppelkrise“.

Österreich beschloss nach anfänglichem Zögern aktiv aufzutreten und verurteilte den Einmarsch der Sowjetunion in Ungarn, musste aber mit ansehen, dass Russland die Entwicklungen in Ungarn nicht akzeptieren konnte. Mitte der 1950er Jahre ging es wirtschaftlich in Österreich bergauf – der Aufschwung brachte auch gesellschaftliche

Veränderungen mit sich. Die Auswirkungen von Frauenbewegungen, neuen Medien wie Fernsehen und Studentenprotesten wurden auch in Österreich spürbar.

1966 war dann auch die Zeit der Koalitionsregierungen zu Ende: Die SPÖ fuhr bei den Wahlen 1966 aufgrund diverser Skandale des damals bereits ausgeschlossenen Franz Olah eine Wahlniederlage ein. Eine ÖVP-Alleinregierung in turbulenter Zeit folgte. In dieser Zeit pflegte Österreich gute diplomatische Verhältnisse zu vielen verschiedenen Staaten der Erde, auch zu denen des ehemaligen Ostblocks.

Während sich die ganze Welt im Wandel befindet, wollte auch die Tschechoslowakische Sozialistische Republik (ČSSR) den Kommunismus umgestalten und demokratisieren. Diese Zeit ging 1968 als „Prager Frühling“ in die Geschichte ein. Alexander Dubček wollte einen „Kommunismus mit menschlichem Antlitz“ schaffen. Die ČSSR war wirtschaftlich am Boden, Reformen waren dringend nötig. Die Führung in Moskau ließ gewähren und man entwickelte weitere Reformen. Österreich begrüßte die Entwicklungen in der ČSSR, und war umso mehr überrascht, dass die Sowjetunion und andere Staaten des Warschauer Pakts plötzlich einmarschierten. Österreich reagierte damals etwas zögerlicher als im Fall von Ungarn.

3.1.2 Außenpolitik

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Österreichs politische Geschicke durch die alliierten Besatzungsmächte überwacht. Bis zum Staatsvertrag 1955 war die österreichische Politik geprägt von geschicktem Verhandeln mit den Alliierten, so konnte beispielsweise Österreich erheblich vom Marshall-Plan der USA profitieren, ohne großen Einspruch der Sowjetunion. Österreichs Vertreter hatten es verstanden, sich zu keiner Seite offen zu bekennen und sich überall Freunde zu machen. Diesem Verhalten ist es zu verdanken, dass in einer Phase des ruhigen politischen Klimas zwischen Ost und West (geänderte Außenpolitik der UdSSR durch Chruschtschow und der Eisenhower-Administration) der Staatsvertrag 1955 unterzeichnet wurde und Österreich seine Souveränität wieder erlangte. So viel diese Art von Politik für Österreich bewirken konnte, hatte sie auch Schattenseiten. Das Streben der beiden Großparteien nach Einigkeit und die Bemühungen, Österreich wieder zu einem unabhängigen und souveränen Staat zu machen, hatte eine „(...) *deutlich*

*opportunistische Grundhaltung (...)*⁵¹ zur Folge. Diese Bemühungen manifestierten auch den „Opfermythos“: Österreich ist das erste Opfer des Nationalsozialismus. Eine Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit gab es fast nicht. Erst die Waldheim-Affäre löste in den 1980er Jahren eine breite Debatte über Österreichs Vergangenheit aus.⁵² Weitere außenpolitische Bemühungen waren die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen, sowie der Eintritt in internationale Organisationen (UNO).

Die immerwährende Neutralität hatte natürlich fortan Auswirkungen auf die Außenpolitik. *„Die Neutralität wurde von Österreich zwar aus „freien Stücken“ erklärt, sie war aber doch wesentlich politisch bedingt durch die internationale Konstellation, die die militärische Niederlage des Dritten Reiches geschaffen hatte.“*⁵³ Österreich setzte auf eine aktive Neutralitätspolitik, und engagierte sich für Frieden und Demokratie.

Der ungarische Volksaufstand 1956 war somit die erste Bewährungsprobe für die neutrale Republik Österreich. Heute wird in der Literatur das Verhalten Österreichs positiv beurteilt. Das mutige und entschlossene Auftreten gegen die blutige Niederschlagung des Freiheitskampfes machte Eindruck. Österreich wurde außerdem für das beispiellose Engagement bezüglich der Flüchtlingsbetreuung gelobt, die zu einem großen Teil der Hilfsbereitschaft der Österreicher zu verdanken war. Die Regierung spürte die Anteilnahme der österreichischen Bevölkerung und legte die zu anfangs demonstrierte Zurückhaltung rasch ab. Österreichs Auftreten in der Ungarn-Frage hatte eine Belastung der Beziehung zur Sowjetunion zur Folge. Man setzte allerdings wieder auf den Dialog und konnte die Beziehungen schnell wieder normalisieren. Die außenpolitische Linie der Sowjetunion, der „friedlichen Koexistenz“, wurde fortan auch mit Österreich gelebt.⁵⁴

Unter dem neuen Außenminister Bruno Kreisky (SPÖ) entwickelte sich das Außenministerium 1959 zu einem eigenständigen Ministerium. Österreich bemühte sich unter Kreisky zu umfangreichen Beziehungen mit anderen Staaten – Kreisky pflegte eine „Besuchsdiplomatie“. Er besuchte teilweise als erster westlicher Politiker überhaupt einige Ostblock-Staaten. Ein Problem mit der Neutralität gab es zunehmend, wenn es um die Frage des Beitritts zu diversen europäischen oder internationalen Bündnissen ging. Durch die ÖVP-Alleinregierung (1966-1970) wurde diese offensive Neutralitätspolitik

⁵¹ Kramer, Helmut: Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945-1996). In: Dachs, Gerlich, Gottweis, Horner, Kramer, Lauber, Müller, Tálos: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik. Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien, 1997. 3. Auflage, Seite 718

⁵² vgl. Kramer, 1997, Seite 718

⁵³ vgl. ebda, Seite 719

⁵⁴ ebda, Seite 718f

abgeschwächt. Dies brachte der ÖVP vor allem während der Krise in der ČSSR heftige Kritik der Medien und der Opposition ein, da man, anders als 1956, zurückhaltend auf die Ereignisse reagierte.⁵⁵

3.1.3 Die Entwicklung der Parteien

Die Entwicklung der Parteien geht natürlich stark einher mit der politischen wie auch mit der gesellschaftlichen Entwicklung in Österreich und der ganzen Welt. Während der Zweiten Republik änderten sich die Gesellschaft und das Land dramatisch – von einem befreiten, zu einem besetzten und wieder zu einem befreiten Land, das sich während des Kalten Krieges einen Namen machte und dann zu einem wohlhabenden, emanzipierten Land aufstieg, das manchmal modernen gesellschaftlichen Entwicklungen (Frauen- und Friedensbewegung, Studentenproteste) erst mit Verspätung folgte.

Hier geht es nur um die drei Parteien, deren Zentralorgane im Rahmen dieser Arbeit untersucht werden. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) entwickelte sich langsam aus dem Verband unabhängiger Wähler (VdU), hat aber nicht so eine lange Tradition in der Parteipresse wie die KPÖ und wurde deshalb in dieser Arbeit nicht berücksichtigt, folglich wird auch die Geschichte der FPÖ hier nicht näher ausgeführt.

Sozialistische⁵⁶ Partei Österreichs (SPÖ)

Die SPÖ hatte in der ersten Phase der Zweiten Republik eine starke ideologische Diskussion losgetreten, die auch in der Parteipresse behandelt wurde, vor allem in „Die Zukunft“. Es formierte sich eine Gruppe um Renner, die einen pragmatischen Weg gehen wollte: Die SPÖ muss unbedingt an der Macht teilhaben, um den liberalen Staat zu komplettieren – man sprach sich ausdrücklich für einen Kampf auf rechtlicher Grundlage aus. Eine andere Gruppe setzte sich für den Austromarxismus ein. Im Parteiprogramm von 1947 bekannte man sich dann zum Sozialismus, wendete sich jedoch gegen jede Form der Diktatur. Die SPÖ positionierte sich nach den Wahlen 1947 als stark antikommunistisch. Die russische Besatzungsmacht wollte eine Zusammenarbeit zwischen SPÖ und KPÖ

⁵⁵ vgl. Kramer in Dachs u.a. 1997, Seite 722f

⁵⁶ Die SPÖ änderte erst 1993 ihren Namen zu „Sozialdemokratische Partei Österreichs“.

forcieren, die SPÖ lehnte dies jedoch strikt ab. SPÖ-Zentralsekretär Erwin Scharf bestand weiter auf die Zusammenarbeit und wurde 1948 ausgeschlossen. Dies ist ein Zeichen für die Wandlung der SPÖ hin zu einer gemäßigten Großpartei.

„In dem (...) Zeitraum erfolgte eine Abwendung von der im Austromarxismus noch relativ konkret faßbaren Vision und die Hinwendung zur pragmatischen Intervention, der Wandel von der Weltanschauungs- und/oder Klassenpartei zur mehr oder weniger ausgeprägten Catch-All-Party.“⁵⁷

Der austromarxistische Flügel musste dem pragmatischen Flügel weichen – nicht allein durch die Autorität von Karl Renner, sondern auch durch die Tatsache, dass es Übergriffe sowjetischer Besatzungssoldaten und auch keine Unterstützung der UdSSR für den Marshall-Plan gab. Die Anzahl der SPÖ-Mitglieder verdoppelte sich zwischen 1945 und 1962. Währenddessen arbeitete man parteiintern weiter an der theoretischen Ausrichtung hin zu einem humanistischen Sozialismus. Themen, die tagespolitische Relevanz hatten, fanden selten einen Weg in diese Debatte. 1962 flaute diese Diskussion ab – die SPÖ stolperte das erste Mal über Franz Olah: Er legte aus Protest über einen Budgetkompromiss seine Funktion als 2. Nationalratspräsident nieder. Olah begann einen Machtkampf, er wollte unbedingt die große Koalition beenden und mit der FPÖ regieren. Olah zahlte der FPÖ eine Parteispende – als dies auffliegt, wird er aus der Partei ausgeschlossen. Der Fall Olah war für die SPÖ noch nicht ausgestanden: Franz Olah⁵⁸, versuchte durch Finanzierung der unabhängigen Presse Ende der 1950er Jahre mediale Stimmung für die SPÖ zu machen. Die SPÖ bezahlte die Aufdeckung dieses Skandals mit einer schweren Wahlniederlage – und einer ÖVP-Alleinregierung. In der Opposition regenerierte sich die SPÖ – es wurden neue Lösungen und Ansätze für eine im Wandel begriffene Gesellschaft gesucht. Die darauffolgenden Jahre der SPÖ-Alleinregierung gaben dieser Strategie Recht.⁵⁹

⁵⁷ Buchegger, Franz, Stamminger, Walter: Anspruch und Wirklichkeit: Marginalien zur Geschichte der SPÖ. In: Gerlich, Peter, Müller, Wolfgang C.: Zwischen Koalition und Konkurrenz. Österreichs Parteien seit 1945. Braumüller Verlag, Wien, 1983, Seite 23

⁵⁸ Olah versuchte in einer Zeit der Schwächung der Parteipresse die „Krone“ mit ÖGB-Geldern zu finanzieren und so das Blatt für die SPÖ zu gewinnen. http://www.historisch.apa.at/cms/apa-historisch/dossier.html?dossierID=AHD_19640918_AHD0001, aufgerufen am 26.1.2010, 17:40

⁵⁹ vgl. Buchegger, Stamminger in Gerlich, Müller, 1983 und Ucakar Karl: Die Sozialdemokratische Partei Österreichs. In: Dachs, Gerlich, Gottweis, Horner, Kramer, Lauber, Müller, Tálos: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik. Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien, 1997, Seite 17-33

Österreichische Volkspartei (ÖVP)

Die ÖVP gründete sich im April 1945 neu, um sich auch namentlich von der Vorgängerpartei der Christlich-Sozialen und deren unrühmlicher Vergangenheit im Ständestaat abzugrenzen. Man bekannte sich zu parlamentarischer Demokratie und löste sich von der religiösen Komponente im Namen. Dieser Neustart wurde aber nur teilweise vollzogen: Es gab vor allem personelle und inhaltliche Kontinuitäten – die ÖVP stützte sich weiterhin auf Bauern, Beamte, Angestellte und Gewerbetreibende. Die Verbindung mit der Kirche wurde zwar gelockert, aber keineswegs gelöst – die Kirche war aktiv an der Gründung der Partei beteiligt und unterstützte die Wahlkämpfe der ÖVP noch bis 1960. In der Nachkriegszeit ging die ideologische Sammelausrichtung der ÖVP, die konservative, liberale und katholische Elemente enthielt, voll auf. Die ÖVP war deutlich stärker als ihre Vorgänger-Partei und konnte nebenbei auch deutschnationale Wähler für sich gewinnen. Diese verschiedenen Grundsätze wurden durch starke Führung und pragmatische Herangehensweise vereint – gegensätzliche Positionen zu vertreten war kein Problem. Außerdem gewann die ÖVP durch die Abgrenzung von politischen Gegnern an Stärke. Solange sich die ÖVP auf ihre traditionellen Anhänger, auf ein katholisches Milieu und auf die Abgrenzung vom politischen Gegner verlassen konnte, war die ÖVP erfolgreich – ab 1970 gelingt dies der ÖVP nicht mehr in ausreichendem Maß – es folgen 13 Jahre Opposition.

Die ÖVP hielt in ihrer ersten Phase und auch später wenig von Parteiprogrammen. Am Anfang orientierte man sich an der rechten Mitte und an ähnlichen Parteien in Europa – unter den Bedingungen des Wiederaufbaus und der schweren wirtschaftlichen Lage wurden Verstaatlichungen akzeptiert. In gesellschaftlichen Fragen hielt man sich weitgehend an die Vorgaben der katholischen Kirche. Dies änderte sich aber Anfang der 50er Jahre. Die wirtschaftliche Situation hatte sich gebessert, staatliche Interventionen wurden als Behinderung für das Wachstum gesehen. Durch den immer stärker werdenden VdU bekam die ÖVP auf der rechten Seite des politischen Spektrums Konkurrenz. Der VdU war Sammelpartei für ehemalige Nationalsozialisten, Heimatvertriebene und Deutschnationale. Die ÖVP öffnete sich nach rechts – dies hatte auch Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik: Der Staat soll so wenig wie möglich eingreifen. Die ÖVP wurde, analog zur SPÖ, eine Massenpartei.

Ende der 50er Jahre ließ der politische Erfolg der ÖVP nach – eine Richtungsänderung musste her. Man wollte nicht länger emotionale Situationspolitik betreiben, sondern

nachhaltige Lösungen präsentieren – man trat für eine „wissenschaftliche“ Ausrichtung der Politik ein. Diese Veränderungsbestrebungen setzten sich im Laufe der 1960er Jahre durch, jedoch hatte diese Politik keine breite Basis. Probleme bekam die ÖVP auch in gesellschaftlichen Fragen: Die zunehmende Säkularisierung der Gesellschaft machte eine Revision der katholischen Gesellschaftspositionen notwendig – durch staatliche Maßnahmen versuchte man, diese Positionen zurückzudrängen. Nach der ÖVP-Alleinregierung folgte erstmals die Opposition – und das gleich für 13 Jahre.⁶⁰

Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)

Die KPÖ unterzeichnete gemeinsam mit ÖVP und SPÖ die Gründungsurkunde der Zweiten Republik und war auch später Teil der provisorischen Regierung. Nach den Parlamentswahlen 1947 war die KPÖ allerdings nur mehr mit einem Minister vertreten. Die KPÖ trat offen für ein sozialistisches Österreich ein – musste aber zur Kenntnis nehmen, dass sich in Österreich der Kapitalismus durchsetzte und zog ihre Minister aus der Regierung ab. Der beginnende Kalte Krieg und die zunehmende westliche Ausrichtung Österreichs waren schlecht für die Entwicklung der Kommunisten – die antikommunistische Tendenz in Österreich wurde im Lauf des Kalten Krieges immer stärker. Ende 1947 musste die KPÖ aus der Regierung ausscheiden und spielte daraufhin eine starke Oppositionsrolle – Streiks und Demonstrationen waren Ausdruck des „Klassenkampfes“. Im ersten Nachkriegsjahrzehnt war die KPÖ bereits am Zenit, das beste Wahlergebnis war mit 5,4 Prozent der Stimmen 1945 zu verzeichnen. Bei Gemeinderatswahlen, Arbeiterkammerwahlen oder Betriebsratswahlen waren die Ergebnisse jedoch besser. Mitte der 50er Jahre rutschte die KPÖ in die Krise. Nach Unterzeichnung des Staatsvertrags und dem damit einhergehenden Abzug der Alliierten waren die Hoffnungen auf eine sozialistische Perspektive für Österreich dahin. Die Reformbewegungen in Polen und Ungarn und deren Niederschlagung durch die UdSSR sowie die Enthüllungen über die Verbrechen während Stalins Herrschaft am 20. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) (1956) erschütterten die KPÖ. Auch mit der schnellen Entwicklung des Kapitalismus konnte die KPÖ nicht mithalten. Es folgte ein massiver Wähler- und auch Mitgliederrückgang, die KPÖ rutschte 1959 aus dem Nationalrat. In den 60er Jahren formierte sich eine Reformgruppe, die eine

⁶⁰ vgl: Müller, Wolfgang C.: Die Österreichische Volkspartei. In: Dachs, Gerlich, Gottweis, Horner, Kramer, Lauber, Müller, Tálos, 1997, Seite 265-285

Demokratisierung des Sozialismus und eine Öffnung gegenüber der Sozialdemokratie anstrebte. Eine kritische Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie und Stalin folgte. Die anfängliche bedingungslose Verherrlichung und Hörigkeit gegenüber der KPdSU baute sich langsam ab – man öffnete sich. Bei den Nationalratswahlen 1966 verzichtete die KPÖ zu Gunsten der SPÖ weitgehend auf eine Kandidatur, was einen endgültigen Verlust von Wählerstimmen an die SPÖ zur Folge hatte. 1968 befürwortete die liberale Gruppe innerhalb der KPÖ die Reformbewegungen in der ČSSR. Es kam zum Konflikt mit dem Rest der KPÖ – die „Eurokommunisten“ mussten die Partei verlassen oder gingen freiwillig. Eine anfängliche kritische Haltung der Partei wurde, wie auch 1956, zu Gunsten einer sowjettreuen Linie aufgegeben. In den frühen 1970er Jahren hatte die KPÖ durch ihre Orientierung an der UdSSR und DDR eine neue Wählerschicht erschlossen: Studenten. Diese Entwicklung hielt allerdings nur wenige Jahre.⁶¹

3.2 Ungarn

Nach der Befreiung Ungarns vom Horthy-Regime durch die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg beteiligten sich die Kommunisten an der Regierung und besetzten wichtige Positionen. Zusammen mit der „Partei der kleinen Landwirte“ und den Sozialdemokraten wurde die erste Regierung nach dem Krieg gebildet. Es folgten Bodenreformen nach sowjetischem Vorbild unter der Leitung von Imre Nagy. Für das Land ein bedeutender Einschnitt, da der Großteil der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebte. Ungarn geriet in der Folge immer mehr in den Machtbereich der Sowjetunion. Bei den nächsten Wahlen 1945 wurde das deutlich: Die Kommunisten konnten nur 17 Prozent der Wählerstimmen für sich verbuchen, die „Partei der kleinen Landwirte“ lag bei 57 Prozent - also einer absoluten Mehrheit. Dennoch waren die Kommunisten in der Regierung vertreten. Es folgte eine schrittweise Demontage der Demokratie – bis schließlich politische Gegner entmachtet wurden und die Einheitspartei MDP (Magyar Dolgozók Pártja, Partei der ungarischen Werktätigen) gegründet wurde. Es folgte ein streng sowjetischer Kurs des Präsidenten Mátyás Rákosi. 1949 wurde die Verfassung nach sowjetischem Vorbild geändert – die ungarische Volksdemokratie war Realität. Rákosi war ein Anhänger Stalins und führte Ungarn auch nach dessen Vorbild. Die wirtschaftliche Lage des Landes

⁶¹ vgl. Ehmer, Josef: Die Kommunistische Partei Österreichs. In: Dachs, Gerlich, Gottweis, Horner, Kramer, Lauber, Müller, Tálos, 1997, Seite 323-327 und Lichtblau, Albert, Winter, Michael: Die Entwicklung der KPÖ im Spiegel ihrer Parteitage. In: Gerlich, Müller, 1983, Seite 91-110

verschlechterte sich zunehmend: Durch Investitionen in die Schwerindustrie wurde die landwirtschaftliche Produktion völlig vernachlässigt – Ungarn musste Lebensmittel importieren.

Nach dem Tod Stalins am 5.3.1953 folgte mit dessen Nachfolger Nikita Chruschtschow ein Prozess der „Ent-Stalinisierung“ – Rákosi war nicht mehr Ministerpräsident, sondern „nur“ noch Parteichef. Imre Nagy wurde sein Nachfolger.

Nagy lockerte die Verhältnisse: Bauern durften aus den Produktionsgenossenschaften aussteigen, er stoppte die massiven Investitionen in die Industrie und förderte die Landwirte und Konsumgüter. Ehemalige politische Gegner wurden rehabilitiert. Es folgte ein parteiinterner Machtkampf zwischen den Anhängern Rákosis und Imre Nagys. Nagy wurde 1955 abgesetzt und später sogar aus der Partei ausgeschlossen. Mit Ernő Gerő kam wieder ein „Moskautreuer“ an die Spitze der Partei. Nach diesem Rückschritt begannen sich Diskussionszirkel zu bilden, die in Protestbewegungen mündeten. Die Studenten gingen zunehmend auf die Straße und forderten die Wiederherstellung der Politik Nagys und Demokratisierung. Im Juli 1956 kam es in Polen zu einer ähnlichen Bewegung, die anfangs siegreich aussah – es gelang, Wladyslaw Gomulka zum ersten Sekretär des ZK in Polen zu machen, gegen den ausdrücklichen Wunsch der Sowjetunion. Während Gomulka mit Versprechen die Sowjetunion im Zaum hielt, gingen die ungarischen Studenten mit ihren Forderungen weiter – Parlamentarismus, Freiheitsrechte und Unabhängigkeit. Die Studenten wollten ihre Forderungen über den Rundfunk publizieren – als sie daran gehindert wurden, kam es zu Massenprotesten - der Startschuss für den Ungarischen Volksaufstand.⁶²

3.2.1 Chronik

23. Oktober

Ein Teil der Großdemonstration versammelt sich vor dem Rundfunkgebäude in Budapest, aus dem plötzlich geschossen wird. Durch ungarische Soldaten kommen die Demonstranten zu Waffen, die Kämpfe beginnen. Später am Abend findet eine weitere Demonstration vor dem Budapester Parlament statt. Imre Nagy wird darauf in dieser Nacht wieder als Ministerpräsident eingesetzt, man hofft die Lage dadurch zu beruhigen. Als sich

⁶² vgl. Ahamer, Vera Sophie: Ungarn 1956. Ein historisches Ereignis als politisches Legitimationsinstrument. Diplomarbeit, Wien, 2003, Seite 10 bis 32

die Proteste ausbreiten, beschließt die Sowjetunion einzugreifen, noch bevor Parteichef Ernő Gerő Hilfe holen kann.

24. Oktober

Am frühen Morgen kommen die ersten sowjetischen Truppen in Ungarn an. Der Aufstand breitet sich aus, ein Generalstreik folgt, erste freie Zeitungen erscheinen, Kämpfe finden in den Straßen statt.

25. Oktober

Bedienstete des Staatssicherheitsdienstes schießen in die Menge vor dem Parlament – 100 Menschen verlieren dabei ihr Leben. Ernő Gerő wird abgesetzt, János Kádár folgt ihm nach.

27. Oktober

Bildung einer nationalen Regierung, in der auch andere Parteien Minister stellen.

28. Oktober

Ein Angriff auf die Zentrale der Aufständischen durch russische und ungarische Truppen scheitert. Imre Nagy erklärt in einer Radiorede, dass der Aufstand keine „Konterrevolution“ ist, und kündigt an Verhandlungen über den Abzug der Sowjets zu führen.

29. Oktober

Die Auflösung der Államvédelmi Hatóság (ÁVH), der Staatspolizei, wird beschlossen. Einmarsch der israelischen Armee im Suez-Kanal.

30. Oktober

Das Ende des Einheitsparteiensystems – andere politische Parteien sind wieder zugelassen. Nagy bildet eine Koalition. Die Aufständischen ermorden zahlreiche ÁVH-Polizisten und Parteifunktionäre.

31. Oktober

Die KPdSU beschließt eine weitere Intervention in Ungarn (Operation „Wirbelsturm“). Großbritannien und Frankreich beteiligen sich an am Suezkrieg.

1. November

Nagy verkündet die Neutralität Ungarns und den Ausstieg aus dem Warschauer Pakt. Neue sowjetische Truppen kommen in Ungarn an. Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (USAP) wird gegründet, János Kádár wird ihr Vorsitzender.

3. November

Die Regierung wird umgebildet: Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, der Kleinen Landwirte und die Petöfi-Partei werden berücksichtigt.

4. November

Operation „Wirbelsturm“ beginnt, sie hat das Ziel, Nagy zu stürzen. Noch am gleichen Tag wird eine „Revolutionäre Arbeiter- und Bauernpartei“ gegründet, an der Spitze János Kádár.

Die Kämpfe dauerten noch länger an, allerdings wird von 5. bis 10. November der bewaffnete Widerstand weitgehend gebrochen. Kádár lässt Nagy am 22. November verhaften und später zum Tod verurteilen. 300 Menschen wurden als Folge des Aufstandes insgesamt hingerichtet, 35.000 verurteilt, 20.000 interniert.⁶³

3.2.2 Österreich und der Ungarische Volksaufstand

Österreich wurde vom Ungarnaufstand mehr oder weniger überrascht, war man doch seit Kriegsende damit beschäftigt, selbst wieder ein unabhängiger Staat zu werden. Die anfangs guten Beziehungen schiefen schnell wieder ein. Die überraschende Wendung der Ereignisse kam nicht nur für Österreich plötzlich. Es gab Informationen über die schwierige Lage der Kommunisten bei der Bevölkerung, und diese drangen auch nach Österreich durch. Walther Peinsipp, ab 1956 Botschafter Österreichs in Moskau, wurde von seinem Vorgänger Braunias über die Lage informiert. Den Ernst der Situation erkannte er damals aber noch nicht. Im Herbst 1956 wurde Peinsipp auf die Situation aufmerksam und er begann sich damit zu beschäftigen – er merkte, dass es offene Kritik an der Sowjetunion gab. Am 23. Oktober verfolgte er die Demonstrationen und hatte den

⁶³ Chronik: vgl. Dalos, György: 1956. Der Aufstand der Ungarn. Verlag C.H. Beck, München, 2006, Seite 236-239

Eindruck, dass alles friedlich verlaufen würde, dies kommunizierte er auch an die österreichische Regierung.⁶⁴

Die Wende zum blutigen Freiheitskampf kam daher äußerst überraschend. Bundeskanzler Julius Raab (ÖVP) und Außenminister Leopold Figl (ÖVP) befanden sich im Ausland. Raab brach seinen Aufenthalt nicht ab, da die Ereignisse immer noch nicht als sehr gefährlich eingestuft wurden. Vizekanzler Adolf Schärf (SPÖ), Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) und Verteidigungsminister Ferdinand Graf (ÖVP) hielten ein schnelles Treffen ab. Die Nachrichtenlage war aber kritisch, es drangen immer mehr Nachrichten nach Wien durch, es war aber schwer zu bewerten, ob diese korrekt waren. Nachdem bekannt wurde, dass Imre Nagy wieder Ministerpräsident war, wurde klar, dass das Land im Umbruch begriffen ist. Gendarmerie und Bundesheer wurden alarmiert – die Grenzen zu Ungarn gesichert. Wäre die Lage wirklich ernst geworden, hätte das Bundesheer wahrscheinlich weder gegen Freiheitskämpfer geschweige denn gegen die Sowjets bestehen können:

„The measures were carried out, the gendarmerie and the new Austrian army put in place. The reality, however, was quite sobering: the Bundesheer for example only consisted of 500 officers, 500 officer cadets and a 6,000 man cadre. On 15 October 1956 – eight days before the Hungarian revolution broke out – the first 12,813 conscripts had reported for duty.“⁶⁵

Nachdem sich die Lage in Ungarn scheinbar wieder beruhigt hatte, wurden Bundesheer und Gendarmerie wieder abgezogen. Diplomatische Treffen mit Vertretern aus Ungarn und der Sowjetunion gewannen plötzlich an politischer Brisanz. Beim Treffen mit den sowjetischen Ministerpräsidenten Anastas Mikojan sollte eine Reduzierung der finanziellen Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag erreicht werden – es musste trotz der Entwicklung in Ungarn ein freundschaftliches Klima für die Verhandlungen aufgebaut werden, außerdem sollte es nicht so aussehen, als ob die Situation ausgenutzt werden würde. Figl entschuldigte sich aufgrund der Budgetverhandlungen für dieses Treffen, Mikojan selbst aber sagte das Treffen ab. Mit dem Wiederaufflammen des Aufstandes in Ungarn wurde nicht nur die Regierung wieder zum Handeln gezwungen, auch die österreichische Bevölkerung wurde zunehmend besorgter. Bundesheer und Gendarmerie wurden wieder alarmiert. Der Befehl war bei einem eventuellen Grenzübertritt von

⁶⁴ vgl. Gémes, Andreas: Austria and the 1956 Hungarian Revolution: Between Solidarity and Neutrality. Edizioni Plus – Pisa University Press, Pisa, 2008, Seite 15f

⁶⁵ ebda, Seite 18

Freiheitskämpfern diese zu entwaffnen. Am 26. Oktober, dem österreichischen Nationalfeiertag, kamen auch Ungarn über die Grenze, um die neue Freiheit zu feiern. Es kam zu freundlichen Zusammentreffen:

„On 29 October, for example, around 3,000 Hungarian citizens from the village Köszeg – led by their mayor and „armed“ with music and flags – visited the Austrian village Ratterdorf-Liebing to hold a friendship-rally there. After the event, they returned to Hungary – with the exception of 15 Hungarians who had demanded immediate asylum.“⁶⁶

Die Freude über den vermeintlichen Sieg schwappte also auch nach Österreich über, viele Österreicher fuhren im Gegenzug auch nach Ungarn. Da dies aber überhand nahm, wurde die Grenze wieder für private Übertritte geschlossen. Österreichs Solidarität und Sympathie für den Aufstand in Ungarn gipfelte in einer Protestnote an die Sowjetunion.

Die Solidarität drückte sich aber auch durch die Spendenbereitschaft der Bevölkerung aus. Geld, Medikamente, Kleidung, Blut und Lebensmittel wurden nach Ungarn gebracht. Auch österreichische Regierungsvertreter äußerten öffentlich die Begeisterung für die Hilfsbereitschaft der Österreicher und die Verbundenheit mit Ungarn. Österreich hoffte inständig, dass die Revolution siegen würde, hatte aber Zweifel daran, ob dies wirklich der Fall sein würde. Man trat entschieden für den Frieden und die Demokratie ein. Während Moskau diese Bemühungen weitgehend ignorierte, applaudierte der Westen. Gémes fasst die Reaktion Österreichs so zusammen:

„In conclusion it can be said that Austrian politicians pursued two goals in this first phase of the Hungarian crisis: on the one hand, the decision-makers wanted to stick to the young Austrian neutrality as closely as possible and on the other they did not refrain from letting their sympathies for the Hungarian revolutionaries be publicly known.“⁶⁷

Aus heutiger Sicht war die österreichische Haltung aber nicht ganz ungefährlich und zeigt, wie selbstbewusst die damalige Regierung agierte.⁶⁸

Österreich war zufrieden mit dem Ausgang der Revolution und hielt inständig daran fest, dass diese neuen Umstände von Dauer waren. Gerüchte, dass es eine große Truppenbewegung gibt, wurden relativiert. Die Ereignisse nahmen ihren Lauf und am 4.

⁶⁶ Gémes, 2008, Seite 21

⁶⁷ ebda, Seite 28

⁶⁸ vgl. ebda, Seite 15-31

November kamen dann tatsächlich neue Truppen nach Ungarn – eine Flüchtlingswelle setzte ein. Figl erklärte, dass Österreichs Souveränität nicht gefährdet sei, allerdings müsse man sich strikt an die neutrale Position Österreichs halten. Österreich stürzte sich in die Unterstützung der Flüchtlinge, während andere Staaten die Sowjetunion kritisierten. Der Zorn der Bevölkerung und auch der Regierung richtete sich gegen die KPÖ. Obwohl die KPÖ politisch kaum eine Rolle spielte, wurde sie massiv angegriffen und war danach in einer tiefen Krise. Die öffentliche Unterstützung der Sowjetunion machte die KPÖ zum Ziel von Angriffen, die Partei verlor viele, auch bekannte Mitglieder. Nach dem Ungarischen Volksaufstand durchlebte die KPÖ eine Zeit der Isolation. Abgeordnete sprachen vor leerem Haus, die „Volksstimme“ vom 4. November wurde konfisziert, Aggressionen gegenüber kommunistischen Einrichtungen häuften sich – so wurden beispielsweise Grabsteine sowjetischer Soldaten geschändet. Demonstrationen gerieten zunehmend außer Kontrolle. Bruno Kreisky, damals Untersekretär für äußere Angelegenheiten, stufte später die Situation für Österreich als „wenig gefährlich“ ein, da Österreich das sowjetische Musterbeispiel für friedliche Koexistenz war. Der gleichen Meinung war auch der österreichische Botschafter in Ungarn, Walther Peinsipp. Während der Krise war dies anders: Anschuldigungen, Österreich verletze seine Neutralität, lösten Panik bei Regierung und Bevölkerung aus. Man bereitete sich hinter den Kulissen bereits auf einen Angriff vor – in dem Bewusstsein, dass Österreich sich alleine nie verteidigen könnte. Die Situation verschlimmerte sich noch durch die Lage am Suezkanal. Auch unter der Bevölkerung herrschte Panik: Geld wurde aus den Wiener Banken abgezogen und nach Westen in Sicherheit gebracht. Die Situation beruhigte sich bis Mitte November wieder. Aus heutiger Sicht weiß man, dass keine Gefahr bestand, es gibt keine Beweise, dass die Sowjetunion Österreich in irgendeiner Form angreifen wollte. Die Presse berichtete intensiv über die Ereignisse, nicht immer zur Freude der Politiker. Raab beschwerte sich öffentlich über die Berichterstattung, vor allem über die Boulevardpresse und die „Österreichische Volksstimme“, da er deren Artikel für gefährlich hielt. Die Presse wurde auch für Hamsterkäufe verantwortlich gemacht, da Panik geschürt wurde.⁶⁹

Während und auch nach der Revolution tauchte immer wieder die Frage auf, ob Österreich mit seinem Verhalten die Neutralität verletzt hat. Bis heute gibt es keine eindeutige Meinung oder Auffassung darüber. Im Kalten Krieg war klar, dass Österreich von der Sowjetunion beschuldigt wurde, die Neutralität verletzt zu haben. Gémes bewertet das

⁶⁹ vgl. Gémes, 2008, Seite 29 bis 39

Verhalten der Regierung und der Presse als problematisch, da der Kern der Neutralität die gleichwertige Behandlung aller Länder ist. Besonders die Verbringung der Sozialdemokratin Anna Kéthly nach Österreich kann als offene politische Unterstützung gewertet werden. Österreich hatte eigentlich mit der Protestnote gegen die Sowjetunion bereits die Grenze der Neutralität erreicht, so der Schweizer Botschafter. Für Österreich hatte dies eine kurze Negativ-Kampagne aus der Sowjetunion zur Folge. Schnell wurden aber die Beziehungen wieder normalisiert. Lediglich das Verhältnis zu Ungarn blieb gespannt, da man die neue Regierung und Kádár ablehnte. Außerdem hatte Österreich eine große Zahl ungarischer Flüchtlinge zu versorgen, was immer wieder zum Thema wurde. Ende der 1950er entspannten sich die Beziehungen wieder, allerdings gab es immer wieder Unstimmigkeiten wegen Besitzfragen, bis Mitte der 1960er eine endgültige Entspannung einsetzte.⁷⁰

3.3 ČSSR

Der Prager Frühling war eine Reformbewegung in der damaligen ČSSR, die wirtschaftliche und auch gesellschaftliche Veränderungen durchsetzen wollte. Der Westen verfolgte die Entwicklungen mit großem Interesse – dafür spricht vor allem die Tatsache, dass der Ausdruck „Prager Frühling“ eher von westlichen Medien geprägt wurde.

Die Tschechoslowakei hatte, anders als Ungarn, sozialistisches Potenzial. Die Kommunisten (KPČ) gewannen tatsächlich die Wahl 1946. Danach konnten sie immer mehr an politischem Einfluss gewinnen, bis schließlich nach den Wahlen 1948 die Kommunisten endgültig die Macht übernahmen und die Verfassung nach sowjetischem Vorbild änderten. Mit Beginn der 1960er Jahre schlitterte die ČSSR zunehmend in eine wirtschaftliche Krise, selbst im Vergleich zu den anderen Satellitenstaaten war die Lage schlecht. Die streng stalinistische Führungsspitze kam aber dennoch nicht vom moskautreuen Kurs ab. 1963 hatte die wirtschaftliche Krise ihren Höhepunkt erreicht und Rufe nach Reformen wurden laut. Um Ota Šik, Mitglied des ZK und angesehener Wirtschaftswissenschaftler, bildet sich eine Gruppe, die tiefgreifende Wirtschaftsreformen forderte, um die Krise zu überwinden. Die Hauptforderung Šiks war die Etablierung einer sozialen Marktwirtschaft. Mit der Integration der Slowakei in die ČSSR wurde 1960 de facto der Slowakei die Regierung nach Prag verlegt – viel politische Entscheidungsgewalt

⁷⁰ vgl. Gémes 2008, 105-124

hatte die Slowakei fortan nicht mehr. Die Kommunistische Partei der Slowakei (KSS) durfte „alleine“ keine Entscheidungen mehr treffen – alles musste von Prag aus abgesegnet werden.

Ab 1963 war Alexander Dubček Chef der KSS. Dubček war ein liberaler Kommunist, der ein Klima in der Slowakei zu schaffen vermochte, in dem sich besonders Schriftsteller und Intellektuelle wohlfühlten. In der KPČ hatte Dubček aber einen Gegner: Antonín Novotný, erster Sekretär des Zentralkomitees der KPČ und Staatspräsident der ČSSR. Dubček stellte Forderungen, die Novotný nicht unbedingt gefallen sollten: Er wollte die personelle Trennung von Parteichef und Präsident und mehr Autonomie für die Slowakei. Es folgte eine heftige Auseinandersetzung der beiden, bis Novotný schließlich am 5. Jänner 1967 als erster Sekretär des ZK der KPČ zurücktrat. Zur Absetzung von Novotný trugen maßgeblich die slowakischen Intellektuellen bei, die durch „Litérární noviny“ eine öffentliche Diskussion anregten. Die Führung der KPČ setzte mehrfach die Verantwortlichen der Zeitung ab. Dies hatte aber keineswegs den gewünschten Effekt: Ein Protest von Journalisten, Künstlern und Schriftstellern forderte Pressefreiheit, die im März 1968 Wirklichkeit wurde.

Durch die Bestellung Dubčeks zum ersten Sekretär der KPČ wurde klar: Der liberale Flügel in der Partei hatte gesiegt – die Reformen begannen. Dubček wollte aber die guten Beziehungen zu Moskau nicht aufs Spiel setzen und forderte einen langsamen Reformprozess. Am 5. April 1968 stellte die „neue“ KPČ schließlich ihr umfangreiches Reformprogramm vor, das im Wesentlichen eine komplette Neuausrichtung der Partei zum Ziel hatte: Presse- und Meinungsfreiheit, Aufarbeitung der stalinistischen Vergangenheit und vor allem die notwendigen Wirtschaftsreformen. Daraufhin entwickelte sich ein liberales Klima in der ČSSR – diese Atmosphäre nutzten Schriftsteller und Intellektuelle um ihre Meinung über die KPČ, die Wichtigkeit der Reformbewegung und die Verfehlungen des Stalinismus zu veröffentlichen. Das Ergebnis war „Das Manifest der 2000 Worte“. Geschrieben wurde es vom Schriftsteller Ludvík Vaculík und wurde von vielen Intellektuellen unterzeichnet.⁷¹

Bis zu diesem Manifest war Moskau den Reformen gegenüber relativ positiv eingestellt, wurde doch von Dubček stets versichert, man wolle den Sozialismus als solchen nicht aufgeben. Doch mit dem Erscheinen des Manifests hatte Moskau konterrevolutionäre

⁷¹ vgl. Kugler, Walter Was war der Prager Frühling? Hintergründe, Ziele und Auswirkungen der tschechoslowakischen Reformbewegung von 1968. Achberger Verlags Anstalt, Achberg, 1976, Seite 9-76 sowie Pauer, Jan: Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Edition Temen, Bremen, 1995, Seite 265-391

Tendenzen erkannt. Während der Reformbewegungen waren bereits Beratungen der Sowjetunion, der DDR, Ungarns, Polens und Bulgariens im Gange – nach den Gesprächen wurde immer wieder gefordert, die Reformen einzuschränken oder zurückzunehmen, zunehmend mit militärischen Drohgebärden. Das letzte Gespräch fand am 3. August in Bratislava statt, die Vertreter der ČSSR waren zuversichtlich – die fünf Staaten sicherten volle Unterstützung auf dem Weg in den neuen Sozialismus zu. Im Hintergrund wurde aber bereits die Invasion der fünf Staaten geplant. Neue Erkenntnisse schreiben der DDR und nicht der Sowjetunion die Rolle der treibenden Kraft beim Einmarsch zu.⁷²

3.3.1 Chronik

21. August

In der Nacht von 20. auf 21. August 1968 marschieren sowjetische, bulgarische, polnische und ungarische Truppen ein und besetzen wichtige Gebäude und Punkte der ČSSR. Staatspräsident Ludvík Svoboda ruft sofort zur Ruhe auf – militärischer Widerstand wird nicht geleistet, da man davon ausgeht, dass dieser ohnehin aussichtslos ist. Dubček und andere wichtige Regierungsvertreter werden verhaftet und nach Moskau gebracht.

23. August

Präsident Ludvík Svoboda reist nach Moskau um Verhandlungen zu führen. Auf sein Drängen werden auch die verhafteten Regierungsvertreter dazugeholt.

26. August

Die Regierungsvertreter, darunter auch Alexander Dubček, kehren nach Prag zurück. Das Moskauer Protokoll wird beschlossen, in diesem Dokument wurde festgehalten, dass die ČSSR die Reformen völlig aufheben wird. Dubček hatte unter dem Druck der Russen kapituliert.

⁷² Das Ludwig-Boltzmann Institut in Graz veröffentlichte anlässlich des 40. Jahrestags 2008 neue Erkenntnisse über den Prager Frühling. <http://www.orf.at/080814-28427/index.html>, aufgerufen am 1. Februar 2010, 14:33

3.3.2 *Prager Frühling und Österreich*

Im Sommer 1968 waren Bevölkerung und Regierung auf Urlaub – niemand erwartete eine plötzliche dramatische Entwicklung in der ČSSR. Bevor es zur Krise kam, sickerten langsam erste Informationen nach Österreich, man begann sich vorzubereiten. Nach der Unterdrückung des Aufstandes in Ungarn war klar, dass die Sowjetunion früher oder später handeln würde.

Zu dieser Zeit gab es in Österreich das erste Mal in der Zweiten Republik eine Alleinregierung, die ÖVP errang bei den Wahlen 1966 die absolute Mehrheit. Bundeskanzler ist Josef Klaus, Vizekanzler Hermann Withalm, Hans Soronics Innenminister, Kurt Waldheim war Außenminister und Georg Prader war Verteidigungsminister. Die Regierung war alarmiert und hatte den Aufmarschplan „Urgestein“ vorbereitet. Am Vorabend des Einmarsches befanden sich alle auf Urlaub.

Noch in der Nacht drangen Informationen nach Österreich, dass Truppen in der ČSSR einmarschieren. Den Verteidigungsminister erreichte man allerdings erst später. Thomas Klestil, damals Kanzlersekretär, musste nach Wolfpassing in Niederösterreich fahren, um den Bundeskanzler von den Entwicklungen zu informieren – er war telefonisch nicht erreichbar. Klaus fuhr am nächsten Morgen sofort zum Rundfunk und gab eine Erklärung ab. Klaus wählte bei der Radiorede eine sehr diplomatische Formulierung, anders als damals beim Ungarn-Aufstand. Er betonte lediglich die Wichtigkeit der Neutralität – dies wird von Kritikern als zu zurückhaltend interpretiert. Laut Recherchen von Kurt Tozzer wurden einige Passagen von Kurt Waldheim entschärft.⁷³

Die Einheiten an den Grenzen wurden sofort verstärkt. Der Aufmarsch der Truppen war natürlich ein Balanceakt:

„Die Regierung, mit der der Einsatzplan des Bundesheeres abgestimmt war, fühlte sich in einem Dilemma. Sollte man durch den Truppenaufmarsch an der Grenze den russischen Bären reizen? Immerhin bestand die Gefahr, daß die Propagandisten in Moskau dies als den Vormarsch Österreichs darstellen könnten, den „konterrevolutionären Kräften“ in der CSSR Rückendeckung zu

⁷³ Vgl. Tozzer, Kurt: Marschmusik für Glockenspiel. 1968 Österreich am Rande des Krieges. NP-Buchverlag, St. Pölten-Wien, 1998, Seite 151f

*geben. Dies könnte der Kreml auch als Neutralitätsverletzung interpretieren.*⁷⁴

Österreich reagierte ruhig. Anders als 1956 wurde der Angriff nicht sofort öffentlich verurteilt. Den Diplomaten wurde mitgeteilt, man solle auf die humanitären Verpflichtungen Österreichs im Falle von Flüchtlingen hinweisen und auf die freiwillige Entscheidung zur Neutralität. Ein Umstand, der Österreich von Moskau Lob einbrachte. Auch Bundespräsident Franz Jonas kehrte nach Österreich zurück. Es wurde beschlossen, größere Truppenverbände in nur 30 Kilometer Entfernung zur Grenze zu stationieren.

Während der Botschafter in Prag, Rudolf Kirchschräger, auf Urlaub war, veranlasste Innenminister Soronics die Schließung der Botschaft, da einige Paßformulare und Visastempel gestohlen wurden. Er erhielt außerdem die Weisung, keine Visa auszustellen. Als Kirchschräger zurückkommt, ist er empört.

Bereits mittags gab es die ersten Demonstrationen vor der russischen Botschaft. Die KPÖ verurteilte den Einmarsch und prägte das Wort „Panzerkommunismus“. In Prag gab es, obwohl niemand Widerstand leistete, so wie Präsident Svoboda es wollte, bereits Tote. Während Dubček in Moskau verhandeln musste, gab es Demonstrationen, die seine Rückkehr forderten.

Der ORF wurde inzwischen zur Drehscheibe für Informationen aus dem Osten, die Regierungen forderten den ORF aber auf, etwas leiser zu treten. Gerd Bacher, damals Generaldirektor des ORF, fürchtete, mit der Berichterstattung die Neutralität zu verletzen und holte deshalb ein Rechtsgutachten ein:

*„Er möge mir sagen, was ich tun darf und was nicht, denn einen Neutralitätsfall wünsche auch ich nicht zu schaffen. Er sagte, die Formel sei ganz einfach. Die Neutralität bindet den Staat, aber nicht den Staatsbürger. Ihr seid also nur an die Grundregeln eines verantwortungsvollen Journalismus gebunden.“*⁷⁵

Der große Flüchtlingsstrom blieb dieses Mal aus. Die Grenze wurde relativ bald von den Besatzern abgeriegelt. Einige Touristen sind in Österreich geblieben, wenige Flüchtlinge kommen über die Grenze, anders als 1956. Mit der Rückkehr Dubčeks und dessen Kapitulation war die akute Krise vorbei. Dennoch war man in Österreich noch in Alarmbereitschaft.

⁷⁴ Tozzer 1998, Seite 161

⁷⁵ Tozzer 1998, Seite 218

Laut Kurt Tozzer war dies nicht nur die Niederschlagung einer Reformbewegung, sondern auch eine militärische Übung für eine geänderte Strategie des Warschauer Paktes. Nach der Niederschlagung wurde schnell Kritik laut – es war klar, dass das österreichische Bundesheer einem Angriff nicht stand halten hätte können. Diese Debatte ging bis Ende 1969, bis schließlich Günther Neuninger ein Volksbegehren zur Abschaffung des Bundesheeres initiierte. Auch die SPÖ sprang auf diesen Zug auf und wollte den Wehrdienst auf sechs Monate verkürzen. Eine gute Strategie: Die Wahlen 1970 brachten zwar keine absolute Mehrheit für die SPÖ, doch sie war wieder, gemeinsam mit den Freiheitlichen, in der Regierung. Tozzer meint, dass die Kritik an der Unentschlossenheit der ÖVP-Alleinregierung in Sachen Landesverteidigung die Wahlerfolge der SPÖ bedingt hatte.⁷⁶

Neueste Erkenntnisse widerlegen die Theorie, dass die Sowjets unbedingt gewaltsam eine Lösung erzielen wollten. Anders als bisher angenommen, drängte Leonid Breschnew auf eine politische Lösung, er wollte nicht einmarschieren. Als Dubček sich nicht überzeugen ließ, einzulenken, kamen die Truppen. Die Gefahr war größer für den Kommunismus: Überall schulte man Parteifunktionäre, wie man auf Kritik zu reagieren habe, selbst in Moskau gab es Demonstrationen. Damals gab es die Befürchtung, dass Russland seinen Gasliefervertrag mit Österreich nicht einhalten würde – ab 1. September sollte Gas nach Österreich geliefert werden. Das Gas kam aber vertragsgemäß an. Wie Tozzer schon in seinem Buch andeutete, fand man jetzt heraus, dass Österreich und auch die restliche Welt doch sehr überrascht war von der Intervention, obwohl es genügend Informationen und Hinweise gegeben hatte.⁷⁷

⁷⁶ vgl. Tozzer, 1998, 204ff

⁷⁷ vgl. <http://sciencev1.orf.at/science/news/151944>, aufgerufen am 1. Februar 2010, 17:24

3.4 Geschichte der Parteipresse in Österreich

Mit der Entwicklung der politischen Parteien in Österreich entstand auch langsam die Parteipresse. Christlichsoziale, Sozialdemokraten und Liberale kümmerten sich schnell um eine starke Parteipresse, wogegen die Deutschnationalen der Presse generell etwas skeptisch gegenüber standen. Die Parteipresse war relativ erfolgreich bis zur Zäsur 1934. Während des Zweiten Weltkriegs waren alle nicht gleichgeschalteten „alten“ Zeitungen verboten, natürlich besonders jene der Sozialdemokraten und der Kommunisten.

Nach Kriegsende 1945 gab es in Wien aufgrund von akutem Papiermangel bereits keine Zeitung mehr. Politische Parteien gründeten sich oder fanden sich wieder unter altem Namen zusammen. ÖVP, SPÖ und KPÖ konnten sich schnell wieder formieren. Die führenden Politiker der Parteien wollten auch wieder Parteiorgane gründen – die erste Zeitung die erschien war „Neues Österreich“, ein Gemeinschaftsprodukt der drei Parteien und Organ der Regierung unter Dr. Karl Renner.

Im Juli 1945 erteilten die Alliierten die Erlaubnis, Parteiorgane zu drucken. Die SPÖ hatte sich vor 1934 bereits den „Vorwärts“-Verlag aufgebaut und konnte ihren Besitz wieder beanspruchen – die „Arbeiter-Zeitung“ erschien wieder. Die KPÖ sicherte sich auch rasch eine Druckerei und gründete die „Österreichische Volksstimme“, „Die Rote Fahne“ aus der ersten Republik ließ man nicht mehr aufleben. Die ÖVP dagegen hatte einige Probleme: Die „Reichspost“ war während des Ständestaates sehr kämpferisch und hatte deshalb einen schlechten Ruf und keinen breiten Leserkreis, man entschied sich dafür, ein neues Medium zu gründen. Die ÖVP übernahm etwas später den „Österreichischen Verlag“ – das Zentralorgan erschien wieder regelmäßig: „Das Kleine Volksblatt“.⁷⁸

Im Osten Österreichs erschienen mehr Parteimedien, im Westen wurden parteiunabhängige Medien gegründet. Der Zweite Weltkrieg hatte die Weiterentwicklung des österreichischen Journalismus völlig zum Erliegen gebracht. Viele jüdische Journalisten waren ins Exil geflüchtet, das Feuilleton verlor zunehmend an Bedeutung und Qualität. Eine „Stunde Null“ gab es auch im Journalismus nicht – belastete Journalisten aus der NS-Zeit wurden aus einem einfachen Grund wieder aufgenommen: Durch die Vertreibung und Ermordung

⁷⁸ vlg. Muzik, Peter: Die Zeitungsmacher. Österreichs Presse. Macht, Meinungen und Milliarden. Orac-Verlag, Wien, 1984, Seite 104 - 107

jüdischer oder politisch anders gesinnter Journalisten gab es schlicht einen Mangel an erfahrenen Journalisten.⁷⁹

Auch bei der Parteipresse waren Journalisten mit NS-Vergangenheit oder größeren Lücken im Lebenslauf von 1938 bis 1945 tätig. „Das Kleine Volksblatt“ hatte von den drei Zentralorganen die meisten Mitarbeiter mit journalistischer Erfahrung während des NS-Regimes: 57,1 Prozent waren zumindest teilweise unter den Nationalsozialisten als Journalisten tätig. Bei der „Österreichische Volksstimme“ waren überdurchschnittlich viele vor 1945 antinationalsozialistische Journalisten beschäftigt, viele Journalisten waren aktiv in der Widerstandsbewegung engagiert gewesen.⁸⁰

Georg Auer, Journalist von 1947 bis 1970 bei der „Volksstimme“, beschreibt die Situation 1947 so:

„Es gab wieder Waren in den Geschäften nicht nur unter der Budel, auch wenn wir nicht das Geld hatten, sie zu kaufen. Aber wir waren jung, wahnsinnig engagiert, so oder so. Jeder glaubte, er werde die Welt einreißen und, so ganz nebenbei, noch einige Berge versetzen. Das war so in allen Redaktionen. Da gab es die jungen Leute, die erst anfangen, Zeitungsluft zu atmen, ein paar ältere, die keine Nazi gewesen waren – minderbelastet – und jetzt eben als freie Lokal-Journalisten sich durchbrachten, während Journalisten, die Nazi gewesen waren, Nachhilfeunterricht gaben.“⁸¹

Nach dem Krieg gab es ein wahres Informationsvakuum – die Menschen hatten jahrelang keine oder keine nicht gleichgeschaltete Zeitung gelesen – Zeitungen und insbesondere die Parteipresse waren auf dem Vormarsch. Diese Blütezeit neigte sich aber 1955 langsam dem Ende zu. Die Österreicher verloren mit der Unterzeichnung des Staatsvertrags und dem wirtschaftlichen Aufschwung das massive politische Interesse der Nachkriegsjahre. Im Zweiten Weltkrieg wurde Politisches in jeder Form vermieden, da die Gefahr der Denunziation bestand. Eine regelrechte politische Trägheit setzte ein und die Leser verlagerten sich zunehmend zur „leichten“ Unterhaltung. Der Aufstieg der Boulevardmedien begann, und die Parteizeitungen konnten bei dieser Entwicklung nur zusehen. Die Ursachen für den Untergang sind aber nicht nur bei der Boulevardisierung der Presse zu suchen, auch die allgemeinen gesellschaftlichen Änderungen und Managementfehler führten zu einem langsamen Prozess der Verdrängung der Parteipresse.

⁷⁹ vgl. Fabris, Hans Heinz, Hausjell, Fritz (Hg.): „Die vierte Macht: zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien, 1991, Seite 1 - 4

⁸⁰ vgl. Hausjell, Fritz: Journalisten gegen Demokratie oder Faschismus. Europäische Hochschulschriften, Peter-Lang Verlag, Frankfurt am Main, 1989, Seite 132-141 und 192-195

⁸¹ Auer, Georg: Über'm Berg. In: Medien & Zeit, Jahrgang 1994, Ausgabe 3, Seite 5

Politisch Interessierte griffen zunehmend zu parteiunabhängiger Presse. Einer der größten Nachteile der Parteipresse war, dass Informationen oft erst später als in der parteiunabhängigen Presse erscheinen konnten, da Vieles erst mit der Partei abgestimmt werden musste. Man konnte sich auch nicht der Stimmung der Bevölkerung anpassen, so wie dies die Boulevardmedien immer wieder taten – Parteilinie bleibt Parteilinie. Aber auch die Popularisierung des Fernsehens trug zum schnellen Fall der Parteizeitungen bei. Außerdem kam im Laufe der 1960er Jahre das Anzeigengeschäft auf – Anzeigen wurden schließlich die größte Einnahmequelle für die Zeitungen. Diese Art der Finanzierung war, besonders für die „Arbeiter-Zeitung“, ein Problem. Chefredakteur Oscar Pollak wollte, trotz gestiegener Kosten, durch mehr Bebilderung, keine oder nur wenige Anzeigen im Heft haben.⁸²

Als die Finanzierung der Blätter zunehmend schwerer wurde und die Leserschaft zu überaltern drohte, war auch die Zeit der „Arbeiter-Zeitung“ langsam vorbei. Stammwählerschaften brachen auf, die Parteien wurden zu großen Sammelparteien, die politische und gesellschaftliche Veränderung bedeutete das Aus für die Parteipresse. Die „Arbeiter-Zeitung“ versuchte sich 1989 durch den Übergang in Privatbesitz noch ein Mal aufzubäumen, es sollte aber bei einem Versuch bleiben.

3.4.1 „Arbeiter-Zeitung“

Die „Arbeiter-Zeitung“ wollte 1945 mit ihrem Chefredakteur Oscar Pollak an die Traditionen von Victor Adler aus dem späten 19. Jahrhundert anknüpfen. Pollak machte von Anfang an klar, dass er nicht „nur“ Chefredakteur war, sondern auch eine tragende Rolle in der Partei spielen wollte. *„Pollak wollte die gesamte Pressearbeit der Partei unter seiner Leitung und auf die „Arbeiter-Zeitung“ konzentriert sehen.“*⁸³ Pollak entließ sofort alle zwischen 1938 und 1945 tätigen Journalisten.⁸⁴

Der kompromisslos antikommunistisch eingestellte Pollak akzeptierte keine Zusammenarbeit mit der KPÖ, er schrieb schonungslos über Übergriffe der russischen

⁸² Bakic, Krista: Probleme der Parteipresse zu Beginn der 60er Jahre. Die „Arbeiterzeitung“. Diplomarbeit, Wien, 1994, Seite 18 bis 124

⁸³ Feldinger, Norbert P.: Parteien und Parteipresse. Die Tageszeitungen der politischen Parteien in Österreich nach 1945. Forschungsprojekt Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank, Salzburg, 1995, Seite 29

⁸⁴ Vgl. ebda, Seite 26-30

Besatzungsmacht und über die Beseitigung politischer Gegner durch die Russen. Diese wollten Pollak absetzen lassen, dies wurde aber durch den Einspruch der anderen Besatzungsmächte verhindert. In dieser Zeit erzielt die „Arbeiter-Zeitung“ auch ihre höchste Auflage: 300.000 Stück.⁸⁵

Die zunehmende Popularisierung der parteiunabhängigen Presse stellte die „Arbeiter-Zeitung“ vor eine schwierige Aufgabe. Man musste das Konzept der Zeitung modernisieren, aber ebenso darauf achten, dass der politische Charakter und somit der kommunikative Nutzen für die SPÖ nicht verloren geht.⁸⁶

Oscar Pollak war in seiner Zeit als Chefredakteur von 1945 bis 1961 maßgebend für die Medienpolitik der SPÖ.

„Unter seiner Leitung erreichte die Arbeiter-Zeitung sowohl an politischer Wirksamkeit als auch an Auflage ihren Höhepunkt der Zweiten Republik, doch kann – rückblickend betrachtet – sein Pressekonzept bereits als Ursache des Niedergangs der AZ gewertet werden.“⁸⁷

Pollak war ein strikter Gegner der Boulevardpresse, alle Modernisierungsversuche scheiterten, er hielt an seinem veralteten Konzept fest – dieses Verhalten stellte Pollaks Position in Frage. Der Versuch Pollaks, die „Arbeiter-Zeitung“ wie zur Zeit der Ersten Republik zu gestalten, scheiterte – die Zeit der Kampfschriften war vorbei.

„Die Politik der Zweiten Republik zeichnete sich – nicht zuletzt bedingt durch die Erfahrungen mit dem Faschismus und dem Missbrauch politischer Ideale – durch zunehmende Entideologisierung aus. Darüber hinaus trug die SPÖ der Zweiten Republik Regierungsverantwortung und benötigte kein politisches Kampfblatt mehr.“⁸⁸

Feldinger fügt hinzu, dass sich dieser Mechanismus in den 1970er Jahren durch den SPÖ-Bundeskanzler noch verstärkt hatte, und dies die „Arbeiter-Zeitung“ zusätzlich in Bedrängnis brachte. Der ehemalige Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Manfred Scheuch,⁸⁹ empfindet es als Fehlentscheidung, dass nicht das kleinformatige „Kleine

⁸⁵ vgl. Scheuch, Manfred: „AZ“ – „Arbeiter-Zeitung“. In: Ivan, Lang, Pürer: 200 Jahre Tageszeitung in Österreich. Österreichische Nationalbibliothek, Verband Österreichischer Zeitungsherausgeber und Zeitungsverleger, Wien, 1983, 129-139

⁸⁶ vgl. Ebda, Seite 129-139

⁸⁷ Feldinger, 1995, Seite 136

⁸⁸ ebda, Seite 136

⁸⁹ Chefredakteur von 1970 bis 1989

Blatt“ wiederbelebt worden war – er ist überzeugt, dass sich das Kleinformat besser gegen die Umstände behaupten hätte können.

Franz Kreuzer übernahm Ende 1961 die Aufgabe des Chefredakteurs von Oscar Pollak. Pollak leitete bis zu seinem Tod die parteitheoretische Zeitschrift „Die Zukunft“. Kreuzer hatte eine schwierige Aufgabe: Die „Arbeiter-Zeitung“ hatte bereits Schuldenberge in Millionenhöhe aufgetürmt. *„Die durch die Fernseh-Konkurrenz eingetretene allgemeine Stagnation des Anzeigenmarktes bei den Tageszeitungen traf die Parteizeitungen noch härter als ihre unabhängige Konkurrenz.“*⁹⁰ Die „Arbeiter-Zeitung“ brauchte zusätzliche Einnahmequellen. Bruno Kreisky machte Vorschläge wie das Abgelten des Vereinsanzeigers oder bezahlte Seiten der Gewerkschaft oder der Betriebsräte. Kreuzer galt zwar als dynamischer Redakteur, allerdings hatte er politisch nur wenig Rückhalt.

Am 17. Juni 1967 gab Kreisky nach und Paul Blau wurde zum Nachfolger Kreuzers gewählt. Blau sollte die „Arbeiter-Zeitung“ zu einem Qualitätsblatt nach dem Vorbild der „Süddeutschen Zeitung“ machen – dies gelang aber ob der knappen finanziellen Mittel nicht. Er verließ die Zeitung 1970 wieder. Blau wurde später dafür kritisiert, keinerlei Erfahrung bezüglich der Zeitungsproduktion gehabt zu haben. 1970 wurde ein Reformkonzept der „Arbeiter-Zeitung“ vorgelegt. Es wurde vorgeschlagen, die Zeitung zu erweitern und neue Schwerpunkte zu setzen. Man sollte nicht die alteingesessenen Sozialdemokraten überzeugen, sondern neue Wähler gewinnen. Am 1.9.1970 war es so weit: Die neue „Arbeiter-Zeitung“ erschien. Der Schriftzug wurde durch die Buchstaben „AZ“ ersetzt, Manfred Scheuch übernahm die Leitung der „Arbeiter-Zeitung“. In den 1970er Jahren war die Zeit der Reformen: Die Zeitung erschien nun 7-Mal pro Woche, Einsparungen und Rationalisierungen sollten die finanzielle Situation der „Arbeiter-Zeitung“ verbessern. 1985 wurde die „Arbeiter-Zeitung“ schließlich zum Kleinformat – der Schriftzug „Arbeiter-Zeitung“ verschwand endgültig. Zu diesem Zeitpunkt war trotz Sparmaßnahmen wieder ein großer Verlust aufgelaufen: 50 Millionen Schilling. Trotz 240.000 Lesern waren die Werbeeinnahmen viel zu gering. Im Dezember 1988 wurden Gerüchte laut, dass es ein Management-Buy-Out geben sollte. Die Partei hatte allerdings bereits im Oktober 1988 74 Prozent des Verlages an die Mediaprint Beteiligungsgesellschaft m.b.H verkauft. Zu diesem Zeitpunkt war dies der einzige Weg gewesen, die Zeitung vor dem Konkurs zu retten. Die „AZ“ erschien nun als parteiunabhängige Zeitung. Robert Hochner übernahm die Chefredaktion. Trotz steigender Auflage war weiterhin kein Anstieg bei den Anzeigeneinnahmen zu verzeichnen. Hochner

⁹⁰ Feldinger, 1995, Seite 138

verließ 1990 die Zeitung wieder und Peter Pelinka folgte ihm nach. Die Finanzprobleme wurden immer größer, im August 1990 war schließlich klar, dass die „AZ“ eingestellt werden musste. Ein „Rettungskomitee“ konnte die Einstellung verhindern, die „AZ“ bestand weiter – die Qualität wurde angehoben. Dies war aber nur bedingt von Erfolg gekrönt: Mediaprint verlangte immens höhere Druckkosten. Dies war zuviel für die „AZ“, am 31. Oktober 1991 war auch das Ende der unabhängigen „AZ“ gekommen.⁹¹

In „Medien & Zeit“ schreibt die ehemalige „AZ“-Redakteurin Daniela Kittner über den Untergang der Zeitung. Sie charakterisiert die „AZ“ als Bildungsorgan: *„Die AZ hat über all die Jahre den Bildungsanspruch der frühen Arbeiterbewegung nie aufgegeben.“*⁹² Kittner sieht die „AZ“ als Opfer ihrer eigenen Partei und als „Anti-Krone“. Sie geht davon aus, dass keine Tageszeitung in die Fußstapfen der „AZ“ treten könnte. Auch das einzigartige Redaktionsklima wird es kein zweites Mal mehr geben: *„Die AZ war eine antiautoritäre, obrigkeitstfreie Redaktion. Was frauenfeindlich war, bestimmten die Frauen, nicht die Männer.“*⁹³ Kittner sieht die „AZ“ als Verlust für die Linken, die neue Impulse bringen hätte können. Ihre Position ist typisch für die Meinung ehemaliger „AZ“-Mitarbeiter in der Literatur: Eine gute Zeitung, die durch die eigene Partei zum Scheitern verurteilt war. Die „AZ“ hätte also schon früher unabhängig werden müssen, um eine Chance auf dem heutigen Zeitungsmarkt zu haben.⁹⁴

3.4.2 „Das kleine Volksblatt“

„Das kleine Volksblatt“ wurde 1945 zum Zentralorgan der ÖVP bestimmt. Die Zeitung erschien ab 1947 als Kleinformat – unter den Zentralorganen das einzige Kleinformat. Das Blatt war äußerst erfolgreich, die Parteiführung sehr zufrieden mit der Entwicklung. Grundsätzlich verstand sich „Das kleine Volksblatt“ weniger als Kampfschrift, die Zeitung verfolgte eine moderate Linie. Leopold Figl räumt der Zeitung einen Anteil am Erfolg der ÖVP in der Nachkriegszeit ein. Zum 15jährigen Bestehen der Zeitung wird noch der Vorteil des festen Standpunkts des Parteimediums hervorgehoben, ein klarer

⁹¹ vgl. Feldinger, 1995, Seite 136-147

⁹² Kittner, Daniela: Die AZ war ihrer Zeit zu weit voraus. Medien & Zeit Jahrgang 1991, Ausgabe 4, Seite 32

⁹³ ebda, Seite 33

⁹⁴ vgl. ebda, Seite 32f

Seitenhieb Richtung Boulevardpresse, die sich in ihrer Meinung der Bevölkerung anpasste. Die Tatsache, dass „Das Kleine Volksblatt“ als Kleinformat ausgeliefert wurde, stellte die Leser vor ein Problem: Die Druckbögen konnten nicht in der Druckerei aufgeschnitten werden, sondern mussten händisch vom Leser zu Hause aufgeschnitten werden. In der Folge stellte „Das Kleine Volksblatt“ auf Großformat um. Feldinger meint, damit wurde die Zeitung „zum eigenen Totengräber“⁹⁵. Ab 2. Oktober 1962 erschien die Zeitung also im Großformat, auch der Titel wurde verkürzt: Das „Volksblatt“ war anfangs gegenüber den Veränderungen positiv eingestellt. Der Umstellung auf das größere Format war eine lange Diskussion in der ÖVP vorangegangen. Vor allem Julius Raab fand das kleine Format unpassend für das Zentralorgan einer Großpartei. Nicht nur die „Arbeiter-Zeitung“ hatte mit der Konkurrenz der „Kronen-Zeitung“ ihre Schwierigkeiten, auch „Das Kleine Volksblatt“ versuchte sich vom Boulevardmedium abzugrenzen.

„Das kleine Volksblatt war genau jenes Konkurrenzblatt, von dem sich die Leitung der Kronen-Zeitung die meisten Leser erhoffte. Hans Dichand konzipierte die 1959 gestartete Kronen-Zeitung von Anfang an so, daß sie auch für Volksblatt-Leser attraktiv sein konnte.“⁹⁶

Hans Dichand, Leiter der „Kronen-Zeitung“, überlegte ebenfalls eine Umstellung auf das Großformat, verwarf dies aber aufgrund der Investitionskosten in neue Maschinen. Dichand betrachtet diese Entwicklung als den Schlüssel zum Erfolg der „Kronen-Zeitung“: Durch die Änderung des Formats und eine damit einhergehende Preiserhöhung wechselten zahllose „Volksblatt“ Leser zur „Kronen-Zeitung“. Dieser Verlust an Lesern führte zur endgültigen Einstellung des „Volksblatt“: Im November 1970 erschien die letzte Ausgabe. Ähnlich wie bei der „Arbeiter-Zeitung“ wurde die politische Führung und deren Fehlentscheidungen kritisiert. Neben dem strategischen Fehler „Das Kleine Volksblatt“ auf Großformat umzustellen, fehlte auch ein nachhaltiges Finanzierungskonzept: Die Gewinne aus den ersten, erfolgreichen Jahren wurden nicht in die Zeitung gesteckt, sondern von der Partei abgezogen. Spätere Verluste mussten die Bundesländerzeitungen ausgleichen.⁹⁷

⁹⁵ Feldinger, 1995, Seite 159

⁹⁶ ebda, Seite 160

⁹⁷ vgl. Feldinger, 1995, 158 bis 161

3.4.3 „Österreichische Volksstimme“

Die Parteipresse der KPÖ war immer schon als kämpferisch positioniert. Dies liegt vor allem an der Ausgrenzung durch SPÖ und ÖVP – die KPÖ verstand ihre Publikationen als wichtigstes Mittel im Kampf gegen die anderen Parteien. Die „Österreichische Volksstimme“ sollte aber im Gegensatz zur „Roten Fahne“ kein reines Agitationsblatt sein. Konzipiert wurde die „Österreichische Volksstimme“ als Zeitung für die Masse und nicht nur für den „gebildeten Parteifunktionär“. Nach dem Krieg pachtete die KPÖ eine Druckerei am Fleischmarkt, wo die „Österreichische Volksstimme“ gedruckt wurde. Im Frühjahr 1956 wurde die neue Druckerei im 20. Bezirk bezogen. Um die Defizite bei der Parteipresse abdecken zu können, wurden auch private Druckaufträge angenommen – die Druckerei war auf modernstem Standard, deswegen ging diese Taktik zunächst auf. Die „Österreichische Volksstimme“ verschrieb sich der Wahrung der österreichischen Neutralität und dem Kampf gegen den Faschismus. Der erste Chefredakteur der „Volksstimme“ war Erwin Zucker-Schilling. Georg Auer, ehemaliger Mitarbeiter, beschreibt ihn als „ (...) sagenhaft bonzokratischen Stalinisten mit einer feinen journalistischen Nase (...). Der Bischof Krenn könnte, auf katholisch, sein Ebenbild sein.“⁹⁸ Diese Charakterisierung des Chefredakteurs entsprach auch der damals in der KPÖ treibenden Kraft: Streng nach russischem Vorbild. Die Ausgabe vom 4. November 1956 wurde schließlich wegen Anschuldigungen, Österreich habe seine Neutralität verletzt, beschlagnahmt, unter anderem wegen „Hochverrat“. Die Konsequenzen für die Zeitung hielten sich aber nach dem Prozess in Grenzen. 1957 löste Erwin Scharf⁹⁹ Zucker-Schilling als Chefredakteur ab. Scharf übernahm die Leitung der „Volksstimme“ als die ersten negativen Auswirkungen der Veränderungen in Österreich die Parteipresse trafen. Scharf übergab 1965 seine Position an Franz West. Die Redaktion hatte aber Bedenken, da man bei ihm keinerlei journalistische Qualifikation sah, und dies unter den geänderten Umständen als grober Fehler betrachtet wurde. Die Intervention während des „Prager Frühling“ brachte zusätzlich Unruhe in die Partei und in die „Volksstimme“. Die gespaltene Meinung über die Linie bei dieser Krise hatte weitreichende Konsequenzen: Nicht nur viele Mitglieder kehrten der Partei den Rücken, sondern auch einige Journalisten schieden aus der Redaktion aus – im November 1969 verließen mehr als ein Dutzend

⁹⁸ Auer, 1994 in: Medien&Zeit 3/94, Seite 6

⁹⁹ Scharf wurde 1947 aus der SPÖ ausgeschlossen, da er für eine Zusammenarbeit mit der KPÖ plädierte, und die Haltung der SPÖ auch öffentlich kritisierte. Scharf gründete zunächst eine eigene Partei, ließ diese aber dann 1956 mit der KPÖ verschmelzen und wurde Funktionär bei der KPÖ.

Journalisten die „Volksstimme“. Auch Chefredakteur Franz West legte seine Funktionen nieder, sein Nachfolger wurde Hans Kalt. In den 1970er Jahren wurden zunehmend Mutationen aus Kostengründen in die „Volksstimme“ eingegliedert – die „Volksstimme“ war damit das einzige täglich erscheinende Organ der KPÖ. 1982 wechselte Michael Graber in die Chefredaktion, 1989 folgte nochmals ein Relaunch. Die Zeitung wurde immer mehr ausgedünnt, regionale Mutation mussten ausbleiben.¹⁰⁰

Am 1. März 1992 erschien schließlich die letzte „Volksstimme“, sie wurde später allerdings wiederbelebt und erscheint bis heute zehn Mal im Jahr.¹⁰¹

¹⁰⁰ vgl. Feldinger, 1995, Seite 178-195

¹⁰¹ Informationen über die „Volksstimme“ heute auf der Homepage der KPÖ, <http://www.kpoe.at/home/aktuelles/volksstimme.html>, aufgerufen am 5.2.2010, 13:00 Uhr

4 Diskursanalyse der Zentralorgane

Für die Erfassung der beiden Ereignisse wurde die Diskursanalyse gewählt. Die Diskursanalyse wurde maßgeblich von Michel Foucault entwickelt. Grundlage waren Konzepte aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, später wurden diese Ansätze von einigen Forschern aufgegriffen und weiterentwickelt. In dieser Arbeit wird nach der Diskursanalyse von Siegfried Jäger gearbeitet – da die Grundlage von Jägers Ansatz die Ideen von Foucault sind, sollen hier zunächst allgemeine Ausführungen auf Basis von Foucault zeigen, wo die Wurzeln dieser Methode liegen.

4.1 Diskurstheorie

Tätigkeit und Text

Der Diskursanalyse nach Foucault liegt die Tätigkeitstheorie von A.N. Leontjew zu Grunde. Diese besagt, dass der Mensch für sein Tun ein Motiv hat – ein Bedürfnis. Um dieses Bedürfnis befriedigen zu können, muss man sich ein Ziel stecken, dafür wiederum benötigt man einen Plan. Für die Verwirklichung des Plans werden in der Regel Rohstoffe verschiedener Art benötigt. Dieser ganze Prozess ist in einzelne Tätigkeiten, Handlungen und schließlich Handlungsketten gegliedert. Leontjew vergleicht dies mit dem Sprechen, denn Tätigkeiten können an Materielles, aber auch an Subjektive gerichtet werden.

Das Produkt der Sprache wiederum ist der Text, die Funktion der Sprache ist es, Gedanken auszuformulieren und für andere rezipierbar zu machen.¹⁰²

Jäger definiert¹⁰³ den Begriff Text für die Diskursanalyse folgendermaßen:

- Sprachlich gefasstes Ereignis einer Tätigkeit bzw. eines Denkens
- Text wird zum Zweck der Weitergabe (Kommunikation) oder für sich selbst produziert
- Voraussetzung für den Text ist das Vorhandensein von Wissen aus dem Lernprozess
- Einem Bedürfnis folgend

¹⁰² vgl. Jäger, Siegfried: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Unrast-Verlag, Münster, 2004, 4. Auflage, Seite 113-118

¹⁰³ Jäger, 2004, Seite 118

- Motiv
- Unter Beachtung der Rezeptionsbedingungen entstanden
- Mit Hilfe sprachlicher/gedanklicher Mittel geschaffen.

Texte enthalten die gesellschaftliche Entwicklung über einen langen Zeitraum. Texte sind nicht individuell, sondern enthalten immer auch unbewusst soziale und historische Komponenten: *„Sie sind oder enthalten Fragmente eines (überindividuellen) sozio-historischen Diskurses.“*¹⁰⁴ Diese Elemente werden Diskursfragmente genannt. Die Bestandteile oder „Fragmente“ von Diskurssträngen, in Verbindung mit den Orten (Politik, Medien), von denen aus gesprochen wird, bilden den Gesamtdiskurs der Gesellschaft. Der Text *„(...) enthält Elemente von Diskursen und stellt Arbeitsproben menschlicher Tätigkeit dar.“*¹⁰⁵ Diese Elemente müssen bei der Textanalyse bedacht werden – Texte müssen als Bestandteile eines Diskurses begründet werden.¹⁰⁶

Jäger orientiert sich, wie oben bereits erwähnt, stark an den Arbeiten von Michel Foucault. Diskurse folgen demnach gewissen gesellschaftlichen Regeln, weicht man davon ab, gibt es Sanktionen. Dem Diskurs wohnt also immer Macht inne, deshalb gibt es einen „Kampf der Diskurse“ um Macht, welcher Diskurs das „Sagbare“ erfasst und welcher davon abweicht. Die Diskursanalyse erfasst das „Sagbare“ in seiner qualitativen Bandbreite. Das Feld des „Sagbaren“ wird ständig durch „Tricks“ ausgeweitet, der Interdiskurs regelt das „Sagbare“. Kollektivsymbole bilden die Gesamtheit der Bildlichkeit einer Kultur. Diese Bildlichkeit ist ein System und setzt fest, wie die Wirklichkeit gesehen wird. Symbole werden kollektiv entwickelt, gelernt und verstanden. Diskurse haben eine eigene Wirklichkeit, diese Wirklichkeit speist die aktuellen Diskurse immer wieder. Der Diskurs ist überindividuell, obwohl der Text aus individuellen Gedanken produziert wird. Diskurs ist also das Resultat aller im Diskurs verstrickten Menschen.¹⁰⁷

Diskurse werden als Mittel zur Strukturierung von Machtverhältnissen charakterisiert, aus ihnen leitet sich auch Verhalten ab. *„Macht wird diskursiv transportiert und durchgesetzt.“*¹⁰⁸ Macht und Diskurs sind also laut Foucault nicht voneinander zu trennen. Macht wird durch Diskurse wieder individualisiert, dh in Beziehung zu einem Subjekt

¹⁰⁴ Jäger, 2004, Seite 117

¹⁰⁵ ebda, Seite 117

¹⁰⁶ vgl. ebda, Seite 113-117

¹⁰⁷ vgl. ebda, Seite 142-157

¹⁰⁸ ebda, Seite 154

gesetzt: „Foucault sieht eine Konstituierung der Subjekte durch die Diskurse, in die sie verstrickt sind, zugleich also durch die Machtverhältnisse, die diese darstellen.“¹⁰⁹ Um diese Machtverhältnisse verstehen zu können, müssen die stereotypen Arten von Bedeutungszuschreibungen analysiert werden.¹¹⁰

Diskurse werden folglich „(...) sie als Verläufe oder Flüsse von sozialen Wissensvorräten durch die Zeit (...)“¹¹¹ verstanden.

Kritische Diskursanalyse

Die Diskursanalyse ist deshalb kritisch, weil sie versucht, Machtstrukturen und Ideologien sichtbar zu machen und aufzubrechen. Wissenschaft ist kritisch gegenüber Bestehendem, vorhandenes Wissen wird permanent in Frage gestellt – so kann vielleicht neues Wissen entstehen. „Diskursanalyse zeigt also, mit welchen Mitteln und für welche Wahrheiten also in einer Bevölkerung Akzeptanz geschaffen wird, was als normal und nicht normal zu gelten habe, was sagbar (und tubar) ist und was nicht.“¹¹² Wenn man diese gefundenen Sachverhalte richtig bewerten kann, wird die Diskursanalyse zur kritischen Diskursanalyse. Der Wissenschaftler ergreift moralisch Partei für den Beherrschten, man kann allerdings nie behaupten, über die einzige Wahrheit zu verfügen. Herrschendes, Macht ausübendes Wissen wird aber in der Regel als Wahrheit dargestellt. Die Diskursanalyse kann also Momentaufnahmen der Wahrheit ans Licht befördern, ebenso wie deren Genese und die Verfestigung im „System“ analysieren.¹¹³

Die Struktur des Diskurses

Jäger strukturiert den Diskurs, indem er verschiedene Termini definiert:

Der **Spezialdiskurs** besteht aus der/den Wissenschaft(en) und allen nicht-wissenschaftlichen Interdiskursen.

Diskursfragmente sind Texte oder Textbestandteile, die ein bestimmtes Thema behandeln.

¹⁰⁹ Jäger, 2004, Seite 155

¹¹⁰ vgl. ebda, Seite 154-158

¹¹¹ ebda, Seite 158

¹¹² ebda, Seite 223

¹¹³ vgl. ebda, Seite 223 bis 229

Diskursstränge sind Fragmente mit dem gleichen Thema. Diskursstränge können sich miteinander verschränken und ergeben so diskursive Effekte – dies wird meist für Argumentation genutzt.

Diskursive Ereignisse sind „(...) medial groß herausgestellte Ereignisse, die die Richtung und die Qualität des Diskursstranges mehr oder minder stark beeinflussen.“¹¹⁴

Diskursebenen sind die sozialen Orte, von denen aus gesprochen wird. Die einzelnen Diskursebenen (zB Politik, Medien usw.) wirken aufeinander oder können einander sogar beeinflussen.

Diskurspositionen sind das Produkt von Diskursverstrickungen.

Der **Gesamtgesellschaftliche Diskurs** ist Produkt aller Diskursstränge – ein verzweigtes Netz.

Bei der Diskursanalyse müssen nun diese Diskursstränge herausgearbeitet werden. Der Text kann thematische Bezüge zu verschiedenen Diskurssträngen enthalten, die Diskursfragmente sind in der Regel verschränkt. Diskursstränge wiederum lassen sich in Haupt- und Unterthemen bündeln bzw. in Geschichte, Gegenwart und Zukunft.¹¹⁵

Wirkung des Diskurses

Einzelne Texte wirken kaum, jedoch hat der Diskurs mit seinen Wiederholungen doch eine nachhaltige Wirkung auf das Individuum und auch auf die Masse. Dadurch wird vorhandenes Wissen verfestigt. Durch die Analyse wird individueller Text in Bezug gebracht.

Analyseschritte nach Jäger¹¹⁶

Zur Vorbereitung werden Texte mehrmals gelesen, Auffälligkeiten sollen sofort notiert werden, denn der erste Eindruck ist wichtig. Jäger bietet im Folgenden eine Orientierung an, seine Vorgehensweise um Texte zu analysieren. Er betont, dass dies kein striktes Korsett, sondern Anhaltspunkte für eine Diskursanalyse sein sollen.

1) **Institutioneller Rahmen**

Zeitschrift/Zeitung charakterisieren, auch andere Artikel der Zeitung miteinbeziehen, Textsorte bestimmen, auf historische Anspielungen

¹¹⁴ Jäger 2004, Seite 162

¹¹⁵ vgl. ebda, Seite 158-173

¹¹⁶ Für eine ausführliche Beschreibung der Analyse bzw. der Analyseschritte Jäger, 2004, Seite 175 bis 190

überprüfen, Autor des/der Artikel herausfinden, Charakterisierung der Redaktion (Geschichtliche Aspekte usw.)

2) Text-,„Oberfläche“

Aufbereitung des Textes, Inhaltsangabe, Diskursverschränkungen, sprachliche Handlungen des Autors, graphische Gestaltung

3) sprachlich-rhetorische Mittel

Gliederung, Kollektivsymbole, Vorwissen, Sprichwörter/Redensarten, Zielgruppe, Substantive filtern, Stil, Argumentationsstrategien, Komplexität der Sprache

4) inhaltlich-ideologische Aussagen

Grundsätzliches Gesellschaftsverständnis, Menschenbild

5) Interpretation

Interpretiert wird nicht nur das Diskursfragment, sondern der ganze Diskurs: Botschaft, sprachliche Mittel, Zielgruppe, Wirksamkeit, diskursiver Kontext, gesellschaftliche Bedingungen, Verhältnis zum hegemonialen Diskurs, Bezug auf diskursive Ereignisse

Die eigene Untersuchung sollte eingeordnet werden (Diskursfragment, Diskursstrang, gesellschaftlicher Diskurs), es ist sinnvoll, sich nur auf eine Ebene zu konzentrieren.

An der Diskursanalyse wird vor allem der individuelle und offene Zugang, der oft Vergleiche schwer macht, kritisiert. Die qualitative Herangehensweise bedeutet zwar ein detailliertes Ergebnis, allerdings ist es gar nicht oder nur schwer quantifizierbar.

4.2 Vorgehensweise bei dieser Arbeit

Die Diskursanalyse bietet ein sehr offenes, gestaltbares Instrument zur Untersuchung. Die zu untersuchenden Ereignisse sind in ihrem Kern sehr komplex – viele aktuelle politische Zusammenhänge, aber auch geschichtliche Verweise waren zu erwarten. Deshalb wurde hier auf die Diskursanalyse zurückgegriffen, deren Offenheit eine ständige Erweiterung

und Verbesserung der Vorgehensweise zugelassen hat. Nichtsdestotrotz muss festgehalten werden, dass die Diskursanalyse als solche ein sehr umfassendes Analysetool ist, das in seiner Gesamtheit wahrscheinlich den Rahmen dieser Arbeit mehr als gesprengt hätte. Deshalb wurden einige Adaptierungen vorgenommen bzw. Analyseschritte ausgelassen. Mehr dazu weiter unten.

Die Diskursanalyse wurde nicht nur wegen ihrer Beschaffenheit als Methode an sich gewählt, sondern auch wegen der dahinterstehenden Theorie: Die untersuchten Diskurse werden zwar auf der Ebene der Medien ausgetragen, allerdings sind die Urheber der Texte ungleich anders politisch motiviert als Urheber journalistischer Texte, deren Medien parteiunabhängig sind. Welche Richtung deren Aussagen haben werden, ist ungefähr klar, das Interessante ist aber, wie etwas gesagt wird und wie die „Wahrheit“ für sich selbst eingenommen wird. In welche Richtung die Argumentation gehen würde, war vorher natürlich nicht bekannt, deshalb ist die Wahl auf die Diskursanalyse gefallen, deren offene Vorgehensweise eine möglichst breite Analyse von Texten zulässt, und auch dazu auffordert, kommunikative Strategien herauszufiltern und zu analysieren. Außerdem wurden grundsätzlich gleiche Diskursfragmente und –stränge gefunden, die konkrete Argumentation ist aber je nach Zeitung verschieden.

In der Kommunikationswissenschaft greift man schon länger immer wieder auf die Diskursanalyse zurück, da die Diskursanalyse auch aktiv dazu auffordert, die institutionellen Rahmenbedingungen (politisch, geschichtlich, das Medium selbst) miteinzubeziehen. Dieser Ansatz ist wertvoll, besonders in Anbetracht dieses komplexen Themas: Man kann Dinge erst richtig verstehen und interpretieren, wenn man auch die Hintergründe und Zusammenhänge so gut wie möglich erforscht und zu erfassen versucht. Eine Inhaltsanalyse hätte es schwer gemacht, die Hintergründe so miteinzubeziehen und auch kein so breites und qualitativ angelegtes Forschungsergebnis zugelassen. Dies bedeutet natürlich auch mehr Forschungsaufwand, wenn die Texte in dieser Weise qualitativ erfasst werden, deshalb wurde der Untersuchungszeitraum stark eingeschränkt, auch das Instrument der Diskursanalyse wurde etwas verkürzt angewendet.

4.3 Untersuchungsmaterial

Für die Diskursanalyse ist es wichtig, die Zeitung, die Redaktion und deren Rahmenbedingungen zu charakterisieren. In Kapitel drei wurde bereits der geschichtliche Rahmen und die Lage der Parteien und Österreichs ausführlich dargestellt. Die Parteimedien im Allgemeinen und die Zentralorgane im Besonderen wurden in ihrer Entwicklung ebenfalls bereits in Kapitel drei beschrieben, bzw. deren kommunikationswissenschaftlicher Standort wurde in Kapitel zwei erörtert. Neben der geschichtlichen und kommunikationswissenschaftlichen Entwicklung gehören aber noch ein paar Eckdaten über die Redaktionen und die Zeitungen selbst dazu.

4.3.1 *Entwicklung der Auflage*

Die Auflagenentwicklung kann leider nicht lückenlos dargestellt werden, da immer wieder Zahlen fehlen bzw. gibt es verschiedene Quellen, die ganz unterschiedliche Zahlen liefern. Der Anteil der Parteizeitungen an der Gesamtauflage der österreichischen Zeitungen betrug 1952¹¹⁷ 62,7 Prozent, 1968 nur noch 40,9 Prozent.

Von 1945 bis 1956 war der Anteil der Parteizeitungen an der österreichischen Gesamtauflage noch recht hoch – immer bei mindestens 50 Prozent. Zum Vergleich: 1993 brachten es die damals noch existierenden drei Parteimedien „Kärntner Tageszeitung“ (SPÖ), „Neues Volksblatt“ (ÖVP, in Oberösterreich) und die „Salzburger Volkszeitung“ (ÖVP) gerade noch auf 3,1 Prozent der Gesamtauflage. Obwohl die Parteipresse kontinuierlich an Auflage einbüßt, gibt es wieder einen Anstieg Anfang der 1960er Jahre, was auf die Boulevardzeitung „Express“ (SPÖ) zurückzuführen ist. Der rapide Abfall wiederum ab 1962 ist der Verdienst des „Volksblatt“, das damals auf Großformat umstellte und somit sehr viele Leser verlor.

Die „Arbeiter-Zeitung“ hatte 1948 ihren Höhepunkt an Auflage mit 280.000¹¹⁸ Stück erreicht, bei ihrer Einstellung lag man bei etwa 100.000 Stück. „Das kleine Volksblatt“

¹¹⁷ Alle Zahlen beziehen sich, insofern nicht anders angegeben, auf: Feldinger, 1995, Seite 267-269

¹¹⁸ Hier gibt es verschiedene Quellen. Seethaler und Melischek (1999) sprechen von einer Auflage von 280.000 Stück, während Pelinka und Scheuch (1989) von einer Auflage von 245.000 Stück sprechen.

erreichte seine höchste Auflage 1946 mit 300.000¹¹⁹ Stück, danach sank die Auflage kontinuierlich ab. 1956 war die Auflage noch bei 114.975 Stück, bei der Einstellung des „Volksblatt“ 1970 waren es nur noch 50.000 Stück. Die „Österreichische Volksstimme“ konnte diese Auflagenzahlen ohnehin nie erreichen: Die höchste Auflage hatte die „Österreichische Volksstimme“ noch 1947 mit 125.000¹²⁰ Stück, 1956 waren es nur noch 74.000 Stück. Gebhard Ruscher¹²¹ meint, dass aus Trafiken zu erfahren sei, dass besonders in den letzten Jahren nie die ganze Auflage verkauft wurde.

Die Parteizeitungen spielten also zu den Untersuchungszeitpunkten noch eine Rolle in der österreichischen Presselandschaft, wenn sie auch kleiner wurde.

4.3.2 Redaktionen

Die Diskursanalyse gibt vor, nicht nur die Medien selbst, sondern auch deren Mitarbeiter und Autoren der Artikel zu erforschen. Deshalb sind hier die wahrscheinlichen Mitarbeiter der Redaktionen 1956 und 1968 vermerkt. Dies ist und kann gar keine vollständige biographische Erfassung der Autoren sein – alle Biographien nachzurecherchieren würde wiederum eine Dissertation rechtfertigen. Als hauptsächliche Quelle wurde die Dissertation von Fritz Hausjell herangezogen, aber auch diverse Internetquellen wurden verwendet, da in den Impresen immer nur die Chefredaktion genannt wurde bzw. sehr wenig Artikel tatsächlich namentlich gezeichnet sind, gestaltete sich die Suche etwas schwierig. Gab es keine genauen Daten über den Verbleib bei der jeweiligen Zeitung, wurde angenommen, dass der Journalist noch bei der Zeitung gearbeitet hat, außer es war durch das Geburtsjahr eher auszuschließen. Besonders bei der „Arbeiter-Zeitung“ und beim „Volksblatt“ gab es bei den Ausgaben schon einige gezeichnete Artikel, trotzdem war die Suche hier nicht minder schwer – manche der Autoren haben anscheinend nicht so große Spuren hinterlassen wie andere.

Das Hauptaugenmerk galt bekannten Namen oder Namen, die im Blatt selbst vorkommen, daher kann dies, wie schon erwähnt, keine vollständige Liste sein. Es gibt immer wieder freie Mitarbeiter bei den Zeitungen, die im Blatt selbst nie auftauchen bzw. deren Daten

¹¹⁹ Melischek, Gabriele (Hrsg.): Die Wiener Tageszeitungen. 1945-1955, Band 5. Lang, Frankfurt am Main, Wien, 1999, Seite 178ff

¹²⁰ Melischek 1999, Seite 190f

¹²¹ Ruscher 1981, Seite 56

nur in Archiven recherchiert werden könnten. Da die Biografien der Journalisten aber trotzdem letztlich sehr viel Datenmaterial darstellten, wurden die detaillierten Biografien in den Anhang verlegt, um den Lesefluss nicht allzu sehr zu stören. Im Folgenden also die Namen der Chefredakteure und ihrer Stellvertreter.

Redaktion „Arbeiter-Zeitung“ 1956

Chefredakteur

Dr. Oscar Pollak, 1./7.10.1893 bis 28.8.1963¹²²

Ab 22.9.1945 Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, bis 1961. Pollak schrieb unter dem Kürzel „O.P.“ hauptsächlich die Leitartikel in der „Arbeiter-Zeitung“.

Chefredakteur-Stellvertreter

Karl Hans Sailer, 15./19.10.1900 bis 23.10.1957¹²³

Von 1946 bis 1957 Redakteur und Chefredakteur-Stellvertreter „Arbeiter-Zeitung“.

Redaktion „Arbeiter-Zeitung“ 1968

Chefredakteur

Paul Blau, 28.4.1915 – 27.10.2005¹²⁴

1967 bis 1970 Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung.“

Chefredakteur-Stellvertreter

Günther Traxler, 1939¹²⁵

Ab 1963 zur „Arbeiter-Zeitung“, arbeitet im Innenpolitik-Ressort mit.

¹²² Hausjell, 1989, Teil 2, Seite 760

¹²³ ebda, Seite 801

¹²⁴ <http://www.ropeswien.at/online/page.php?P=11638>, aufgerufen am 7.2.2010, 17:08

¹²⁵ <http://www.datum.at/6705/stories/805844>, aufgerufen am 7.2.2010, 17:20

Redaktion „Das kleine Volksblatt“ 1956

Chefredakteur

Dr. Franz Grössl, 29.1.1913 bis Mai 1984¹²⁶

Ab März 1946 bei „Das kleine Volksblatt“, ab 1947 Ressortleiter Außenpolitik. 1951 bis 1963 Chefredakteur.

Chefredakteur-Stellvertreter

Dr. Erich Ernegger

Redaktion „Volksblatt“ 1968

Chefredakteur

Dr. Franz Grössl

Chefredakteur-Stellvertreter

Ludwig Reichhold

Redaktion „Österreichische Volksstimme“ 1956

Chefredakteur

Erwin Zucker-Schilling, 15.8.1903 bis 28.11.1985¹²⁷

1945 bis 1957 Chefredakteur „Österreichische Volksstimme“.

Chefredakteur-Stellvertreter

Jenö Kostmann, 14.12.1906 bis ?¹²⁸

November 1945 bis 1968 Chefredakteur-Stellvertreter der „Österreichischen Volksstimme“.

¹²⁶ Hausjell, 1989, Seite 555

¹²⁷ ebda, Seite 922

¹²⁸ ebda, Seite 638

Redaktion „Volksstimme“ 1968

Chefredakteur

Franz West, 1909 bis 1984¹²⁹

Von 1965-1969 Chefredakteur der Volksstimme.

Chefredakteur-Stellvertreter

Jenö Kostmann

4.3.3 Arbeit in den Redaktionen

Zur Arbeit in den Redaktionen gibt es einige Erinnerungen der Journalisten. Die „Arbeiter-Zeitung“ wurde durch Oscar Pollak bis zu seinem Ausscheiden sehr autoritär geführt. Pollak positioniert die Zeitung als die „Zeitung, die sich etwas traut“¹³⁰ – diesen Ruf hatte sie auch unter Journalistenkollegen. Kurt Frischler, Redakteur bei diversen Zeitungen nach Kriegsende, charakterisiert Pollak als „(...) *schreibgewaltig und autoritär* (...)“¹³¹. Pollak fand im jungen Redakteur und späteren Chefredakteur Franz Kreuzer einen aufmerksamen Lehrling, der mit ihm die Übergriffe der Sowjets dokumentierte. Pollak war ebenso ein scharfer Gegner des Boulevardjournalismus, was letztlich auch zu seiner Absetzung führte, da seine hohen journalistischen Standards von der Zeit überholt wurden. 1968 war Paul Blau Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, dessen Modernisierungsversuche wohl nicht besonders gut aufgenommen wurden. Blau wurde nach nur zwei Jahren wieder abgesetzt.

Turbulenter ging es bei der „Österreichischen Volksstimme“ zu. Georg Breuer, ein bekannter Publizist, war bis 1957 bei dem KPÖ-Organ beschäftigt. Breuer war überzeugter Kommunist, bis nach dem Ungarnaufstand auch begeisterter Mitarbeiter bei der „Österreichischen Volksstimme“. Oft war den Journalisten gar nicht bewusst, was sie da schreiben mussten, besonders bei Breuers frühen journalistischen Gehversuchen. „*Von den Untaten Stalins wussten wir damals nur wenig, und das was wir erfuhren, verdrängten wir*

¹²⁹ <http://www.doew.at/frames.php?service/archiv/eg/west1.html>, aufgerufen am 7.2.2010, 19:23

¹³⁰ Frischler, Kurt: 1948 – das erste journalistische „Normaljahr“ In: Medien&Zeit 3/94, Seite 10

¹³¹ Frischler in: Medien&Zeit 3/94, Seite 9

aus unserem Bewusstsein.“¹³² Andere nahmen es für den Sozialismus in Kauf, bzw. hielten es für richtig. Breuer sieht seine Arbeit heute durchaus kritisch, verurteilt aber auch die Haltung der österreichischen Medien gegenüber der KPÖ und ihren Medien. Was er getan hat, war ihm nicht immer bewusst:

„Dass auch in den sowjetischen Zeitungen nicht immer nur die Wahrheit geschrieben wurde, war mir damals nicht bewusst. Ich selbst habe nie wissentlich Unwahrheiten verbreitet, aber ich habe sowjetische Behauptungen oft unüberprüft übernommen.“¹³³

Breuer entwickelte schließlich eine kritische Haltung gegenüber den Inhalten und Aussagen der Zeitung und wurde 1958, genauso wie einige andere Kollegen, ausgeschlossen. Die nächste Zeit in der KPÖ war bekanntlich voll Spannungen zwischen einem moskautreuen und einem liberalen Flügel – diese Spannungen hatten eine zweite Austritts- bzw. Ausschlusswelle nach der Niederschlagung des „Prager Frühling“ zur Folge. Georg Breuer selbst trat aus diesem Grund freiwillig aus der Partei aus. Sein Kollege Georg Auer war langjähriger Redakteur der „Volksstimme“, dennoch lässt er heute auch etwas Kritik am Chefredakteur Zucker-Schilling laut werden, der offensichtlich ein autoritärer, moskauhöriger Chefredakteur war.

Über die Arbeit beim Volksblatt ist nicht viel bekannt, außer, dass es besonders nach dem Krieg viele gute Reporter gab, die oft exklusive Informationen mit ihren Kollegen teilten.

4.3.4 Journalistische Darstellungsformen

Es werden im Folgenden Artikel aus den oben genannten Zentralorganen untersucht, unabhängig von der Textsorte. Da aber im weiteren Verlauf journalistische Textsorten genannt werden, soll hier eine kurze Definition vorgenommen werden.

Die journalistischen Darstellungsformen sind Instrumente für die Weitergabe von Informationen. Grob unterschieden wird in meinungsbetonte Darstellungsformen und faktenbetonte Darstellungsformen. Heinz Pürer hat die verschiedenen Darstellungsformen für Zeitungen wie folgt definiert:

¹³² Breuer in: Medien&Zeit, 1/04, Seite 10

¹³³ Breuer in Medien&Zeit 1/04, Seite 14

- ***Nachricht***

Die Nachricht beinhaltet aktuelle Ereignisse, die nach journalistischen Kriterien zu einer Nachricht zusammengefasst werden. Die Formel dafür sind die „fünf Ws“ – wer, was, wo, warum, wie. So sollen immer die wichtigsten Informationen beim Leser sein. Erst wenn diese wichtigen Informationen im Text sind, können weiters detailliertere Angaben gemacht werden. Inzwischen wird zwischen „Hard News“ und „Soft News“ unterschieden, wobei die „Soft News“ durchaus etwas lockerer formuliert sind und zum Schluss meist eine Pointe enthalten. Nachrichten müssen also für eine große Gruppe von Menschen von Relevanz sein, von außergewöhnlichen Ereignissen, Handlungen erzählen – der Aufbau ist bei der Nachricht strikt.¹³⁴

- ***Bericht***

Der Bericht enthält im Gegensatz zur Meldung mehr Details und ist im Allgemeinen ausführlicher. Oft enthält ein Bericht mehrere Themen zu einem bestimmten Ereignis, diese werden zusammengefasst und mit Hintergrundinformationen versehen. Der Bericht orientiert sich ebenfalls an Fakten, genau wie die Nachricht, allerdings dürfen hier auch etwas „Atmosphäre“ und die persönliche Note des Autors einfließen, jedoch in geringem Ausmaß – die Fakten sollten im Vordergrund stehen. Ähnlich wie bei der Nachricht werden die wichtigsten Dinge zuerst genannt und später folgen Details, allerdings etwas ausführlicher.¹³⁵

- ***Reportage***

Grundlage für die Reportage sind Tatsachen, allerdings fließt hier viel Atmosphäre und auch die persönliche Note des Autors ein. Neben den Fakten lebt die Reportage davon, dass der Autor seine Eindrücke beschreibt. Die Reportage ist ein schwieriges Terrain, wenn man die Kunst des Erzählens beherrscht, ist das die höchste Auszeichnung als Journalist.¹³⁶

¹³⁴ vgl. Pürer, Heinz: (Hrsg.): Praktischer Journalismus in Zeitung, Radio und Fernsehen. 4. Auflage. Kuratorium für Journalistenausbildung, Salzburg, 1996, Seite 56

¹³⁵ vgl. Pürer 1996, Seite 75f

¹³⁶ vgl. ebda, Seite 126ff

- ***Kommentar***

Der Kommentar enthält ganz klar und immer die Meinung des jeweiligen Autors, er bewertet Ereignisse. Der Kommentar ist ein Mittel zur Meinungsbildung und provoziert oft bewusst um zum Nachdenken anzuregen. Der Kommentar hat viele Gesichter und Plätze in der Zeitung. Er kann als Leitartikel, meist auf der Titelseite oder auf Seite zwei stehen. Der Leitartikel bezieht deutlich Stellung, dies repräsentiert meist die Blattlinie und nicht nur die Meinung des Verfassers. Kurzkommentare stehen meist in einem Kasten verpackt auf einer Seite und beschäftigen sich oft nur mit einem Thema oder einem Aspekt eines Themas. Die Glosse ist eine weitere Form des Kommentars, die meist mit satirischem Witz überspitzt Ereignisse bewertet. Analysierende Kommentare wägen Argumente gegeneinander ab.¹³⁷

Neben diesen Darstellungsformen gibt es noch Interviews und Features als gängige Darstellungsformen in Printmedien. Da diese aber in der Untersuchung nicht vorkommen, wird hier auf eine umfassendere Darstellung verzichtet.

¹³⁷ vgl. Pürer 1996, Seite 178f

4.4 Untersuchungsdesign

Untersucht werden, wie oben schon ausgeführt, die Zentralorgane der SPÖ „Arbeiter-Zeitung“, der ÖVP „Das kleine Volksblatt“ und der KPÖ „Österreichische Volksstimme“. Die Artikel werden im Zeitraum der Ereignisse Ungarnaufstand 1956 und Prager Frühling 1968 untersucht. Unabhängig von der Textsorte werden alle Artikel im Untersuchungszeitraum berücksichtigt, da hier ein gesamtes Bild der Berichterstattung für den definierten Zeitraum gezeichnet werden soll.

4.4.1 Untersuchungszeitraum

Die Untersuchungszeiträume wurden stark eingeschränkt, da sich beide Ereignisse über längere Zeit ziehen. Der Ungarnaufstand hat zwar keine so lange Vorgeschichte wie der Prager Frühling, jedoch dauerte die Nachbereitung des Ereignisses viel länger bzw. das Ereignis selbst. Da die Reaktion auf die Niederschlagung dieser Reformbewegungen und Protestbewegungen nachgezeichnet werden soll, ist der Untersuchungszeitraum am Höhepunkt der Ereignisse angelegt – der sowjetischen Intervention.

Die Untersuchungszeiträume wurden so ausgewählt, dass die Interventionen zwar noch nicht beendet waren, aber die Lage so weit geklärt war, dass das Thema nicht mehr entscheidend aktualisiert und so verändert wurde. Das heißt konkret:

- Untersuchungszeitraum Ungarnaufstand: 24. Oktober bis 8. November 1956
- Untersuchungszeitraum Prager Frühling: 21. August bis 27. August 1968

Beim Ungarnaufstand war schon einige Tage zuvor Unruhe vorhanden und es wurde bereits spekuliert, dass etwas passieren würde. Die Demonstrationen und die Invasion der Sowjets begannen am 24. Oktober. Während es einige Tage später bereits nach einem Sieg der ungarischen Freiheitskämpfer aussah, wurde der Sieg der Ungarn durch eine Verstärkung der sowjetischen Truppen niedergeschlagen. Am 8. November war bereits eine neue Regierung eingesetzt – der Kampf war verloren. Deshalb wurde der Zeitraum begrenzt, denn eine umfassendere Untersuchung hätte den Rahmen dieser Arbeit mehr als gesprengt.

Die Invasion der Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR begann über Nacht am 21. August. Danach überschlugen sich die Ereignisse: Die Regierungsmitglieder wurden verhaftet und nach Moskau gebracht, dort wurde verhandelt. Staatspräsident Ludvík Svoboda kam am 23. August nach Moskau, um an den Verhandlungen teilzunehmen. Das dort beschlossene Moskauer Protokoll, das in Wahrheit die Kapitulation der Reformer darstellte, wurde am 26. August verabschiedet. Damit war der Prager Frühling vorbei. Der Untersuchungszeitraum wurde, aufgrund einer anzunehmenden Verzögerung der Berichterstattung, um einen Tag ausgeweitet.

4.4.2 Vorgehensweise

Wie schon weiter oben beschrieben, wird in dieser Arbeit nach der Methode der Diskursanalyse nach Jäger vorgegangen. Die Methode als Ganzes ist sehr umfangreich und wäre mit dem gesammelten Datenmaterial eine zu große Aufgabe für eine Magisterarbeit. Deshalb wurden einige Analyseschritte ausgelassen bzw. verkürzt.

Im ersten Schritt wurden die Zeitungen nach relevanten Artikeln im Untersuchungszeitraum durchgesehen. Im zweiten Schritt wurden die Artikel gelesen und die relevanten Diskursfragmente markiert. Bereits vorher wurde der institutionelle Rahmen recherchiert, also Charakteristika/Geschichte der Zeitungen¹³⁸, die Redaktion wurde ebenfalls, so weit ohne größeren Rechercheaufwand möglich, durch die Lebensgeschichten der Journalisten charakterisiert.¹³⁹

Die Text-Oberfläche wurde, aufgrund der Menge des Materials, nicht detailliert herausgearbeitet. Viel mehr gibt es weiter unten allgemeine Aussagen für das Medium im untersuchten Zeitraum über Fotos, Layout. Als nächstes folgt die Interpretation der Ergebnisse. Die Diskursfragmente werden verschiedenen Diskurssträngen und letztlich einem großen Diskurs untergeordnet – die Verschränkung mit anderen Diskursen wird weitgehend nicht beachtet, da hier der Aufwand zu groß wäre. Auf eine umfangreiche linguistische Auseinandersetzung wurde einerseits wegen des zu großen Zeitaufwands,

¹³⁸ Siehe Kapitel 3, Pressegeschichte

¹³⁹ Detaillierte Biografien siehe Anhang.

andererseits wegen des hauptsächlich kommunikationswissenschaftlichen Fokus verzichtet.

4.4.3 *Forschungsleitende Fragen*

- Wie wird die Sowjetunion bewertet und wie verändert sich die Position zwischen den Untersuchungszeitpunkten?
- Gibt es im KPÖ-Organ Rechtfertigungsstrategien?
- Wie wird die Gefährlichkeit der Situation für Österreich bewertet?
- Wie wird die Rolle Österreichs in Bezug auf die Ereignisse bewertet?
- Wenn auf die Berichterstattung/Äußerung des politischen Mitbewerbers reagiert wird, ist diese Reaktion positiv oder negativ zu bewerten und wie drückt sich die Bewertung aus?
- Welche Aussagen werden über Österreichs Neutralität getätigt?
- Wie wird das Verhalten der Westmächte und der Vereinten Nationen bewertet?

Um diese Fragen beantworten zu können, wurden die Artikel mittels eines groben Variablen-Schemas erfasst, da eine gesamte Untersuchung des Diskurses zu viel gewesen wäre. Es wurden Aussagen gesucht, die sich unter diese Variablen einordnen lassen.

- Aussagen Charakterisierung UdSSR
- Aussagen zur Lage der Sicherheit
- Aussagen über Österreich in Verbindung mit den Ereignissen positiv oder negativ
- Aussagen über andere Parteien, positiv oder negativ (im Zusammenhang mit den Ereignissen)
- Aussagen über die Neutralität Österreichs positiv oder negativ
- Aussagen über nicht neutrale Staaten, die dem Westen¹⁴⁰ zugeordnet werden können

Die Aussagen wurden unter diese Variablen der Ordnung halber zusammengefasst, und dann den verschiedenen Diskurssträngen zugeordnet. Inhaltlich gleiche Aussagen und

¹⁴⁰ Zum „Westen“ gehörten alle Staaten, die der NATO (North Atlantic Treaty Organization), einem Militärbündnis angehörten. Für den „Osten“ war das Gegenstück der „Warschauer Pakt“. Staaten, die weder der NATO noch dem Warschauer Pakt angehörten, waren blockfrei – auch Österreich aufgrund seiner Neutralität.
<http://www.wissen.de/wde/generator/wissen/ressorts/geschichte/epochen/20.-20Jh./index,page=2450276.html>

Formulierungen wurden nicht berücksichtigt. Die Ergebnisse werden dann vor dem Hintergrund des Konstruktivismus interpretiert, dh es gibt keine Vergleiche zwischen den Parteiwirklichkeiten, sondern nur zwischen den Analysezeitpunkten, um eine Änderung in der Politik erkennen zu können bzw. Reaktionen auf die veränderten Umstände (Regierungszusammensetzung) erfassen zu können.

4.5 Ergebnisse

Nun folgt die Auswertung der Ergebnisse der Diskursanalyse, die zuerst den sechs weiter oben beschriebenen Variablen, zugeteilt wurden – jetzt folgt die Unterordnung der Diskursfragmente in einen übergeordneten Diskurs. Innerhalb der Diskurse sollen die verschiedenen Strategien aufgezeigt werden und in Kapitel fünf folgt dann die Interpretation der Ergebnisse. Zuerst aber noch einige allgemeine Bemerkungen zur optischen Gestaltung der Zeitungen.

4.5.1 Gestalterische Merkmale

Die „Arbeiter-Zeitung“ hat 1956 ein sehr einfaches Layout – die Titelseite ziert der Schriftzug „Arbeiter-Zeitung“, grafische Elemente für die Hervorhebung von Textteilen sind der Fett- oder Kursivdruck. 1956 gibt es in der „Arbeiter-Zeitung“ schon einige Bilder, fast immer befindet sich ein Foto auf der Titelseite. Im Inneren gibt es dann immer wieder ganze Fotoseiten, die entweder von einschneidenden Ereignissen berichten oder das wichtigste aus der Welt in Bildern zusammenfassen – diese Seiten haben meist eine große Schlagzeile und bei den Bildern befinden sich kurze Bildunterschriften zur Erklärung. Die Seiten sind relativ einheitlich gestaltet mit Spalten-Einteilungen, die durch Striche gekennzeichnet sind. Die längeren Artikel haben eine Überschrift und eine Unterüberschrift, der Vorspann ist oft fett gedruckt. Thematische Brüche werden mit Unterüberschriften im Text angezeigt. Die „Arbeiter-Zeitung“ enthält auch einige Werbeanzeigen. Es gibt zwar keine Ressort-Bezeichnung, aber die Zeitung hat eine Struktur. Auf den ersten Seiten gibt es meist internationale Politik, dann Innenpolitik, dann folgen einige Chronik-Meldungen und dann vermischen sich die Inhalte zu einem Service/Literatur-Teil mit Fortsetzungsroman, Radioprogramm usw. Die letzten Seiten

sind meist für den Sport reserviert. Die Leitartikel haben einen relativ festen Platz auf der Titelseite und werden dann auf Seite 2 fortgesetzt. Oft ist die Struktur etwas verwirrend, da man auf den ersten Blick meist nicht erkennen kann, welcher Artikel wo fortgesetzt wird. Die „Arbeiter-Zeitung“ erscheint im Großformat, 6 Mal wöchentlich.

1968 wurde die „Arbeiter-Zeitung“ optisch ihrer Zeit angepasst. Der traditionelle Schriftzug „Arbeiter-Zeitung“ wurde etwas verkleinert, links daneben befindet sich jetzt ein Logo „AZ“. Außerdem gibt es ganz oben auf der Seite, über dem Titel, kleine Schlagzeilen zu lesen. Die Einteilung in Spalten ist noch vorhanden, die Anzahl der Bilder hat sich aber erhöht. Es wird kaum mehr durch fette oder kursiv gedruckte Worte hervorgehoben, sondern eher mit mehr Unter-Überschriften gegliedert. Aus den Hinweisen, wo die Artikel fortgesetzt werden, sind kleine Pfeile geworden, in die der Hinweis hineingeschrieben wird. Auffällig ist, dass es zwar immer noch Anzeigen gibt, aber dass deren Anzahl etwas zurückgegangen ist. Die Struktur der Zeitung ist weitgehend gleich geblieben, allerdings gibt es jetzt auf jeder Seite eine Oberzeile, in der neben der Seitenzahl und dem Datum auch das Ressort genannt wird, zB „AZ-Politik“. Die Leitartikel beginnen jetzt meist auf Seite zwei. Auffällig ist auch, dass immer mehr Autoren genannt werden, 1956 war dies kaum der Fall. Neben dem Leitartikel ist jetzt eine Karikatur vertreten, die jeweils das tagesaktuell wichtigste Thema beleuchtet, im Untersuchungszeitraum war dies natürlich die Invasion der Truppen in der ČSSR – meist sind darauf russische Soldaten oder Politiker zu sehen – die Zeichnung ist mit einer passenden, ironischen Überschrift versehen.

„Das kleine Volksblatt“ sieht optisch 1956 der „Arbeiter-Zeitung“ sehr ähnlich. Das Logo der Zeitung ist durch seine Gestaltung sehr auffällig und nimmt auch dementsprechend viel Platz ein. Die Spalten bei „Das kleine Volksblatt“ sind etwas breiter, optisch hervorgehoben wird ebenfalls durch Kursiv- bzw. Fettdruck. Die Überschriften sind meist groß und zusätzlich fett gedruckt, fast immer gibt es auch eine Unter-Überschrift, der Vorspann ist ebenfalls fett gedruckt. Es gibt zahlreiche Unterüberschriften, die die Seiten auch optisch etwas aufteilen, obwohl, zumindest im Politik-Teil, die Artikel sehr lang sind und deshalb auch über eine ganze Seite gehen können. Auch „Das kleine Volksblatt“ hat fast immer ein Foto auf dem Titelblatt, im Inneren gibt es ebenso Bildseiten, die entweder über ein wichtiges Thema oder über verschiedenen Themen berichten – die Bilder sind auch mit Bildunterschriften versehen. Auffällig ist, dass „Das kleine Volksblatt“ zahlreiche Anzeigen hat, teilweise bis zum Ausmaß von einem Viertel der Seite. Die Struktur ist

ähnlich der „Arbeiter-Zeitung“, es gibt keine Ressort-Bezeichnungen. Doch auch hier kommt zuerst die Politik, danach Chronik und dann folgt der Service/Literaturteil, der Sport bekommt auch hier erst im hinteren Teil der Zeitung Platz. „Das kleine Volksblatt“ erscheint im Kleinformat, 6 Mal wöchentlich.

Das „Volksblatt“ hat 1968 nicht nur einen neuen Namen, sondern auch eine neue optische Verpackung. Das Logo wurde sehr modernisiert und hat nicht mehr die zentrale Position auf der Titelseite wie vorher. Die Artikel sind etwas klarer voneinander getrennt, die Spalten sind etwas schmaler, optisch hervorgehoben wird durch Überschriften oder durch Fettdruck. Die Anzahl der Fotos ist etwa gleichgeblieben. Die Struktur der Zeitung ist ähnlich der 1956, allerdings gibt es hier in der Oberzeile jetzt Ressort-Bezeichnungen. An der Struktur selbst hat sich aber grundsätzlich nichts geändert. Der Leitartikel befindet sich meistens auf Seite zwei, auch beim „Volksblatt“ gibt es jetzt regelmäßig Karikaturen in der Nähe des Leitartikels. Die Leitartikel sind mit vollem Namen gezeichnet, überhaupt gibt es mehr Hinweise auf die Autoren.

Das Titelblatt der „Österreichische Volksstimme“ ziert ein Schriftzug, wo das Wort „Österreichische“ etwas in den Hintergrund tritt und „Volksstimme“ klar den Titel dominiert. Erklärungen der KPÖ werden in rot umrandeten Kästen abgedruckt, sie werden so zum Blickfang. Optisch gestaltet wird aber hier auch mit fett und/oder kursiv gedruckten Worten oder Passagen. Es gibt sehr wenige Bilder, bis auf einige Bildseiten, die ähnlich wie die der anderen Zeitungen aufgebaut sind. Natürlich gibt es thematische Unterschiede, vor allem bei der Politik: Hier gibt es viele Berichte über die „Warschauer-Pakt-Staaten“. Anzeigen sind so gut wie keine zu sehen. Von der Struktur her ist die Zeitung ähnlich wie die beiden Konkurrenten aufgebaut. Die Artikel sind namentlich fast nie gezeichnet, auch nicht mit Kürzeln. Es konnten für 1956 keine klaren Leitartikel bestimmt werden. Im Allgemeinen gibt es sehr wenige explizit als Kommentare ausgewiesene Artikel.

1968 hat auch die „Volksstimme“ einen optischen Neuanfang gemacht, der Titel ist ebenso wie bei den anderen verändert. An der Struktur der Zeitung ändert sich nicht viel, Ressortbezeichnungen wurden hier nicht eingeführt. Mit Bildern wird weiterhin sehr sparsam umgegangen. Allgemein ist die Zeitung gestalterisch etwas bunter geworden. Es gibt immer noch wenige namentlich gezeichnete Artikel, ebenso gibt es keinen erkennbaren festen Platz für einen Leitartikel. Anzeigen gibt es ebenfalls weiterhin nur selten.

4.5.2 *Analyse der Diskursfragmente*

Die Diskursfragmente wurden in größere Diskursstränge eingeordnet, und anschließend einem Diskurs unterstellt. Die Analyse wurde in 1956 und 1968 geteilt, der Vergleich zwischen diesen Zeitpunkten wird im Interpretationskapitel vorgenommen. Es wurde versucht, bei ähnlichen Fragmenten Redundanz im Text zu vermeiden, deshalb wurde nach typischen Fragmenten gesucht, um die Anzahl der Aussagen etwas reduzieren zu können.

4.5.3 *Der Russlanddiskurs*

4.5.4 *1956*

In der „Arbeiter-Zeitung“ waren drei große Diskursstränge des Russlanddiskurses zu erkennen. Es wird versucht, die antikommunistische Grundhaltung der Partei zu kommunizieren. Einerseits wird dies durch den Diskursstrang „Gewalt“ versucht. Durch die Erwähnung von Opfern, usw. wird die UdSSR dämonisiert.

„In der Nähe des Funkhauses feuerten Polizisten in die Menge, die angeblich versuchte, in das Rundfunkgebäude einzudringen, während Parteisekretär Gerö dort seine Ansprache hielt. Dabei gab es die ersten Toten und Verwundeten.“¹⁴¹

„Aus Nickelsdorf an der österreichisch-ungarischen Grenze wird gemeldet: Maschinengewehrfeuer, dutzende feuernde Sowjetpanzer, brennende Gebäude und blutig-verschmierte Krankenwagen sind das Bild, das Budapest zwei deutschen Augenzeugen des ungarischen Aufstandes bot, die in ihrem Auto in Nickelsdorf eintrafen.“¹⁴²

Dieser Diskursstrang wird dann in den späteren Ausgaben weitergeführt, mit immer detaillierteren Schilderungen, immer mehr kann auf Augenzeugenberichte zurückgegriffen werden.

„Die russischen Panzer feuerten schon beim geringsten Anlaß – sehr im Gegensatz zu den ungarischen Soldaten, von denen sich viele den Demonstranten angeschlossen hatten.“¹⁴³

„Sein Wagen wurde durch die Explosion einer Handgranate, die ein sowjetischer Soldat warf, stark beschädigt. Später habe ihn noch ein sowjetischer Panzer gerammt.“¹⁴⁴

¹⁴¹ „Arbeiter-Zeitung“ Nr. 249, 25.10.1956 „Russische Panzer und Flugzeuge gegen Budapest“, Seite 1

¹⁴² „Arbeiter-Zeitung“ Nr. 249, 25.10.1956, „Augenzeugenberichte aus dem brennenden Budapest“, Seite 1-2

¹⁴³ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 250, 26.10.1956, „In Budapest wird noch gekämpft“, Seite 1-2

„Über die blutigen Zusammenstöße am Donnerstagnachmittag berichtet Maton, daß allein vor dem Parlamentsgebäude am Donauufer in Budapest unter dem Geschütz-, Maschinengewehr- und Handwaffenfeuer der sowjetischen Tanks und der Sicherheitspolizei zweihundert Menschen ihr Leben lassen mußten.“¹⁴⁵

„Nach den Berichten der Fahrer des Wagens sind bei den Kämpfen, die sich daraufhin entsponnen, siebzig Personen getötet und sehr viele verletzt worden.“¹⁴⁶

„Die Menschen schrien auf und stoben auseinander. Frauen und Kinder stürzten, andere trampelten sie nieder.“¹⁴⁷

„Das ist, als schliefe hier die gefesselte Freiheit – aber ihre Fessel scheint sich fast schon wie von selbst lösen zu wollen. Ein kleiner, weißer Kindersarg, kaum ein Meter lang.“¹⁴⁸

„Dort wollen entsetzlich Verstümmelte fotografiert werden, damit die freie Welt sehe was das sowjetkommunistische Regime bedeutet.“¹⁴⁹

Man sieht, dass sich die schriftlichen Manifestationen der russischen Gewalt mehren und auch teilweise durch Reportagen immer gefühlsbetonter werden. Direkt äußert sich nur einer zur Gewalt der Russen: Chefredakteur Oscar Pollak. Offen und persönlich prangert er, wenig überraschend, die Gewalt an – in anderen Artikeln wird jemand zitiert oder der Aussage wird durch eine Reportage Glaubhaftigkeit verliehen.

„Seitdem wissen wir, daß diese noch vor kurzem so frechen kommunistischen Machthaber auf dem letzten Loch pfeifen, und daß Ungarn für sie verloren ist – wenn nicht Russland durch eine weitere, stärkere Invasion seiner bewaffneten Streitkräfte das ungarische Volk mit militärischer Gewalt niederwirft.“¹⁵⁰

„Arbeiterblut klebt, nein strömt und nicht zum erstenmal, über die Hände der Kommunisten.“¹⁵¹

Der Gewalt-Diskursstrang wird zwar noch weitergeführt, verliert aber im Laufe des Untersuchungszeitraums an Bedeutung. Die Schilderungen über die Grausamkeit der Russen hören auf, meist beschränkt man sich darauf, Opferzahlen zu nennen:

„Die ungarischen Verluste in Budapest sollen sich auf 13.000 Tote und Verwundete belaufen, davon 3000 bewaffnete Nationalisten.“¹⁵²

Die Blut-Symbolik bleibt aber, besonders in meinungsbetonten Darstellungsformen wie dem Leitartikel von Oscar Pollak, erhalten:

¹⁴⁴ ebda

¹⁴⁵ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 251, 27.10.1956, „Der Freiheitskampf geht in ganz Ungarn unter“, Seite 1-2

¹⁴⁶ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 251, 27.10.1956, „Hilfe für die Verwundeten“, Seite 2

¹⁴⁷ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 252, 27.10.1956, „Westungarn in der Hand der Revolutionäre“, Seite 2

¹⁴⁸ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 253, 30.10.1956, „Den Toten von Magyarovar“, Seite 2

¹⁴⁹ ebda

¹⁵⁰ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 252, 28.10.1956, „Ungarn“, Seite 1-2

¹⁵¹ ebda

¹⁵² „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 255, 1.11.1956, „Die Demokratisierung in Ungarn beginnt“, Seite 1

„Die Russen haben die ungarische Revolution im Blut ertränkt. Die junge ungarische Freiheit liegt unter den Trümmern des zerschossenen Budapest begraben. Die Hilferufe der erstickten Freiheit, während der letzten verzweifelten Kämpfe haben die Welt aufgerüttelt – vergebens. Mit zerrissenem Herzen stehen die freiheitsliebenden Menschen am Grabe einer Hoffnung.“¹⁵³

Ein anderer Strang des Russlanddiskurses in der „Arbeiter-Zeitung“ ist die Aussage, dass Russland nicht rechtmäßig Macht über seine Satellitenstaaten besitzt und diese Position nur durch Gewalt halten kann, sich auch gleichzeitig Vorteile daraus verschafft. Dieser unrechtmäßige Herrschaftsanspruch wird besonders unter dem Aspekt der Verteidigung mit Gewalt kritisiert.

*„Das ungarische Volk hat sich gegen die Herrschaft der Kommunisten erhoben.“¹⁵⁴
„Es war erstaunlich, wie diese Rede eine friedliche Studenten- und Arbeiterdemonstration in eine erbitterte Revolte verwandelte, als Gerö die Sowjetunion lobt und auf die Notwendigkeit der Freundschaft mit den „Befreiern Ungarn“ hinwies.“¹⁵⁵*

Etwas drastischer formuliert wird dies in einem Kommentar:

„Brennend und blutig steht der Beweis vor den Augen der ganzen Welt: die kommunistischen Regierungen in den Satellitenstaaten des Osten beruhen einzig und allein auf Rußlands Gewalt.“¹⁵⁶

Die „Arbeiter-Zeitung“ lässt aber auch die Vermutung zu, dass sie nicht glaubt, dass man sich dieser Herrschaft entziehen könnte.

„Aber es ist schon klar, daß gerade das Beispiel Polens im ungarischen Volk den Glauben geweckt hat, die Zeit der Knechtschaft sei vorüber und es werde alles anders werden.“¹⁵⁷

„Und so sehr Nagy und Gerö intern miteinander im Gegensatz stehen mögen, gegen ihre äußerlich vereinigte Macht, gestützt auf die Maschinenpistolen der sowjetischen Truppen, kann das ungarische Volk heute nichts ausrichten.“¹⁵⁸

¹⁵³ „Arbeiter-Zeitung“, Nr.258, 6.11.1956, „Ungarisches Requiem“, Seite 1-2

¹⁵⁴ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 248, 24.10.1956, „Jetzt kommt Ungarn an die Reihe“, Seite 1-2

¹⁵⁵ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 250, 26.10.1956, „In Budapest wird noch gekämpft“, Seite 1-2

¹⁵⁶ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 252, 28.10.1956, „Ungarn“, Seite 1-2

¹⁵⁷ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 249, 25.10.1956, „Blutiger Himmel über Ungarn“, Seite 2

¹⁵⁸ ebda

Ab dem Zeitpunkt des zweiten Angriffs wird dieser Herrschafts-Diskurs intensiver und facettenreicher geführt. Die „Arbeiter-Zeitung“ versucht so, der UdSSR beharrlich ihren Anspruch auf Macht abzuspochen. Als man vermutete, dass die ungarische Revolution gesiegt hätte, ist man stolz auf die Leistung des ungarischen Volks, dass diese Fremdherrschaft beenden konnte. Oscar Pollak beschreibt in emotionalen Worten die Tragweite dieses Ereignisses:

„Das war ein großer Tag! Ein Volk, das ungarische, hat vollbracht, was seit mehr als hundert Jahren kein anderes Volk in Europa, außerhalb der unmittelbaren Nachwirkungen eines Krieges vermocht hat: Es hat eine Diktatur gestürzt – eine Gewaltherrschaft und eine Fremdherrschaft zugleich.“¹⁵⁹

Als sich die Lage wieder zuspitzt in Ungarn, wird dieser Diskurs wieder leicht verändert – aus den heroischen Untertönen werden wieder Anklagen an Russland:

„Die Semmelweis-Klinik in Budapest macht einen verwahrlosten Eindruck; daß die Zimmer überbelegt sind, bringt die ungewöhnliche Situation mit sich, daß aber zum Beispiel die Verwundeten in Betten liegen müssen, die jeden Augenblick zusammenzubrechen drohen – dafür ist das gestürzte KP-Regime verantwortlich.“

Deutlich wird hier wieder einmal Oskar Pollak in einem Kommentar:

„So bestätigt die vorübergehende Niederlage der ungarischen Revolution, was schon ihr Ausbruch ganz deutlich bewiesen hat: Die kommunistische Herrschaft in den sogenannten Volksdemokratien beruht einzig und allein auf der blutigen Gewalt der russischen Panzer und Kanonen. Keine Koexistenz-Heuchelei und keine Schein-„Demokratisierung“ kann darüber hinwegtäuschen. Im ganzen Osten Europas herrscht landfremde Gewalt.“¹⁶⁰

Gegen Ende des Untersuchungszeitraumes wird dieser Umstand in einer Reportage fast poetisch beschrieben:

„Ein eisiger Wind pfeift über die schneebestäubten Äcker. Aber er ist es nicht, der die Männer frieren macht. Sie spüren den Eissturm, der aus dem Osten heranbraust, der Tod, Elend und Sklaverei bringt.“¹⁶¹

Aber nicht nur durch Gewalt soll Russland als Feind charakterisiert werden, auch durch Lügen und durch stetiges Ändern des Kurses wird klar gemacht, dass auf dieses Land politisch kein Verlass ist.

¹⁵⁹ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 255, 1.11.1956, „Das Volk hat gesiegt“, Seite 1-2

¹⁶⁰ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 258, 6.11.1956, „Ungarisches Requiem“, Seite 1-2

¹⁶¹ ebda, „Anna Kéthlys letzte Stunde in der Heimat“, Seite 3

„Unterrichtung der Bevölkerung über den ungarischen Außenhandel, insbesondere mit der Sowjetunion, Aufklärung über die ungarischen Uranvorkommen, da die Bevölkerung glaube, die Sowjetunion habe die Hand auf sie gelegt.“¹⁶²

„Dasselbe haben die polnischen Machthaber und die Kommunisten zur Zeit der Rebellion in Posen von den dortigen Aufständischen gesagt – und heute hat der polnische Parteiführer Gomulka selber öffentlich zugegeben, daß es eine Lüge und daß die Bewegungen keineswegs das Werk gegenrevolutionärer Agenten, sondern ein echter Ausbruch der hungernden getäuschten Arbeiter war.“¹⁶³

„Einige Mitglieder des Rundfunkpersonals konnten sich das Lügen selbst nach Ausbruch der Revolution nicht abgewöhnen, erklärte der Sender. Von nun wird auf allen unseren Wellenlängen nur noch die Wahrheit verbreitet werden.“¹⁶⁴

Aber auch die Verteidigungsstrategie für die Invasion, nämlich der Ausbruch einer faschistischen Konterrevolution, wird als Lüge und Täuschung entlarvt.

„Die ungarischen Arbeiter und Studenten die gegen die Diktatur aufstanden, waren „Gegenrevolutionäre“, von einer imperialistischen Untergrundbewegung verhetzte Banditen – jetzt überstürzten sich die ungarischen Kommunisten, den Freiheitskämpfern zu huldigen, die Terrorpolizei zu verurteilen und zu erklären, daß sie immer schon gegen das Eingreifen der russischen Truppen waren.“¹⁶⁵

Außerdem wird der Sowjetunion vorgeworfen, dass deren „Volksdemokratien“ den Willen des Volkes einfach ignorieren und es unterdrücken.

„Sosehr er also im Vergleich zu den Rakosi-Leuten im Volk Popularität genießt, weil er von Rakosi abgesetzt wurde, so bleibt er trotzdem ein Satellit. Es ist daher nicht überraschend, wenn er die Sowjettruppen gegen das ungarische Volk zu Hilfe ruft.“¹⁶⁶

„Das Volk will von der kommunistischen Diktatur nichts mehr wissen. Das Volk ruft nach Demokratie.“¹⁶⁷

„In Ungarn hat sich das Volk gegen die sogenannte Volksdemokratie erhoben und diese Lüge zerrissen.“¹⁶⁸

Dieser Diskursstrang wird aber in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraumes immer weniger in den Russlanddiskurs eingebracht. Eine spezielle Form dieses Diskurses gibt es noch: Geschichtliche Referenzen werden benutzt, damit ein schlechtes Bild auf Russland geworfen wird. Hier ein Beispiel:

¹⁶² „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 248, 24.10.1956, „Jetzt kommt Ungarn an die Reihe“, Seite 1-2

¹⁶³ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 249, 25.10.1956, „Blutiger Himmel über Ungarn“, Seite 2

¹⁶⁴ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 254, 31.10.1956, „Ende der Volksdemokratie in Ungarn“, Seite 1-2

¹⁶⁵ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 255, 1.11.1956, „Das Volk hat gesiegt“, Seite 1-2

¹⁶⁶ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 249, 25.10.1956, „Blutiger Himmel über Ungarn“, Seite 2

¹⁶⁷ ebda

¹⁶⁸ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 252, 28.10.1956, „Ungarn“, Seite 1-2

„Das erinnert uns daran, daß Ungarn nicht erst während der Stalin-Epoche das traurige Los hatte, gerade noch in den Bereich der fremden Diktatur zu geraten, sondern, daß ihm dies schon vor vierhundert Jahren geschehen ist und damals nicht bloß zehn Jahre, wie diesmal, sondern fast zweihundert Jahre lang. Ungarn war das Opferland Europas.“¹⁶⁹

In der Argumentation der „Arbeiter-Zeitung“, die sich auf Beispiele aus der Geschichte bezieht, kommt immer wieder die klare Ablehnung der Habsburger zu Tage – wenn nicht sogar ein Vergleich mit der Stalin-Diktatur.

„Das kleine Volksblatt“ führt den Russlanddiskurs ebenfalls auf breiter Basis. Der Gewalt-Diskursstrang ist sehr ausgeprägt. Vor allem grausame Schilderungen von Gewalttaten der Sowjets tauchen sehr häufig auf.

*„Auf Studenten und Arbeiter prasseln pausenlos die Geschosse der Sowjets.“¹⁷⁰
„Die Russen richteten dann in Budapest mit Flugzeug- und Panzerunterstützung ein furchtbares Blutbad an, dem nach bisherigen Meldungen Hunderte von Zivilisten und Soldaten zum Opfer fielen.“¹⁷¹*

Im weiteren Verlauf gibt es mehr Reportagen, die sehr emotional von den Ereignissen berichten:

„Die sterbliche Hülle des Mädchens liegt noch auf der Straße, mit einer ungarischen Nationalflagge bedeckt, auf die jemand ein Sträußchen Blumen gelegt hat.“¹⁷²

Die Beschreibungen der russischen Gewalt lassen aber dann im Verlauf wieder nach. Das Ausmaß der Situation wird zwar beschrieben, aber man lässt Details weg.

„Die Sowjetsoldaten schießen auf jeden, der sie belästigt.“¹⁷³

Auch der Diskursstrang der illegitimen Herrschaft Russlands findet sich in „Das kleine Volksblatt“ wieder.

¹⁶⁹ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 257, 4.11.1956, „Ludwig Kossuth: Ungarns Nationalheld“, Seite 9

¹⁷⁰ „Das kleine Volksblatt“, Nr. 249, 25.10.1956, „Ungarn im Freiheitskampf“, Seite 1

¹⁷¹ ebda, „Sowjetfreundliche Rede Gerös löste den Volksaufstand aus“, Seite 1-2

¹⁷² „Das kleine Volksblatt“, Nr. 254, 31.10.1956, „In Budapest: Triumph und Tränen“, Seite 6

¹⁷³ „Das kleine Volksblatt“, Nr. 259, 7.11.1956, „Budapest kämpft mit dem Mut der Verzweigung“, Seite 1 und 3

„Die Straßen sind mit Tausenden von Flugblättern der Aufständischen bedeckt, in denen die Budapester aufgefordert werden, sich der Rebellion anzuschließen, um „das Land vom russischen Joch zu befreien“.¹⁷⁴

„(...) die ungarische Bevölkerung hat sich wie ein Mann gegen jene dünne Schicht kommunistischer Funktionäre erhoben, die als Handlanger Moskaus Ungarn seit Jahren mit Gewalt in Schach halten.“¹⁷⁵

„Ein Höhepunkt dieser Erhebung war die Zerstörung des Denkmals jenes Mannes, der Ungarn nach 1945 in die Sklaverei geführt hat: als der Koloß des Stalin-Standbildes zu Boden stürzte, hatte die ungarische Revolution ihren tiefsten Sinn empfangen – mit diesem Koloß sah das jubelnde Volk auch die Gewalt stürzen, der es sich in den letzten Jahren beugen musste.“¹⁷⁶

„Gemeinsam mit Menschen aller politischen Richtungen standen hunderttausende Anhänger der christlich-demokratischen Weltanschauung in diesen Tagen in einer Front im Kampf gegen Terror und Unterdrückung.“¹⁷⁷

Besonders deutlich wird dies in einem Kommentar ausgedrückt:

„Furchtbarer noch als die physische Niederlage ist das moralische Debakel, das die Sowjetunion durch die Niedermetzung zehntausender Ungarn erlitten hat. Moskau kann sich dafür bei den widerlichen Kreaturen in der ungarischen KP-Führung bedanken, diesem Abschaum der Menschheit, der seit 1948 an die Spitzen der Regierung gespült worden war.“¹⁷⁸

Ab dem Zeitpunkt der zweiten Niederschlagung der Revolution wird dieser aber vom Gewalt-Diskursstrang wieder verdrängt. Aber auch die Tatsache, dass diese „Volksdemokratien“ keiner echten, westlichen Demokratie entspricht, wird hier geäußert:

„Diese Maßnahme erzielte bei der Bevölkerung nicht die gewünschte Wirkung. Die Ungarn wollen nicht „Entstalinisierung“, sondern echte Demokratie.“¹⁷⁹

Auch der Glaubwürdigkeitsdiskursstrang ist vertreten, besonders in den ersten Tagen des Ungarnaufstandes:

„Niemand wird es den Machthabern im Kreml in Zukunft glauben, wenn sie behaupten wollen, in Ungarn gegen Faschisten und Konspiranten gekämpft zu haben, weil aller Welt offenkundig ist, daß sie ihre Panzer gegen das werktätige Volk auffahren ließen.“¹⁸⁰

¹⁷⁴ „Das kleine Volksblatt“ Nr. 249, 25.10.1956, „Sowjetfreundliche Rede Gerös löste den Volksaufstand aus“, Seite 1-2

¹⁷⁵ „Das kleine Volksblatt“ Nr. 252, 28.10.1956, „Freiheit oder Tod“, Seite 2

¹⁷⁶ ebda

¹⁷⁷ „Das kleine Volksblatt“ Nr. 255, 1.11.1956, „Die Volkspartei grüßt das freie Ungarn“, Seite 1

¹⁷⁸ ebda, „Heroischer Sieg“, Seite 2

¹⁷⁹ „Das kleine Volksblatt“ Nr. 250, 26.10.1956, „Ungarn: Der Freiheitskampf geht weiter“, Seite 1 und 5

¹⁸⁰ „Das kleine Volksblatt“ Nr. 252, 28.10.1956, „Freiheit oder Tod“, Seite 2

Das offizielle Österreich, in diesem Fall Bundeskanzler Raab, prangert die Methoden der Sowjetunion an:

„Es ist bedauerlich, daß der spontanen österreichischen Hilfsbereitschaft und dem Auftrag des Internationalen Roten Kreuzes in den letzten Tagen von mancher Seite anscheinend Ziele unterstellt werden, die den Tatsachen völlig widersprechen.“¹⁸¹

„Die Österreichische Volksstimme“ verfolgt auch einen Russlanddiskurs, allerdings ist dies ein Rechtfertigungsdiskurs, der die Intervention in Ungarn in einem besseren Licht erscheinen lässt und Russland klar als das Gute definiert. Das „Sagbare“ unterscheidet sich klar von den anderen Zeitungen, besonders das gut/böse Schema in Bezug auf Russland ist anders.

Ein Diskursstrang stellt Russland als den Helfer da, der Ungarn vor dem Untergang bewahrt hat, denn es hätte sich selbst aus dem Bürgerkriegs-Zustand nicht befreien können und hätte so den aufgebauten Sozialismus nicht halten können.

„Sie setzen ihr Leben im Interesse des ungarischen Volkes ein, deshalb soll man sie als Freunde betrachten und ihnen mit Liebe entgegenkommen.“¹⁸²

„Nach Wiederherstellung des Friedens und der Ordnung wird unverzüglich die Rückbeorderung jener sowjetischen Truppen erfolgen, deren Einsatz notwendig war, um die Existenz unserer sozialistischen Ordnung zu sichern.“¹⁸³

„Eines aber steht in diesen Stunden fest, in denen es um die Verteidigung der Grundlagen des Sozialismus in Ungarn geht: Solidarität mit ihren Verteidigern!“¹⁸⁴

„Zum Schutz der Volksmacht habe die ungarische Regierung militärische Maßnahmen ergreifen müssen und sich auch an die auf Grund des Warschauer Vertrags in Ungarn stationierten Truppen um Hilfe gewandt.“¹⁸⁵

In diesem Tenor geht es auch später weiter, an der Formulierung ändert sich wenig. Ein großer Diskursstrang im Zusammenhang mit Russland ist der Faschismus-Diskurs, der dazu benutzt wird, die Vorgehensweise zu verteidigen, damit man nicht wieder in die Fänge des Faschismus gerät, aus dem Russland Ungarn bereits ein Mal befreit hatte.

„Die bewaffneten Arbeiter der Betriebe stellen sich schützend vor die sozialistische Ordnung. Sie dulden nicht, daß der Klassenfeind sich in ihre Bewegung einschleicht,

¹⁸¹ „Das kleine Volksblatt“, Nr. 257, 4.11.1956, „Ein Appell des Kanzlers“, Seite 1

¹⁸² „Österreichische Volksstimme“, Nr. 249, 25.10.1956, „Auch in Ungarn gegenrevolutionärer Anschlag abgewehrt“, Seite 1

¹⁸³ „Österreichische Volksstimme“, Nr. 250, 26.10.1956, „Die Erklärungen von Nagy und Kadar“, Seite 1 und 3

¹⁸⁴ ebda, „Um was es in Ungarn geht“, Seite 1 und 2

¹⁸⁵ „Österreichische Volksstimme“, Nr. 253, 30.10.1956, „Nach der Feuereinstellung“, Seite 2

um das von dem verhaßten Horthy-Regime befreite Ungarn in die Zustände der Vergangenheit zurückzustößen.“¹⁸⁶

„Die Sowjettruppen haben ihr Blut hergegeben, um dem ungarischen Volk zu helfen, sich vom Joch des Faschismus zu befreien. Die Sowjettruppen, die auf Grund des Warschauer Paktes in Ungarn stationiert sind, helfen heute mit, das Land davor zu bewahren, wiederum unter die Herrschaft der Faschisten zu geraten.“¹⁸⁷

„Die Jugendlichen – man erzählte später, daß auch ehemalige Pfeilkreuzler da waren – erhoben ein wildes Siegesgeschrei.“¹⁸⁸

Der Ton wird, mit Fortschreiten der zweiten Invasion der Sowjets, noch etwas rauer.

„Die Pfeilkreuzler und andere wilde Tiere morden anständige Patrioten, die besten Genossen.“¹⁸⁹

„Sie haben die Horthy-Gendarmen, die Kerkermeister, all die verfluchten und verhaßten Repräsentanten des Unterdrücker- und Ausbeutersystems losgelassen, damit sie sich dem Volk auf den Nacken setzen.“¹⁹⁰

Mit dem Fortschreiten der Auseinandersetzung wird auch zunehmend dem Feind unnötiges, gewalttätiges Handeln zugeordnet.

„Und sie haben geschossen. Sie haben sich in einen Blutrausch hineingeschossen.“¹⁹¹

„Während der Großteil der sowjetischen Truppen Budapest bereits verlassen hat, haben bewaffnete Gruppen der Aufständischen und der Armee die Bewachung der Ministerien übernommen.“¹⁹²

4.5.5 1968

Die Situation ist politisch wie gesellschaftlich 1968 eine stark veränderte: Die SPÖ ist nun Oppositionspartei, die ÖVP allein in der Regierungsverantwortung. Das Bild Russlands in der „Arbeiter-Zeitung“ hat sich grundsätzlich nicht verändert, lediglich Details haben sich gegenüber 1956 etwas anders gestaltet.

¹⁸⁶ „Österreichische Volksstimme“ Nr. 249, 25.10.1956, „Zu den Ereignissen in Ungarn“, Seite 1

¹⁸⁷ „Österreichische Volksstimme“, Nr. 250, 26.10.1956, „Um was es in Ungarn geht“, Seite 1 und 2

¹⁸⁸ „Österreichische Volksstimme“, Nr. 258, 6.11.1956, „Massenmord auf dem Republikplatz“, Seite 3

¹⁸⁹ ebda, „Was die österreichische Presse selbst berichtete“, Seite 3

¹⁹⁰ ebda

¹⁹¹ „Österreichische Volksstimme“, Nr. 255, 1.11.1956, „Das Drama von Budapest – Vier Tage Agonie der ungarischen Volksdemokratie“, Seite 1-2

¹⁹² ebda, „Die Reaktion drängt nach vorne“, Seite 2

Wieder gibt es die Argumentation der Gewalt um Russland in einem schlechten Licht dazustellen, allerdings gibt es keine grausamen Details, man beschränkt sich weitgehend auf Todeszahlen und Schilderungen von Situationen.

„Allein in Prag sollten mindestens vier Personen durch sowjetische Feuer getötet und mehr als 185 Personen verletzt worden sein. Auch aus anderen Städten werden zahlreiche Tote gemeldet. Es kam auch zu mehreren Bränden.“¹⁹³

„Etwa 200 Prager hätten die Panzer und Soldaten bespuckt und Papier nach ihnen geworfen. Keine Steine, ganz einfach Papier. Die Russen wurden offenbar nervös und schossen laut Roberts zwei Minuten lang in die Luft.“¹⁹⁴

„Übereinstimmenden Berichten zufolge haben junge Pressburger ein sowjetisches Militärfahrzeug in die Donau gestoßen, zwei von ihnen wurden von den Besatzern mit Schüssen ins Gesicht „belohnt“, erzählen Reisende weiter.“¹⁹⁵

Danach ebbten die Gewaltdarstellungen etwas ab, um später wieder umso drastischer aufzutauchen – es wird den Truppen vorgeworfen, die Hilfeleistung für von ihnen Verwundeten zu behindern. Dies macht die einfache Darstellung der Waffengewalt noch schlimmer.

„Mittwoch Mittag wurde beim Brünner Messegelände ein Vierzehnjähriger erschossen. Die Schüsse aus russischen Maschinenpistolen galten einem Motorradfahrer, der bei einer Straßensperre nicht angehalten hatte, sie trafen den unbeteiligten Burschen. Das Rote-Kreuz-Fahrzeug wurde von den Russen zunächst nicht an den Sterbenden gelassen.“¹⁹⁶

„Die Russen behindern überall die ärztliche Hilfe für Verletzte: oft mußten die Verletzten unter dem Schutz der Körper anderer Demonstranten geborgen werden.“¹⁹⁷

Danach folgen nur noch einzelne Schilderungen der Gewalt der Russen, der Gewaltdiskurs weicht nun anderen Diskurssträngen. Immer wieder werden aber in die an sich sehr sachlich gehaltenen Beschreibungen der Gewalt der Truppen Sätze eingestreut, die das Geschehen emotionalisieren.

„Radio Preßburg teilte in einer Übersicht mit, daß Donnerstag durch den Waffeneinsatz sowjetischer Soldaten in der Slowakei mindestens zwölf Menschen ums Leben gekommen seien. Unter den Toten befinden sich auch Kinder, die entweder Steine geworfen oder auf andere Art gegen die Besatzungstruppen protestiert hatten.“¹⁹⁸

¹⁹³ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 193, 22.8.1968, „KP-Chef Dubcek verschleppt?“, Seite 1, 2 und 4

¹⁹⁴ ebda

¹⁹⁵ ebda

¹⁹⁶ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 194, 23.8.1968, „Das Kaffeehaus wurde zum Fernsehstudio“, Seite 9

¹⁹⁷ ebda

¹⁹⁸ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 195, 24.8.1968, „Svoboda bei den Kremlführern“, Seite 1,2 und 4

In größerem Ausmaß findet sich der Herrschafts-Diskurs wieder, der den Russen den Einfluss, der weder demokratisch noch auf eine andere Art und Weise legitimiert ist, abspricht und dieses Einschreiten in die Angelegenheiten der Länder als Terror oder dergleichen bezeichnet.

Friedrich Scheu formuliert das in einem Kommentar relativ deutlich:

„Der sowjetische Imperialismus hat zugeschlagen. Die Hoffnungen jener, die glaubten, die Ereignisse von 1956 würden sich nicht wiederholen, waren trügerisch, Moskau hat nicht zugelassen, daß ein zu seinem Machtgebiet gehöriger Staat eine eigene demokratische Abart des Kommunismus, einen Reformkommunismus, entwickelt.“¹⁹⁹

Weiter unten wird er allerdings noch drastischer und spricht dem Kommunismus nach sowjetischer Art jegliche Ambition ab, tatsächlich demokratisch zu werden – dafür benutzt er ein Bild aus der Tierwelt, interessanterweise mit einer Raubkatze.

„Zusammenfassend kann man sagen, daß die Ereignisse in der Tschechoslowakei den Mythos zerstören werden, der Kommunismus könne sich wirklich einmal demokratisieren. Das ist ebenso unmöglich, wie daß der Leopard seine Tupfen los wird.“²⁰⁰

Weiters wird, wieder in einem Kommentar von Friedrich Scheu, ein anderes Bild strapaziert: Das des braven Soldaten Schwejk. Scheu versucht, die grausame Herrschaft der Sowjetunion mit dem Schicksal der Romanfigur Schwejk zu vergleichen, der als Symbol für den passiven Widerstand mit List und Tücke steht. Der Verwendung der Figur kann auch wieder als negative Erwähnung der Habsburger-Monarchie gedeutet werden.²⁰¹

„Jetzt ist der brave Schwejk im Herzen ein Sozialdemokrat, auch wenn er es vielleicht selbst noch nicht weiß. Die Situation ist nicht hoffnungslos. Der tschechoslowakische Geist wird die russische Besatzung überdauern.“²⁰²

Im Lauf der Zeit wird aber aus der optimistischen Grundstimmung, das eine akzeptable Lösung für Prag erarbeitet werden könnte, der pure Realismus.

¹⁹⁹ „Arbeiter-Zeitung“ Nr. 193, 22.8.1968, „Prag ist nicht Budapest“, Seite 2

²⁰⁰ ebda

²⁰¹ „Der brave Soldat Schwejk“ ist ein Anti-Kriegs-Roman von J. Hašek, der vom Soldat Schwejk kurz vor dem ersten Weltkrieg in Prag erzählt, der sich durch List und Tücke vor dem Militärdienst an der Front drücken kann. Das berühmte und populäre Buch wurde viele Male verfilmt, besonders oft mit österreichischer Beteiligung. <http://austria-lexikon.at/af/AEIOU/Schwejk>, aufgerufen am 14.2.2010, 10:58

²⁰² „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 194, 23.8.1968, „Tschechische Helden“, Seite 2

„Nichts deutet nach Ansicht politischer Beobachter darauf hin, daß Moskau seinen militärischen Druck auf die Tschechoslowakei mindern will.“²⁰³

Als klar wird, dass es Prag nicht mehr schafft, werden Schuldige gesucht – Interessanterweise aber nicht nur in der UdSSR. Chefredakteur Paul Blau verdächtigt eher die DDR:

„Wahrscheinlich war es Ulbricht, dieser steinalte, beinharte Stalinist, der am lautesten nach der Niederwerfung der „Konterrevolution“, die in Wahrheit eine echte Revolution war, schrie. Und sicher hat er die Gefahr des zerbrochenen Warschauer Pakts in den schwärzesten Farben an die Wand gemalt.“²⁰⁴

In einem späteren Kommentar benutzt Paul Blau wieder ein Bild, um den mittlerweile aussichtslosen Kampf der Tschechoslowaken zu illustrieren. So lässt er nochmals die heroische Seite dieses Kampfes aufleben, der zwar ohne Aussicht war, aber so den unglaublichen Mut des Volkes nochmals unmissverständlich erzählt.

„Der tschechoslowakische Däumling kann den russischen Riesen bestimmt nicht erledigen, aber er lässt ihn auf Nägel treten, und das schmerzt genug, um diesen zur Vorsicht zu mahnen. Trotzdem wird dieser Däumling auch im günstigsten Fall Lösegeld zahlen müssen. Wir hoffen mit ihm, daß er den Preis noch drücken kann.“²⁰⁵

Schließlich wird klar, dass auch die Stimmung unter der tschechoslowakischen Bevölkerung gekippt ist: Man macht sich keine Hoffnungen mehr und betont nochmals die nicht zu besiegende Übermacht der Truppen.

„Gespräche in der CSSR werden in diesen Tagen zu dramatischen Erlebnisse: Die Menschen schätzen ihre Situation klar und illusionslos ein – und handeln angesichts der zahllosen russischen Panzer und des erdrückenden Militärapparats der Okkupationsmächte mit unglaublicher Entschlossenheit.“²⁰⁶

Bei der Berichterstattung der „Arbeiter-Zeitung“ 1968 werden auffällig oft Parallelen aus der Geschichte herangezogen, um das Vorgehen der UdSSR zu verurteilen und mit den schlimmsten Diktatoren der Weltgeschichte gleichzusetzen. Der Vergleich mit Ungarn

²⁰³ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 195, 24.8.1968, „Svoboda bei den Kremlführern“, Seite 1,2 und 4

²⁰⁴ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 195, 24.8.1968, „Der Fluch der Gewalt“, Seite 2

²⁰⁵ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 196, 25.8.1968, „Um welchen Preis?“, Seite 2

²⁰⁶ ebda, „Trotz Okkupation: Wir geben nicht auf!“, Seite 5

1956 spielt natürlich auch eine große Rolle – es passiert wieder das gleiche, und wieder kann das Volk selbst und die Welt nichts tun.

„Die Lage in Prag glich immer mehr der Situation von Budapest im Jahre 1956. Sowjetische Panzer haben sämtliche Moldaubrücken besetzt und blockieren alle Ausfallsstraßen. Das 1945 bei Kämpfen mit den deutschen Truppen verschont gebliebene Nationalmuseum am Wenzelsplatz wurde durch Beschuß sowjetischer Waffen stark beschädigt.“²⁰⁷

„Die Ähnlichkeiten mit den Geschehnissen von 1956 sind offenkundig, aber auch die Unterschiede sind von Bedeutung. Der Untergang des ungarischen Freiheitskampfes war wie ein blitzendes Feuerwerk. Der tschechoslowakische Reformkommunismus verschwand beinahe still in der Nacht.“²⁰⁸

„In Preßburg gab es nur ein freundschaftliches Händedrücken und den einen oder anderen kommunistischen Judaskuß auf die Wange, rechts, links, rechts. Im Jahre 1939 folgte der deutsche Einmarsch in Prag beinahe sofort.“²⁰⁹

Aber auch Österreich wird als geschichtlicher Vergleich herangezogen:

„Aber schon in den letzten Tagen hatten sie begonnen, unter dem Druck der Russen die Pressefreiheit und die Redefreiheit in ihrem Land zu beschränken. Und als dann der Angriff trotzdem kam, gingen sie kampfflos unter, so wie Schuschnigg in Österreich im Jahre 1939 und Hacha in der Tschechoslowakei ein Jahr später.“²¹⁰

In der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums wurden die Truppen durch Vorhaltung von Inkompetenz und Dummheit bloß gestellt und lächerlich gemacht. Ebenfalls eine Strategie, sie in einem schlechten Licht erscheinen zu lassen.

Ein Aspekt dieses Diskursstrangs ist die falsche Einschätzung der Lage der in der ČSSR befindlichen Soldaten, die sich offensichtlich selbst keine Meinung bilden konnten und so von der Bevölkerung aufgeklärt werden müssen.

„Nach den ersten Gesprächen herrschte bei den russischen Soldaten Verwirrung, dann traf man auf Beschämung, trotzig Aggression und Verlegenheit. Die russischen Soldaten versuchen in langen Diskussionen zu erklären: „Was sollen wir tun, wir müssen den Befehlen gehorchen.“ Von der anfänglichen Selbstsicherheit konnte zu diesem Zeitpunkt bei den Russen keine Rede mehr sein.“²¹¹

„Beim Einzug lachten die Russen, fühlten sich als Befreier. Dann kamen die Diskussionen. „Wir wollen so wie ihr eine bessere Welt“, sagten die Prager – und langsam begriffen viele der Besatzungssoldaten.“²¹²

²⁰⁷ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 193, 22.8.1968, „KP-Chef Dubcek verschleppt?“, Seite 1,2 und 4

²⁰⁸ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 193, 22.8.1968, „Prag ist nicht Budapest“, Seite 2

²⁰⁹ ebda

²¹⁰ „Arbeiter-Zeitung“ Nr. 194, 23.8.1968 „Tschechische Helden“, Seite 2

²¹¹ ebda, „Das Kaffeehaus wurde zum Fernsehstudio“, Seite 9

²¹² „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 196, 25.8.1968, „Trotz Okkupation: Wir geben nicht auf“, Seite 5

Die Unwissenheit der Soldaten wird als Dummheit und Inkompetenz dargestellt.

„Als die Russen das Fernsehstudio besetzen wollten, wurden sie von der Bevölkerung zum Nationalmuseum geschickt. Dort waren sie zuerst erstaunt, dann verstört und erst nach Stunden kamen sie zur Überzeugung, daß das Fernsehstudio doch anderswo liegen müsse. Wertvolle Zeit war gewonnen – für den Übergang zur Arbeit im Untergrund.“

„Für den Weg zur einer von Karlsbad nur fünf Kilometer entfernten Ortschaft benötigten die Russen zwölf Stunden – so „gut“ wurden sie von der Bevölkerung informiert.“²¹³

Der Russlanddiskurs im „Volksblatt“ stützt sich auch wieder und vor allem auf Gewaltdarstellungen, die Russland als Monster aussehen lassen. Allerdings bleiben sie dieses Mal eher sachlich-zurückhaltend, vor allem wird wenig direkt als „Volksblatt“ gesagt, sondern vielmehr gibt es Zitate von anderen Zeitungen und Personen des öffentlichen Lebens.

Am Anfang wird eher die Gefühllosigkeit der Sowjets geschildert:

„In Prag und Preßburg wurde von den sowjetischen Panzereinheiten auf Zivilisten geschossen, die unbewaffnet versuchten, sich den Sowjets entgegenzustellen oder an ihre „brüderlichen Gefühle“ zu appellieren.“²¹⁴

Es wird auch wieder an die Ereignisse von 1956 erinnert, wo stark emotionale Elemente die Grausamkeit des ungarischen Aufstandes wiederaufleben lassen.

„Wie auch seinerzeit in Budapest, sind es Jugendliche, die mit nackten Händen gegen die sowjetischen Panzer vorgehen.“²¹⁵

„Ein junger Slowake schrie der Besatzung eines Panzer zu: „Was seid ihr doch für Menschen?“ und brach mit entblößter Brust unter der Salve eines MG's zusammen!“²¹⁶

Die Russen sind übermächtig und kämpfen mit unfairen Mitteln – deshalb gibt es noch keine Opfer zu beklagen, im Gegensatz zu den anderen.

„Den bisher 70 Todesopfern auf seiten der Bevölkerung steht – soviel man weiß – kein einziger Toter der bis auf die Zähne bewaffneten Besatzer gegenüber.“

²¹³ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 195, 24.8.1968, „Schwejk 1968: Ein Volk im Untergrund“, Seite 5

²¹⁴ „Volksblatt“, Nr. 193, 22.8.1968, „Welt über Sowjetinvasion empört. Die Bevölkerung leistet Widerstand.“ Seite 1 und 2

²¹⁵ ebda, „Mit bloßen Händen gegen Sowjetpanzer“, Seite 3-4

²¹⁶ „Volksblatt“, Nr. 197, 27.8.1968, „Die Angst sitzt allen im Nacken“, Seite 3

Etwas später wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Bedingungen für die Soldaten so schlecht sind, dass sie hungrig und müde oft Dinge tun, die sie gar nicht wollen. Daran Schuld sind die schlechten Informationen und die schlechte Versorgung der Sowjetunion.

*„Die Nervosität der Soldaten entlädt sich immer wieder in wahllosen Schießereien, die in der Nacht auf gestern wieder zahlreiche Tote und Verwundete forderten. In der gestrigen Botschaft der Regierung an Staatspräsident Svoboda wurde mitgeteilt, daß die Schießereien allein in Böhmen bisher mehr als 30 Tote und über 300 Verletzte gefordert haben. In der Slowakei sei die Zahl der Opfer noch größer.“*²¹⁷

Der zweite Strang ist wieder die illegitime Herrschaft der Sowjetunion und dessen gewalttätige, aggressive Mittel zur Verteidigung.

Hier wird der Sowjetunion vorgeführt, dass sie zunehmend ihr wahres Gesicht zeigt und ihr Ansehen in der Welt verspielt hat. Man muss aber so vorgehen, da die Herrschaft der UdSSR einzig und allein durch die drohende militärische Gefahr erhalten werden kann.

*„Was immer die Kurzschlußhandlung Moskaus ausgelöst haben mag, fest steht schon heute, daß die Sympathien fast der ganzen Welt, einschließlich der Bevölkerung der Ostblockstaaten, auf Seiten Dubceks und seiner Anhänger stehen und daß die Sowjetunion mit dem Einsatz der Gewalt ihrem Prestige einen nicht wieder aufzumachenden Schaden zugefügt hat.“*²¹⁸

*„Die Demaskierung der Okkupanten schreitet mit jeder Stunde voran. Was zu Beginn der militärischen Operation wie das Werk politischer Dilettanten aussah, nimmt die Gestalt einer Aktion an, die auf die völlige Liquidierung der für den Kreml so gefährlich gewordenen Prager Version des Kommunismus abzielt.“*²¹⁹

Später wird offenkundig die These entwickelt, dass die Sowjets aus Verzweiflung nicht anders können, ähnlich wie die USA in Vietnam – dies zeugt von einer sehr ausgewogenen Sicht auf die Dinge, die wahrscheinlich aus der Regierungsposition der ÖVP zu erklären ist.

*„Trotzdem sollte man in diesem Beschluß nicht bloß einen emotionellen patriotischen Akt sehen, sondern die erste offensive politische Kampfmaßnahme, die allerdings auch die einzig wirklich effektive ist; sie wendet die Aufmerksamkeit auf die Lage der Besatzer, die – das wurde bisher meist übersehen – durchaus nicht rosig ist. Zwar stehen sie mit einer überwältigenden Streitmacht in einem fremden Land, aber je mehr Zeit vergeht zwischen der militärischen Okkupation und einer politischen Konsolidierung, die mit ihr ja vergeblich bezweckt war, desto unverhüllter tritt der rein imperialistische Charakter der ganzen Aktion zutage.“*²²⁰

²¹⁷ „Volksblatt“, Nr. 197, 27.8.1968, „Zermürbendes Ringen im Kreml. Situation in der CSSR spitzt sich zu.“, Seite 1-2

²¹⁸ „Volksblatt“, Nr. 193, 22.8.1968, „Welt über Sowjetunion empört. Die Bevölkerung leistet Widerstand“, Seite 1-2

²¹⁹ „Volksblatt“, Nr. 194, 23.8.1968, „48 Stunden später“, Seite 2

²²⁰ „Volksblatt“, Nr. 195, 24.8.1968, „Die Chance Prags“, Seite 1-2

„Die Sowjets seien in einer ähnlichen Lage wie die USA in Vietnam: „Sie fürchteten sich vor einem Rückzug, weil sie nicht das Gesicht verlieren wollen.“ Daher müsse sich die CSSR für gewisse Kompromisse vorbereiten. Freilich dürften diese Kompromisse nicht zu weit gehen“²²¹

„Die Invasion der CSSR wird als „kolonial-imperialistische Aggression“ eingestuft, mit der die „faschistische Fratze der revisionistischen Renegatenclique“ im Kreml und in dessen Satellitenstaaten sich enthüllt habe.“²²²

1968 hat sich einiges getan in der „Volksstimme“. Der Schlag gegen die ČSSR wird verurteilt in einem Ausmaß, das schon nach dem Sinn fragen lässt. In jeder Ausgabe wird mehrfach erwähnt, dass die KPÖ und Schwesterparteien in anderen europäischen Ländern die Invasion verurteilen. Offensichtlich möchte man sich, im Gegensatz zu den Ereignissen in Ungarn 1956, sofort positionieren. Dieser Umstand bescherte aber eine unglaubliche Menge an inhaltlich sowie von der Formulierung her redundanten Diskursfragmenten, sodass hier sehr selektiv nur einige Beispiele angeführt werden, dies gilt für den Gewalt-Diskursstrang genauso wie für die zahllosen Verurteilungen.

Im Gegensatz zu 1956 gibt es hier immer wieder Zahlen über Tote und Verletzte.

„Sie wurden von sowjetischen Truppen beschossen, als diese Kosice durchfuhren. Es handelt sich meist um Jugendliche. Einer dieser Jugendlichen, ein Siebzehnjähriger, starb.“²²³

Allerdings kommt es ab der Mitte des Untersuchungszeitraumes zwischendurch immer wieder vor, dass auch Todesopfer von sowjetischer Seite angeführt werden. Dies markiert ein nicht leicht festzumachendes Kippen der Stimmung. Man verurteilt zwar noch den Einmarsch, aber man geht nicht mehr so hart mit den Russen ins Gericht.

„Radio Moskau meldete, daß vier sowjetische Soldaten in der CSSR getötet wurden.“²²⁴

Gibt es Negativ-Meldungen wird oft auch aus „westlichen“ Agenturen zitiert, selten wird etwas direkt ausgesprochen.

„Westliche Korrespondenten erklären, die neuen Truppen „greifen viel früher zur Schusswaffe und geben Salven in die Luft ab, wenn sie sich von Gruppen der Bevölkerung bedrängt fühlen.“²²⁵

²²¹ „Volksblatt“, Nr. 197, 27.8.1968, „Zermürbendes Ringen im Kreml. Situation in der CSSR spitzt sich zu.“ Seite 1-2

²²² ebda, „Peking sieht sich bestätigt“, Seite 4

²²³ „Volksstimme“, Nr. 193, 22.8.1968, „Am Fernschreiber des CTK“, Seite 1 und 4

²²⁴ „Volksstimme“, Nr. 196, 25.8.1968, „Der vierte Tag der Besetzung“, Seite 1 und 4

²²⁵ „Volksstimme“, Nr. 197, 27.8.1968, „CSSR wartet – Spannung steigt“, Seite 1 und 4

Der noch umfangreichere Diskursstrang ist der der Verurteilung der Invasion durch die KPÖ selbst und andere Institutionen. Zu Anfang wird einfach nicht verstanden, warum man sich zu diesem Schritt entschlossen hat.

„Angesichts dieser Tatsachen ist es unverständlich, wie unter diesen Bedingungen die ernste Entscheidung gefällt werden konnte, militärisch zu intervenieren.“²²⁶

Allerdings wird immer wieder die Verbundenheit mit der Sowjetunion betont, höchstwahrscheinlich um die Partei in Moskau nicht ganz zu verärgern.

„Bei aller Verbundenheit mit der Sowjetunion, mit der KPdSU und mit den anderen sozialistischen Ländern und ihren kommunistischen Parteien missbilligt das Politbüro des ZK der KPÖ die militärische Intervention.“²²⁷

„Dieser Vorwurf ist nicht richtig, denn wir sind der Meinung, daß die Solidarität, die freundschaftliche Verbundenheit mit der Sowjetunion und mit den anderen sozialistischen Ländern nicht in Widerspruch stehen soll und auch zu einer autonomen, eigenen notfalls auch kritischen Stellungnahme zu verschiedenen Vorkommnissen, zu verschiedenen Aktionen dieser Länder und dieser Parteien.“²²⁸

Man hat auch Befürchtungen, dass diese Aktion der Warschauer-Pakt-Staaten einmal mehr die Reputation des Kommunismus zum Schlechten wenden wird.

„Das Zentralkomitee sieht sich zu diesen ernsten Feststellungen umso mehr veranlaßt, als die ungerechtfertigte Besetzung der CSSR das Ansehen des Kommunismus in der Welt schwer beeinträchtigt, seine Anziehungskraft schwächt und schließlich eine ernste Lage in der kommunistischen Weltbewegung hervorruft.“²²⁹

Die KPÖ rechtfertigt ihre Verurteilung auch nach Angriffen aus Österreich, da man ihr keine ehrlichen Absichten unterstellt und dies die Partei nur tut, um nicht allein mit der Meinung dastehen zu müssen.

„Unsere kritische Haltung zu dem Vorgehen der Sowjetunion und der vier anderen sozialistischen Staaten, die die militärische Aktion durchführten, geschah keineswegs aus Angst, gegen den Strom schwimmen zu müssen.“²³⁰

²²⁶ „Volksstimme“, Nr. 193, 22.8.1968, „KPI und KPF: Mißbilligung“, Seite 1 und 4

²²⁷ „Volksstimme“, Nr. 193, 22.8.1968, „Erklärung des Politbüros des ZK der KPÖ“, Seite 1

²²⁸ „Volksstimme“, Nr. 194, 23.8.1968, „Muhri im Fernsehen: KPÖ wird Initiative ergreifen“, Seite 1

²²⁹ „Volksstimme“, Nr. 195, 24.8.1968, „Für eine friedliche Lösung“, Seite 1

²³⁰ „Volksstimme“, Nr. 196, 25.8.1968, „Nicht Distanzierung, sondern friedliche Lösung“, Seite 2

Eine Erklärung für das übermäßige Verurteilen der Invasion gibt die „Volksstimme“ in einem Kommentar selbst:

„Mit dem Einmarsch von Truppen in ein anderes Land und erst recht mit dem Einmarsch von Truppen sozialistischer Ländern in ein sozialistisches Land wird ein Tatbestand von solcher Tragweite und Dringlichkeit geschaffen, daß jede politische Kraft, vor allem aber jede Kommunistische Partei zu sofortiger Stellungnahme gezwungen ist.“²³¹

Bemerkenswert ist diese Aussage, die kritisiert, dass jede abweichende Meinung von der Moskauer sofort als konterrevolutionär abgetan wird. Man möchte damit erreichen, dass auch andere Meinungen ausgesprochen werden können, ohne gleich beschimpft zu werden, wie dies der KPÖ durch den Sitz in Österreich wohl öfter passiert sein muss.

„Doch es kommt gerade drauf an, daß die sowjetischen Genossen und auch die Genossen in den anderen vier sozialistischen Ländern diesen unseren Standpunkt verstehen und zu begreifen versuchen und sich von dem Denkklichee befreien, daß eine Haltung, wie sie die KPÖ und andere Parteien einnehmen, nur das Ergebnis der Beeinflussung durch die imperialistische Propaganda sein kann.“²³²

²³¹ „Volksstimme“, Nr. 197, 27.8.1968, „Kaum begreiflich?“, Seite 2

²³² „Volksstimme“ Nr. 197, 27.8.1968, „Kaum begreiflich?“, Seite 2

4.5.6 Der Sicherheitsdiskurs

4.5.7 1956

In der „Arbeiter-Zeitung“ gibt es 1956 einen schmalen Sicherheitsdiskurs. Im Allgemeinen wird nicht vermutet, dass der Konflikt in Ungarn zu einer Bedrohung für Österreich wird.

„Obwohl die einlangenden Berichte zu keinerlei Besorgnissen Anlaß geben, haben die österreichischen Sicherheitsbehörden über Veranlassung des Innenministers die für den Schutz der Grenzbevölkerung notwendigen Vorkehrungen getroffen.“²³³

„Da sich bis jetzt an der österreichischen Grenze nach Ungarn keine besonderen Vorfälle ereignet haben und den Nachrichten zufolge auch nicht mehr zu erwarten sind, wurde die Bereitschaft des Kaderpersonals des Bundesheeres im Bereich von Wien, Niederösterreich, Burgenland und Steiermark aufgehoben.“²³⁴

„Da zu befürchten ist, daß es in der Nähe der Grenze zu Kämpfen kommen könnte, wird von Samstag früh an die österreichische Grenzwaache durch motorisierte Abteilungen des Bundesheeres verstärkt werden.“²³⁵

„Der ungarische Grenzkommandant fragte nach den Papieren, war jedoch nicht erstaunt, als niemand Papiere hatte. „Macht nix“, sagt er, „ihr seid unsere Freunde!“²³⁶

Der Sicherheitsdiskurs verändert sich auch in der zweiten Angriffswelle kaum, man berichtet zwar von Zwischenfällen, doch von einer echten Gefahr wird nicht ausgegangen.

„Diese Situation die inzwischen durch die Abmachungen zwischen der ungarischen Regierung und den Russen entspannt sein dürfte, fand Samstag Mittag ihren dramatischen Höhepunkt, als die drei Russenpanzer in Schlachtformation an die österreichische Grenze zurollten.“²³⁷

Im Verlauf des Aufstandes wird dieser Diskurs eher zu einem Sicherheitsdiskurs in Richtung Hilfslieferungen und Übertritte der Flüchtlinge nach Österreich, da mit dem Heranrücken an die ungarisch-österreichische Grenze viele Leute sofort nach Österreich flüchteten und somit immer mehr Panzer die Grenze zu sichern begannen.

²³³ „Arbeiter-Zeitung“ Nr. 249, 25.10.1956, „Augenzeugenberichte aus dem brennenden Budapest“, Seite 1-2

²³⁴ „Arbeiter-Zeitung“ Nr. 250, 26.10.1956, „In Budapest wird noch gekämpft“, Seite 1-2

²³⁵ „Arbeiter-Zeitung“ Nr. 251, 27.10.1956, „Hilfe für die Verwundeten“, Seite 2

²³⁶ „Arbeiter-Zeitung“ Nr. 232, 28.10.1956, „Westungarn in der Hand der Revolutionäre“, Seite 2

²³⁷ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 257, 4.11.1956, „Russische Panzer an der österreichischen Grenze“, Seite 5

„Die Flüchtlingswelle brandete Sonntag wie eine Springflut innerhalb weniger Stunden heran. Im Laufe des Vormittags rückten die Panzerspitzen der Russen gegen die west-ungarischen Grenzortschaften vor.“²³⁸

„Das kleine Volksblatt“ versucht die Stimmung ruhig zu halten und geht von keiner Gefahr aus, zu keinem Zeitpunkt des Untersuchungszeitraumes. Dies gelingt durch Reportagen von der Grenze und durch Zitieren von Politikern, die damit ein gewisses Vertrauen in die Situation zulassen.

*„Im gesamten Grenzgebiet herrschte, wie dabei festgestellt wurde, Ruhe.“²³⁹
„Für unser Land besteht“, erklärte Außenminister Figl abschließend, „keine Ursache zur Beunruhigung, da unsere Neutralität von der Sowjetunion anerkannt und respektiert wird.“²⁴⁰*

Im Gegenzug verurteilt „Das kleine Volksblatt“ die parteiunabhängige Presse, die behauptet, es bestünde Gefahr für Österreich. Dies tut Chefredakteur Grössl höchstpersönlich in einem Kommentar:

„Deshalb muß es einmal deutlich ausgesprochen werden: die ganze Sensationsmacherei ist ein Unsinn und ein Verbrechen. Niemand bedroht Österreich.“²⁴¹

Besonders während der kurzen Phase, als geglaubt wurde, dass Ungarn den Kampf gewonnen hätte, wird vermehrt und in höchsten Tönen der Einsatz des jungen Heeres gelobt und bejubelt. Dies ist der Zeitung sogar einen eigenen Leitartikel wert.

„Unser junges Heer hat damit seine erste „friedliche Feuertaufe“ bestanden und jeder Oesterreicher kann die Gewissheit haben, daß die Sicherheitsvorbereitungen im Grenzgebiet genügen werden, um selbst beim Uebertritt größerer bewaffneter Kampfverbände aus Ungarn auf unser Staatsgebiet Ruhe und Ordnung für die österreichische Zivilbevölkerung aufrechtzuerhalten.“²⁴²

Anschließend lobt man sich selbst für die Beharrlichkeit in der Frage, ob Österreich überhaupt ein Bundesheer braucht.

²³⁸ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 258, 6.11.1956, „Sonntag 10.000 Flüchtlinge – Montag 100“, Seite 1

²³⁹ „Das kleine Volksblatt“, Nr. 252, 28.10.1956 „Maßnahmen der österreichischen Behörden“, Seite 4

²⁴⁰ „Das kleine Volksblatt“, Nr. 259, 7.11.1956, „Österreichs Neutralität wird respektiert“, Seite 1-2

²⁴¹ „Das kleine Volksblatt“, Nr. 259, 7.11.1956, „Schach den Unruhestiftern“, Seite 2

²⁴² „Das kleine Volksblatt“, Nr. 254, 31.10.1956, „Von den Tatsachen bestätigt“, Seite 3

„Die Volkspartei hat somit den richtigen Standpunkt vertreten, als sie für die Aufstellung eines Bundesheeres mit dem Hinweis auf die Gefahren an den Grenzen eingetreten ist.“²⁴³

Der Sicherheitsdiskurs in der „Österreichischen Volksstimme“ berührt mehrere Themen: Die Sicherheit der Grenzbevölkerung, die Gefahr, die für Österreich von Konterrevolutionären ausgeht, die in Österreich den Kampf in Ungarn unterstützen, und die Gefahr, die von der Verletzung der Neutralität ausgeht.

Die Grenzsituation wird als ruhig geschildert:

„In einer Bekanntgabe des Innenministeriums heißt es, daß die einlaufenden Berichte über die Ereignisse in Ungarn zu keinerlei Besorgnissen für die Grenzbevölkerung Anlaß geben.“²⁴⁴

Erzählungen von mysteriösen Menschen in der Nähe der Grenze die amerikanisch sprechen, sollen beweisen, dass hier eine Gefahr direkt von Österreich aus operiert, und das Land mithineingezogen werden könnte.

„Das Grenzgasthaus gleicht einem Durchzugslager, Männer die Ungarisch sprechen, aber in amerikanische Kampfanzüge gekleidet sind, sind aus Westdeutschland hierher gekommen.“²⁴⁵

Je länger der Konflikt in Ungarn dauert, desto mehr tritt der Aspekt der von Österreich ausgehenden Gefahr auf und der der Sicherheit für Österreich tritt zurück – kaum mehr Meldungen über die Situation an der Grenze usw.

4.5.8 1968

Der Sicherheitsdiskurs wird von der „Arbeiter-Zeitung“ 1968 sehr intensiv geführt. Man befindet sich in Opposition und die Grenzverletzungen der Sowjets sind ideales Material um die ÖVP anzugreifen – schließlich geht es um die Sicherheit der Bevölkerung.

²⁴³ „Das kleine Volksblatt“, Nr. 254, 31.10.1956, „Vonden Tatsachen bestätigt“, Seite 3

²⁴⁴ „Österreichische Volksstimme“, Nr. 249, 25.10.1956, „Auch in Ungarn gegenrevolutionärer Anschlag abgewehrt“, Seite 1

²⁴⁵ „Österreichische Volksstimme“, Nr. 260, 3.11.1956, „Pfeilkreuz statt Rotes Kreuz“, Seite 3

„In Österreich wurde noch Mittwoch nacht das Bundesheer in Alarmbereitschaft versetzt.“²⁴⁶

Von dieser ersten harmlosen Meldung ausgehend, entspinnt sich nun ein Sicherheitsdiskurs, der sicher Beunruhigung auslöst – das ist sicher gewollt, schließlich kann man den politischen Gegner, die ÖVP, damit wirksam kritisieren.

„Entgegen den wiederholten Radiomeldungen, daß das Bundesheer im Grenzgebiet sei, vermochte ich nirgends auch nur einen einzigen österreichischen Soldaten zu entdecken. Auch in den Grenzdörfern, wo doch eigentlich die Reservisten der Grenzschutzeinheiten alarmiert sein sollten, war keinerlei Aktivität zu sehen. In Angern, in Drösing, aber auch im Raum Mistelbach schimpfen dagegen die Bewohner darüber, daß die Russen mit ihren Flugzeugen österreichisches Hoheitsgebiet verletzen konnten.“²⁴⁷

Die Schilderung von Grenzverletzungen lässt ein unbehagliches Gefühl zurück – ein Mittel, um den politischen Gegner als zaudernd, zurückhaltend und auch als Gefahr für das eigene Land einzustufen.

„An der Grenze nach Österreich herrschte Donnerstag Ruhe – abgesehen von einer neuerlichen Grenzverletzung. Ein russischer Hubschrauber überflog die Grenze bei Retz, kehrte nach Znaim zurück und kam dann erneut nach Retz. Dort landete er 1 Kilometer östlich des Bahnhofes. Zwei Besatzungsmitglieder stiegen aus und orientieren sich an Hand einer Karte. Nach etwa drei Minuten flogen sie in die CSSR zurück. Diese Verletzung des österreichischen Hoheitsgebietes ist um so schwerwiegend, als der russische Botschafter Pedserob erst Mittwoch abend Außenminister Waldheim versichert hatte, er werde dafür sorgen, daß es zu keinen weiteren Grenzverletzungen käme. Die Regierung müsste sich hier vielleicht doch eines bestimmten Auftretens befleißigen. Die Äußerung aus dem Verteidigungsministerium, es habe sich beim gestrigen Zwischenfall um ein „echtes Verirren“ gehandelt, ist nicht überzeugend.“²⁴⁸

Der Sicherheitsdiskurs im „Volksblatt“ zielt auf die Beruhigung der Bevölkerung ab, und rechtfertigt getane Schritte der Regierung, indem man die offiziellen Stellen zitiert und danach sofort einwirft, dass die Lage ruhig sei, wie gleich zu Anfang der Berichterstattung:

²⁴⁶ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 193, 22.8.1968, „KP-Chef Dubcek verschleppt?“, Seite 1,2 und 4

²⁴⁷ „Arbeiter-Zeitung“ Nr. 193, 22.8.1968, „Flucht zurück in die Freiheit“, Seite 5

²⁴⁸ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 194, 23.8.1968, „Prag droht mit Generalstreik“, Seite 1,2 und 4

„Landeshauptmann Maurer besuchte im Rahmen seiner Grenzfahrt auch den Grenzübergang Drasenhofen. Zu Mittag war es hier noch immer ruhig.“²⁴⁹

Die Übertritte werden zwar gemeldet, allerdings sieht man sie nicht als Gefahr an, dies rechtfertigt auch eine besonnene Reaktion darauf.

„Wie das Verteidigungsministerium dazu bekanntgibt, können die Flüge nicht als Bedrohung aufgefasst werden, für ein Eingreifen der österreichischen Luftstreitkräfte hat es keine Veranlassung gegeben.“²⁵⁰

Hier wird für die neuerliche, offensichtlich absichtliche Grenzverletzung ein Grund gesucht, allerdings ein möglichst harmloser.

„Die Grenzverletzung ist nicht anders zu erklären, als daß der Pilot absichtlich einen „Abschneider“ über österreichisches Gebiet gewählt hat, da ja die Staats- und Luftraumgrenze durch den Verlauf der March auch in der Luft nicht zu übersehen ist.“²⁵¹

Allerdings wird dann gleich wieder beruhigt, in zweifacher Hinsicht:

„Die Situation an den österreichischen Grenzen war im übrigen gestern ruhiger als an den Tagen vorher.“²⁵²

„In Gmünd klärten Bundesheersoldaten die Ursachen dieses Umstandes. Sie beobachteten durch Fernrohre, wie die Sowjets in einem Waldstück, zwei bis drei Kilometer von der Grenze entfernt, ihr Lager aufschlugen. Auch Panzer und andere schwere Fahrzeuge hatte man in das Waldstück zurückgezogen. So wie bei Gmünd dürften die fremden Truppen in der CSSR fast überall im Land den Rückzug von der Straße und aus den Städten angetreten haben.“²⁵³

Der Sicherheitsdiskurs ist kaum präsent in der „Volksstimme“ – meist wird Entwarnung gegeben, oder man bemüht sich, zu sagen, dass die sowjetischen Truppen sicher nicht absichtlich die Grenze übertreten hätten.

²⁴⁹ „Volksblatt“ Nr. 193, 2.8.1968, „Ich hab’ Angst, aber die Kinder warten“, Seite 6-7

²⁵⁰ „Volksblatt“ Nr. 193, 22.8.1968, „16 Maschinen verletzten Luftraum“, Seite 7

²⁵¹ „Volksblatt“, Nr. 195, 24.8.1968, Nach Protest Oesterreichs in Moskau: Wieder schwere Luftraumverletzung“, Seite 1,2 und 5

²⁵² ebda

²⁵³ ebda

„Auch kam es an keiner Stelle zu einer Berührung mit den sowjetischen Truppen, die offenbar die Weisung haben, die österreichische Staatsgrenze strikt zu respektieren.“²⁵⁴

„Kapitän Svoboda von der tschechoslowakischen Passkontrolle versicherte, daß auf tschechoslowakischer Seite die Grenzzollabfertigung weiter nach internationalen Bestimmungen erfolgt.“²⁵⁵

Zwischendurch gibt es immer wieder Entwarnungsmeldungen, die keinerlei Gefahr für Österreich sehen.

„Was Österreich betrifft, so besteht kein Anlaß zu Sensationsmeldungen.“²⁵⁶

²⁵⁴ „Volksstimme“ Nr. 194, 23.8.1968, „Protest Waldheims bei Botschafter Podzerob“, Seite 2

²⁵⁵ „Volksblatt“ Nr. 194, 23.8.1968, „Protest Waldheims bei Botschafter Podzerob“, Seite 2

²⁵⁶ „Volksstimme“, Nr. 196, 25.8.1968, „Wie es an Österreichs Grenze aussieht“, Seite 3

4.5.9 Der Österreichdiskurs

1956

Das Österreich-Bild, dass in der „Arbeiter-Zeitung“ vermittelt wird, lässt sich leicht auf zwei Diskursstränge herunterbrechen: Österreich als der Helfer, der gute Samariter – und, dass dies die Pflicht Österreichs ist, aufgrund der jahrhundertelangen gemeinsamen Vergangenheit und der daraus resultierenden Verbundenheit. Die Helfer-Rolle Österreichs wird beispielsweise durch Veröffentlichung von Dankesbotschaften bzw. Dankesreden der Ungarn an Österreich vermittelt:

„Ihr seid die ersten gewesen, die sich von der ersten Minute unseres Freiheitskampfes an auf unsere Seite gestellt und aus ganzer Kraft geholfen haben. Für eure aus Herzentiefe kommende Hilfsbereitschaft und für euer Mitgefühl bedanken wir uns mit aller Wärme unserer Seele und unserer Herzen. Eure Hilfe tat sehr viel in unserem Kampf und linderte unsere Not. Im Namen des geprüften ungarischen Volkes; Die Studenten der Universität von Sopron.“²⁵⁷

Außerdem gibt es immer wieder Berichte von Reportern, die über die Grenze gehen und den Ungarn die „Arbeiter-Zeitung“ überreichen und sich dafür herzlich bedanken. Aus den Erzählungen geht hervor, dass man die „Arbeiter-Zeitung“ als Geschenk sieht und dort richtige Informationen herbekommt. Die „Arbeiter-Zeitung“ wird als der Botschafter der Wahrheit dargestellt.

„Wir haben im Auto ein paar Stöße mit einigen hundert Exemplaren der Arbeiter-Zeitung. Wir reichen einige aus dem Fenster. In einer Minute sind wir von einem wilden, tobenden Knäuel von Hunderten von Menschen umringt. „Zeitung“, ruft jeder, „Bitte, Zeitung aus Wien!“²⁵⁸

Zu Anfang stehen noch Aussagen über Hilfslieferungen im Vordergrund:

„Ein Wagen des österreichischen Roten Kreuzes hat, voll beladen mit Verbandzeug und anderen medizinischen Hilfsmitteln, Wien verlassen und ist an die ungarische Grenze gefahren.“²⁵⁹

²⁵⁷ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 255, 1.11.1956, „Die Hilfsaktion für Ungarn“, Seite 4

²⁵⁸ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 256, 3.11.1956, „Wie wir Anna Kéthly aus Budapest brachten“, Seite 3

²⁵⁹ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 251, 27.10.1956, „Hilfe für die Verwundeten“, Seite 2

Als die ersten großen Hilfsaktionen anlaufen, wird dieser Helfer-Diskurs zunehmend emotional. Menschen, die selbst nicht viel haben, geben ihr sprichwörtlich letztes Hemd um den Ungarn zu helfen.

„Da drunten geben sie ihren letzten Tropfen Blut für die Freiheit – da soll es uns auf halbes Liter ankommen?“²⁶⁰

„Sie hatte sich, um nichts Überflüssiges zu bringen, erkundigt und war dann mit dem Geld, das sie für ein Paar Schuhe zurückgelegt hatte, zur nächsten Apotheke mit Sonntagdienst gegangen...“²⁶¹

„Obwohl in der Wohnung eigentlich nicht Platz für vier Gäste ist, wurden doch alle vier Männer so untergebracht, daß sie zwei Nächte dort verbringen konnten. Als in der ersten Nacht einer der vier Ungarn über heftige Schmerzen klagt, mußten die Gastgeber noch während der Nacht einen Arzt holen. Als der Arzt hörte, daß der Kranke ein ungarischer Flüchtling war, verlangte er kein Honorar.“²⁶²

Nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Regierung und die offiziellen Stellen positionieren sich als Retter:

„Das Finanzministerium als oberste Zollbehörde hat an alle Grenzzollämter die Weisung gegeben, Hilfsgüter und Liebesgaben für die ungarischen Freiheitskämpfer bevorzugt und abgabefrei abzufertigen.“²⁶³

Noch etwas emotionaler wird der Verbundenheits-Diskurs mit Ungarn geführt.

„Ach, könnte doch der Heldenmut der Ungarn, könnten doch die heißen Herzen hier in Österreich die russischen Panzer besiegen!“²⁶⁴

„Dann muss ich mit ihnen eine Zigarette rauchen. Eine ungarische Zigarette! Aus dem Feuer, das man mir reicht glüht noch der Patriotismus.“²⁶⁵

„Und zum erstenmal seit dem Bestehen des Theaters am Ufer der Wien, bedeuten die Bretter dieser Bühne nun wirklich eine Welt; die Welt der Hilfsbereitschaft und der menschlichen Solidarität über Grenzen hinweg.“²⁶⁶

Auch das offizielle Österreich wird emotional – Innenminister Helmer sagt in einer Rede:

„Angesichts der Gräber der Freiheitskämpfer, sagte er, empfinden wir Österreicher erst so richtig, wie fest wir mit diesem schwergeprüften Lande und seinem Volk verbunden sind. Den ungarischen Helden gebührt der Dank, aller freiheitlich

²⁶⁰ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 252, 28.10.1956, „Ein Strom von österreichischem Blut für Ungarn“, Seite 5

²⁶¹ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 253, 30.10.1956, „Die hilfsbereiten Herzen kannten keine Grenzen“, Seite 4

²⁶² „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 260, 8.11.1956, „Zusammenrücken für Ungarn“, Seite 4

²⁶³ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 256, 3.11.1956, „Kein Zoll für Spenden“, Seite 4

²⁶⁴ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 252, 28.10.1956, „Die Hilfe rollt an die Grenze“, Seite 2

²⁶⁵ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 253, 30.10.1956, „Den Toten von Magyarovar“, Seite 2

²⁶⁶ ebda, „Glanzstück im Burgtheater: Wiener Herzen“, Seite 4

gesinnten Menschen, denn sie wagte es, sich gegen Diktatur und Gewalt zu erheben.“²⁶⁷

„Das kleine Volksblatt“ berichtet besonders emotional von den Ereignissen und sieht Österreich, das Volk wie die Partei selbst, in der Rolle des Helfers.

„Die erste Blutspenderin kam gestern gegen Mitternacht und seither riß die Kette der Blutspender nicht mehr ab.“²⁶⁸

„Einen rührenden Beweis der Nächstenliebe lieferten die Buben der dritten Volksschulklasse in Scheibbs, die dem „kleinen Volksblatt“ eine Schachtel voll mit Medikamenten und 60 Schilling mit der Bitte um Weiterleitung an die nächste RK-Stelle übersandten.“²⁶⁹

„Hunderte Familien konnten bereits privat ein Obdach erhalten. Immer neue Angebote aus dem ganzen Land, Frauen und Kinder aufzunehmen, treffen ein.“²⁷⁰

Aber auch die Verbundenheit aus der Donaumonarchie und die daraus resultierende selbstlose Hilfe der Österreicher wird immer wieder betont, hier wird ein unglaubliches Wir-Gefühl erzeugt:

„60 Kilometer von Wien erlebt ein uns durch Jahrhunderte gemeinsamer Vergangenheit auf das tiefste verbundene Volk eine der schwersten Stunden seiner Geschichte.“²⁷¹

„Es ist das keine Eitelkeit und kein Samaritertum – es zeugt viel eher von der persönlichen Verbundenheit derer, die geben, mit jenen, die es empfangen werden.“²⁷²

„Das österreichische Volk umarmt die in Schmerzen wiedergeborene freie ungarische Brudernation, die auch für uns, Europa, ihr Blut vergossen hat. Ihr gehört unser heißer Danke, unsere ganze Liebe.“²⁷³

„Alle Anteilnahme Oesterreichs, das durch jahrhundertelange innige Bande mit dem ungarischen Volk verbunden war, wendet sich den Opfern dieses Kampfes zu. Oesterreich hat sich in diesen entscheidungsvollen Tagen in den Dienst wahrer Nächstenliebe gestellt.“²⁷⁴

Die ÖVP stellt sich in diesem Fall sogar heraus und versucht sich als besonders selbstloser Helfer zu präsentieren, der kein politisches Kapital daraus schlagen möchte, den Menschen zu helfen.

²⁶⁷ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 257, 4.11.1956, „Einmütigkeit in ernster Stunde“, Seite 3

²⁶⁸ „Das kleine Volksblatt“, Nr. 252, 28.10.1956, „Eine Welle der Hilfsbereitschaft“, Seite 6

²⁶⁹ „Das kleine Volksblatt“, Nr. 254, 31.10.1956, „In Budapest wird das Rote Kreuz beschossen“, Seite 4

²⁷⁰ „Das kleine Volksblatt“, Nr. 259, 7.11.1956, „Vollkommene Ruhe im Grenzgebiet“, Seite 2

²⁷¹ „Das kleine Volksblatt“, Nr. 252, 28.10.1956, „Eine Welle der Hilfsbereitschaft“, Seite 6

²⁷² „Das kleine Volksblatt“, Nr. 253, 30.10.1956, „Wiener Brot in Ungarisch-Altenburg“, Seite 2

²⁷³ „Das kleine Volksblatt“, Nr. 255, 1.11.1956, „Heroischer Sieg“, Seite 2

²⁷⁴ „Das kleine Volksblatt“, Nr. 258, 6.11.1956, „Ungarns Freiheitskampf im Blut erstickt“, Seite 1

„Die Oesterreichische Volkspartei wird aus der Erwägung, daß Nächstenliebe mit Parteipolitik nichts zu tun hat, keine eigene Parteihilfsaktion für Ungarn durchführen.“²⁷⁵

Die „Österreichische Volksstimme“ sieht die Rolle Österreichs ganz anders. Besonders die österreichische Presse wird negativ hervorgehoben: Sie unterstützt schamlos die Ziele der Freiheitskämpfer und wird so pauschal als „Sensationspresse“ verunglimpft und um sie unglaubwürdig zu machen.

„Die kapitalistische Presse versucht, den bewaffneten Angriff auf die Volksdemokratische Ordnung als einen Kampf für die Demokratie auszugeben.“²⁷⁶

Bei der zweiten Angriffswelle werden auch die Angriffe gegen die österreichische Presse wieder heftiger, Panikmeldungen zu verbreiten und so die Bevölkerung zu verunsichern.

„Der Bild-Telegraf setzte gestern mit seiner Extraausgabe seine Tätigkeit der Schürung von Panik und Hetze fort.“²⁷⁷

Letztendlich wird auf die personelle Kontinuität nach dem Zweiten Weltkrieg in den Redaktionen angespielt, die die österreichische Presse generell als faschistische Propaganda-Maschine erscheinen lässt.

„Die publizistischen Abenteurer, die bei Hitler ihr Handwerk gelernt haben, wissen genau, daß die antikommunistische Hasspropaganda nur der Reaktion und nie den Sozialisten nutzt.“²⁷⁸

1968

Die Darstellung Österreichs als Helfer ist natürlich auch ein großer Teil der Berichterstattung 1968, jedoch nicht mehr so emotional wie 1956, es wird aber immer wieder auf die Hilfsaktionen beim Ungarn-Aufstand verwiesen.

„Die österreichischen Kinderfreunde und die Fürsorgeorganisation „Volkshilfe“ haben sich zusammengeschlossen und gemeinsam Maßnahmen getroffen, um – wie

²⁷⁵ „Das kleine Volksblatt“, Nr. 253, 30.10.1956, „Oesterreich an der Spitze aller Aktionen“, Seite 4

²⁷⁶ „Österreichische Volksstimme“, Nr. 250, 26.10.1956, „Um was es in Ungarn geht“, Seite 1-2

²⁷⁷ „Österreichische Volksstimme“, Nr. 259, 7.11.1956, „Rotes Kreuz gegen „Bild-Telegraf“-Lüge, Seite 1

²⁷⁸ „Österreichische Volksstimme“, Nr. 260, 8.11.1956, „Arbeiterhand in Arbeiterhand“, Seite 1 und 2

seinerzeit bei der Ungarnhilfe – Flüchtlinge aus der CSSR sofort betreuen zu können.“²⁷⁹

„Angesichts des Geldmangels erbot sich die WÖK (Wiener Öffentliche Küchenbetriebs GmbH), alle tschechischen Staatsbürger ab sofort gegen Vorweis ihres Reisepasses kostenlos zu verpflegen, und zwar in allen 18 Filialen.“²⁸⁰

Natürlich wird auch wieder erwähnt, wie dankbar man Österreich für die Hilfe ist.

„Die Tschechoslowaken, die fast alle ohne Bargeld sind, wissen die Hilfsbereitschaft der Österreicher zu schätzen. Das ist der Eindruck, wenn man mit ihnen spricht.“²⁸¹

Auch die „Arbeiter-Zeitung“ selbst erwähnt durch ein Zitat lobend, wie sehr man den Tschechoslowaken hilft:

„Wir konnten jedenfalls ungehindert die Grenze passieren. In Wien streikte der Motor abermals. Zum Glück las ich den Hinweis in der AZ. Deshalb fuhr ich gleich hierher zur Prüfstelle.“²⁸²

Über diverse Hilfsaktionen wird im „Volksblatt“ 1968 eher wenig berichtet. Österreich ist zwar immer noch der Helfer, aber die Aussagen sind relativ redundant und haben nichts vom emotionalen Feuer und der Verbundenheit von 1956. Man hält sich an Aussagen von Politikern, die sehr neutral bleiben.

„Presseattaché Bittmann sagte: „In dieser verzweifelten Situation muß jeder nach seiner politischen Überzeugung und seinen persönlichen und familiären Verhältnissen entsprechend handeln. Wir werden uns zwar bemühen, jedem zu helfen, wir können aber niemandem raten, hierzubleiben oder zurückzukehren.““²⁸³

Von offizieller Seite werden aus Vorsicht vor Vorwürfen bezüglich der Verletzung der Neutralität keine direkten Anweisungen gegeben:

*„Es gibt keine Weisung, wie man vorzugehen hat, außer der Weisung des eigenen Mitgefühls. Soweit es nur irgendwie geht, werden die Landsleute aus eigenen Mitteln der Gesandtschaft finanziell unterstützt und billige Unterkünfte besorgt.“*²⁸⁴

²⁷⁹ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 193, 22.8.1968, „Augenzeugenbericht: So erlebte ich die Invasion der Panzer in Preßburg“, Seite 1

²⁸⁰ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 194, 23.8.1968, „Viele Tschechen in Wien leiden Not“, Seite 10

²⁸¹ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 196, 25.8.1968, „Im Hörndlwald wohnt Nächstenliebe“, Seite 6

²⁸² „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 197, 27.8.1968, „Mit Russen „hilfe“ aus der CSSR“, Seite 6

²⁸³ „Volksblatt“ Nr. 193, 22.8.1968, „Attentat auf die Sowjet-Botschaft. Erschütternde Szenen vor dem Konsulat“, Seite 7

²⁸⁴ „Volksblatt“ Nr. 194, 23.8.1968, „1200 CSSR-Urlauber bangen in Wien“, Seite 5

„Wenn heute alle Österreicher mit größter Anteilnahme das Schicksal des tschechoslowakischen Volkes verfolgen, so entbindet das die österreichische Bundesregierung nicht von ihrer obersten Verpflichtung, planmäßig und nüchtern alles vorzukehren, was im Interesse der Integrität des eigenen Staates und der Freiheit des eigenen Volkes geboten erscheint“, erklärte Staatssekretär Pisa.“²⁸⁵

Keine rührenden Beschreibungen von österreichischer Hilfsbereitschaft, sondern nur knapp, wie man die Menschen unterstützt. Indirekt aber eine positive Positionierung der Flüchtlinge, die wahrscheinlich zum Spenden aufrufen soll.

„Sie erklärten, lieber schwer arbeiten zu wollen, als nur von Unterstützungen leben zu müssen. Auch Ärzte waren unter den Bewerbern um einen Arbeitsplatz. Da die diesbezügliche Entscheidung vom Sozialministerium abhängt, versucht man die Mediziner inzwischen als Betreuer von Kinderheimen, in denen CSSR-Familien untergebracht sind, einzusetzen.“²⁸⁶

Die Schilderungen der Hilfsaktionen werden erst gegen Ende des Untersuchungszeitraums mehr.

„Die Hilfsappelle an die Wiener, tschechische Familien aufzunehmen, hatten Erfolg. Derzeit sind bereits 1500 Personen in Privatwohnungen untergebracht.“²⁸⁷

„Der Verband der Versicherungsunternehmen reagierte nach einer Rücksprache mit dem Finanzministerium prompt; die Tschechen erhalten kostenlos die Versicherungskarte. Auch das Visum – Kostenpunkt 72 Schilling – wird gratis ausgestellt. Durch diese Maßnahme konnte die erste Hürde überbrückt werden.“²⁸⁸

Generell wird in der „Volksstimme“ Österreich als Helfer für die ČSSR positioniert, es wird über Hilfsaktionen usw. berichtet.

„Von der WÖK wurde bekanntgegeben, daß alle tschechoslowakischen Touristen, die sich mit ihrem Paß ausweisen können, kostenlos verpflegt werden.“²⁸⁹

„Auch der ÖAMTC gewährt allen tschechoslowakischen Kraftfahrern dieselben Dienstleistungen wie den eigenen Mitgliedern.“²⁹⁰

Auch über Flüchtlinge bzw. gestrandete Urlauber wird dieses Mal sachlich und normal berichtet.

²⁸⁵ „Volksblatt“, Nr. 196, 25.8.1968, „Neutral nach allen Seiten“, Seite 4

²⁸⁶ „Volksblatt“ Nr. 197, 27.8.1968, „Sie wollen nicht Almosen, sondern Arbeit“, Seite 5

²⁸⁷ ebda

²⁸⁸ ebda, „Tschechen-Invasion jetzt aus Süden“, Seite 5

²⁸⁹ „Volksstimme“ Nr. 194, 23.8.1968, „Protest Waldheims bei Botschaft Podzerob“, Seite 2

²⁹⁰ „Volksstimme“ Nr. 195, 24.8.1968, „Ruhe im ganzen Grenzgebiet“, Seite 3 und 4

„Rund 500 Personen konnten bis jetzt von verschiedenen Hilfsstellen untergebracht werden, doch wird für die nächsten Tage mit einem Anwachsen des Urlauberstromes gerechnet.“²⁹¹

Gegen Ende wird man sogar in der „Volksstimme“ emotional:

„Eine Welle der Menschlichkeit strömt gegenwärtig den CSSR-Urlaubern zu, die bei uns gestrandet sind.“²⁹²

„Nachbarn müssen einander in Not und schwerer Zeit helfen.“²⁹³

Aber man kann sich Kapitalismus-Kritik nicht verkneifen – als es darum geht, dass sich die Banken entschlossen haben, wieder tschechoslowakische Kronen anzukaufen, wird hier gleich eine schlechte Absicht unterstellt.

„Und das goldene Wiener Bankierherz schlägt im Dreivierteltakt.“²⁹⁴

²⁹¹ „Volksstimme“ Nr. 196, 25.8.1968, „Wie es an Österreichs Grenze aussieht“, Seite 3

²⁹² „Volksstimme“ Nr. 197, 27.8.1968, „Menschlichkeit: 100:45“, Seite 4

²⁹³ ebda

²⁹⁴ ebda

4.5.10 Der politische Diskurs

1956

Bei der Konstruktion von Wirklichkeiten spielt die Abgrenzung gegenüber dem anderen eine große Rolle. Das tut die SPÖ in der „Arbeiter-Zeitung“ am Anfang sehr deutlich, in gleichem Maße gegenüber der ÖVP als auch der KPÖ, hier ein Beispiel dafür im Rahmen einer Rede vor dem Budget-Ausschuss:

„Um den Ernst der Stunde zu unterstreichen, hatten die Klubobmänner der Sozialistischen Partei, der ÖVP, und der FPÖ vereinbart, daß in den Debattierreden jede Äußerung, die zu gegenseitigen Angriffen führen könnte, unterbleiben sollte. Der sozialistische Redner Olah und der Redner der FPÖ, Dr. Grodler, hielten sich daran, nicht aber der Redner der Volkspartei, Prinke, der es an gehässigen Ausfällen gegen die Sozialisten nicht fehlen ließ.“²⁹⁵

Bei einer Rede des Vertreters der KPÖ sind sich aber alle wieder einig: Geschlossen verlassen die Vertreter der anderen Parteien den Raum.

„Niemand kann ihnen verdenken, daß sie in diesen Tagen, da der Kommunismus soviel neue Blutschuld auf sich lädt, die Tiraden seines Agenten nicht anhören wollten.“²⁹⁶

Die Aussagen über die politische Konkurrenz sind zwar nicht sehr häufig, doch wenn es etwas zu verurteilen gibt, wird dies auch unmissverständlich getan:

„Der Innenminister wandte sich dann innenpolitischen Problemen zu. Mit einer organisierten Flut von Verleumdungen in der ÖVP-Presse und in Reden von Funktionären dieser Partei sagte er, werden die österreichischen Sozialisten mit der verbrecherischen Herrschaft der Kommunisten in Ungarn in einem Atem genannt. So will man die Öffentlichkeit von der Nichterfüllung eigener Versprechen und anderen parteipolitischen Versagern ablenken.“²⁹⁷

Wie schon erwähnt, halten sich die Angriffe auf die SPÖ/KPÖ in Grenzen, meist wird gar nichts über das Verhalten der anderen berichtet.

²⁹⁵ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 254, 31.10.1956, „Kein Hungerwinter für Ungarns Frauen und Kinder“, Seite 2

²⁹⁶ ebda

²⁹⁷ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 257, 4.11.1956, „Einmütigkeit in ernster Stunde“, Seite 3

„Das kleine Volksblatt“ greift politisch gleichermaßen die SPÖ und die KPÖ an. Die SPÖ, die den Innenminister stellt, muss sich einiges gefallen lassen – er wird als inkompetent und unvorsichtig dargestellt, er setzt die Sicherheit Österreichs aufs Spiel, da er die Neutralität gefährdet und zögerlich handelt.

„Schneller, als wir gedacht haben, ist dieser Standpunkt bestätigt worden, und rauscher, als es der SPOe recht sein wird, hat sich ihre hinhaltende Politik als falsch und für die Sicherheit der Bevölkerung gefährlich erwiesen.“²⁹⁸

Ein massiver Angriff speziell auf die Person des Innenministers Helmer wird durch eine interessante Taktik durchgeführt: Ein Leserbrief wird abgedruckt, an dessen Meinung sich die Redaktion anschließt: Helmer missachtet die Neutralität und gefährdet Österreich.

„(...) scheint es mir, daß sie als stellvertretender Bundesminister für Inneres nicht das Recht haben, so eindeutig gegen die Sowjetunion Stellung zu nehmen, wie sie dies getan haben.“²⁹⁹

Die Kommentare der Zeitung tun ihr Übriges:

„Der Herr Innenminister hat am Samstag eine Radiorede gehalten, die bestimmt nicht dazu beitragen wird, seinen Ruf als Politiker zu mehren.“³⁰⁰
„Den Auffassungen, die in dem Brief wiedergegeben werden, ist nichts hinzuzufügen.“³⁰¹

Die KPÖ wiederum wird als Lügner hingestellt, außerdem gefährdet sie mit ihren Lügen die Neutralität. Die Beschuldigung des politischen Gegners wird vom Chefredakteur Grössl persönlich übernommen in einem Leitartikel:

„Auf der einen Seite hat die kommunistische Presse durch unwahre und entstellte Informationen die Neutralität unseres Landes gefährdet.“³⁰²
„Das österreichische Volk hat keine Lust, wegen einer Handvoll kommunistischer Marodeure, die sich ihre Meldungen aus den Fingern saugen, der Verletzung der Neutralität beschuldigt zu werden.“³⁰³

²⁹⁸ „Das kleine Volksblatt“, Nr. 254, 31.10.1956, „Von den Tatsachen bestätigt“, Seite 3

²⁹⁹ „Das kleine Volksblatt“, Nr. 258, 6.11.1956, „Brief an Helmer“, Seite 4

³⁰⁰ ebda

³⁰¹ ebda

³⁰² „Das kleine Volksblatt“, Nr. 259, 7.11.1956, „Schach den Unruhestiftern!“, Seite 2

³⁰³ ebda

Der politische Diskurs in Bezug auf die Ereignisse wird von der „Österreichischen Volksstimme“ sehr ausgeglichen geführt. Einerseits wird die ÖVP für den Empfang von ungarischen Bauern angeprangert:

„Die ungarischen Großbauern und Magnaten und ihr finsterner Troß arbeiten also offiziell Hand in Hand mit der OeVP!“³⁰⁴

Andererseits wird die ÖVP und „Das kleine Volksblatt“ für Ihr Vorgehen gegen die Sensationspresse gelobt, allerdings auch gleich wieder angeklagt, nichts dagegen zu tun, schließlich hätte man ja Regierungsverantwortung:

„Das „Kleine Volksblatt“ stellt ausdrücklich fest, „daß die ganze Sensationsmacherei ein Unsinn und ein Verbrechen ist.“ Verbrechen aber muß man bekämpfen und nicht gewähren lassen.“³⁰⁵

Man fühlt sich offenbar einerseits verstanden von der ÖVP, andererseits muss man das nicht konsequente Einstehen bestrafen.

Besonders hart angegriffen wird die SPÖ aufgrund ihrer politischen Nähe. Dieser Eindruck entsteht bei folgender Aussage:

„Von nicht wenigen Sozialisten wird an ihre Parteiführung und Parteipresse die Frage gerichtet, warum sie sich von jenem übelsten konterrevolutionären Geschmeiß nicht abgrenzt, das von hier aus das Feuer schürt.“³⁰⁶

Die Absicht dahinter ist höchstwahrscheinlich, den Arbeitern klar zu machen, dass die Sozialisten nicht für sie stehen.

1968

In den ersten Tagen der Invasion berichtet die „Arbeiter-Zeitung“ vornehmlich über die KPÖ schlecht.

³⁰⁴ „Österreichische Volksstimme“, Nr. 257, 4.11.1956 „Ungarische Großbauern bei ÖVP“, Seite 2

³⁰⁵ „Österreichische Volksstimme“, Nr. 260, 8.11.1956, „Behauptungen und Tatsachen“, Seite 3

³⁰⁶ „Österreichische Volksstimme“, Nr. 253, 30.11.1956, „Schwere Verletzung der österreichischen Neutralität durch die Horthy-Reaktion“, Seite 1

„Die Wirkung der Ereignisse auf die Kommunisten der ganzen Welt, darunter auch in Österreich, war niederschmetternd. Unter den westlichen kommunistischen Parteien ist im Augenblick das Distanzieren von Moskau beinahe schon zu einer Art sportlicher Konkurrenz geworden. Was die kommunistischen Führer anlangt, kann man nur sagen: Entweder waren Longo, Waldeck-Rochet, Muhri und die anderen so unwissend, daß sie den Russen alles glaubten. Dann täten sie jetzt besser, auf die politische Führung zu verzichten. Oder sie haben das alle kommen gesehen. Dann sind sie schuldig, ihre Anhänger getäuscht zu haben. Was die österreichischen Kommunisten tun, ist wegen der geringen Anzahl ihrer Anhänger von weniger Bedeutung als die Haltung der kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien, die in der Politik ihrer Länder ein große Rolle spielen.“³⁰⁷

Obwohl sich die KPÖ gegen den Einmarsch wendet, wird sie von der SPÖ umso schärfer verurteilt – man ortet eine heuchlerische Taktik, um sich mit seiner Meinung an die der „österreichischen“ Meinung anzugleichen.

„Daß die österreichische KP trotz aller Eiertänze aus den erschütternden Ereignissen in der Tschechoslowakei noch immer nichts gelernt hat, beweist eine Erklärung ihres Zentralkomitees vom Freitag.“³⁰⁸

„Der russische Überfall auf die Tschechoslowakei und die Verschleppung führender Regierungs- und Parteifunktionäre wurde auf dieser Konferenz von Max Stern, einem Mitglied der Wiener Stadtleitung der KPÖ, offen gutgeheißen. Auch der Wiener kommunistische Gemeinderat Karger ließ es sich nicht nehmen, die russische Intervention etwas verschämt zu verteidigen.“³⁰⁹

Die Strategie dahinter ist wohl, die KPÖ endgültig in die politische Bedeutungslosigkeit zu befördern. Diese scharfen Angriffe wären aber aufgrund der fast nicht vorhandenen Zustimmung der Österreicher bei Wahlen eigentlich nicht notwendig.

Politisch nachvollziehbar sind natürlich die Angriffe auf die ÖVP. Ab dem Zeitpunkt der Grenzverletzung ist das natürlich ein idealer Stoff für die SPÖ gegen die Entscheidungen der ÖVP Stimmung zu machen – mit dem Thema Sicherheit und Flüchtlinge ist es ein leichtes, zu emotionalisieren.

Günther Traxler versucht dies auf ironische Weise in einer Glosse, und meint, der sowjetische Botschafter müsse Waldheim für die verhaltene Reaktion danken.

„Daß er sich für die Verharmlosung der Grenzverletzungen bei Klaus überschwänglich bedankt, ist wirklich nicht zu viel.“³¹⁰

³⁰⁷ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 194, 23.8.1968, „Tschechische Helden“, Seite 2

³⁰⁸ ebda, „Eiertanz der KPÖ“, Seite 4

³⁰⁹ ebda, „KPÖ vor einer neuen Spaltung“, Seite 4

³¹⁰ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 195, 24.8.1968, „Wischer“, Seite 6

In einer weiteren Glosse wird der Gesandte in Prag lächerlich gemacht und seine Entscheidungen mehr als nur in Zweifel gezogen:

„Unter den Ausländern, die den Einfall in der Tschechoslowakei miterlebten, waren die Österreicher besonders schlecht dran. Sie hatten das Pech, daß am ersten Tag der österreichische Gesandte noch nicht aus seinem Urlaub zurück war und von einem Legationsrat vertreten wurde, der der Situation, drücken wir es milde aus, nicht gewachsen war.“³¹¹

„Der Herr Legationsrat hatte es indes vorgezogen, den Konvoi nicht zu begleiten. „Ich habe schließlich zwei Kinder!“ indes wußte er auch in den kritischsten Augenblicken die Formen zu wahren. Als eine Frau Esterhazy die Gesandtschaft betrat, versäumte er nicht, ihr ein galantes „Küß’ die Hand, Frau Gräfin“ zuzuhauchen. Es geht halt nichts über den Charme eines österreichischen Diplomaten.“³¹²

Weiters wird die ÖVP für die Verweigerung der Visa angeprangert – hier wird natürlich emotionalisiert – man lässt die Flüchtenden im Stich. Die SPÖ muss es wieder „richten“.

„Innenminister Soronics verfügte Sonntag unverständlicherweise an einreisende tschechoslowakische Staatsbürger grundsätzlich an der Grenze keine Visa mehr zu erteilen. In der österreichischen Gesandtschaft in Prag und im Generalkonsulat in Preßburg werden weiterhin Visa ausgestellt. Als Montag bekannt wurde, daß auf Grund der skandalösen Verfügung bereits Tschechoslowaken von den österreichischen Grenzstellen zurückgewiesen worden waren, forderte Abgeordnete Doktor Hertha Firnberg, stellvertretende Vorsitzende der SPÖ, die sofortige Einberufung des Asylbeirates.“³¹³

Bruno Kreisky höchstpersönlich kritisiert die ÖVP für ihre zögerliche Taktik, die der ÖVP natürlich mangelnde Durchsetzungskraft abspricht und auch die Fähigkeit, das Land sicher durch so eine Krise führen zu können.

„Das ist die Sprache, in der man sprechen muß in solchen Zeiten, und das sind die Taten, die man setzen muß. Und nicht das feige und zugleich ironische „über der Situation stehen“ der publizistischen Laufburschen der Regierung.“³¹⁴

Günter Traxler verstärkt nochmals diese Sicht in einer Glosse und blamiert die ÖVP noch mehr:

³¹¹ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 195, 24.8.1968, „Charme“, Seite 7

³¹² ebda

³¹³ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 197, 27.8.1968, „Bleiben Dubcek und Russen?“ Seite 1,2 und 4

³¹⁴ ebda, „Um was es geht“, Seite 2

„So empörend diese Verfügung ist, so grotesk ist die Begründung. Sie erfolgte 1. „damit die Grenzorgane nicht von der Überwachungstätigkeit abgelenkt werden“ und 2. „aus Gründen der inneren staatlichen Sicherheit“. In beruhigendem Tone wird hinzugefügt, daß sich die österreichische Gesandtschaft in Prag und das Generalkonsulat in Preßburg zur Erstellung von Visa jederzeit bereit halten. Auf Flüchtlinge treffe die Verfügung übrigens gar nicht zu.“³¹⁵
„Wenn diese Maßnahme überhaupt einen Sinn hat, dann kann es nur der sein, daß man aus mißverstandener Neutralität den Russen einen Gefallen tun will. Darin haben ÖVP-Regierungsmitglieder ja nun schon einige Übung.“³¹⁶

Außerdem wird zu guter Letzt das Bundesheer kritisiert, für das die ÖVP eingetreten war. Hier wird mit Geld und natürlich mit dem Leben der jungen Soldaten argumentiert.

„Wozu hat Österreich ein Bundesheer? Wozu geben wir für die Landesverteidigung Milliarden aus? Wozu müssen unsere jungen Männer neun Monate ihres Lebens in Uniform verbringen? Wirklich nur, damit sich einige ÖVP-Politiker wichtigmachen können? Die Erklärungen des Bundeskanzlers zu der brutalen russischen Aggression waren, selbst wenn man bedenkt, daß er über Österreichs Neutralität zu wachen hat, lahm und zurückhaltend.“³¹⁷

1968 gibt es im „Volksblatt“ keinen einzigen Angriff auf politische Gegner. In der Regierungsverantwortung hält man sich anscheinend zurück.

In der „Volksstimme“ hingegen liegt die Sache anders. Da die SPÖ ständig Vorwürfe gegen die KPÖ publiziert, wird reagiert.

„In den Leitartikeln der „Arbeiter-Zeitung“ ist ganz klar geschrieben, wohin die rechten SP-Führer steuern. Sie wollen unsere Partei mitten auseinanderspalten.“³¹⁸

Auf die Angriffe seitens der SPÖ regiert die „Volksstimme“ gelassen. Man weißt auf eine Doppelmoral innerhalb der SPÖ hin, die die Krise in der ČSSR einerseits aufs Schärfte verurteilt, andererseits aber keine offizielle Stellungnahme zum Vietnam-Krieg abgibt.

„Nun haben wir unsere Stellung nicht bezogen, um damit das Gefallen Kreiskys und der SP-Führung zu finden, die bis heute jede ernsthafte Initiative für eine Beendigung des mörderischen, unmenschlichen, grausamen und barbarischen

³¹⁵ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 197, 27.8.1968, „Den Russen zuliebe?“, Seite 4

³¹⁶ ebda

³¹⁷ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 195, 25.8.1968, „Wischer“, Seite 6

³¹⁸ „Volksstimme“, Nr. 195, 24.8.1968, „Die KPÖ zu den Ereignissen in der CSSR“, Seite 3

Vernichtungskrieges der USA in Vietnam vermissen ließ, was die Glaubwürdigkeit ihrer Proteste gegen die Besetzung der CSSR nicht gerade erhärtet.“³¹⁹

Ein ähnlicher Angriff folgt auch auf den ÖGB.

*„Während die Gewerkschaftliche Einheit die jahrelange blutige Aggression der USA in Vietnam bekämpft, hat der ÖGB verabsäumt, dagegen einen aktiven Kampf zu führen. Die amerikanische Gewerkschaftszentrale hat zum Beispiel jahrelang den Krieg in Vietnam unterstützt, ohne daß von seiten des ÖGB solche Schlussfolgerungen gezogen wurden.“*³²⁰

³¹⁹ „Volksstimme“ Nr. 196, 25.8.1968, „Nicht Distanzierung, sondern friedliche Lösung“, Seite 2

³²⁰ „Volksstimme“ Nr. 197, 27.8.1968, „Sympathiebekundungen für CSSR in den Betrieben Österreichs“, Seite 1

4.5.11 Der Neutralitätsdiskurs

1956

Die Neutralität wird als Mittel zur Sicherung von Österreichs Souveränität und den Frieden gesehen. Allgemein gesagt ist dies kein großes Thema in der „Arbeiter-Zeitung“, der Diskurs wird ausschließlich von dieser Warte aus geführt.

„Gestützt auf die durch die Neutralität gesicherte Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs tritt die österreichische Regierung für eine Normalisierung der Verhältnisse in Ungarn mit dem Ziel ein: Daß durch die Wiederherstellung der Freiheit im Sinne der Menschenrechte der europäische Friede gestärkt und gesichert wird.“³²¹

Später wird betont, dass uns die Neutralität erst den Hilfseinsatz ermöglicht:

„Österreich ist neutral, es ist ein Nachbar Ungarns. Dies ist wohl die notwendige Voraussetzung dafür, daß es ihm ermöglicht wird Hilfe für Ungarn aus seinen eigenen Mitteln, aber auch aus den Spenden anderer Länder zu leisten.“³²²

„Das kleine Volksblatt“ betont mehrmals ausdrücklich, dass Österreich genau nach den auferlegten Regeln handelt und es keinen Grund zur Beunruhigung gibt, dass die Hilfestellung Österreichs ein Problem für die Sicherheit darstellen könnte.

„Dabei wurde festgestellt, daß kämpfende Verbände die auf österreichisches Gebiet übertreten, im Einklang mit der Neutralität hier entwaffnet und interniert werden.“³²³

„Ansonsten ist es unsere Pflicht, für die strikte Respektierung unserer militärischen Neutralität zu sorgen.“³²⁴

„Oesterreich hatte bei allen Maßnahmen, die im Zusammenhang mit den Ereignissen in Ungarn getroffen wurden, zu beachten, daß es ein neutraler Staat ist. Die Bundesregierung hat aber gleich zu Beginn bewiesen, daß Neutralität nicht mit Meinungs- und Standpunktlosigkeit gleichzusetzen ist.“³²⁵

³²¹ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 253, 30.10.1956, „Macht dem Blutvergießen ein Ende!“, Seite 2

³²² „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 258, 6.11.1956, „An die Gewerkschaften der Welt: Helft dem ungarischen Volk!“, Seite 2

³²³ „Das kleine Volksblatt“, Nr. 252, 1956, „Maßnahmen der österreichischen Behörden“, Seite 4

³²⁴ „Das kleine Volksblatt“ Nr. 254, 31.10.1956, „Von den Tatsachen bestätigt“, Seite 3

³²⁵ „Das kleine Volksblatt“, Nr. 257, 4.11.1956, „Disziplin und Ruhe“, Seite 2

Die „Österreichische Volksstimme“ sieht die Neutralität in Österreich durch diverse Hilfsaktionen und Sympathisieren mit der Revolution gefährdet und macht dies öffentlich. Dies soll die Rechtmäßigkeit der Hilfe in Frage stellen und eine potenzielle Gefahr für Österreich im Handeln der Regierung aufdecken – damit könnte man die Hilfeleistungen stoppen:

„In einem Wiener Mittagsblatt wird schon seit einigen Tagen ganz offen und unverblümt zur Intervention in Ungarn aufgerufen. Es wird erklärt, daß man statt Propagandaballons mit Flugblättern, Waffen und Kriegsmaterial nach Ungarn schicken soll.“³²⁶

Direkte Verstöße gegen die Neutralität werden nur bis 4. November geäußert, da die Zeitung an diesem Tag beschlagnahmt wurde, wird später vorsichtiger formuliert:

„Dieser Appell kann nur als ein Aufruf zum Bruch der Neutralität Österreichs verstanden werden.“³²⁷

Dieser direkte Angriff wird später durch die oftmalige Äußerung der Wertschätzung der Neutralität ersetzt. Österreich wird darauf hingewiesen, dass es ohne Neutralität keinen Frieden geben wird und diese deshalb eingehalten werden muss.

„Der Schutz und die Festigung unserer Neutralität ist heute das Wichtigste für unser Land und unser Volk, für die Arbeiter und Werktätigen Ungarns, für die Sache des Friedens überhaupt“³²⁸

Später ortet die Volksstimme wieder einen Verstoß gegen die Neutralität durch die Hilfe der Österreicher:

„Kommt darin etwa die christliche Nächstenliebe zum Ausdruck? Und entspricht eine derartige Haltung der Neutralität Österreichs?“³²⁹

³²⁶ „Österreichische Volksstimme“, Nr. 254, 31.10.1956, „Hilfe für die Opfer oder Bürgerkriegspropaganda“, Seite 3

³²⁷ „Österreichische Volksstimme“, Nr. 258, 6.11.1956, „Im Kampf gegen die Konterrevolution solidarisch mit den ungarischen Arbeitern“, Seite 1

³²⁸ ebda

³²⁹ „Österreichische Volksstimme“, Nr. 259, 7.11.1956, „Einig für den Schutz unserer Neutralität“, Seite 1

1968

Auf die Neutralität wird 1968 von der „Arbeiter-Zeitung“ kaum eingegangen. Die Neutralität wird nur klar als notwendiges Konzept für Österreich und den Frieden dargestellt, außerdem wird erklärt, dass Österreich das Konzept der aktiven Neutralitätspolitik verfolgt, und dies nicht heißt, dass es seine Meinung nicht äußern dürfe.

„Österreich als neutraler Staat ist von diesen Ereignissen nicht direkt betroffen, aber es gehört sich daß wir unserem Gefühl der Gemeinsamkeit mit dem tschechoslowakischen Volk Ausdruck geben, auch mit den ehrlichen Reformkommunisten, die jetzt für ihre Überzeugungen zu leiden haben.“³³⁰

„Darin wies er vor allem auf die österreichische Politik der Neutralität hin und stelle fest, daß Österreich an einer friedlichen Entwicklung in den Nachbarländern interessiert sei und die Vorgänge in der Tschechoslowakei aufmerksam verfolge.“³³¹

„Wir können in diesen Tagen nur den Hut ziehen vor Menschen, die in so großer Gefahr so viel Mut beweisen, und wir sollten, wo immer wir können, unserer Bewunderung und unserer Hilfsbereitschaft auch durch Taten Ausdruck geben. Damit gefährden wir keineswegs unserer Neutralität, sondern wir beweisen damit nur, daß es in unserem Land an menschlichem und politischen Anstand nicht fehlt.“³³²

Das „Volksblatt“ führt 1968 einen sehr intensiven Neutralitätsdiskurs, in dem man bemüht ist herauszustreichen, dass Österreich sich strikt an die Regeln hält. Dies ändert sich nicht, es wird nur konsequent im Laufe des Untersuchungszeitraums eingestreut. Es wirkt aber dennoch so, als wolle man sich mit der Neutralität für die Passivität der Regierung entschuldigen.

„Der Bundeskanzler habe erwidert, daß Österreich sowie bisher seine Neutralitätspolitik konsequent fortsetzen werde, daß den Österreichern aber das Schicksal seiner Nachbarvölker nicht gleichgültig sein könne.“³³³

„Die Bundesregierung stellte fest, daß sie strikt an der im Jahre 1955 freiwillig eingegangenen Neutralitätsverpflichtung festhalten wird. Ebenso werde sie ihren Verpflichtungen auf dem Gebiet des Asylrechtes, wie sie es immer getan habe, unverändert nachkommen.“³³⁴

„In einem Aufruf an die österreichische Bevölkerung über den Rundfunk, der in den gestrigen Morgenstunden ausgestrahlt wurde, erklärte Bundeskanzler Dr. Klaus, Österreich habe sich dank seiner immerwährenden Neutralität und dank seiner

³³⁰ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 193, 22.8.1968, „Prag ist nicht Budapest“, Seite 2

³³¹ ebda

³³² „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 195, 24.8.1968, „Der Fluch der Gewalt“, Seite 2

³³³ „Volksblatt“ Nr. 193, 22.8.1968, „Wien: Sondersitzung der Regierung. Bundesheer in Alarmzustand versetzt“, Seite 1 und 4

³³⁴ ebda

konsequenter Neutralitäts- und Unabhängigkeitspolitik das Vertrauen aller vier Signatarmächte des Staatsvertrages, aber auch das Vertrauen seiner Nachbarstaaten erworben. Diese Politik habe sich bewährt und unserem Land eine glückliche Entwicklung, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand gebracht. Das bedeute aber nicht, daß uns das Schicksal anderer Länder und Völker gleichgültig sei.“³³⁵

„Wenn die österreichische Bundesregierung aus staats- und neutralitätspolitischen Gründen in all ihren Erklärungen und Handlungen strikt an den Prinzipien der Neutralität und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten festhält, so bedeutet dies für die Gesinnungsfreunde und Funktionäre der Österreichischen Volkspartei keineswegs, daß sie mit weniger Anteilnahme die Entwicklung in der CSSR verfolgen als andere politische Gesinnungsgemeinschaften. In diesen Stunden gibt es in Österreich nicht „Rechte“ und „Linke“, sondern nur Österreicher.“³³⁶

„Die österreichische Bundesregierung ist entschlossen, ihre Neutralitätsverpflichtungen getreu dem Wortlaut des Neutralitätsgesetzes nach allen Seiten zu erfüllen. Das ist nicht nur ein Gebot der Vernunft, sondern liegt im wohlverstandenen Interessen der gesamten Bevölkerung.“³³⁷

Auch in der „Volksstimme“ wird sporadisch betont, dass die Neutralität extrem wichtig für Österreichs Existenz ist – es gibt allerdings keinerlei bedenken mehr bezüglich Hilfsaktionen.

„Er verwies auf die immerwährende Neutralität Österreichs, durch die sich unser Land das Vertrauen aller vier Signatarmächte des Staatsvertrags und auch das Vertrauen seiner Nachbarstaaten erworben habe. Diese Politik habe sich bewährt.“³³⁸

„Das bestätigte auch Staatssekretär Pisa, der erklärte, die österreichische Regierung sei entschlossen, ihre Neutralitätsverpflichtung getreu dem Wortlaut des Neutralitätsgesetzes nach allen Seiten zu erfüllen.“³³⁹

³³⁵ „Volksblatt“ Nr. 193, 22.8.1968, „Wien: Sondersitzung der Regierung. Bundesheer in Alarmzustand versetzt.“, Seite 1 und 4

³³⁶ „Volksblatt“ Nr. 194, 23.8.1968, „Oesterreich im Schatten der Invasion“, Seite 4

³³⁷ „Volksblatt“ Nr. 196, 25.8.1968 „Neutral nach allen Seiten“, Seite 4

³³⁸ „Volksstimme“ Nr. 193, 22.8.1968, „Das Echo in Österreich“, Seite 2

³³⁹ „Volksstimme“ Nr. 196, 25.8.1968, „Wie es an Österreichs Grenze aussieht“, Seite 3

4.5.12 Der Westdiskurs

1956

In der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums beginnt sich in der „Arbeiter-Zeitung“ ein Diskurs um das Verhalten der Westmächte zu entspinnen. Immer härter werden die Angriffe gegen den Westen, besonders als die Suez-Krise ausbricht – man fürchtet, hiermit den Sowjets ein wunderbares Argument zur Verteidigung geliefert zu haben und prangert im Allgemeinen später das Verhalten des Westens an.

„Darüber hinaus, um so rasch wie möglich zu einer Normalisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse eines freien Ungarns zu gelangen, ist ein großzügiger Akt der Solidarität des demokratischen Europa erforderlich. Der zweckmäßigste Weg wäre, daß die seit Jahren erfolgreich wirkende Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECE) unverzüglich Maßnahmen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Ungarns in die Wege leitet. Die Hilfe, die den demokratischen Staaten Europas nach den Zerstörungen des Krieges zuteil wurde, muß jetzt ebenso dem ungarischen Volk, das seine Freiheit erkämpft hat, gewährt werden.“³⁴⁰

„Um wie viel wirksamer wären die Argumente, die gegen eine weitere Bedrückung Ungarns angewendet werden könnten, wenn die Vertreter Englands und Frankreichs nicht wenige Stunden nach ihrem Eintreten für die staatliche Souveränität durch ihre Aktion in Ägypten den Sicherheitsrat herausgefordert hätten.“³⁴¹

Am deutlichsten drückt dies wieder Chefredakteur Oscar Pollak aus:

„Daß die russische „Polizeiaktion“ in Ungarn von der sonstigen Unruhe in der Welt profitiert hat, ja daß sie sich auf das üble Beispiel Englands und Frankreichs am Suezkanal berufen kann; das ist keine Entschuldigung, kein Trost, sondern eine zusätzliche Anklage – gegen die anderen.“³⁴²

Gleich am Anfang ist sich „Das kleine Volksblatt“ klar, dass Ungarn nicht siegen kann, ohne das der Westen hilft. Vorsichtig wird eine Aufforderung mit Hilfe des Bildes einer Saat, die erst aufgehen muss, formuliert.

„Die Tage von Berlin, Posen und Budapest, der Schweiß und das Blut der Helden haben den Boden für die Saat der Freiheit gedüngt, die eines Tages im ganzen Osten

³⁴⁰ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 257, 4.11.1956, „Das ganze demokratische Europa muss Ungarn helfen“, Seite 2

³⁴¹ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 257, 4.11.1956, „Einmütigkeit in schwerer Stunde“, Seite 3

³⁴² „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 258, 6.11.1956, „Ungarisches Requiem“, Seite 1-2

aufgehen wird. Möge der Westen diese Saat pflegen und sie nicht zu spät verstreuen.“³⁴³

Dieser Ansatz ändert sich aber. „Das kleine Volksblatt“ kritisiert beim zweiten, verstärkten Einmarsch der Sowjets die Westmächte und zeichnet kein gutes Bild. Zuerst wird dem Westen vorgeworfen, dass man tatenlos zusieht, wie dem ungarischen Volk die Freiheit wieder genommen wird.

*„Der Westen, der über seine Antennen immer wieder verlangt hatte, die Freiheit nicht zu vergessen, hat Ungarn in der Sternstunde seiner Geschichte allein gelassen.“*³⁴⁴

*„Zu einem Zeitpunkt, da das heldenhafte ungarische Volk den Westen davon überzeugt hat, daß der Ostblock keineswegs so fest gefügt ist, wie es Moskau in alle Welt hinaustrompetete, zu einem Zeitpunkt, da sich für den Westen vielleicht die einzige und letzte Chance bot, den geknechteten Ländern in ihrem Freiheitskampf beizustehen und ihnen die Freiheit erringen zu helfen, beginnt die westliche Welt zu versagen.“*³⁴⁵

Der zweite Strang innerhalb dieses Diskurses ist der der Doppelkrise im Suezkanal. „Das kleine Volksblatt“ verurteilt den Einsatz im Suezkanal, und wirft dem Westen vor, einen Krieg zu riskieren.

*„Die Bevölkerung weiß schon – sie kann es auch den Meldungen der verantwortungsbewussten Presse entnehmen –, was die Niederknüppelung des ungarischen Freiheitskampfes für das unglückliche ungarische Volk bedeutet, die Bevölkerung weiß schon, daß in einer Revolution und bei der Niederwerfung einer Volkserhebung durch überlegene aktive Truppen ein Menschenleben wenig wert ist, daß unermessliches Elend über Schuldige und Unschuldige kommt, die Bevölkerung weiß schon, daß die Gefahr einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Ost und West durch die Ereignisse in Aegypten nicht kleiner sondern größer geworden ist.“*³⁴⁶

Außerdem gibt sie dem Westen die Schuld am erneuten Einmarsch der Sowjets und der erzwungenen Lösung:

*„Die militärische Lösung, die ihm Moskau wenige Tage später aufzwang, hatte ihre unmittelbare Ursache in der unglaublichen politischen Hilflosigkeit der freien Welt gegenüber dem Phänomen des ungarischen Volksaufstandes.“*³⁴⁷

³⁴³ „Das kleine Volksblatt“, Nr. 249, 25.10.1956, „Die Saat der Freiheit“, Seite 2

³⁴⁴ „Das kleine Volksblatt“, Nr. 254, 31.10.1956, „Heroischer Sieg“, Seite 2

³⁴⁵ „Das kleine Volksblatt“ Nr. 256, 3.11.1956, „Budapest und Suez“, Seite 2

³⁴⁶ „Das kleine Volksblatt“, Nr. 259, 7.11.1956, „Schach den Unruhestiftern“, Seite 2

³⁴⁷ „Das kleine Volksblatt“, Nr. 258, 6.11.1956, „Verratene Freiheit“, Seite 2

Der Westdiskurs in der „Österreichischen Volksstimme“ wird primär über zwei Diskursstränge geführt: Der Westen hatte die Invasion in Ungarn geplant und wollte so dort den Kapitalismus bzw. den Faschismus installieren bzw. über die Behauptung, der Westen erzählt Lügen.

Teilweise wird hier direkt aus der „Prawda“ zitiert:

„Der Prawda Korrespondent macht für dieses Abenteuer die Wühlarbeit imperialistischer Kräfte verantwortlich, die ihre Absicht, in den volksdemokratischen Staaten die kapitalistische Ordnung wiederaufzubauen, nicht aufgeben.“³⁴⁸

Der Westen schleust zunehmend Hilfe ein, um den Krieg am Leben zu halten:

„Die reaktionären Kräfte im Land haben ihren Druck verstärkt, vor allem in Westungarn, wo sich die aus dem Westen kommende ideologische, agitatorische und sonstige Hilfe zu ihren Gunsten am stärksten auswirkt.“³⁴⁹

Mit dem Beginn der Besetzung des Suez-Kanals durch Großbritannien und Frankreich wird die Argumentation zunehmend schärfer und es wird klar, dass dahinter nur ein Plan stecken kann. Man stellt sich zunehmend als Opfer der westlichen Übermacht dar.

„Es ist doch kein Zufall, daß zur selben Zeit der Ereignisse in Ungarn der militärische Überfall auf Aegypten stattfindet.“³⁵⁰

Es geht weiter, indem man österreichische Zeitungen verdächtigt, ebenfalls auf der Seite der Westmächte zu stehen.

„Sie zeigen keinen Pathos und keine Gefühle, wenn es um die Versuche Englands und Frankreichs geht, den Suezkanal zu besetzen. Als sie jedoch über die Ereignisse in Ungarn schrieben, schlug ihre Barmherzigkeit hohe Wellen.“³⁵¹

Die Amerikaner werden in weiterer Folge direkt für den Aufstand verantwortlich gemacht:

„Dafür (Anm: Waffen) sorgt die amerikanische Untergrundorganisation jenseits der ungarischen Grenzschränken.“³⁵²

³⁴⁸ „Österreichische Volksstimme“, Nr. 253, 30.10.1956, „An der Grenze“, Seite 2

³⁴⁹ „Österreichische Volksstimme“, Nr. 254, 31.10.1956, „Erste Wendung in Ungarn unter dem Druck reaktionärer Kräfte“, Seite 1

³⁵⁰ „Österreichische Volksstimme“, Nr. 254, 31.10.1956, „Die ungarische Tragödie“, Seite 2

³⁵¹ „Österreichische Volksstimme“, Nr. 256, 3.11.1956, „Nach „bewährtem“ Vorbild“, Seite 3

³⁵² „Österreichische Volksstimme“, Nr. 257, 4.11.1956, „Helmer: Die Welt zittert vor drittem Weltkrieg“, Seite 3

Der Höhepunkt des Diskurses ist wohl der Verdacht, dass der Westen tatsächlich angreifen könnte:

„Kreise im Westen rufen direkt zur militärischen Intervention in Ungarn auf.“³⁵³

1968

„Die Arbeiter-Zeitung“ beginnt 1968 damit, die Entscheidung beim Ungarn-Aufstand nicht einzuschreiten, als positiv zu bewerten.

„Vor zwölf Jahren konnten die ungarischen Freiheitskämpfer noch glauben, die westliche Welt, besonders Amerika, werde ihnen zu Hilfe kommen. Daß dies nicht geschah, war tragisch, aber es hat der Welt wahrscheinlich einen dritten Weltkrieg erspart.“³⁵⁴

Dennoch wird die westliche Welt aufgefordert, hier ihr Gesicht zu zeigen, dies widerspricht etwas der ersten Aussage – denn an der weltpolitischen Position hat sich wenig geändert. Gleichsam wird aber auch etwas Vietnam-Kritik laut, die der Sowjetunion wieder einmal Argumente in die Hände gibt.

„So wenig die Bevölkerung unseres Nachbarlandes bereit ist, ihre Hoffnungen auf die Wiedererlangung der nationalen Freiheit zu begraben, so wenig sollte die Welt in Resignation versinken und sich mit papierenen Protesten und lahmen Gesten begnügen. Freilich, doppelt und dreifach bedauern wir in diesen Tagen, daß die USA in Vietnam ihr moralisches Gesicht verloren haben und wahrscheinlich von den Russen als Antwort auf ihre Entrüstung nur den zynischen Hinweis auf ihre Ostasien- und Südamerikapolitik ernten werden.“³⁵⁵

Bruno Kreisky selbst spricht sich gegen die Beruhigungs-Taktik der Vereinten Nationen aus, wahrscheinlich um die emotionale Komponente zu betonen: Niemand hilft unserem Nachbarland, wir würden, dürfen aber nicht. Hier lässt sich ein Vergleich mit Hitler erkennen: Die Appeasement-Politik von Chamberlain gegenüber Hitler.

³⁵³ „Österreichische Volksstimme“, Nr. 258, 6.11.1956, „Im Kampf gegen die Konterrevolution solidarisch mit den ungarischen Arbeitern“, Seite 1

³⁵⁴ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 193, 22.8.1968, „Prag ist nicht Budapest“, Seite 2

³⁵⁵ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 195, 24.8.1956, „Der Fluch der Gewalt“, Seite 2

„Wieder sind die „Appeaser“ am Werk, diejenigen, die versuchen, zu beweisen, daß es immer noch Hoffnung in die Einsicht der Mächtigen gäbe, die da kommen und sagen, solange geredet wird, wäre noch nichts verloren, die zu jedem Kompromiß bereit sind, nur um das Ärgste zu verhindern, und die so das Ärgste nur beschleunigen. So soll also gewarnt werden vor allen jenen, die da bewußt oder unbewußt den brutalen Überfall in seinen ganzen Konsequenzen nicht sehen können oder nicht sehen wollen und heute in ihrer Ratlosigkeit hoffen, „daß das Ärgste den Menschen erspart werden könne“.“³⁵⁶

Angriffe auf die Politik der Westmächte gibt es im „Volksblatt“ keine. Es gibt hier nur ganze wenige Aussagen, die leise Kritik an den Westmächten äußern – man versteht, dass man die Sowjets nicht aufschrecken möchte, aber andererseits kann es auch nicht sein, dass die UdSSR in ihrem Gebiet machen kann, was sie möchte. Eine sehr vorsichtige Formulierung, die den Kurs der Zeitung und der Partei bestätigt.

„Amerika sieht es offenbar als einen besonderen Akt der Klugheit an, die Sowjets in ihrem Einzugsgebiet gewähren zu lassen und darauf zu bauen, daß es umgekehrt ebenso funktioniert. Niemand wünscht eine Konfrontation der beiden Supermächte, aber jeder stellt die bange Frage, wohin eine Politik führt, die solche Exzesse zu einem Bestandteil ihrer Ideologie macht.“³⁵⁷

Die Westmächte werden in der „Volksstimme“ nicht direkt wegen einer Nichteinmischung kritisiert wie in anderen Zeitungen, sondern wegen ihres Krieges in Vietnam, der nach der Meinung der KPÖ in völligem Gegensatz dazu steht, dass die USA jetzt so entschieden gegen das Eingreifen in die ČSSR sind.

„Man dürfe nicht nur die Ereignisse in der CSSR verurteilen, sondern müsse aus echter Humanität ebenso leidenschaftlich gegen die amerikanische Aggression in Vietnam und Südamerika protestieren.“³⁵⁸
„Denn: Bei aller Schärfe, mit der wir uns gegen die Aktion der Warschauer-Pakt-Staaten wenden – der heiße Krieg wird nicht in der und gegen die CSSR geführt, sondern in und gegen Vietnam von jenen USA, die jetzt heuchlerisch als Anwalt der Freiheit der CSSR auftreten!“³⁵⁹

³⁵⁶ „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 197, 27.8.68, „Um was es geht“, Seite 2

³⁵⁷ „Volksblatt“, Nr. 194, 23.8.1968, „48 Stunden später“, Seite 2

³⁵⁸ „Volksstimme“, Nr. 193, 22.8.1968, „Das Echo in Österreich“, Seite 2 und 6

³⁵⁹ „Volksstimme“, Nr. 196, 25.8.1968, „Nicht Distanzierung, sondern friedliche Lösung“, Seite 2

5 Interpretation

Die Diskursanalyse hat den Verlauf der Themen durch den Untersuchungszeitraum dargestellt, unter Berücksichtigung des radikalen Konstruktivismus werden nun die Parteiwirklichkeiten und das Bild der Berichterstattung über die beiden Ereignisse zusammengefasst, gemäß den Forschungsfragen aus Kapitel vier.

Die Wirklichkeit der „Arbeiter-Zeitung“

1956 ist die Sowjetunion für die SPÖ das „ultimative Böse“, was aufgrund der stark antikommunistischen Parteilinie zu erwarten war, besonders Chefredakteur Oscar Pollak ist ein leidenschaftlicher Anti-Kommunist. Die Intensität, mit der die UdSSR als das „Böse“ definiert wird, überrascht allerdings. Die Sowjetunion wird durch Gewaltdarstellungen dämonisiert – 1956 sind noch grausame Details enthalten, die oft allzu plastisch das Ausmaß der Gewalt darstellen.

Ein weiterer Diskursstrang ist das Absprechen der Legitimation des Herrschaftsbereiches im Osten. Die UdSSR hat mit ihren Satellitenstaaten ein riesiges Gebiet in ihrem Einflussbereich und behauptet die Staaten wären freiwillig sozialistisch. Dass dies nicht der Fall ist, versucht der Herrschafts-Argumentationsstrang herauszuarbeiten, der die UdSSR als undemokratisch, gewaltbereit und unterdrückerisch charakterisiert. Die „Arbeiter-Zeitung“ meint, dass die Staaten im Einflussbereich der UdSSR nicht im von Moskau kontrollierten Einflussbereich leben wollen – die Sowjetunion verhindert eine Loslösung mit der dauernden Androhung, in diesem Fall auch Ausübung, von Gewalt.

Eine dritte Strategie um das negative Bild Russlands zu komplettieren ist der Diskursstrang, Russland verbreitet vorsätzlich Lügen und ist politisch nicht verlässlich. Dies wird mit der Aufklärung von Falschmeldungen und dem politischen Kurswechsel nach dem Tod Stalins veranschaulicht. Mit geschichtlichen Referenzen zu Stalin wird versucht deutlich zu machen, dass sich seit der „Entstalinisierung“ nicht viel geändert hat und der UdSSR trotz vieler Versprechungen die Bereitschaft zur Veränderung fehlt.

Die Sicherheit Österreichs sieht man nicht gefährdet – berichtet man über Vorkommnisse an der Grenze, wird sofort eine Meldung über die Verstärkung der Truppen beigefügt.

Die Rolle Österreichs im Ungarn-Konflikt scheint ganz klar: Die „Arbeiter-Zeitung“ positioniert Österreich als den „guten Samariter“, der den unterdrückten Ungarn zur Seite

steht – anfangs geht man noch etwas zögerlich vor, später wird immer mehr und immer emotionaler über die Hilfsaktionen berichtet. Der zweite Strang im Österreichdiskurs ist die Rechtfertigung für die Hilfe: Die „Arbeiter-Zeitung“ macht klar, dass Österreich durch die jahrhundertelange Verbundenheit zur Hilfe verpflichtet ist. Der rührende Ton bei der Schilderung der Hilfsaktionen hat zweifellos auch das Ziel, noch mehr Bereitschaft für Spenden zu generieren, viele Menschen in Österreich werden als selbstlos dargestellt, dass auch die, die nicht viel haben, für Ungarn geben.

Es bleibt auch der Eindruck, dass Äußerungen über politische Gegner in der „Arbeiter-Zeitung“ meist negativ ausfallen. KPÖ wie auch ÖVP werden negativ dargestellt. Die KPÖ aufgrund ihrer positiven Reaktion zu den Ereignissen in Ungarn, die ÖVP aufgrund ihres Angriffs auf Innenminister Helmer, dem vorgeworfen wird, er missachte die Neutralität und gefährde die Sicherheit Österreichs. Im Falle der ÖVP reagiert die „Arbeiter-Zeitung“ eher auf negative Statements, den KPÖ-Angriffen steht meist kein vorhergehender Angriff gegenüber. Die KPÖ wird hier mit der UdSSR verglichen und wegen ihrer Einstellung zu den Ereignissen mit ihr auf eine Stufe gestellt.

Der Diskurs über die Westmächte wird nicht sehr breit geführt – man versucht, die Westmächte zum Helfen zu animieren, indem man daran erinnert, dass auch Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg enorme wirtschaftliche Hilfe bekommen hatte und deshalb dies auch Ungarn zustehen sollte. Von militärischer Hilfe wird nicht gesprochen. Die „Arbeiter-Zeitung“ verurteilt die Suezkrise, weil diese Situation der Argumentation der UdSSR zusätzlich Glaubwürdigkeit verleiht und außerdem die Krise der Auslöser für einen Krieg sein könnte.

1968 hat sich für die SPÖ einiges verändert – nur das Russland-Bild nicht. Wieder wird Russland als gewalttätiger und illegitimer Herrscher dargestellt, indem man über Todesopfer berichtet - allerdings weit weniger detailliert und emotional. Außerdem kommt eine neue Taktik hinzu: Die Truppen in der ČSSR werden als dumm, inkompetent und orientierungslos dargestellt, die Bevölkerung könne von ihnen ganz leicht an der Nase herumgeführt werden. Im Diskursstrang des ungerechtfertigten Herrschaftsanspruches wird immer wieder das Bild des aussichtslosen Kampfes gegen den Stärkeren gezeichnet, um damit Verständnis für die Position der „Arbeiter-Zeitung“ für die Satellitenstaaten aufzubringen. Die Russland-Position ändert sich grundsätzlich nicht, allerdings die Strategie, ein schlechtes Licht auf Russland zu werfen: Inkompetente, dumme, aber viel stärkere Russen unterdrücken die passiv Widerstand leistenden Tschechen. 1956 wurde

noch eher die Gewalt-Argumentation bevorzugt 1968 wird außerdem zusätzlich immer wieder auf geschichtliche Beispiele verwiesen und die Sowjetunion sogar mit Hitler auf eine Stufe gestellt.

Der Sicherheitsdiskurs fällt 1968 sehr umfangreich aus. Die „Arbeiter-Zeitung“ sieht in den Grenzverletzungen der sowjetischen Flugzeuge und Hubschrauber auch Inkompetenz der ÖVP, in deren Verantwortung die Sicherheit Österreichs liegt. Mit lockeren Formulierungen und Glossen macht man klar, dass die zurückhaltende Position der ÖVP in Sicherheitsfragen ein Fehler ist, und deshalb eine echte Gefahr für Österreich besteht.

Aus diesem Sicherheitsdiskurs ergeben sich viele Angriffe gegen die ÖVP, wobei die KPÖ aufgrund ihrer Verurteilung des Einmarsches als unglaubwürdig dargestellt wird. Dieses Mal ist es die SPÖ, die aktiv beginnt, die politischen Gegner herauszufordern. Wieder wird Österreich als Helfer gesehen – man berichtet über Hilfsaktionen und versucht so, Spenden zu lukrieren und betont abermals die historische Verbundenheit mit der ČSSR – dies aber bei weitem nicht mehr so emotional wie 1956.

Die Neutralität wird zum Nebenthema – man bekennt sich zur Neutralität und deren Vorteilen in Bezug auf Sicherheit usw., aber gleichzeitig nutzt man den Neutralitätsdiskurs um der ÖVP vorzuwerfen, neutral zu sein heiße nicht, seine Meinung nicht äußern zu dürfen.

Die Wirklichkeit „Das kleine Volksblatt“ bzw. „Volksblatt“

1956 stellt „Das kleine Volksblatt“ Russland als Feind dar, hauptsächlich durch die Schilderung von Gewalt durch die Russen. Dabei ist das Blatt sehr emotional, erzeugt Mitleid für die Opfer und somit eine Rechtfertigung für die Verurteilung Russlands. Auch die Legitimität des Einflusses von Russland auf seine Satelliten-Staaten wird angezweifelt. Besonders in Kommentaren ist „Das kleine Volksblatt“ sehr direkt und spricht von „Kreaturen“³⁶⁰ die an der Macht sind. Die Glaubwürdigkeit der Aussagen Russlands wird ebenfalls widerlegt, in dem man klar macht, dass nicht die Konterrevolution hier diesen Aufstand durchführt, sondern dieser von einer sozial und politisch breit gefächerten Basis getragen wird.

In Bezug auf die Sicherheit versucht „Das kleine Volksblatt“ zu beruhigen, vor allem mit Meldungen und Reportagen von Grenzstellen, an denen immer Ruhe herrscht. Anders

³⁶⁰ „Das kleine Volksblatt“, Nr. 255, 1.11.1956, „Die Volkspartei grüßt das freie Ungarn“, Seite 1

geartete Aussagen in der Presse werden als Sensationsmacherei und Unsinn abgetan. „Das kleine Volksblatt“ lobt den Einsatz und Aufbau des Bundesheeres, das auf Bestreben der ÖVP entstanden war. Als neutraler Staat ein Bundesheer aufzubauen wird in zahlreichen Artikeln als richtig gefeiert, besonders gegen Ende des Untersuchungszeitraumes. Dieser Diskursstrang verdrängt die Berichte von der Grenze.

Besonders emotional ist die Berichterstattung in Bezug auf Österreich. Die zwei Diskursstränge sind die Helfer-Rolle Österreichs und die Rolle der ÖVP. Volk und Partei werden als „Helfer in der Not“ präsentiert, ohne die dieser Kampf in Ungarn nicht möglich wäre. Gerechtfertigt wird dieser Drang zur Hilfe über die geschichtliche Verbundenheit zu Ungarn - vor allem in Bezug auf die Donaumonarchie. 1956 fährt die ÖVP schwere Angriffe gegen die SPÖ, vor allem wegen Innenminister Helmer, der laut Meinung der ÖVP die Neutralität gefährde – die SPÖ als Sicherheitsrisiko für Österreich - außerdem sei Helmer als Politiker völlig inkompetent. Dies wird allerdings nicht direkt, sondern über einen Leserbrief getan – so wirkt der Angriff subtil und indirekt. Die KPÖ wiederum wird als Lügner dargestellt, die durch die publizierten Unwahrheiten, Österreich unterstütze die Kämpfer mit Waffen usw., selbst die Neutralität Österreichs untergräbt.

Der Neutralitätsdiskurs ist für „Das kleine Volksblatt“ äußerst wichtig. Es mahnt regelmäßig ein, dass bei aller Hilfestellung nicht zu vergessen ist, die Neutralität einzuhalten. Obwohl vorhergehend emotional berichtet wird, appelliert die Zeitung in diesem Punkt an die Vernunft.

Der Westdiskurs ist für „Das kleine Volksblatt“ äußerst wichtig – es möchte die Westmächte zum Handeln bewegen, und nimmt sie bei der Erlangung der Freiheit für die Satellitenstaaten des Ostblocks in die Verantwortung. Der Ton wird immer schärfer, da der Westen Ungarn im Stich lasse, wie die „Das kleine Volksblatt“ besonders in Leitartikeln immer wieder klar macht. Der Grund für diese Argumentation findet sich im zweiten großen Strang dieses Diskurses: „Das kleine Volksblatt“ wirft dem Westen vor, er reagiere nur dort, wo es materielle und machtpolitische Vorteile gäbe, Ungarn aber werde sich selbst überlassen. Dafür dient die Suez-Krise als Beweis.

1968 hat sich das Russland-Bild von „Das kleine Volksblatt“ natürlich nicht erheblich verändert, man wird nur vorsichtiger. Wieder gibt es Schilderungen von Gewalt, allerdings weniger häufig und ohne Details. Es wird hier wenig direkt gesagt, sondern eher aus anderen Quellen zitiert. „Das kleine Volksblatt“ ruft auch noch einmal die grausamen Bilder von 1956 in Erinnerung. Das Mittel der illegitimen Herrschaft wird ebenfalls

herangezogen, diesmal weniger aufgrund der fehlenden Demokratie, sondern aufgrund der Gewalt die angewendet wird, um die Macht zu halten.

Der Sicherheitsdiskurs 1968 enthält zwar das Thema der Grenzverletzungen sowjetischer Flugzeuge, aber es wird immer versichert, dass die Sowjetunion die Grenzen Österreichs respektiert und die Sicherheitsmaßnahmen greifen.

Die Rolle Österreichs wird durch die Schilderung von Hilfsaktionen weiterhin gefestigt, allerdings nicht mehr im Umfang von 1956, und auch nicht mit der damaligen Emotionalität – es wird darauf hingewiesen, dass Österreich seine Rolle als Helfer wahrnimmt, allerdings genau auf die Einhaltung der Neutralität achtet.

Angriffe auf politische Gegner in Bezug auf die Ereignisse gibt es 1968 nicht mehr, dafür wird die Wichtigkeit der Neutralität durch Aussagen von Politikern betont, die meinen, dadurch würde der Frieden für Österreich gesichert, bzw. die Neutralität ermögliche erst diese Hilfsaktionen. Das „Volksblatt“ betont, dass Österreich streng nach den Regeln der Neutralität handelt und man sich keine Sorgen machen muss. 1968 gibt es auch keine harte Kritik mehr an den Westmächten. Es wird nur verurteilt, dass man die Sowjetunion mit „ihren“ Satelliten-Staaten machen lässt, was sie will. Allerdings wünscht das „Volksblatt“ keineswegs eine Konfrontation.

Das Bild, das die Berichterstattung über diese beiden Ereignisse im „Volksblatt“ hinterlässt, ist politisch bedingt sehr konträr. Die offensive Verurteilung Russlands und der Westmächte findet sich 1968 nicht wieder. Die Zeitung bleibt sehr selbstreferentiell und artikuliert offensichtlich nur Anliegen der ÖVP ohne näher auf den politischen Gegner einzugehen.

Die Wirklichkeit der „Österreichischen Volksstimme“ bzw. „Volksstimme“

1956 wird Russland in der „Österreichischen Volksstimme“ als Helfer in der Not gesehen, der Ungarn von einem störenden Element befreit, das sich an die Macht kämpft und den gut funktionierenden und akzeptierten Sozialismus zu stürzen versucht. Diese Positionierung erfolgt durch emotionale Schilderungen des russischen Helfers, der sein Leben aufs Spiel setzt, um die sozialistischen Errungenschaften zu verteidigen. Der Ton wird im Lauf des Untersuchungszeitraumes immer rauer. Schließlich verbindet man die Argumentation mit einem Faschismus-Diskursstrang: Ungarn wird von den Mächten bedroht, die im Zweiten Weltkrieg ein faschistisches System aufgebaut hatten. Russland

verhindert durch das Einschreiten lediglich, dass ein zweites Horthy-Regime aufgebaut werden kann, deshalb ist auch der Einmarsch sowie die angewendete Gewalt gerechtfertigt. Außerdem wird in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraumes den Revolutionären unnötige Gewalt gegen den Helfer Russland vorgeworfen und so der Feind als gewalttätig positioniert.

Die „Österreichische Volksstimme“ argumentiert, dass die Sicherheit Österreichs auf dem Spiel steht, allerdings nicht durch Russland, sondern durch Österreich selbst. Diese Positionierung gelingt durch zwei Themen, die immer wieder wiederholt werden: Einerseits ließe man zu, dass besonders amerikanische Mächte von Österreich aus die faschistische Revolution unterstütze, andererseits verbreite die österreichische Presse Lügen, betreibe Panikmache bzw. unterstütze die Anliegen der Revolution und verletze so die Neutralität. Österreichs Rolle wird eher als die des Unterstützers der gefährlichen Revolution gesehen – die Presse und auch Österreich selbst lassen Aktivitäten zu, die als Unterstützung der Revolutionäre und letztlich als Missachtung der Neutralität gewertet werden könnten, so die „Österreichische Volksstimme“.

Der ÖVP wirft der „Österreichische Volksstimme“ vor die Revolution zu unterstützen, indem sie Vertreter empfängt, denen sie bei der Restrukturierung der Landwirtschaft hin zu einer kapitalistischen Ordnung hilft. Andererseits lobt man „Das kleine Volksblatt“ für das Vorgehen gegen die Sensationspresse. Die SPÖ wird vor allem wegen ihrer mangelnden Abgrenzung gegenüber der Konterrevolution angegriffen, was der „Österreichischen Volksstimme“ aufgrund der eigenen politischen Nähe zur SPÖ unverständlich erscheint.

Die Neutralität sieht die „Österreichische Volksstimme“ durch die Hilfsaktionen gefährdet, die nur als Tarnung für die Unterstützung der Revolution dienen würden. Da Österreich zur Wahrung der Neutralität verpflichtet ist, müssen die Hilfsaktionen gestoppt werden, so die Argumentation der „Österreichischen Volksstimme“.

Die „Österreichische Volksstimme“ geht auch mit dem Westen hart ins Gericht: Der Westen hat die Konterrevolutionäre unterstützt, in einigen Artikeln wird auf Hinweise dafür aufmerksam gemacht, dass diese Aktion von langer Hand geplant war und damit der Einflussbereich des Westens vergrößert werden sollte. Diese Argumentation gewinnt durch den späteren Einmarsch am Suez-Kanal an Rückendeckung. Auch die Zeitungen stehen auf der Seite der West-Mächte, so die „Österreichische Volksstimme“ weiter. Diese Argumentation gipfelt im Verdacht, dass der Westen militärisch einzugreifen plant.

1968 hat sich das Russland-Bild etwas gewandelt. Die „Volksstimme“ meint, Russland hat, aufgrund einer politischen Fehlkalkulation die ČSSR angegriffen, was aber auf keiner politischen Basis stehe. „Die Volksstimme“ verurteilt den Einmarsch und wiederholt dies immer wieder mit Hilfe zahlreicher Statements von kommunistischen Parteien der ganzen Welt und auch mit Stimmen aus Europa. Aufgrund dieses Irrtums müssten jetzt Menschen in der ČSSR sterben. Dennoch betont die „Volksstimme“ mehrfach, dass man deshalb nicht die Verbindung zu Moskau kappen wird, sondern versucht vielmehr aufzuklären, dass dies eine falsche Entscheidung war, weil der Sozialismus in der ČSSR keineswegs gefährdet war.

Die „Volksstimme“ reagiert auf die Krise im Nachbarland ebenfalls mit beruhigenden Worten: Die Sicherheit Österreichs ist nicht gefährdet, da es weiter Grenzkontrollen gibt und auch die Sowjetunion die Grenze akzeptiert. Österreich hilft den Flüchtlingen und gestrandeten Urlaubern aus der ČSSR. Die „Volksstimme“ meint, Österreichs Mitgefühl macht es zu einem guten Helfer in der Not, der allerdings auch nicht seine Pflichten aus der Neutralität nicht vergisst. Die „Volksstimme“ findet aber auch eine negative Seite an den Hilfsaktionen: Banken nutzen die Notsituation der festsitzenden Urlauber aus und kaufen mit viel Gewinn das Geld der ČSSR Touristen an und tauschen es in Schilling.

Die KPÖ wird von der SPÖ stark angegriffen – die „Volksstimme“ wirft der SPÖ vor, sie versucht die KPÖ zu spalten. Die „Volksstimme“ entgegnet, dass sie nicht Stellung gegen die UdSSR bezieht, um sich der österreichischen Meinung anzupassen. Außerdem wird verurteilt, dass die SPÖ selbst so stark Stellung gegen die Invasion in der ČSSR bezieht, genauso wie der ÖGB, aber sich nie zum Krieg in Vietnam äußert.

Der Neutralitätsdiskurs wird 1968 gänzlich anders geführt. Die „Volksstimme“ hat sich der Neutralität verschrieben. Dies wird besonders in dieser Krisenzeit hervorgehoben: In Bezug auf die Neutralität ist es wichtig, diese genau einzuhalten. Für diese Argumentation werden oft Regierungsmitglieder zitiert.

Die „Volksstimme“ hat 1968 etwas an Aggressivität gegenüber dem Westen verloren, allerdings äußert man immer noch Kritik: Der Westen verurteilt zwar den Einmarsch in die ČSSR, aber gesteht sich selbst nicht ein, dass dies aufgrund des Krieges in Vietnam eine sehr heuchlerische Position ist. Ebenso heuchlerisch sei die Position der österreichischen Presse in Bezug auf Vietnam, da diese die Aggression des Westens in Gestalt der USA so gut wie nie verurteilt, aber der Einmarsch in die ČSSR aufs Schärfste kritisiert wird.

Die Positionen haben sich wohl bei der „Volksstimme“ am radikalsten verändert. Man geht 1968 sehr aktiv mit Informationen um und versucht immer beide Seiten zu zitieren um möglichst beide Positionen darzustellen.

6 Zusammenfassung

Der Konstruktivismus als Rahmen für diese Arbeit dient als Interpretationshilfe für die Parteiwirklichkeiten. Der Konstruktivismus verneint die „eine“ Realität und bietet sich deshalb als Rahmen an. Die Parteimedien sind als Massenkommunikationsmittel der Parteien kommunikationswissenschaftlich als Massenmedien anzusiedeln und erfüllen demnach auch die politischen Funktionen, allerdings in leicht veränderter Form. Durch die starke Veränderung der Gesellschaft hat sich auch das Verhältnis von Medien und Parteien geändert: Von eigenen Medien zu einer Professionalisierung der Medienarbeit der Parteien.

Der geschichtliche Rahmen für diese Arbeit bewegt sich von der Entstehung der Revolution in Ungarn bis zu deren endgültiger Beendigung durch die Russen bzw. die Entstehung des Prager Frühlings und seinem sich abzeichnenden Untergang. Aber auch die Entwicklung der politischen Parteien spielt eine wichtige Rolle für das Verständnis der Forschungsergebnisse. Außerdem wurde die Geschichte der zu untersuchenden Medien nachgezeichnet, die nach anfänglichem Aufschwung nach dem Krieg bald gegenüber der parteiunabhängigen Presse das Nachsehen hatte und schließlich ab den 1970er Jahren in der Bedeutungslosigkeit versank und eingestellt bzw. verkauft wurde. Als einziges Parteiorgan erscheint heute noch die „Volksstimme“.

Die Forschung wurde mit Hilfe der Diskursanalyse durchgeführt, die eine sehr offene Methode ist und auch deshalb gewählt wurde. Mit ihrer Hilfe konnte der Verlauf der Themen über den Untersuchungszeitraum nachgezeichnet werden und die Strategien für die Vermittlung von grundsätzlichen Aussagen nachgezeichnet werden. Daraus ergaben sich dann die jeweiligen Wirklichkeiten in der „Arbeiter-Zeitung“, „Das kleine Volksblatt“ und der „Österreichischen Volksstimme“.

Die Ergebnisse waren vielschichtig: Zusammenfassend ist zu sagen, dass sich die Position gegenüber Russland und Österreich in der „Österreichischen Volksstimme“ wahrscheinlich am radikalsten verändert hat. Von Rechtfertigungsstrategien und Russland als Helfer zu einer differenzierten Ansicht der Situation und einer klaren Verurteilung des Angriffs. Außerdem wurde Österreich als Unterstützer der Revolution 1956 gesehen.

Die „Arbeiter-Zeitung“ bestätigt ihre antikommunistische Haltung durch die Jahre, allerdings verändern sich die Strategien leicht. Russland wird 1956 noch als gewalttätig, 1968 eher als unverlässlich und dumm charakterisiert. Der Neutralitätsdiskurs verkommt

zu einer notwendigen Floskel, während die Angriffe auf die ÖVP 1968 aufgrund der Oppositions-Rolle der SPÖ stärker werden: Man wirft der ÖVP vor, ein Sicherheitsrisiko für Österreich in Kauf zu nehmen, nur um Russland nicht zu provozieren.

„Das kleine Volksblatt“ verwendet die Emotion um Stimmung gegen Russland und für die Revolution 1956 zu machen. 1968 ändert sich dies grundlegend: Der Ton wird vorsichtiger, man betont in jedem Aspekt, dass man die Neutralität achtet und alle Handlungen vor diesem Hintergrund gesehen werden. 1956 erweckt die ÖVP noch den Eindruck, der SPÖ-Innenminister Helmer wäre inkompetent und gefährde Österreich, 1968 gibt es keinerlei Angriffe auf die anderen Parteien. Österreich sieht man nie gefährdet, aber besonders 1956 betont man, dass dies nur am Bundesheer liegt, für dessen Aufbau ja die ÖVP eingetreten war.

7 Literaturverzeichnis

1. Bücher

AHAMER, Vera Sophie: Ungarn 1956. Ein historisches Ereignis als politisches Legitimationsinstrument. Diplomarbeit, Wien, 2003

BAKIC, Christa: Probleme der Parteipresse zu Beginn der 60-er Jahre. Die „Arbeiterzeitung“. Diplomarbeit, Wien 1994

BERGMANN, Jörg R.: „Qualitative Methoden der Medienforschung – Einleitung und Rahmung. In: „Ayaß, Ruth, Bergmann, Jörg (Hrsg.): Qualitative Medienforschung. Rowohlt Verlag GmbH, Reinbek, 2006, Seite 13-41

BLUMLER, Jay G., KAVANAGH, Dennis: The third age of political communication. In: Political Communication, 1999, Taylor and Francis.

BONFADELLI, Heinz: Medieninhaltsforschung. UKV-Verlagsgesellschaft, Konstanz, 2002

BUHEGGER, Franz, STAMMINGER, Walter: Anspruch und Wirklichkeit: Marginalien zur Geschichte der SPÖ. In: Gerlich, Peter, Müller, Wolfgang C.: Zwischen Koalition und Konkurrenz. Österreichs Parteien seit 1945. Braumüller Verlag, Wien, 1983

BURKART, Roland: Kommunikationswissenschaft. 4. Auflage. Böhlau-Verlag, Wien, 2002

BURKART, Roland: Alter Wein in neuen Schläuchen? Anmerkungen zur Konstruktivismus-Debatte in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. In: Rusch, Gebhard, Schmidt, Siegfried J.: Konstruktivismus in der Medien- und Kommunikationswissenschaft. Delfin, 1997, Seite 55-70

DAGTOGLOU, Prodromos: Die Parteipresse. Ihr verfassungsrechtlicher und politischer Standort. Dunckler & Humblot, Berlin, 1967

DALOS, György: 1956. Der Aufstand in Ungarn. Verlag C.H. Beck, München, 2006

DECKART-FRONEK, Ingeborg: Meinungsbildende Diskurse in tschechischen Printmedien. Eine linguistisch-diskursanalytische Untersuchung. Dissertation, Wien, 2006

DONSBACH, Wolfgang: Medienwirkung trotz Selektion. Einflussfaktoren auf die Zuwendung zu Zeitungsinhalten. Böhlau, Köln, 1991

FABRIS, Hans Heinz: Journalismus im „neuen“ Österreich. In: Fabris, Hausjell (Hrsg.): Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich. Seite 1-10

FELDINGER, Norbert P.: Parteien und Parteipresse. Salzburg, 1995

FISCHER, Heinz-Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. Schüneman, Bremen, 1971

GEHRLICH, Peter, MÜLLER, Wolfgang C.: Zwischen Koalition und Konkurrenz. Österreichs Parteien seit 1945. Braumüller Verlag, Wien, 1983

GÉMES, Andreas: Austria and the 1956 Hungarian Revolution: Between Solidarity and Neutrality. Edizioni Plus – Pisa University Press, Pisa, 2008

GOTTSCHLICH, Maximilian: Die Informationsgesellschaft als politische und moralische Herausforderung. In: Gottschlich, Maximilian: Politik und Massenkommunikation. Seite 9-16

GROSSEWEISCHEDE, Jörg: Die parteitheoretischen Zeitschriften Österreichs als Mittler zur Bildung eines österreichischen Staatsbewusstseins. Dissertation, Wien, 1968

GROSSMANN, Brit: Der Einfluß des radikalen Konstruktivismus auf die Kommunikationswissenschaft. In: Rusch Gebhard, Schmidt, Siegfried J.: Konstruktivismus in der Medien- und Kommunikationswissenschaft. Delfin, 1997, Seite 19-51

GRITZNER, Edda: Internationale Konfliktherde von 1945-1953 im Spiegel der parteitheoretischen Organe Österreichs. Diplomarbeit, Graz, 1987

HAAS, Hannes: Dynamik im Marketing, Stagnation im Journalismus? Zum Strukturwandel politischer Kommunikation. In: Filzmaier, Karmasin, Klepp: Politik und Medien – Medien und Politik. WUV-Verlag, Wien, 2006. Seite 67-79

HALLER, Michael: Recherche und Nachrichtenproduktion als Konstruktionsprozesse. In: Merten, Klaus, Schmidt, Siegfried J., Weischenberg, Siegfried (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Westdeutscher Verlag, Opladen, 1994, Seite 277-290

HAUSJELL, Fritz: Journalisten gegen Demokratie und Faschismus. Eine kollektiv-biographische Analyse der beruflichen und politischen Herkunft der österreichischen Tageszeitungsjournalisten am Beginn der Zweiten Republik (1945-1947). Teil 1 und 2. Europäische Hochschulschriften Band 15, Verlag Peter Lang GmbH, Frankfurt am Main, 1989

IVAN, Lang, Pürer: 200 Jahre Tageszeitung in Österreich. Österreichische Nationalbibliothek, Verband Österreichischer Zeitungsherausgeber und Zeitungsverleger, Wien, 1983.

JÄGER, Siegfried: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Unrast-Verlag, Münster, 2004, 4. Auflage

JÄGER, Siegfried (Hrsg.): Wie kritisch ist die kritische Diskursanalyse? Ansätze zur Wende kritischer Wissenschaft. Unrast-Verlag, Münster, 2008

KARPENSTEIN-ESSBACH, Christa: Medien, Wörterwelten, Lebenszusammenhang. Wilhelm-Fink-Verlag, München, 1995

KRAMER, Helmut: Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945-1996). In: Dachs, Gerlich, Gottweis, Horner, Kramer, Lauber, Müller, Tálos: Handbuch des politischen

Systems Österreichs. Die Zweite Republik. Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien, 1997. 3. Auflage

KUGLER, Walter: Was war der Prager Frühling? Hintergründe, Ziele und Auswirkungen der tschechoslowakischen Reformbewegung von 1968. Achberger Verlags Anstalt, Achberg, 1976

KUNZ, Ruprecht: Die Geschichte der „Arbeiter-Zeitung“ von ihrer Gründung bis zur Jahrhundertwende. Dissertation, Wien, 1949

LANGENBUCHER, Wolfgang R., STAUDACHER, Irmgard: Journalismus als Komplementärinstitution politischer Kontrolle. Studien zu makrosozialen Wirkungen der medienvermittelten Kommunikation in Österreich. In: Langenbucher, Wolfgang R.: Politische Kommunikation. 2. Auflage, Braumüller, Wien, 1993, Seite 174-185

LUNZER, Marianne: Die Entstehung der österreichischen Parteien und ihre Presse. Zeitung und Forschung, Wien, 1954

MALETZKE, Gerhard: Psychologie der Massenkommunikation. Theorie und Systematik. Verlag Hans Bredow-Institut Hamburg, Hamburg, 1963

MANTL, Wolfgang (Hrsg.): Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel. Böhlau-Verlag, Wien, Köln, Graz, 1992

MELISCHEK, Gabriele (Hrsg.): Die Wiener Tageszeitungen. 1945-1955, Band 5. Lang, Frankfurt am Main, Wien, 1999

MÜLLER, Wolfgang C.: Die Österreichische Volkspartei. In: Dachs, Gerlich, Gottweis, Horner, Kramer, Lauber, Müller, Tálos, 1997, Seite 265-285

MUZIK, Peter: Die Zeitungsmacher. Österreichs Presse. Macht, Meinungen und Milliarden. Orac-Verlag, Wien, 1984

OBERHOLLENZER, Nicole: Der Baskendiskurs in den spanischen Medien. Eine kritische Diskursanalyse des Baskenkonfliktes in den Zeitungen El País und El Mundo. Diplomarbeit, Wien, 2005

PAUER, Jan: Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Edition Temen, Bremen, 1995

PLASSER, Fritz, Ulram, Peter A.: Öffentliche Aufmerksamkeit in der Mediendemokratie. In: Plasser, Fritz, (Hrsg.): Politische Kommunikation in Österreich. Ein praxisnahes Handbuch. WUV-Verlag, Wien, 2004, Seite 37-57

PÜRER, Heinz (Hrsg.): Praktischer Journalismus in Zeitung, Radio und Fernsehen. 4. Auflage. Kuratorium für Journalistenausbildung, Salzburg, 1996

PÜRER, Heinz: Presse in Österreich. Verband Österreichischer Zeitungsherausgeber und Zeitungsverleger, Wien, 1990.

RUSCHER, Gerhard: Die Rolle der Parteizeitungen in der Demokratie. Eine empirische Untersuchung über das Medienverhalten als Bedarfsverhalten. Dissertation, Wien, 1981

SARCINELLI, Ulrich: Fernsehdemokratie. Symbolische Politik als konstruktives und als destruktives Element politischer Wirklichkeitsvermittlung. In: Wunden, Wolfgang (Hrsg.): Öffentlichkeit und Kommunikationskultur. Beiträge zur Medienethik, Band 2. Steinkopf Verlag, Hamburg-Stuttgart, 1994, Seite 31-42

SAXER, Ulrich: Politische Funktionen der Publizistik aus der Sicht der Publizistikwissenschaft. In: Langenbacher, Wolfgang R.: Politische Kommunikation, 1. Auflage. Braumüller-Verlag, Wien, 1986, Seite 140-156

SCHMIDT, Siegfried J.: Die Wirklichkeit des Beobachters. In: Merten, Klaus, Schmidt, Siegfried J., Weischenberg, Siegfried (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Westdeutscher Verlag, Opladen, 1994, Seite 3-42

SCHWEIGKOFER, Gudrun: Die neue AZ. Medien- und wirtschaftspolitische Erwägungen der Umgestaltung vom Groß- zum Kleinformat im Herbst 1985. Diplomarbeit, Wien, 1989

TOZZER, Kurt: Marschmusik für Glockenspiel. 1968 Österreich am Rande des Krieges. NP-Buchverlag, St. Pölten-Wien, 1998

WEBER, Stefan: Nachrichtenkonstruktion im Boulevardmedium: die Wirklichkeit der Kronen-Zeitung. Passagen-Verlag, Wien 1995

WEBER, Stefan: Was können Systemtheorie und nicht-dualisierende Philosophie zu einer Lösung des medientheoretischen Realismus/Konstruktivismus-Problems beitragen? In: Rusch, Gebhard, Schmidt, Siegfried J.: Konstruktivismus in der medien- und Kommunikationswissenschaft. Delfin, 1997, Seite 189-220

WEISCHENBERG, Siegfried: Gladiatoren und Propagandisten? Die Akteure politischer Kommunikation in einer medialen Streitkultur. In: Langebuecher, 1993, Seite 132-149

WODAK, Ruth: Österreichs Einstellungen zu seinen ostmitteleuropäischen Nachbarn. Institut für Sprachwissenschaft der Universität Wien, Wien, 1993

WOLF, Armin: Opfer und Täter zugleich. JournalistInnen als Adressaten und Konstrukteure medialer Inszenierungen von Politik. In: Filzmaier, Karmasin, Klepp: Politik und Medien – Medien und Politik . WUV-Verlag, Wien, 2006. Seite 51-66

WOLFF, Stephan: Textanalyse. In: Ayaß, Bergmann (Hrsg.): Qualitative Methoden der Medienforschung. Rohwolt Verlag GmbH, Reinbek, 2006, Seite 245-273

2. Zeitschriften

KITTNER, Daniela: Die AZ war ihrer Zeit zu weit voraus. In: Medien&Zeit, 4/1991, Seite 32-33

VENUS, Theodor: „Wir sind wieder da“. Eine Dokumentation zur sozialistischen Pressepolitik in Österreich zu Beginn der zweiten Republik. In: Medien&Zeit, 4/1991, Seite 17-23

AUER, Georg: Über'm Berg. In: Medien&Zeit 3/1994, Seite 5-8

FRISCHLER, Kurt: 1948 – das erste journalistische Normaljahr. In: Medien&Zeit 3/1994, Seite 9-11

LINDINGER, Michaela: Vier Wiener Tageszeitungen nach der Minderbelastetenamnestie 1948. In: Medien&Zeit 3/1994, Seite 21-41

BREUER, Georg: Kein Kriegsheld, aber Kämpfer. In: Medien&Zeit, 1/2004, Seite 10-15

3. Zitierte Artikel

„Arbeiter-Zeitung“, Nr. 248, 24.10.1956

„Jetzt kommt Ungarn an die Reihe“, Seite 1-2

„Arbeiter-Zeitung“, Nr. 249, 25.10.1956

„Russische Panzer und Flugzeuge gegen Budapest“, Seite 1

„Augenzeugenberichte aus dem brennenden Budapest“, Seite 1-2

„Blutiger Himmel über Ungarn“, Seite 1-2

„Augenzeugenberichte aus dem brennenden Budapest“, Seite 1-2

„Arbeiter-Zeitung“, Nr. 250, 26.10.1956

„In Budapest wird noch gekämpft“, Seite 1-2

„Arbeiter-Zeitung“, Nr. 251, 27.10.1956

„Der Freiheitskampf in ganz Ungarn geht weiter“, Seite 1-2

„Hilfe für die Verwundeten“, Seite 2

„Westungarn in der Hand der Revolutionäre“, Seite 2

„Arbeiter-Zeitung“, Nr. 252, 28.10.1956

- „Ungarn“, Seite 1-2
- „Westungarn in der Hand der Revolutionäre“, Seite 2
- „Ein Strom von österreichischem Blut für Ungarn“, Seite 5
- „Die Hilfe rollt an die Grenze“, Seite 2

„Arbeiter-Zeitung“, Nr. 253, 30.10.1956

- „Den Toten von Magyarovar“, Seite 2
- „Ende der Volksdemokratie in Ungarn“, Seite
- „Die hilfsbereiten Herzen kannten keine Grenzen“, Seite 4
- „Glanzstück im Burgtheater: Wiener Herzen“, Seite 4
- „Macht dem Blutvergießen ein Ende“, Seite 2

„Arbeiter-Zeitung“, Nr. 254, 1.11.1956

- „Die Demokratisierung in Ungarn beginnt“, Seite 1
- „Das Volk hat gesiegt“, Seite 1-2
- „Die Hilfsaktion für Ungarn“, Seite 4
- „Kein Hungerwinter für Ungarns Frauen und Kinder“, Seite 2

„Arbeiter-Zeitung“, Nr. 255, 3.11.1956

- „Wie wir Anna Kéthly aus Budapest brachten“, Seite 3
- „Kein Zoll für Spenden“, Seite 4

„Arbeiter-Zeitung“, Nr. 256, 4.11.1956

- „Ein Appell des Kanzlers“, Seite 1
- „Ludwig Kossuth: Ungarns Nationalheld“, Seite 9
- „Russische Panzer an der österreichischen Grenze“, Seite 5
- „Einmütigkeit in schwerer Stunde“, Seite 3

„Arbeiter-Zeitung“, Nr. 257, 4.11.1956

- „Einmütigkeit in schwerer Stunde“, Seite 3
- „Das ganze demokratische Europa muss Ungarn helfen“, Seite 2

„Arbeiter-Zeitung“, Nr. 258, 6.11.1956

- „Ungarisches Requiem“, Seite 1-2
- „Anna Kéthlys letzte Stunde in der Heimat“, Seite 3
- „Sonntag 10.000 Flüchtlinge – Montag 100“, Seite 1
- „An die Gewerkschaften der Welt: Helft dem ungarischen Volk!“, Seite 2

„Arbeiter-Zeitung“, Nr. 260, 8.11.1956

- „Zusammenrücken für Ungarn“, Seite 4

„Arbeiter-Zeitung“, Nr. 193, 22.8.1968

- „KP-Chef Dubcek verschleppt?“, Seite 1,2 und 4
- „Prag ist nicht Budapest“, Seite 2
- „Flucht zurück in die Freiheit“, Seite 5
- „Augenzeugenbericht: So erlebte ich die Invasion der Panzer in Preßburg“, Seite 1

„Arbeiter-Zeitung“, Nr. 194, 23.8.1968

- „Das Kaffeehaus wurde zum Fernsehstudio“, Seite 9
- „Tschechische Helden“, Seite 2
- „Prag droht mit Generalstreik“, Seite 1,2 und 4
- „Viele Tschechen in Wien leiden Not“, Seite 10
- „Eiertanz der KPÖ“, Seite 4
- „KPÖ vor einer Spaltung“, Seite 4

„Arbeiter-Zeitung“, Nr. 195, 24.8.1968

- „Svoboda bei den Kremelführern“, Seite 1,2 und 4
- „Der Fluch der Gewalt“, Seite 2
- „Schwejk 1968: Ein Volk im Untergrund“, Seite 5
- „Wischer“, Seite 6
- „Charme“, Seite 7

„Arbeiter-Zeitung“, Nr. 196, 25.8.1968

- „Um welchen Preis?“, Seite 2
- „Trotz Okkupation: Wir geben nicht auf!“, Seite 5
- „Im Hörndlwald wohnt Nächstenliebe“, Seite 6

„Arbeiter-Zeitung“, Nr. 197, 27.8.1968

- „Mit Russen „hilfe“ aus der CSSR“, Seite 6
- „Bleiben Dubcek und Russen?“ Seite 1,2 und 4
- „Um was es geht“, Seite 2
- „Den Russen zuliebe?“, Seite 4

„Das kleine Volksblatt“, Nr. 249, 25.10.1956

- „Ungarn im Freiheitskampf“, Seite 1
- „Sowjetfreundliche Rede Gerös löste den Ungarnaufstand aus“, Seite 1-2
- „Die Saat der Freiheit“, Seite 2

„Das kleine Volksblatt“, Nr. 250, 26.10.1956

- „Ungarn: Der Freiheitskampf geht weiter“, Seite 1 und 5

„Das kleine Volksblatt“, Nr. 252, 28.10.1956

- „Freiheit oder Tod“, Seite 2
- „Maßnahmen der österreichischen Behörden“, Seite 4
- „Eine Welle der Hilfsbereitschaft“, Seite 6

„Das kleine Volksblatt“, Nr. 253, 30.10.1956

- „Wiener Brot für Ungarisch-Altenburg“, Seite 2
- „Oesterreich an der Spitze der Aktionen“, Seite 4
- „An der Grenze“, Seite 2

„Das kleine Volksblatt“, Nr. 254, 31.10.1956

- „In Budapest: Triumph und Tränen“, Seite 6
- „Von den Tatsachen bestätigt“, Seite 3
- „In Budapest wird das Rote Kreuz beschossen“, Seite 4
- „Heroischer Sieg“, Seite 2

„Das kleine Volksblatt“, Nr. 255, 1.11.1956

- „Die Volkspartei grüßt das freie Ungarn“, Seite 1
- „Ein heroischer Sieg“, Seite 2

„Das kleine Volksblatt“, Nr. 256, 3.11.1956

„Budapest und Suez“, Seite 2

„Das kleine Volksblatt“, Nr. 257, 4.11.1956

„Disziplin und Ruhe“, Seite 2

„Das kleine Volksblatt“, Nr. 258, 6.11.1956

„Ungarns Freiheitskampf im Blut erstickt“, Seite 1

„Brief an Helmer“, Seite 4

„Verratene Freiheit“, Seite 2

„Das kleine Volksblatt“, Nr. 259, 7.11.1956

„Budapest kämpft mit dem Mut der Verzweiflung“, Seite 1 und 3

„Österreichs Neutralität wird respektiert“, Seite 1-2

„Schach den Unruhestiftern“, Seite 2

„Vollkommene Ruhe im Grenzgebiet“, Seite 2

„Volksblatt“, Nr. 193, 22.8.1968

„Welt über Sowjetinvasion empört. Die Bevölkerung leistet Widerstand“, Seite 1 und 2

„Ich hab' Angst, aber die Kinder warten“, Seite 6-7

„16 Maschinen verletzten Luftraum“, Seite 7

„1200 CSSR-Urlauber bangen in Wien“, Seite 5

„Wien: Sondersitzung der Regierung. Bundesheer in Alarmzustand versetzt“, Seite 1 und 4

„Volksblatt“, Nr. 194, 23.8.1968

„48 Stunden später“, Seite 2

„Oesterreich im Schatten der Invasion“, Seite 4

„Volksblatt“, Nr. 195, 24.8.1968

„Die Chance Prags“, Seite 1-2

„Nach Protest Oesterreichs in Moskau: Wieder schwere Luftraumverletzung“, Seite 1, 2 und 5

„Volksblatt“, Nr. 196, 25.8.1968

„Neutral nach allen Seiten“, Seite 4

„Volksblatt“, Nr. 197, 27.8.1968

„Die Angst sitzt allen im Nacken“, Seite 3

„Zermürbendes Ringen im Kreml. Situation in der CSSR spitzt sich zu.“, Seite 1-2

„Peking sieht sich bestätigt“, Seite 4

„Sie wollen nicht Almosen, sondern Arbeit“, Seite 5

„Tschechen-Invasion jetzt aus Süden“, Seite 5

„Österreichische Volksstimme“, Nr. 249, 25.10.1956

„Auch in Ungarn gegenrevolutionärer Anschlag abgewehrt“, Seite 1

„Zu den Ereignissen in Ungarn, Seite 1

„Österreichische Volksstimme“, Nr. 250, 26.10.1956

„Die Erklärungen von Nagy und Kadar“, Seite 1 und 3

„Um was es in Ungarn geht“, Seite 1-2

„Österreichische Volksstimme“, Nr. 253, 30.10.1956

„Nach der Feuereinstellung“, Seite 2

„Schwere Verletzung der österreichischen Neutralität durch die Horthy-Reaktion“, Seite 1

„An der Grenze“, Seite 2

„Österreichische Volksstimme“, Nr. 254, 31.10.1956

„Hilfe für die Opfer der Bürgerkriegspropaganda“, Seite 3

„Erste Wendung in Ungarn unter dem Druck reaktionärer Kräfte“, Seite 1

„Die ungarische Tragödie“, Seite 2

„Österreichische Volksstimme“, Nr. 255, 1.11.1956

„Das Drama von Budapest – Vier Tage Agonie der ungarischen Volksdemokratie“, Seite 1-2

„Die Reaktion drängt nach vorne“, Seite 2

„Österreichische Volksstimme“, Nr. 256, 3.11.1956

„Nach „bewährtem Vorbild“, Seite 3

„Österreichische Volksstimme“, Nr. 257, 4.11.1956

„Ungarische Großbauern bei ÖVP“, Seite 2

„Helmer: Die Welt zittert vor drittem Weltkrieg“, Seite 3

„Österreichische Volksstimme“, Nr. 258, 6.11.1956

„Massenmord auf dem Republikplatz“, Seite 3

„Was die österreichische Presse selbst berichtete“, Seite 3

„Im Kampf gegen die Konterrevolution solidarisch mit den ungarischen Arbeitern“, Seite 1

„Österreichische Volksstimme“, Nr. 259, 7.11.1956

„Rotes Kreuz gegen „Bild-Telegraf“-Lüge, Seite 1

„Einig für den Schutz unserer Neutralität“, Seite 1

„Österreichische Volksstimme“, Nr. 260, 8.11.1956

„Pfeilkreuz statt Rotes Kreuz“, Seite 3

„Arbeiterhand in Arbeiterhand“, Seite 1 und 2

„Behauptungen und Tatsachen“, Seite 3

„Volksstimme“, Nr. 193, 22.8.1968

„Schlagartige Besetzung der CSSR durch die Truppen von fünf Warschauer-Pakt-Ländern. Volk steht zu Svoboda, Dubcek und Cernik“, Seite 1 und 5

„Am Fernschreiber des CTK“, Seite 1 und 4

„KPI und KPF: Missbilligung“, Seite 1 und 4

„Erklärung des Polbüros des ZK der KPÖ“, Seite 1

„Das Echo in Österreich“, Seite 2

„Volksstimme“, Nr. 194, 23.8.1968

„Muhri im Fernsehen: KPÖ wird Initiative ergreifen“, Seite 1

„Protest Waldheims bei Botschafter Podzerob“, Seite 2

„Volksstimme“, Nr. 195, 24.8.1968

„Für eine friedliche Lösung“, Seite 1

„Ruhe im ganzen Grenzgebiet“, Seite 3 und 4

„Die KPÖ zu den Ereignissen in der CSSR“, Seite 3

„Volksstimme“, Nr. 196, 25.8.1968

„Der vierte Tag der Besetzung“, Seite 1 und 4

„Nicht Distanzierung, sondern friedliche Lösung“, Seite 2

„Wie es an Österreichs Grenze aussieht“, Seite 3

„Nicht Distanzierung, sondern friedliche Lösung“, Seite 2

„Volksstimme“, Nr. 197, 27.8.1968

„Kaum begreiflich“, Seite 2

„CSSR wartet – Spannung steigt“, Seite 1 und 4

„Menschlichkeit: 100:45“, Seite 4

„Sympathiebekundungen für CSSR in den Betrieben Österreichs“, Seite 1

4. Internetquellen

http://www.historisch.apa.at/cms/apa-historisch/dossier.html?dossierID=AHD_19640918_AHD0001

aufgerufen am 26.1.2010, 17:40

<http://www.orf.at/080814-28427/index.html>

aufgerufen am 1. Februar 2010, 14:33

<http://sciencev1.orf.at/science/news/151944>

aufgerufen am 1. Februar 2010, 17:24

<http://www.kpoe.at/home/aktuelles/volksstimme.html>

aufgerufen am 5.2.2010, 13:00 Uhr

<http://www.roteswien.at/online/page.php?P=11638>

aufgerufen am 7.2.2010, 17:08

<http://www.datum.at/6705/stories/805844>

aufgerufen am 7.2.2010, 17:20

<http://www.doew.at/frames.php?/service/archiv/eg/west1.html>

aufgerufen am 7.2.2010, 19:23

<http://austria-lexikon.at/af/AEIOU/Schwejk>

aufgerufen am 14.2.2010, 10:58

http://www.wissen.de/wde/generator/wissen/ressorts/geschichte/epochen/20.~20Jh./index_page=2450276.html

aufgerufen am 25.2.2010, 17:32

8 Anhang

Redaktion „Arbeiter-Zeitung“ 1956

Chefredakteur

Pollak, Dr. Oscar, 1./7.10.1893 bis 28.8.1963³⁶¹

1920 bis 1923 Sportredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, bis 1926 in London, auch Korrespondent der „Arbeiter-Zeitung“. 1931 bis 1934 Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“. 1934 bis 1938 hält sich Pollak teilweise illegal in Wien auf, auch in Brünn und Brüssel – leitet kurzzeitig die illegale „Arbeiter-Zeitung“ in Brünn. 1938 bis 1940 in Paris, dann flüchtet er nach London, wird dort politisch aktiv in Emigrantenorganisationen. Kehrt im September 1945 mit Sondererlaubnis nach Wien zurück. Ab 22.9.1945 Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, bis 1961, auch Mitglied im Parteivorstand der SPÖ. War ein scharfer Gegner des Kommunismus sowjetischer Art und führte einen Kampf bis zur Unterzeichnung des Staatsvertrages 1955 gegen Übergriffe der sowjetischen Besatzer. Pollak schrieb unter dem Kürzel „O.P.“ hauptsächlich die Leitartikel in der „Arbeiter-Zeitung“. Pollak hatte auch viel Einfluss innerhalb der Partei, bis man ihn wegen Modernisierung der „Arbeiter-Zeitung“ als Chefredakteur absetzte – er wirkte jedoch bis zu seinem Tod 1963 noch mit. 1961 bis 1963 redaktionelle Leitung „Die Zukunft“.

Chefredakteur-Stellvertreter

Sailer, Karl Hans, 15. Bzw. 19.10.1900 bis 23.10.1957³⁶²

Arbeiterhochschule Wien, anschließend als Redakteur bei „Das Kleine Blatt“ tätig. 1929 bis 1934 Redakteur bei der „Arbeiter-Zeitung“. Ende Februar dann kurzzeitig verhaftet. Jänner 1935 Verhaftung bei Einheitsfrontverhandlungen mit Vertretern der KPÖ. März 1936 einer der Hauptangeklagten im Sozialistenprozess. Verurteilung zu 20 Monaten Kerker, Amnestie 1936. Flüchtete im September 1940 nach New York. 1946 dann wieder in Wien. Von 1946 bis 1957 Redakteur und Chefredakteur-Stellvertreter „Arbeiter-Zeitung“.

³⁶¹ Hausjell, 1989, Teil 2, Seite 760

³⁶² ebda, Seite 801

Mitarbeiter

Bieneck, Gustav Karl (Pseudonym „Austin Speer“), 14.12.1899 bis ?³⁶³

Ab 1920 freier Journalist, Korrespondent, ein Jahr Kriegsdienst in der Wehrmacht. Bis 1945 Vorstand eines Reisebüros. Ab August 1945 Redakteur bei der „Arbeiter-Zeitung“, einige Buchveröffentlichungen.

Bodinger, Ing. Egon, Daten unbekannt³⁶⁴

Mit 18 Jahren Mitglied der Sozialdemokraten – während des Krieges im Untergrund als Sozialist tätig. Ab 1945 aktiv im Arbeiterbauernbund, ab 1945 freier Mitarbeiter der „Arbeiter-Zeitung“.

Brunnthaler, Prof. Alois, 22.1.1924 bis ?³⁶⁵

Soldat im zweiten Weltkrieg, bis 1946 als Gast der Alliierten in Dänemark, Korrespondent für österreichische Zeitungen. Ende 1946 „Arbeiter-Zeitung“ durch Vermittlung von Marianne Pollak. Machte Karriere bei der „Arbeiter Zeitung“, er brachte es bis zum Wiener Kommunalredakteur. Brunnthaler blieb bis Juli 1972 bei der „Arbeiter-Zeitung“.

Gibs, Walter, 28.11.1924 bis ?³⁶⁶

Vor 1945 keine Daten. Ab 1945 hauptberuflich Schriftsetzer, nebenbei freier Journalist bei der „Arbeiter-Zeitung“ ab 1946 „Welt am Montag“ und „Bilderwoche“, Feuilletons.

Hannak, Dr. Jacques (Johann Jakob), 12.3.1892 bis 14.11.1973³⁶⁷

Ab 1920 bei der „Arbeiter-Zeitung“. Herbst 1934-1925 Redaktionsleiter „Nachrichtendienst“ der Revolutionären Sozialisten, 1938 kurzzeitig in Haft, bis Mai 1939 KZ Dachau und Buchenwald, 1939 Emigration Brüssel, Mai 1940 Flucht nach Frankreich, zwischenzeitlich interniert. Ab 1941 in New York, Angestellter. 1943 bis 1945 Mitarbeiter Rundfunkabteilung „Office of War Information“. 1945 bis 1946 Korrespondent für die „Arbeiter-Zeitung“ aus New York. 1946 bis 1961 Redakteur, danach freier Mitarbeiter und Leitartikelschreiber der „Arbeiter-Zeitung“.

³⁶³ Hausjell 1989, Seite 477

³⁶⁴ ebda, Seite 481

³⁶⁵ ebda, Seite 489

³⁶⁶ ebda, Seite 544

³⁶⁷ ebda, Seite 571

Helgott, Dr. Margarete (auch „Grete“), 21.1.1909 bis ?³⁶⁸

Studierte Psychologie in Wien, Mitglied der sozialistischen Studenten. Ab 1945 bei der „Arbeiter-Zeitung“ aufgrund ihrer Fremdsprachenkenntnisse Sekretärin von Oskar Pollak, ab Dezember 1945 auch Feuilletons, ab 1946 Redakteurin (Feuilleton, Beilage), später Leiterin der Beilagenredaktion.

Hollborn, Otto, 31.5.1905 bis 20.8.1982³⁶⁹

Vor 1934 bereits Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“. April 1939 bis 1945 Sachbearbeiter „Ostmärkische Knappschaft“ (Bergarbeiterkrankenkasse) in Graz. 1939 bis 1941 Militärdienst bei der Gendarmerie, 1941 bis Kriegsende deutsche Wehrmacht als Kompanie- und Bataillonschreiber. Mitglied im „Reichsverband der deutschen Presse“. Ab August 1945 Sportredakteur „Arbeiter-Zeitung“, bis zur Pension Ressortleiter.

Katscher, Dr. Friedrich, 7.4.1923 bis ?³⁷⁰

Keine Daten vor 1945; ab August 1945 freie Mitarbeit bei der „Arbeiter-Zeitung“, zugleich Physik und Mathematik Studium. Ab 1951 Redakteur bei der „Arbeiter-Zeitung“. (Außenpolitik)

Koller-Glück, Dr. Elisabeth, 16.12.1923 bis ?³⁷¹

Mitarbeit bei zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften während des 2. Weltkriegs, gleichzeitig Abschluss des Studiums. Im Sommer 1945 Mitarbeiterin bei der „Arbeiter-Zeitung“, vermutlich im Layout, von 1958 bis 1972 Redakteurin bei der „Arbeiter-Zeitung“

Kreuzer, Franz 18.1.1929³⁷²

Ab 1947 Redakteur bei der „Arbeiter-Zeitung“, ab 1961-1967 Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“. Danach ging Kreuzer zum ORF, später war er Gesundheitsminister für die SPÖ. Danach kehrte er zum ORF zurück. Der „Club 2“ und „ZIB 2“ gehen auf Ideen Kreuzers zurück.

³⁶⁸ ebda, Seite 575

³⁶⁹ Hausjell, 1989, Seite 587

³⁷⁰ ebda, Seite 619

³⁷¹ ebda, Seite 633

³⁷² <http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=4601&Alias=Wzo&cob=392075&Page15107=18>, aufgerufen am 7.2.2010, 18:32

Linhardt, Adolf, 20.6.1887 bis ?³⁷³

Ab 1945 freie Mitarbeit bei der „Arbeiter-Zeitung“.

Philipp, Hans (Johann), 23.9.1894 bis 23.11.1957³⁷⁴

Schriftsetzerlehre, später Funktionär „Verband jugendlicher Arbeiter Österreichs“. Parteischule, 1914 nicht kriegstauglich. Bis 1934 Tätigkeit in diversen sozialdemokratischen Organisationen. 1934 während der Februarkämpfe bei der „Arbeiter-Zeitung“ in Brünn, die illegal nach Österreich geschickt wurde. Rückkehr nach Wien, Schutzhaft. Bis 1944 Verlagsleiter, danach wieder Haft. Anschließend Wehrmacht, russische Kriegsgefangenschaft, nach Kriegsende Flucht nach Wien. Ab August als Sekretär bei der „Arbeiter-Zeitung“, ab 1956 verantwortlicher Redakteur.

Pollak, Marianne (ledig Springer), 29.7.1891 bis 30.8.1963³⁷⁵

Vor dem Krieg bereits Sozialistin und Journalistin, vor 1934 veröffentlicht Pollak auch zahlreiche Bücher. 1935 flüchtet sie nach Brünn und arbeitet von dort aus. 1938 bis 1940 lebt sie in Paris. Im Sommer 1940 flieht sie mit Oskar Pollak nach London. In London wird sie 1945 Korrespondentin der „Arbeiter-Zeitung“ in London, bevor sie Ende 1945 wieder nach Wien zurückkehrt. Bis 1959 ist Pollak auch Nationalratsabgeordnete für die SPÖ. Begeht 1963 nach dem Tod von Oscar Pollak Selbstmord.

Prandl, Dr. Rita, 19.8.1923 bis ?³⁷⁶

Prandl darf während des Nationalsozialismus nicht studieren, da sie als „Mischling I. Grades“ gilt, sie arbeitet als Stenotypistin bei einer Speditionsfirma. Ab 1945 dann journalistisch tätig, u.a. bei der „Arbeiter-Zeitung“, studiert nebenbei bis zum Doktorat.

Ruff, Dr. Philipp 1907 bis November 1980³⁷⁷

Keine Daten vor 1945; Hauptberuflich Steuerberater, von 1945 bis 1980 als Musikkritiker der „Arbeiter-Zeitung“.

³⁷³ ebda, Seite 674

³⁷⁴ ebda, Seite 749

³⁷⁵ Hausjell, 1989, Seite 759

³⁷⁶ ebda, Seite 767

³⁷⁷ ebda, Seite 796

Schima, Johannes ?³⁷⁸

1938 bis 1945 Mitarbeiter von diversen nationalsozialistischen Zeitungen und Zeitschriften. Ab August 1945 Mitarbeit bei der „Arbeiter-Zeitung“.

Sterk, Josef (1903-1981)³⁷⁹

Widerstandskämpfer in der Résistance, jahrelang Chefredakteur-Stellvertreter der „Arbeiter-Zeitung“.

Sterk, Harald 1938-1991³⁸⁰

Sohn von Josef Sterk, Kultur-Redakteur bei der „Arbeiter-Zeitung“, später auch Ressortleiter Architektur beim ORF.

Redaktion „Arbeiter-Zeitung“ 1968

Chefredakteur

Paul Blau 28.4.1915 – 27.10.2005³⁸¹

Seit seiner Kindheit verbunden mit der sozialistischen Bewegung, 1940 von den Nationalsozialisten als „Halbjude“ aus der Wehrmacht entlassen, anschließend im Widerstand. 1950 bis 1957 im Ministerium für verstaatlichte Industrie, danach bis 1967 Leiter der Monatszeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“. Bruno Kreisky holte ihn zur Arbeiter-Zeitung, allerdings war Blau nur bis 1970 Chefredakteur.

Chefredakteur-Stellvertreter

Günther Traxler 1939³⁸²

Traxler kommt 1963 zur „Arbeiter-Zeitung“, vom Innenpolitik-Leiter bringt er es schnell zum stellvertretenden Chefredakteur und arbeitet aktiv weiter in der Innenpolitik. Obwohl Journalist für die „Arbeiter-Zeitung“, wird ihm ein kritischer Blick auf die SPÖ nachgesagt, damals wie heute. Nach Zwischenspielen beim Verbund und als Pressesprecher von Fred Sinowatz kehrt er 1986 zur „Arbeiter-Zeitung“ zurück, bis zu deren Privatisierung 1989. Danach beginnt Traxlers Karriere bei „Der Standard“, wo er

³⁷⁸ Hausjell, 1989, Seite 818

³⁷⁹ <http://www.dasrotewien.at/online/page.php?P=11983>, aufgerufen am 7.2.2010, 16:49

³⁸⁰ <http://www.dasrotewien.at/online/page.php?P=11983>, aufgerufen am 7.2.2010, 16:49

³⁸¹ <http://www.rote.wien.at/online/page.php?P=11638>, aufgerufen am 7.2.2010, 17:08

³⁸² <http://www.datum.at/6705/stories/805844>, aufgerufen am 7.2.2010, 17:20

schnell Chef vom Dienst wurde. Bis heute schreibt er die berühmte Kolumne „Blattsalat“ in der Zeitungen und deren Protagonisten aufs Korn genommen werden.

Mitarbeiter

Koller-Glück, Dr. Elisabeth

Katscher, Dr. Friedrich

Hager, Christa

Keine Daten gefunden

Hollborn, Otto

Brunnthaler, Prof. Alois

Gibs, Walter

Hannak, Dr. Jacques (Johann Jakob)

Jelinek, Robert

Keine Daten gefunden

Kupfer, Peter

Keine Daten gefunden

Scheu, Friedrich³⁸³

1954-1972 Leiter des Außenpolitik-Ressorts

Scheuch, Manfred, 1929³⁸⁴

Ab 1963 bei der „Arbeiter-Zeitung“, 1967 Ressortleiter für Innenpolitik.

Sterk, Josef

Sterk, Harald

Ruff, Dr. Philipp

Uccusic, Paul

Keine Daten vorhanden

Weber, Helmut

Keine Daten vorhanden

³⁸³ <http://www.univie.ac.at/iwk/iwk-bericht04.html>, aufgerufen am 7.2.2010, 17:35

³⁸⁴ <http://www.rote.wien.at/online/page.php?P=11350>, aufgerufen am 7.2.2010, 17:49

Redaktion „Das kleine Volksblatt“ 1956

Chefredakteur

Grössl, Dr. Franz, 29.1.1913 bis Mai 1984³⁸⁵

Bis 1937 Studium, 37-38 Journalist im Generalsekretariat der Vaterländischen Front. Während des Krieges Buchhalter-Tätigkeiten, später Wehrmacht als Dolmetscher und Entzifferer. Bis 1946 in britischer Gefangenschaft. Ab März 1946 bei „Das kleine Volksblatt“, ab 1947 Ressortleiter Außenpolitik. 1951 bis 1963 Chefredakteur, 1963-1968 Generaldirektor „Österreichischer Verlag“ (ÖVP). 1968-70 wieder Chefredakteur des „Volksblatt“.

Chefredakteur Stellvertreter

Reichhold, Ludwig

Daten unbekannt

Mitarbeiter

DAVID, Otto, 13.12.1909 bis 5.5.1981³⁸⁶

Vor 1934 sozialdemokratischer Journalist, während der Nazizeit Reporter beim Ostmärkischen Zeitungsverlag, wurde in den „Reichsverband der deutschen Presse“ aufgenommen. Diente in der Wehrmacht, später in kanadischer Gefangenschaft. Ab 1946 Chronik-Redakteur „Das kleine Volksblatt“ bis 1970, nach der Pensionierung im Pressereferat der ÖBB tätig.

Hajas, Dr. Desider, 23.10.1914 bis 3.2.1970³⁸⁷

(eigentlich Dr. Desiderius Hajas v. Simonyi, ab etwa 1950 Pseudonym „Dr. Dominik Hartmann“)

Studium, anschließend 1939 bis 1945 Kriegsdienst (Verwaltung), Ab 1945 Kulturredakteur bei diversen Zeitungen und Zeitschriften, ab Mai 1962 Redakteur (Kultur, Ausland) „Volksblatt“ bis unbekannt.

Harrer, Dr. Josef Robert (Pseudonym Lukas Nell ab 1939), 5.1.1896 bis ?³⁸⁸

Ab 1945 freier Journalist, Beiträge für „Das kleine Volksblatt“.

³⁸⁵ Hausjell, 1989, Seite 555

³⁸⁶ ebda, Seite 507

³⁸⁷ ebda, Seite 566

³⁸⁸ ebda, Seite 573

Komorzynski, Dr. Egon, 7.5.1878 bis 1963³⁸⁹

Lehrer und Kritiker musikalischer Aufführungen in Kirchen, Buchveröffentlichungen über Mozart. Ab September 1945 freie Mitarbeit (Musik) bei „Das kleine Volksblatt“.

Kukula, Walter, keine Daten vorhanden³⁹⁰

Schriftsteller, einige Buchveröffentlichungen. Ab 1945 freie Mitarbeit „Das kleine Volksblatt“, weiter Buchveröffentlichungen.

Poukar, Raimund, 17.7.1895 bis ?³⁹¹

War bereits vor dem zweiten Weltkrieg und während des Ständestaates katholischer Publizist und später strikter Gegner des Nationalsozialismus. War vermutlich Mitglied der Heimwehr. 1938 bis 1940 im Konzentrationslager, 1944 wieder verhaftet. 1945 bis 1955 Pressechef im Unterrichtsministerium, später im Bundeskanzleramt. Politisch aktiv in mehreren Organisationen, ab 1945 freier Mitarbeiter bei zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften, u.a. „Das kleine Volksblatt“.

Pozdena, Dr. Rudolf, 7.6.1900 bis 13.5.1983

Studium in Wien, um 1930 verantwortlicher Redakteur der „Klosterneuburger Zeitung“. Ab 1933 einige Buchveröffentlichungen. Während des Studiums regelmäßig wissenschaftliche Beiträge für die „Reichspost“. Während des Nationalsozialismus als Schriftleiter tätig, später Beurlaubung wegen Krankheit und 1944 Kündigung. 1938 bis 1945 Mitglied im „Reichsverband der deutschen Presse“. Ab 1945 dann ständiger freier Mitarbeiter „Das kleine Volksblatt“, etwas später langjähriger Redakteur „Das kleine Volksblatt“.

Quapil, Richard, 23.1898 bis 21.4.1980³⁹²

Reserveoffizier im 1. Weltkrieg. Bis 1938 Redakteur bei „Das kleine Volksblatt“. 1938 bis 23.4.1939 Schriftleiter „Das kleine Volksblatt“. Angeblich von seinen Kollegen denunziert, darauf folgten zwei Jahre Untersuchung – 1940 wurde er freigesprochen, diente von 1939 bis 1945 in der Wehrmacht. Ab 1945 Redakteur für Innenpolitik bei „Das kleine Volksblatt“.

³⁸⁹ ebda, Seite 634

³⁹⁰ Hausjell 1989, Seite 654

³⁹¹ ebda, Seite 764

³⁹² ebda, Seite 775

Schreyer, Hans, 6.10.1900 bis ?³⁹³

Auch Hannes Schreyer; arbeitete ab 1933 als Redakteur bei der „Illustrierte Kronen Zeitung“. Bis 1941 Lokalschriftleiter und CvD. NSDAP Anwärter, von 1941 bis Kriegsende in der deutschen Wehrmacht. Zu Kriegsende Kontakte und Mitarbeit bei Widerstandsbewegung. Ab August 1945 Lokalredakteur „Das Kleine Volksblatt“.

Steinitz-Metzler, Gertud(e), ?

1941/42 Schriftstellerin in Wien; Ab 1945 ständige Mitarbeiterin „Das Kleine Volksblatt“, mehrere Buchveröffentlichungen.

Wasa, Ing. Gustav, 31.10.1890 bi 8.12.1960³⁹⁴

1947 Pseudonym „Friedl Augustin“; 1938 bis 1942 „Illustrierte Kronen-Zeitung“. Ab August 1945 Gerichtssaalredakteur „Das Kleine Volksblatt“.

Redaktion „Volksblatt“ 1968

Chefredakteur

Grössl, Dr. Franz

Chefredakteur-Stellvertreter

Ernegger, Dr. Erich

Keine Daten vorhanden.

Mitarbeiter

Bauer, Hans

Keine Daten vorhanden

David, Otto**Göbel, Klaus**

Keine Daten vorhanden

Hajas, Dr. Desider

Vermehrt unter dem Pseudonym „Dr. Dominik Hartmann“

Pozdena, Dr. Rudolf

³⁹³ ebda, Seite 831

³⁹⁴ Hausjell 1989, Seite 895

Quapil, Richard**Uhlir, Grete**

Keine Daten vorhanden

Redaktion „Österreichische Volksstimme“ 1956

Chefredakteur

Zucker-Schilling, Erwin, 15.8.1903 bis 28.11.1985³⁹⁵

Zucker-Schilling betätigt sich früh politisch – er ist bereits Mitglied des „Kommunistischen Jugendverbandes Österreichs“ (KJVÖ). 1920 Redakteur kommunistischer Publikationen, 1921 bis 1925 Mitglied Bundesleitung KJVÖ. 1925 bis 1933 Redakteur „Die Rote Fahne“. 1935 nach Prag, Mitglied des ZK. September 1938 nach Paris, nach Kriegsausbruch in die Türkei. Dann nach Moskau, Mitarbeit bei Publikationen unter Pseudonymen. 1941 von Moskau nach Ufa, Aufbau und Leitung des „Senders Österreich“. Rückkehr nach Moskau, im Mai Rückkehr nach Wien. 1945 bis 1957 CF „Österreichische Volksstimme“. 1945 bis 1957 Mitglied Politbüro der KPÖ, bis 1965 ZK.

Chefredakteur-Stellvertreter

Kostmann, Jenö, 14.12.1906 bis ?³⁹⁶

Sozialdemokratische Eltern, Medizinstudium. Tritt Ende 1927 der KPÖ bei und wird Funktionär und Redakteur bei „Die Rote Fahne“. 1934 Verhaftung und dann ins Anhaltelager Wöllersdorf verbracht. Illegaler Redakteur für „Die Rote Fahne“ in Prag und Wien. 1938 flüchtet er nach England, wird aber wieder interniert, wird freigelassen bei Kriegsbeginn in der Sowjetunion. Kam schließlich im November 1945 wieder nach Wien zurück. November 1945 bis 1968 Chefredakteur-Stellvertreter der „Österreichischen Volksstimme“, 1951 bis 1969 Mitglied im ZK der KPÖ, seit Pensionierung freie Mitarbeit bei der Volksstimme.

³⁹⁵ Hausjell, 1989, Seite 922

³⁹⁶ ebda, Seite 638

Mitarbeiter

Auer, Georg 4.8.1922³⁹⁷

Glasereilehre, emigriert im Dezember 1938 nach England, Tischler- und Zimmererlehre, wird interniert und später irrtümlich nach Australien deportiert. Rückkehr nach Österreich im Sommer 1946. Von 7.1.1947 bis 31.1.1970 bei der „Volksstimme“, vom Lokalreporter bis zum Leiter der Sozialpolitik, Leiter Motorredaktion. Auer wurde gekündigt wegen seiner Haltung zum Einmarsch in die ČSSR. Wurde 1956 wegen Hochverrats angeklagt (Blatt wurde beschlagnahmt), Auer wurde freigesprochen.

Basil, Otto (Pseudonym „Markus Hörmann“), 24.12.1901 bis 19.2.1983³⁹⁸

In der ersten Republik bereits freier Journalist, während des Nationalsozialismus Publikationsverbot, jedoch nicht im Exil – arbeitete von 1927 bis 1945 als Beamter. Ab Juni 1945 freier Mitarbeiter bei „Österreichische Zeitung“, „Neues Österreich“ und „Österreichische Volksstimme“.

Breuer, Georg 1919³⁹⁹

Jude, flüchtet deshalb 1938 in die Schweiz und schließlich 1939 nach England. Arbeitet in der Emigration für „Young Austria“. Im Dezember 1945 kommt Breuer zurück. Von 1946 bis 1957 war er bei zahlreichen KP-nahen Publikationen tätig, auch bei der „Österreichischen Volksstimme“.

Frei, Bruno, 11.6.1897 bis 21.5.1988⁴⁰⁰

Auslandskorrespondent in Berlin während der Ersten Republik, 1936 geht Frei nach Paris und flüchtet später nach Mexiko. 1947 kehrte Frei wieder nach Wien zurück und arbeitete bei der „Volksstimme“, für die er nach China als Auslandskorrespondent ging. Frei stand bis zum Einmarsch in die ČSSR völlig auf Parteilinie, erst zu diesem Zeitpunkt wird Kritik laut.

Fischer, Ernst, geb. 3.7.1899 bis 31.7. od 1.8. 1972⁴⁰¹

Mitglied Politbüro KPÖ bis 1961, 1968 Abwahl aus dem Zentralkomitee und Ausschluss aus der KPÖ wegen einer Stellungnahme gegen den Einmarsch der Warschauer Pakt Staaten in die Tschechoslowakei („Panzerkommunismus“).

³⁹⁷ Auer, Georg, 1991, In: Medien&ZEIT 4/91, Seite 5- 8

³⁹⁸ Hausjell 1989, Seite 461

³⁹⁹ Breuer, Georg: Kein Kriegsheld, aber Kämpfer. In: Medien&Zeit, 1/2004, Seite 10-15

⁴⁰⁰ <http://www.onb.ac.at/sammlungen/litarchiv/bestand/sg/nl/frei.htm>, aufgerufen am 7.2.1960, 18:55

⁴⁰¹ Hausjell 1989, Seite 528

Frick, Karl, 1.7.1920 bis ?⁴⁰²

Keine Staatsbürgerschaft, trat deshalb zur deutschen Wehrmacht ein, lief aber 1941 zur roten Armee über. Nach 1945 zuerst in Tirol Bezirkssekretär, danach Arbeit als Journalist. 1946 kurz bei der Volksstimme, später wieder in Tirol. 1947: „Dann endgültig nach Wien als Wirtschaftsredakteur „Österreichische Volksstimme“. (...) Ab 1948 Redakteur (Wirtschaft, Innenpolitik) „Der Abend“. Später wieder „Österreichische Volksstimme“ bis zur Pensionierung 1980.“

Kontschek, Hans, 9.12.1924 bis 29.8.1978

Keine Informationen vor 1945. 1945 Mitarbeiter bei der „Arbeiter-Zeitung“, Ab Anfang 1946 bei der „Österreichischen Volksstimme“, ab 1959 bei der „Kronen Zeitung“.

Marek, Franz, 18.4.1913 bis 28.6.1979⁴⁰³

Studium in Wien, ab Februarkämpfen 1934 Mitglied der KPÖ, ab 1938 Emigration nach Paris, 1939 bis 1941 Internierung in der Bretagne. Kehrt 1941 illegal zurück nach Paris, Mitarbeit in der französischen „Résistance“. Verhaftung im August 1944, Todesurteil, konnte befreit werden. Ab August 1945 wieder in Wien, Mitarbeit „Österreichische Volksstimme“, 1946 bis 1969 Mitglied ZK der KPÖ, 1948 bis 1969 Mitglied im Politbüro der KPÖ. Legt 1969 bei Auseinandersetzungen bezüglich der Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der ČSSR die Parteifunktionen nieder, wird folglich 1970 aus der Partei ausgeschlossen. Ab 1970 Chefredakteur des „Wiener Tagebuch“.

Rosner, Jakob, 25.3.1890 bis 18.6.1970⁴⁰⁴

Sozialdemokrat, dient im 1. Weltkrieg. Ab 1919 dann Mitglied der KPÖ, in verschiedenen Parteifunktionen tätig. Ging 1928 nach Berlin. Sagte 1933 im Reichstagsbrandprozess aus, kehrte dann 1933 illegal wieder zurück. Flüchtete 1934 vermutlich nach Moskau, bis 1938 unter falschem Namen Leiter des „Komintern“ Organs. 1939 geht er nach Schweden, im Auftrag der „Komintern“ Gründer zahlreicher und Chefredakteur zahlreicher Publikationen. 1943 nach Auflösung der „Komintern“ Gründer und Chefredakteur von zahlreichen Blättern. 1945 Rückkehr nach Wien. Ab 1945 außenpolitischer Redakteur der „Österreichischen Volksstimme“. 1951 bis 1965 Mitglied im ZK der KPÖ.

⁴⁰² ebda, Seite 535

⁴⁰³ Hausjell, 1989, Seite 688

⁴⁰⁴ ebda, Seite 791

Sacher-Rabinowitz, Dkfm. Karl, 25.12.1911 bis ?⁴⁰⁵

Hochschule für Welthandel, Anfang der 30er Jahre gelegentlicher Mitarbeiter der kommunistischen Presse. 1934 bis 1937 externer Mitarbeiter der bürgerlichen Presse. Im Februar 1937 emigriert er zuerst nach Polen und dann in die UdSSR. Im November 1945 kehrt er nach Wien zurück. November 1945 bis 1946 Außenpolitik Redakteur der „Österreichischen Volksstimme“. 1945 bis 1954 bei der „Austria Presseagentur“ als Redakteur tätig, danach wieder „Volksstimme“ Redakteur. Juni 1957 bis 1962 Auslandskorrespondent in Moskau und dann in Prag. Zwischendurch als Export-Sachbearbeiter tätig, von 1964 bis 1967 literarischer Redakteur bei einem Fremdsprachenverlag in Peking.

Scharf, Erwin, 29.8.1914 bis 6.9.1994⁴⁰⁶

Sozialdemokratisches Elternhaus, aktiv in der „Kinderfreunde“-Bewegung. Studium in Wien. Nach Februar 1934 illegale politische Arbeit, 1934 bis 1938 Studentenvertreter, Mitglied der Leitung der „Revolutionären Sozialistischen Jugend“. 1938 Verhaftung, 1939 Prozess. Verurteilung zu 2 Jahren Zuchthaus. Nach Entlassung 1940 bis 1944 kaufmännischer Angestellter in Klagenfurt. Im August 1944 nach Slowenien, Anschluss an die jugoslawische Volksbefreiungsarmee. April 1945 zurück in Wien.

1945 bis 1946 Mitglied im Parteivorstand der SPÖ, 1945 bis 1947 Zentralsekretär der SPÖ bis 1948 auch Nationalratsabgeordneter. Ab 1945 auch Mitarbeit an sozialistischen Zeitungen. Setzte sich für die Zusammenarbeit mit der KPÖ ein, trat 1948 wegen der Politik und Haltung der SPÖ aus der Partei aus und gründete daraufhin „Sozialistische Arbeiterpartei Österreichs“ (SAPÖ), die 1949 eine Koalition mit der KPÖ einging. Bis 1953 Nationalrat für die SAPÖ, 1956 bis 1965 Chefredakteur der „Österreichischen Volksstimme“. Ab 1965 ZK-Sekretär der KPÖ. Während der Zeit der Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR Anhänger des orthodoxen, moskautreuen Flügels der KPÖ.

Seliger, Kurt 3.11.1921 bis 1999⁴⁰⁷

1938 in die Schweiz, 1935 bis 1938 Mitarbeit im illegalen „Kommunistischen Jugendverband Österreichs“. Ab 1939 KPÖ Mitglied. 1938 bis 1940 Basel. 1940 bis 1942 im Arbeitslager für Emigranten. 1942 bis in Untersuchungshaft wegen verbotener Tätigkeit

⁴⁰⁵ Hausjell, 1989, Seite 800

⁴⁰⁶ ebda, Seite 813

⁴⁰⁷ ebda, Seite 839

für die KPÖ in der Schweiz, anschließend politisch interniert bis 1946. Rückkehr nach Wien. 1946 bis 1957 Redakteur der „Österreichische Volksstimme“. 1966 bis 1969 Korrespondent in der DDR. Trat 1969 aufgrund der parteilichen Auseinandersetzungen wegen des Einmarsches der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR aus der KPÖ aus. Danach freier Journalist.

Soucek, Lothar, 2.9.1902 bis 31.8.1968⁴⁰⁸

Ab 1940 Schriftleiter in Wien, 1940 bis 1945 Mitglied des Reichsverbands der deutschen Presse“. Ab Anfang 1946 Redakteur bei der „Österreichische Volksstimme“, keine Daten vorhanden wie lang er Redakteur war.

Soudek, Leopold Johann, 15.9.1902 bis 6.7.1981⁴⁰⁹

Auch Leo Soudek; Bis 1938 hauptsächlich in der Tschechoslowakei journalistisch tätig. 1939 bis 1945 Reichsangestellter. Ab Anfang 1946 Redakteur der „Österreichischen Volksstimme“, unbekannt, wie lange.

Stern, Edeltrud, 13.8.1906 bis ?⁴¹⁰

Schauspielerin in Deutschland, von 1937 bis 1938 Schauspielerin am Burgtheater, 1938 bis 1945 Emigration in der Schweiz. In Zürich verhaftet wegen politischer Arbeit zur Befreiung Österreichs. Drei Monate Haft, 1943 bis 1945 in einem Lager in der Schweiz interniert. Herbst 1945 Rückkehr nach Österreich. Ab 1948 Redakteurin der „Volksstimme“.

Wildgans, Friedrich, 5.6.1913 bis 8.11.1965⁴¹¹

Wiener Musikakademie, Professor am Mozarteum in Salzburg, 1936 bis 1940 Klarinettist der Wiener Staatsoper. 1938 vom öffentlichen Wirken ausgeschlossen, 1940 bis 1942 in Haft, danach Verbot jeder künstlerischen Tätigkeit. 1943 am Volksgerichtshof wegen hochverräterischen Vorhabens zur Befreiung Österreichs zur einem 1 Jahr und 3 Monaten Haft verurteilt. 1944 bis 1945 aktive Beteiligung am Widerstand. Ab 1945 ständiger Mitarbeiter u.a. bei „Österreichischer Volksstimme“.

⁴⁰⁸ Hausjell, 1989, Seite 847

⁴⁰⁹ ebda, Seite 848

⁴¹⁰ ebda, Seite 861

⁴¹¹ ebda, Seite 904

Wolker, Hans, 16.11.1914 bis ?⁴¹²

1934 bis 1938 Mitarbeit an illegalen Zeitungen, auch nach 1938. Während des Krieges als Funker in der Wehrmacht. Ab 1945 Redakteur, später Chefredakteur-Stellvertreter der „Österreichischen Volksstimme“. Auch Parteifunktionär.

Redaktion „Volksstimme“ 1968

Chefredakteur

West, Franz 1909 bis 1984⁴¹³

West zog 1924 mit seinen Eltern nach Wien, sein Studium kann er aufgrund vder politischen Umstände als Jude nicht beenden. 1934 in der KPÖ, 1938 Flucht nach Engalnd, engagierte sich in Exilorganisationen. 1945 Rückkehr nach Wien, von 1965-1969 Chefredakteur der Volksstimme, tritt 1969 aus der KPÖ aus.

Chefredakteur-Stellvertreter

Jenö Kostmann

Mitarbeiter

Auer, Georg**Basil, Otto****Fischer, Ernst****Frick, Karl****Lettner, Wilma, 19.2.1915 bis ?⁴¹⁴**

Rechtsanwaltsgehilfin, freie Mitarbeit bei kleinen Parteiblättern. Emigration, 1940 bis 43 in französischen Konzentrationslagern. Danach Tätigkeit bei diversen Zeitungen und Zeitschriften, ab 1959 bis 1975 bei der „Volksstimme“ tätig.

Marek, Franz**Seliger, Kurt****Soudek, Leopold Johann****Wolker, Hans**

⁴¹² Hausjell, 1989, Seite 908

⁴¹³ <http://www.doew.at/frames.php?/service/archiv/eg/west1.html>, aufgerufen am 7.2.2010, 19:23

⁴¹⁴ Hausjell, 1989, Seite 671

ABSTRACT

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Konstruktion von Parteiwirklichkeiten in den Zentralorganen der SPÖ, ÖVP und KPÖ während der Ereignisse Ungarn-Aufstand 1956 und Prager Frühling 1968. Es sollte herausgefunden werden, wie die Parteien ihre Wirklichkeiten anhand von sechs Variablen aufbauen. Als Methode wurde die Diskursanalyse nach Siegfried Jäger gewählt. Es wurden Aussagen aus der „Arbeiter-Zeitung“, „Das kleine Volksblatt“ und „Österreichische Volksstimme“ gesucht, die sich mit Russland, Österreich, der Sicherheit für Österreich, dem politischen Gegner, der Neutralität und der Reaktion der West-Staaten beschäftigen. Anschließend wurden die Diskursfragmente in Diskursstränge und schließlich in einen übergeordneten Diskurs eingebracht.

Als Voraussetzung für die Interpretation wurde zunächst der kommunikationswissenschaftliche Standort der Parteimedien bestimmt, anschließend der geschichtliche Rahmen erarbeitet, um die Ergebnisse interpretieren zu können. Als Grundlage der Interpretation diente der Konstruktivismus.

Zwischen den Analysezeitpunkten sind deutliche Unterschiede zu beobachten. Die „Arbeiter-Zeitung“ versucht 1956 Russland als gewalttätigen, illegitimen Herrscher darzustellen. Dies wird durch emotionale Gewaltdarstellungen und dem Absprechen der demokratischen Legitimation der Volksdemokratien erreicht. Ähnlich geht auch „Das kleine Volksblatt“ vor. 1968 wird in beiden Zeitungen auf Gewaltdarstellungen verzichtet, es kommt aber die Strategie der Darstellung Russlands als dumm, inkompetent und unverlässlich hinzu: Russland wird vom tschechoslowakischen Volk ganz einfach an falsche Orte geschickt, und die Russen merken dies nicht. Die „Österreichische Volksstimme“ macht aber die größte Veränderung durch: Von der Darstellung Russlands 1956 als Helfer und Befreier der Ungarn vom Faschismus wandelt sich die Einstellung zu einer differenzierten und kritischen Betrachtungsweise, die den Einmarsch 1968 als unnötig verurteilt – dabei stützt sich das KPÖ-Organ größtenteils auf Zitate anderer europäischer Schwesterparteien. Die „Österreichische Volksstimme“ sieht 1956 die Gefahr eher in Österreichs Presse als in den Kämpfen im Nachbarland, da die Presse aktiv die Revolution unterstützt und Lügen verbreitet, um die Kämpfe weiter anzuheizen.

Österreichs Rolle wird von der „Arbeiter-Zeitung“ und „Das kleine Volksblatt“ 1956 als Helfer und Verbündeter gesehen. Durch die ausführliche Beschreibung emotionaler Hilfsaktionen wird Österreich kompromisslos als selbstloser Helfer dargestellt. Die „Österreichische Volksstimme“ sieht dies anders: Österreich wird als Unterstützer der

Revolution in Ungarn gesehen – Hilfsaktionen werden ausgenutzt, um die unrechtmäßige, faschistische Erhebung mit Waffen zu unterstützen. 1968 werden Österreichs Bemühungen in allen drei Medien zwar positiv dargestellt, allerdings verliert der Österreichdiskurs an Wichtigkeit und Emotionalität.

1956 werden in der „Arbeiter-Zeitung“ und noch massiver in „Das kleine Volksblatt“ die Westmächte für ihr Nicht-Handeln verurteilt. Als Strategie wird der Vergleich mit der Suez-Krise benutzt, wo aus materiellem Interesse durch Großbritannien und Frankreich interveniert wurde, und so die Ungleichbehandlung Ungarns erörtert. 1968 gibt es in der „Arbeiter-Zeitung“ eine ähnliche Taktik, hier wird als Vergleich der Krieg in Vietnam herangezogen. 1956 benutzt auch die „Österreichische Volksstimme“ die Suez-Krise als Mittel, die Westmächte als Aggressor darzustellen. 1968 wird in der „Volksstimme“ dann die Doppelmoral des Westens angeprangert: Die Krise in der ČSSR wird verurteilt, zum Vietnamkrieg aber geschwiegen.

LEBENS LAUF

PERSÖNLICHES

Sabine Nebenführ, Bakk.
geboren am 14.1.1985 in Horn/NÖ
Eltern Emma und Gustav Nebenführ

AUSBILDUNG

2007 bis heute	Magisterstudium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Schwerpunkt historische Kommunikationsforschung
2004 bis 2007	Bakkalaureatsstudium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft
1999 bis 2004	Handelsakademie Retz, bicultureller Zweig

BERUFSERFAHRUNG

Seit März 2009	Produktionsleitung/Redaktion Siemens Printmedien
Oktober 2005 bis März 2009	Redaktionsassistentin Siemens Printmedien
November 2008 bis Juli 2010	Vertretungstätigkeiten beim Nachrichtenmagazin „profil“
März 2007 bis Dezember 2009	Redaktionsmitglied bei „Radio Dynamic“, einer Sendung im Rahmen von Ö1 on Campus
Juli und September 2009	Praktikum beim Radiosender „88,6“